



# HESSISCHER LANDTAG

06. 12. 2022

## 121. Sitzung

Wiesbaden, den 6. Dezember 2022

<b>Amtliche Mitteilungen</b> .....	9793	<b>Frage 785</b> .....	9796
<i>Entgegengenommen</i> .....	9795	Yanki Pürsün .....	9796, 9796
Präsidentin Astrid Wallmann .....	9793	Minister Peter Beuth .....	9796, 9797
Jürgen Frömmrich .....	9794	<b>Frage 786</b> .....	9797
Holger Bellino .....	9794	Christiane Böhm .....	9797, 9797, 9797
<b>52. Antrag</b>		Minister Kai Klose .....	9797, 9797, 9797
<b>Dr. Daniela Sommer (SPD), Ulrike Alex (SPD), Christoph Degen (SPD), Gernot Grumbach (SPD), Fraktion der SPD</b>		<b>Frage 787</b> .....	9798
<b>Streit um die Zukunft des Universitätsklini- kums Gießen-Marburg – Vereinbarung ab- schließen, Kündigungen und Ausgliederun- gen verhindern</b>		Christiane Böhm .....	9798, 9798, 9798
<b>– Drucks. 20/9636 –</b> .....	9793	Minister Kai Klose .....	9798, 9798, 9798, 9798, 9799
<i>Dem Ausschuss für Wissenschaft und Kunst überwiesen</i> .....	9793	Dr. Daniela Sommer .....	9798
		Saadet Sönmez .....	9799
<b>1. Fragestunde</b>		<b>Frage 788</b> .....	9799
<b>– Drucks. 20/9571 –</b> .....	9795	Petra Heimer .....	9799, 9799
<i>Abgehalten</i> .....	9809	Minister Kai Klose .....	9799, 9799, 9799, 9800
<b>Frage 784</b> .....	9795	Christiane Böhm .....	9799, 9799
Yanki Pürsün .....	9795, 9796, 9796	<b>Frage 789</b> .....	9800
Minister Kai Klose .....	9796, 9796, 9796	Petra Heimer .....	9800, 9801
		Minister Kai Klose .....	9800, 9800, 9801, 9801
		Christiane Böhm .....	9800
		Dr. Daniela Sommer .....	9800

<b>Frage 790</b> .....	9801
Elisabeth Kula .....	9801, 9802, 9802
Minister Kai Klose .....	9801, 9802, 9802, 9802
Dr. Daniela Sommer .....	9802
<b>Frage 791</b> .....	9802
René Rock .....	9802, 9803
Minister Kai Klose .....	9803, 9803, 9803, 9803
Kathrin Anders .....	9803
Dr. Stefan Naas .....	9803
<b>Frage 792</b> .....	9803
Christoph Degen .....	9803, 9804
Minister Prof. Dr. R. Alexander Lorz .....	9803, 9804, 9804
Stephan Grüger .....	9804
<b>Frage 793</b> .....	9804
Angelika Löber .....	9804, 9804, 9805
Minister Peter Beuth .....	9804, 9805, 9805, 9805
Heike Hofmann (Weiterstadt) .....	9805
<b>Frage 794</b> .....	9805
Bijan Kaffenberger .....	9805
Minister Prof. Dr. R. Alexander Lorz .....	9805, 9806
Christoph Degen .....	9805
<b>Frage 795</b> .....	9806
Elisabeth Kula .....	9806, 9806, 9807
Minister Axel Wintermeyer .....	9806, 9806, 9807, 9807, 9808
Yanki Pürsün .....	9807
Robert Lambrou .....	9807
<b>Frage 796</b> .....	9808
Saadet Sönmez .....	9808, 9808, 9809
Minister Peter Beuth .....	9808, 9808, 9809, 9809
Torsten Felstehausen .....	9808
<i>Anlage</i> .....	9862

Die Fragen 797 bis 800, 804, 805, 807 und die Antworten der Landesregierung sind als Anlage beigefügt. Die Fragen 801 bis 803 und 806 sollen auf Wunsch der Fragestellerinnen und Fragesteller in der nächsten Fragestunde beantwortet werden.

<b>11. Zweite Lesung</b>	
<b>Gesetzentwurf</b>	
<b>Landesregierung</b>	
<b>Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für die Haushaltsjahre 2023 und 2024 (Haushaltsgesetz 2023/2024)</b>	
– Drucks. 20/9640 zu Drucks. 20/9251 –.....	9809
<i>Beratung begonnen</i> .....	9844
<b>68. Zweite Lesung</b>	
<b>Gesetzentwurf</b>	
<b>Fraktion der CDU, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN</b>	
<b>Gesetz zur Änderung des Hessischen Finanzausgleichsgesetzes und zur Änderung anderer Rechtsvorschriften</b>	
– Drucks. 20/9641 zu Drucks. 20/9501 –.....	9809
<i>Beratung begonnen</i> .....	9844
Kerstin Geis .....	9809
Michael Reul .....	9809
<b>Einzelplan 02</b> .....	9810
Günter Rudolph .....	9810
Ministerpräsident Boris Rhein .....	9815
Robert Lambrou .....	9820
Mathias Wagner (Taunus) .....	9825
René Rock .....	9830
Elisabeth Kula .....	9835
Ines Claus .....	9839
Oliver Stirböck .....	9844
<b>3. Erste Lesung</b>	
<b>Gesetzentwurf</b>	
<b>Landesregierung</b>	
<b>Gesetz zur Änderung des Hessischen Gleichberechtigungsgesetzes</b>	
– Drucks. 20/9589 –.....	9845
<i>Nach erster Lesung dem Sozial- und Integrationspolitischen Ausschuss überwiesen</i> .....	9853
Minister Kai Klose .....	9845
Arno Enners .....	9846
Claudia Ravensburg .....	9847
Rolf Kahnt .....	9848
Christiane Böhm .....	9848
Nadine Gersberg .....	9850
Wiebke Knell .....	9851
Silvia Brünnel .....	9852
<b>12. Dritte Lesung</b>	
<b>Gesetzentwurf</b>	
<b>Landesregierung</b>	
<b>Dreizehntes Gesetz zur Änderung des Hessischen Schulgesetzes</b>	
– Drucks. 20/9600 zu Drucks. 20/9456 zu Drucks. 20/8760 –.....	9853
<i>In dritter Lesung angenommen:</i>	
<i>Gesetz beschlossen</i> .....	9861

<b>Änderungsantrag</b>	Dr. Horst Falk .....	9854
<b>Fraktion DIE LINKE</b>	Christoph Degen .....	9855
<b>– Drucks. 20/9648 –</b> .....	Elisabeth Kula .....	9856
<i>Abgelehnt</i> .....	Heiko Scholz .....	9857
	Rolf Kahnt .....	9858
<b>71. Dringlicher Antrag</b>	Daniel May .....	9858
<b>Fraktion der Freien Demokraten</b>	Moritz Promny .....	9859
<b>Informatik zum Pflichtfach machen – für</b>	Minister Prof. Dr. R. Alexander Lorz .....	9860
<b>ein zukunftsorientiertes Schulsystem</b>	Dr. Matthias Büger .....	9861
<b>– Drucks. 20/9670 neu –</b> .....		
<i>Abgelehnt</i> .....		
Dr. Horst Falk .....		9853

## Im Präsidium:

Präsidentin Astrid Wallmann  
 Vizepräsidentin Heike Hofmann  
 Vizepräsident Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn

## Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Boris Rhein  
 Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen Tarek Al-Wazir  
 Minister und Chef der Staatskanzlei Axel Wintermeyer  
 Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten und Bevollmächtigte des Landes  
 Hessen beim Bund Lucia Puttrich  
 Ministerin für Digitale Strategie und Entwicklung Prof. Dr. Kristina Sinemus  
 Minister des Innern und für Sport Peter Beuth  
 Minister der Finanzen Michael Boddenberg  
 Minister der Justiz Prof. Dr. Roman Poseck  
 Kultusminister Prof. Dr. R. Alexander Lorz  
 Ministerin für Wissenschaft und Kunst Angela Dorn  
 Ministerin für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz Priska Hinz  
 Minister für Soziales und Integration Kai Klose  
 Staatssekretär Tobias Rösmann  
 Staatssekretär Uwe Becker  
 Staatssekretär Patrick Burghardt  
 Staatssekretär Dr. Philipp Peter Nimmermann  
 Staatssekretär Jens Deutschendorf  
 Staatssekretär Stefan Sauer  
 Staatssekretär Dr. Martin J. Worms  
 Staatssekretärin Tanja Eichner  
 Staatssekretär Dr. Manuel Lösel  
 Staatssekretärin Ayse Asar  
 Staatssekretär Oliver Conz

## Abwesende Abgeordnete:

Alexander Bauer  
 Taylan Burcu  
 Dirk Gaw  
 Erich Heidkamp  
 Markus Hofmann (Fulda)  
 Claudia Papst-Dippel  
 Ismail Tipi



(Beginn: 14:05 Uhr)

**Präsidentin Astrid Wallmann:**

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 121. Plenarsitzung des Hessischen Landtags und stelle die Beschlussfähigkeit fest.

Seit unserer letzten Landtagssitzung sind zwei ehemalige Abgeordnete verstorben, derer wir gedenken möchten. Ich darf Sie bitten, sich von Ihren Plätzen zu erheben.

(Die Anwesenden erheben sich von den Plätzen.)

Am 29. November ist Lisa Vollmer im Alter von 85 Jahren verstorben. Sie wurde am 23. Juli 1937 in Kassel geboren.

Nach der Volksschule absolvierte sie ab 1952 eine Ausbildung zur zahnärztlichen Helferin und war nachfolgend bis zu den Geburten ihrer zwei Kinder in diesem Berufsfeld tätig. Später arbeitete sie als Angestellte bei der Arbeiterwohlfahrt Kassel-Stadt. Für die SPD Kassel engagierte sich Frau Vollmer unter anderem als Stadtverordnete von 1979 bis 1987.

Ab 1987 gehörte sie für drei Wahlperioden als Abgeordnete dem Hessischen Landtag an. Von 1991 bis 1999 amtierte sie dabei als stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion. Während ihrer Abgeordnetentätigkeit war sie Mitglied im Ausschuss für Gleichberechtigung und Frauenfragen, im Sozialpolitischen Ausschuss sowie nachfolgend in den Ausschüssen für Frauen, Arbeit und Sozialordnung sowie für Jugend, Familie und Gesundheit. Darüber hinaus gehörte sie stellvertretend der Enquetekommission „Familienfreundliches Hessen“ sowie zuletzt als stellvertretende Vorsitzende dem Haushaltsausschuss an.

Im Alter von 93 Jahren ist Herr Willi Blodt am 3. Dezember verstorben. Er wurde am 4. November 1929 in Wolfskehlen geboren.

Nach der Volksschule absolvierte Herr Blodt von 1949 bis 1953 erfolgreich eine Verwaltungslehre und arbeitete nachfolgend als Kreisjugendpfleger von 1954 bis 1960. Bereits 1949 trat er in die SPD ein und war über viele Jahre kommunalpolitisch und gewerkschaftlich aktiv. Von 1956 bis 1960 war Herr Blodt Stadtverordneter, bevor er zum Bürgermeister der Gemeinde Wolfskehlen, heute ein Stadtteil von Riedstadt, gewählt wurde. Dieses Amt hatte er für zehn Jahre inne. Im gleichen Zeitraum war er Mitglied des Kreistages bzw. Kreisausschusses des Landkreises Groß-Gerau, zeitweise Vorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion. Danach wurde er zum Landrat des Kreises Groß-Gerau gewählt und blieb bis 1992 im Amt.

Von 1966 bis 1970 gehörte Herr Blodt als Abgeordneter der SPD-Fraktion dem Hessischen Landtag an und war Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr.

Unser tief empfundenes Mitgefühl gilt in dieser schweren Zeit den Familien und den Angehörigen der beiden Verstorbenen.

(Schweigeminute)

Sie haben sich zu Ehren der Verstorbenen von Ihren Plätzen erhoben. Ich danke Ihnen.

(Die Anwesenden nehmen ihre Plätze wieder ein.)

Ich darf Sie nun auf einen Mandatswechsel hinweisen. Wie Sie wissen, hat Herr Joachim Veyhelmann sein Landtagsmandat mit Ablauf des 30. November 2022 niedergelegt.

Für den ausgeschiedenen Abgeordneten ist gemäß § 40 Abs. 2 des Landtagswahlgesetzes Herr Christian Wendel Abgeordneter des Hessischen Landtags geworden. Die Feststellung über die Nachfolge nach § 40 Abs. 5 Satz 1 Landtagswahlgesetz hat der Landeswahlleiter am 1. Dezember 2022 getroffen.

Herr Abg. Wendel, ich freue mich sehr, dass Sie heute hier sind. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit und darf das auch im Namen des gesamten Hauses sagen. Seien Sie uns herzlich willkommen.

(Allgemeiner Beifall – Christian Wendel (CDU) erhebt sich zu seiner Begrüßung.)

Am 1. Dezember jährte sich die Geburtsstunde unseres Bundeslandes mit dem Inkrafttreten der Hessischen Verfassung zum 76. Mal. Voller Dankbarkeit blicken wir an diesem für Hessen so bedeutenden Tag auf unsere Verfassung, die älteste der heute noch bestehenden in Deutschland. Sie ist ein Dokument der Freiheit und auch ein Dokument der Demokratie, für die sich die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes nach der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in freier Wahl entschieden haben. Unsere Verfassung bildet das unveräußerliche Fundament für unser friedliches Zusammenleben in der Vergangenheit, in der Gegenwart und auch in der Zukunft.

Die hinter mir befindlichen Persönlichkeiten für das Kunstwerk „Himmel über Hessen. Licht-gestalten“ sind dieses Mal von Schülerinnen und Schülern der Weibelfeldschule aus Dreieich im Rahmen des vom 15. bis 17. November abgehaltenen Seminars „Im Zentrum der Landespolitik“ ausgewählt worden. Diese sind Elisabeth Selbert, Anne Frank, Anna Maria Sibylla Merian, Bettina von Arnim, Clara Schumann, Henriette Karoline Christiane Luise Landgräfin von Hessen und Hanna Bekker vom Rath.

(Heidemarie Scheuch-Paschkewitz (DIE LINKE): Alles Frauen!)

Jetzt kommen wir zur Tagesordnung. Hinsichtlich der Tagesordnung darf ich Sie auf Folgendes hinweisen. Die Tagesordnung vom 29. November 2022 sowie der Nachtrag vom heutigen Tag liegen Ihnen vor.

Wie Sie dem Nachtrag der Tagesordnung zu den Tagesordnungspunkten 62 bis 67 entnehmen können, sind sechs Anträge und Entschließungsanträge eingegangen, die am Donnerstag ab 9 Uhr als Setzpunkte statt der üblichen Aktuellen Stunden mit einer Redezeit von zehn Minuten je Fraktion nacheinander aufgerufen werden.

Auf Bitten der Fraktion der SPD wird der

**Antrag**

**Dr. Daniela Sommer (SPD), Ulrike Alex (SPD), Christoph Degen (SPD), Gernot Grumbach (SPD), Fraktion der SPD**

**Streit um die Zukunft des Universitätsklinikums Gießen-Marburg – Vereinbarung abschließen, Kündigungen und Ausgliederungen verhindern**

**– Drucks. 20/9636 –**

nach § 28 Abs. 2 der Geschäftsordnung an den Ausschuss für Wissenschaft und Kunst überwiesen. Der Antrag war **Punkt 52** der Plenartagesordnung.

Eingegangen und in die Fächer verteilt ist ein Dringlicher Antrag der Fraktion der Freien Demokraten betreffend Informatik zum Pflichtfach machen – für ein zukunftsorientiertes Schulsystem, Drucks. 20/9670 neu. Wird die Dringlichkeit bejaht? – Das ist der Fall. Dann wird dieser Dringliche Antrag Tagesordnungspunkt 71 und steht mit fünf Minuten Redezeit auf dem Nachtrag.

Eingegangen und ebenfalls in die Fächer verteilt ist ein Änderungsantrag der Fraktion der Freien Demokraten, Drucks. 20/9668, zu Tagesordnungspunkt 5, der zweiten Lesung des Gesetzentwurfs für ein Siebtes Gesetz zur Änderung des Hessischen Kinder- und Jugendhilfegesetzbuches, Drucks. 20/9608 zu Drucks. 20/9138.

Eingegangen und bereits in die Fächer verteilt ist ein Änderungsantrag der Fraktion der Freien Demokraten, Drucks. 20/9669, zu Tagesordnungspunkt 4, der zweiten Lesung des Gesetzentwurfs der Freien Demokraten für ein Siebtes Gesetz zur Änderung des Hessischen Kinder- und Jugendhilfegesetzbuches (HKJGB), Drucks. 20/9607 zu Drucks. 20/8830.

Eingegangen und auf Ihren Plätzen verteilt ist ein Wahlvorschlag der Fraktion der SPD zu Tagesordnungspunkt 2, der Wahl der Mitglieder der Versammlung der Medienanstalt Hessen, Drucks. 20/9671. Die Wahlen finden vereinbarungsgemäß am morgigen Mittwochabend statt.

Damit kommen wir zur Feststellung der Tagesordnung für die 121., 122., und 123. Sitzung mit den eben besprochenen Änderungen und Ergänzungen. Gibt es Einwände? – Das ist nicht der Fall. Dann ist die Tagesordnung so genehmigt.

Nach dem vorliegenden Ablaufplan tagen wir heute voraussichtlich bis ca. 20:30 Uhr. Wir beginnen im Anschluss an die amtlichen Mitteilungen mit Tagesordnungspunkt 1, der Fragestunde. Daran schließt sich die Generaldebatte zum Einzelplan 02 des Haushaltsplanentwurfs 2023/2024 an. Wir werden den Einzelplan 02 zusammen mit Tagesordnungspunkt 68 aufrufen.

Ich darf – wie immer – ganz herzlich die Besucherinnen und Besucher hier im Hessischen Landtag begrüßen. Seien Sie uns herzlich willkommen. Ich weiß, dass zurzeit auch viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf der Tribüne sitzen. Warum das so ist, werden wir gleich noch erfahren. Seien Sie uns alle ganz herzlich willkommen. Wir freuen uns, dass Sie da sind.

(Allgemeiner Beifall)

Hinweisen möchte ich auf die Veranstaltung „Briefmarathon“ von Amnesty International, die in der Eingangshalle des Plenargebäudes stattfindet. Am 10. Dezember jeden Jahres führt Amnesty International den sogenannten Briefmarathon durch, bei dem weltweit Menschen zahlreiche Appellbriefe zugunsten der Opfer von Menschenrechtsverletzungen schreiben.

Ich möchte außerdem noch auf die angebotenen Corona-Schnelltestungen hinweisen, die, wie gewohnt, morgen früh in der Zeit zwischen 8 Uhr und 13:30 Uhr im Raum 122 M durchgeführt werden.

Wir kommen zu den Entschuldigungen. Entschuldigt fehlen heute gantztägig die Abgeordneten Herr Bolldorf, AfD, Herr Heidkamp, AfD, Frau Papst-Dippel, AfD, Herr Gaw, AfD, und Herrn Burcu von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Außerdem ist Herr Vohl von der AfD-Fraktion ab 17 Uhr

entschuldigt. Gibt es weitere Entschuldigungen? – Herr Frömmrich.

**Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Ich möchte den Kollegen Markus Hofmann für heute entschuldigen.

**Präsidentin Astrid Wallmann:**

Vielen Dank. – Als Nächstem darf ich Herrn Bellino das Wort geben.

**Holger Bellino (CDU):**

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf Ismail Tipi entschuldigen. Er ist im Krankenhaus. Die Entschuldigung gilt leider für die gesamte Plenarwoche.

**Präsidentin Astrid Wallmann:**

Vielen Dank, Herr Bellino. Wir nehmen diese Information für die gesamte Woche auf. – Es gibt keine weiteren Entschuldigungen.

Ich darf Sie darauf hinweisen, dass heute im Anschluss an die Plenarsitzung der Ausschuss für Wissenschaft und Kunst im Raum 501 A tagt.

Jetzt kommen wir zu den besonderen Anlässen. Ich darf zunächst ganz herzlich einen runden Geburtstag würdigen. Ich möchte im Namen des ganzen Hauses dem Abg. Knut John sehr herzlich zu seinem 60. Geburtstag gratulieren.

(Allgemeiner Beifall)

Ich habe im Namen des Hauses bereits die persönlichen Glückwünsche an Sie überbracht und Ihnen eine Flasche Wein übergeben. Nochmals im Namen des gesamten Hauses alles Gute für Sie.

Bevor wir mit der Fragestunde beginnen, erlauben Sie mir, noch zwei ganz besondere Punkte hervorzuheben.

Unser geschätzter Vizepräsident Frank Lortz hat am 1. Dezember ein Jubiläum begangen, welches es im Hessischen Landtag so noch nicht gegeben hat. Es ist schwer, es zu überbieten oder auch nur zu erreichen. Der Abg. Frank Lortz gehört dem Hessischen Landtag seit dem 1. Dezember 1982 an. Somit feierte er an unserem Verfassungstag sein 40. „Dienstjubiläum“.

(Allgemeiner Beifall)

Sehr geehrter Herr Lortz, alle Ihre Ämter, Auszeichnungen und Ehrungen, die Sie in dieser Zeit bekommen haben, aufzuzählen, würde wahrscheinlich länger dauern als die Generaldebatte. Deshalb verzichte ich darauf.

(Heiterkeit)

Ich möchte Ihnen im Namen des ganzen Hauses nicht nur zu diesem Jubiläum gratulieren, sondern Ihnen auch ganz herzlich für die ganz besondere Art danken, in der Sie unsere Sitzungen leiten. Ich glaube, alle Kolleginnen und Kollegen schätzen das sehr. Sie genießen zu Recht parteiübergreifend ein hohes Ansehen in diesem Haus und sind vielen Kolleginnen und Kollegen freundschaftlich verbunden. Ich denke, ich darf das im Namen des ganzen Hauses



würdigen und Ihnen ganz herzlich danken. Ich möchte aber auch ganz persönlich und im Namen der Vizepräsidentinnen und Vizepräsidenten ganz herzlich für die tolle Unterstützung und die kollegiale Zusammenarbeit auch in diesem Kreis danken.

(Allgemeiner Beifall)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, einer unserer Kollegen, der sich in besonderer Weise um unser Hohes Haus verdient gemacht hat, hat seinen Abschied aus dem Parlament angekündigt: Der Abg. Norbert Kartmann wird zum Ende dieses Jahres sein Mandat niederlegen. Ich möchte bereits heute die Gelegenheit nutzen, ihn an dieser Stelle offiziell zu verabschieden und dabei an seine vielfältigen Verdienste zu erinnern.

Nachdem Norbert Kartmann bereits 1982/1983 – es war eine kurze Wahlperiode – dem 10. Hessischen Landtag angehört hatte, ist er seit Beginn der 12. Legislaturperiode, seit 1987, ohne Unterbrechungen Mitglied unseres Parlaments für seinen Wahlkreis in der Wetterau, in dem er jeweils direkt gewählt wurde.

In dieser langen Zeit bekleidete er zahlreiche wichtige Ämter im Landtag und auch in der CDU-Fraktion: Er war von 1995 bis 1999 stellvertretender Fraktionsvorsitzender, im Anschluss daran bis 2003 Fraktionsvorsitzender der CDU.

Im Jahre 2003 wurde er zum 10. Präsidenten des Hessischen Landtages gewählt. Er hatte dieses Amt sage und schreibe 16 Jahre, bis zum Ende der 19. Legislaturperiode im Jahr 2019, inne – länger als jeder andere Amtsinhaber in der Geschichte unseres Landes. In dieser Zeit prägte er den Landtag in ganz besonderer Weise: In seine Amtszeit fiel unter anderem der Neubau des Plenarsaalgebäudes, das 2008 eingeweiht werden konnte.

Sehr geehrter Herr Kartmann, lieber Norbert, als Nachfolgerin in diesem Amt, das Sie so lange ausgeübt und geprägt haben, möchte ich Ihnen an dieser Stelle persönlich ganz herzlich für Ihren langjährigen Einsatz danken. Das darf ich aber auch im Namen der übrigen 135 Abgeordneten tun. Für vieles, was unser Parlament heute ausmacht, haben Sie die Grundlagen gelegt. Ihre Arbeit wirkt bis zum heutigen Tage in vielen Bereichen nach.

Die Tatsache – da darf ich einmal in Richtung der Besuchertribüne schauen –, dass heute so viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Hauses, die Sie eng begleitet haben und mit denen Sie ganz eng zusammengearbeitet haben, zugegen sind, ist ebenfalls ein Beweis der hohen Wertschätzung. – Liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, schön, dass Sie da sind; das möchte ich noch einmal ausdrücklich sagen.

(Allgemeiner Beifall)

Auch bei Norbert Kartmann ist es so: Alle Ämter und Mandate aufzuzählen, die er innehatte, darunter auch zahlreiche Ehrenämter auf kommunaler Ebene, würde den Rahmen der heutigen Sitzung sprengen. Im Landtag ist Norbert Kartmann gegenwärtig Mitglied des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz sowie des Unterausschusses für Heimatvertriebene, Aussiedler, Flüchtlinge und Wiedergutmachung.

Lieber Norbert Kartmann, es gab Themen, die Ihnen besonders wichtig waren. Sie haben die Partnerschaften dieses Parlaments maßgeblich mit vorangetrieben. Vor dem Hintergrund unserer Geschichte lag Ihnen dabei immer die

freundschaftliche Begegnung mit unseren östlichen Nachbarn am Herzen. Ihre familiären Wurzeln in Siebenbürgen waren Ihnen dabei besonders wichtig.

Sie haben dabei stets europäisch gedacht. Dem Landtag haben Sie auf der Ebene der EU z. B. im Ausschuss der Regionen Gehör verschafft. Für die vielen ehrenamtlichen Tätigkeiten möchte ich nur beispielhaft Ihr Engagement für den Hessischen Turnverband nennen, dessen Präsident Sie bis vor wenigen Jahren mit großer Leidenschaft waren. Wir alle wissen, mit welchem Engagement Sie das betrieben haben.

Außerdem wurde Norbert Kartmann für seine Verdienste um unser Land mit den höchsten Auszeichnungen geehrt: 2012 erhielt er das Bundesverdienstkreuz Erster Klasse, 2019 den Hessischen Verdienstorden und 2020 die Wilhelm-Leuschner-Medaille. Nach mehr als 35 Jahren Tätigkeit im Landtag endet mit seinem Ausscheiden am 31.12.2022 eine Ära.

Sehr geehrter Herr Kartmann, lieber Norbert, ich darf sagen, ich freue mich sehr, dass auch deine Familie heute hier ist, und denke, es ist in Ordnung, wenn ich dich jetzt duze. Lieber Norbert, im Namen des Hauses, aller Abgeordneten, aber auch im Namen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die heute extra hierhergekommen sind – nein, die sind sowieso im Haus, aber extra auf die Besuchertribüne gekommen –, möchte ich dir ganz herzlich für den jahrelangen Einsatz für unser Land danken.

Wir wünschen dir für die Zukunft alles Gute – auch für die Familie, aber insbesondere gesundheitlich. Ich darf dir zum Abschied einen Hessenlöwen in Porzellan überreichen. Ich hoffe, dass er dich immer an die Zeit im Hessischen Landtag erinnern wird. Du bist uns immer herzlich willkommen. Alles Gute.

(Lang anhaltender lebhafter Beifall – Die Präsidentin überreicht Norbert Kartmann (CDU) ein Präsent.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich glaube, man sieht es ihm an: Das ist für Norbert Kartmann ein ganz bewegender Moment. Noch einmal alles Gute. Umso schöner ist es, dass wir die nächsten Tage noch Zeit haben, ausgiebig mit dir zu reden. Du bist uns immer herzlich willkommen. Wir freuen uns, wenn du hier bist. Alles Gute.

(Allgemeiner Beifall)

Damit kommen wir nun zu **Tagesordnungspunkt 1:**

**Fragestunde**  
– **Drucks. 20/9571** –

Ich darf zunächst **Frage 784** aufrufen und darf Herrn Abg. Pürsün das Wort geben.

**Yanki Pürsün (Freie Demokraten):**

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Ich frage die Landesregierung:

*Wie hoch ist nach ihrer Meinung das mögliche Betrugsvolumen bei abgerechneten, aber nicht durchgeführten Corona-Schnelltests?*

**Präsidentin Astrid Wallmann:**

Vielen Dank. – Ich darf Herrn Staatsminister Klose das Wort erteilen.

**Kai Klose, Minister für Soziales und Integration:**

Herr Abgeordneter, der Landesregierung liegen keine plausiblen Anhaltspunkte vor, die uns erlauben würden, eine solche Schätzung zu treffen.

**Präsidentin Astrid Wallmann:**

Herr Pürsün, ist das noch eine Wortmeldung?

(Yanki Pürsün (Freie Demokraten): Ja!)

– Es gibt eine Nachfrage. Herr Pürsün, Sie haben das Wort.

**Yanki Pürsün (Freie Demokraten):**

Vielen Dank, Frau Präsidentin. Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Liegen diese Informationen niemandem vor, sodass Sie sie auch nicht erlangen könnten, oder liegen Sie nur Ihnen nicht vor?

**Präsidentin Astrid Wallmann:**

Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

**Kai Klose, Minister für Soziales und Integration:**

Gefragt war ja die Landesregierung, und der Landesregierung liegen sie nicht vor. Das ist auch logisch; denn eine Überprüfung im Nachhinein kann schwerlich feststellen, ob ein Test, der zur Abrechnung vorgelegt worden ist, tatsächlich stattgefunden hat oder nicht.

**Präsidentin Astrid Wallmann:**

Es gibt noch eine weitere Frage. Herr Abg. Pürsün, Sie haben erneut das Wort.

**Yanki Pürsün (Freie Demokraten):**

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Herr Staatsminister, halten Sie dieses Problem nicht für so wichtig, dass Sie als Staatsminister für Gesundheit sich stärker darum kümmern sollten? Denn letztendlich fehlen doch diese Mittel auch in der Gesundheitsversorgung der Menschen im Land Hessen. Sie müssen sich auch eine Position zu der Frage der Corona-Schnelltests bilden. Wo man einen Betrug feststellt, sollte man sich doch auch um die Dinge kümmern, sodass sie sich nicht wiederholen können.

**Präsidentin Astrid Wallmann:**

Herr Staatsminister.

**Kai Klose, Minister für Soziales und Integration:**

Herr Pürsün, die Testverordnung ist eine Sache der Bundesregierung. Die Bundesregierung hat sie erlassen, und die Bundesregierung ist auch in der Verantwortung, die entsprechende Einhaltung zu kontrollieren. Die Landesregie-

rung hat jedenfalls keinerlei Anhaltspunkte und keinerlei Daten, die erlauben würden, dazu auch nur eine Schätzung vorzunehmen.

**Präsidentin Astrid Wallmann:**

Mir liegen jetzt keine weiteren Wortmeldungen vor.

Damit komme ich zur **Frage 785** und darf erneut Abg. Pürsün das Wort erteilen.

**Yanki Pürsün (Freie Demokraten):**

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Ich frage die Landesregierung:

*Wie viel Zeit nahm sich der Innenminister jeweils für die Genehmigung des Haushaltes der Stadt Frankfurt in seiner Amtszeit?*

**Präsidentin Astrid Wallmann:**

Vielen Dank. – Herr Staatsminister Beuth, Sie haben das Wort.

**Peter Beuth, Minister des Innern und für Sport:**

Herr Abg. Pürsün, die Genehmigung des Haushalts der Stadt Frankfurt am Main ist angesichts des Haushaltsvolumens der Stadt und der Vielzahl der zu prüfenden Unterlagen ein komplexer Prozess. Regelmäßig ist deshalb für die Genehmigungen der genehmigungspflichtigen Teile des Haushalts ein Zeitraum von mehreren Monaten erforderlich.

Dabei ist insbesondere auch zu berücksichtigen, dass für die Erteilung der Genehmigung häufig weitere Unterlagen bei der Stadt angefordert sowie wie notwendige Auskünfte eingeholt werden mussten. Das Anfordern von entscheidungsrelevanten Auskünften und Unterlagen unterbricht jeweils die in § 143 Abs. 1 Satz 2 der Hessischen Gemeindeordnung bestimmte Frist von drei Monaten, nach der eine beantragte Genehmigung als erteilt gilt. Eine Genehmigung des Haushalts durch das Eintreten der Genehmigungsfiktion nach Ablauf der Drei-Monate-Frist hat im Übrigen bislang nicht stattgefunden.

**Präsidentin Astrid Wallmann:**

Es gibt eine Nachfrage. Herr Pürsün, Sie haben das Wort.

**Yanki Pürsün (Freie Demokraten):**

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Hier gab es gerade so viel Unruhe angesichts der Fragen, dass ich den Herrn Innenminister gerne noch einmal fragen würde: Wird die Drei-Monate-Genehmigungsfiktion verlängert, wenn Sie Rückfragen an die Gemeinde haben, oder gilt die ab dem Zeitpunkt, zu dem Ihnen der Haushalt vorgelegt wurde?

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):  
Das hat er gerade gesagt!)

**Präsidentin Astrid Wallmann:**

Herr Staatsminister Beuth hat das Wort.



**Peter Beuth, Minister des Innern und für Sport:**

Danke schön. – Ich hatte gerade berichtet, dass nach § 143 Abs. 1 Satz 2 der Hessischen Gemeindeordnung diese Frist beim Anfordern entscheidungsrelevanter Auskünfte und Unterlagen unterbrochen wird. Im Übrigen haben wir – weil Sie sozusagen nach der Zeit meiner Amtsführung gefragt haben – von 2014 bis 2022 eine Genehmigungserteilung im Durchschnitt innerhalb von rund 84 Tagen hinbekommen.

**Präsidentin Astrid Wallmann:**

Vielen Dank. – Ich sehe keine weiteren Nachfragen.

Damit rufe ich die **Frage 786** auf und darf der Abg. Böhm das Wort erteilen.

**Christiane Böhm (DIE LINKE):**

Danke sehr, Frau Präsidentin. – Ich frage die Landesregierung:

*Wie lange ist der Sommer 2022 in Hessen, wenn der für den diesjährigen Sommer angekündigte Dritte Landessozialbericht auch im November 2022 noch nicht vorgelegt wurde?*

(Elisabeth Kula (DIE LINKE): Bis zum 5. Dezember! – Zuruf: Klimawandel!)

**Präsidentin Astrid Wallmann:**

Vielen Dank. – Das Wort hat der Staatsminister Klose.

**Kai Klose, Minister für Soziales und Integration:**

Verehrte Frau Abgeordnete, die Dauer des Sommers in Hessen unterscheidet sich grundsätzlich nicht von der Dauer des Sommers auf der Nordhalbkugel der Erde und damit auch von anderen Bundesländern.

(Heiterkeit und Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Elisabeth Kula (DIE LINKE): In Hessen schon!)

Astronomisch beginnt der Sommer mit der Sommersonnenwende, also dem Zeitpunkt, zu dem die Sonne senkrecht über dem Wendekreis der eigenen Erdhälfte steht und die Tage am längsten sind. Meteorologisch ordnet man dem Nordsummer die Monate Juni, Juli und August zu. Phänologisch kann der Sommerbeginn allerdings – gerade aufgrund der zunehmenden Erdüberhitzung – davon erheblich abweichen und wird auch durch Großwetterlagen und viele regionale Faktoren beeinflusst.

Die Vorlage von Dokumenten durch die Landesregierung hingegen orientiert sich grundsätzlich weder an den astronomischen noch meteorologischen oder gar phänologischen Jahreszeiten, sondern während des gesamten Jahres an unserer gleichbleibend hohen Qualität.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU – Lachen und Zurufe SPD, Freie Demokraten und DIE LINKE)

Entsprechend wurde der Dritte Landessozialbericht gemeinsam mit den Vertreterinnen und Vertretern der Wis-

senschaft und Mitgliedern des Beirats im Rahmen einer Pressekonferenz am gestrigen Tage veröffentlicht.

(Zurufe SPD)

**Präsidentin Astrid Wallmann:**

Vielen Dank. – Ich sehe eine Nachfrage bei der Fragestellerin. Frau Böhm, Sie haben das Wort.

**Christiane Böhm (DIE LINKE):**

Danke schön für Ihre Wetterprognosen,

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das waren keine Prognosen!)

die wir aber gerne hätten in Richtung dessen: Wann wird es denn mit der Armut in Hessen weniger? Das wäre die entscheidende Prognose, die wir von Ihnen im Landessozialbericht erwarten.

Dann kommt meine Frage: Wie erklären Sie, dass die Armutsquote in Hessen in fünf Jahren um 3 Prozentpunkte gewachsen ist – das sind ungefähr 180.000 Menschen – und Hessen damit Platz 11 aller Bundesländer einnimmt?

**Präsidentin Astrid Wallmann:**

Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

**Kai Klose, Minister für Soziales und Integration:**

Frau Abgeordnete, die wissenschaftliche Expertinnen- und Expertenkommission, der Beirat und ich haben gestern unter anderem für diese Frage eineinhalb Stunden eine Pressekonferenz durchgeführt. An der hat auch Ihr Mitarbeiter teilgenommen. Dort wurde dieses Thema seitens der Wissenschaft ausführlich erörtert. Auf diese möchte ich verweisen.

**Präsidentin Astrid Wallmann:**

Vielen Dank. – Es gibt eine erneute Nachfrage. Frau Abg. Böhm, Sie haben das Wort.

**Christiane Böhm (DIE LINKE):**

So viel zur Qualität. – Ich hätte noch eine weitere Nachfrage. Sie haben in Ihrem Bericht festgestellt, dass gerade bei Alleinerziehenden die Problematik von bezahlbarem Wohnraum sehr hoch ist, dass es Alleinerziehende gibt, die 50 % ihres Einkommens für eine Wohnung ausgeben müssen. Welche Konsequenzen ziehen Sie denn aus dieser Erkenntnis, und welche Perspektive gibt es, dass es endlich auch in Hessen flächendeckende Wohnraumsicherungsstellen gibt, um diesen Menschen zu helfen? – Danke.

**Präsidentin Astrid Wallmann:**

Vielen Dank. – Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

**Kai Klose, Minister für Soziales und Integration:**

Frau Abgeordnete, das hatte gute Gründe; und es war sehr richtig, dass insbesondere die Situation von Alleinerzie-

henden in den Mittelpunkt dieses Landesozialberichts gestellt wurde. Es finden sich dazu auch zahlreiche Analysen und Daten. Im Übrigen hat die Landesregierung die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum in den letzten Jahren massiv vorangetrieben. Wir befinden uns im ersten Jahr, in dem es wieder mehr Sozialwohnungen gibt, als es im Vorjahr der Fall war. Insofern können Sie sehen, dass die Anstrengungen, die wir da ergreifen, auch Früchte tragen.

**Präsidentin Astrid Wallmann:**

Vielen Dank.

Dann kommen wir zu der **Frage 787**, und ich darf erneut Frau Abg. Böhm das Wort erteilen.

**Christiane Böhm (DIE LINKE):**

Danke schön, Frau Präsidentin. – Ich frage die Landesregierung:

*In welchen – hessischen – Landkreisen wurde bereits ein Krisendienst bei psychischen Krisen etabliert?*

**Präsidentin Astrid Wallmann:**

Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

**Kai Klose, Minister für Soziales und Integration:**

Frau Abgeordnete, der Landesregierung sind folgende etablierte psychiatrische Krisenhilfeangebote in Hessen bekannt: In der Stadt Darmstadt und dem Landkreis Darmstadt-Dieburg bietet der Verein Psychiatrischer Notdienst e. V. seit 2022 ein Krisentelefon an. In Frankfurt wird seit 1994 das Telefon des psychosozialen Krisendienstes über die Bürgerhilfe Sozialpsychiatrie angeboten. Der Schwalm-Eder-Kreis stellt zur Krisenintervention die telefonische Erreichbarkeit des sozialpsychiatrischen Dienstes sicher. Niedrigschwellige Anlaufstellen zur Krisenintervention werden mit dem Café Nachtlicht im Landkreis Gießen sowie dem Sonntagstreff im Lahn-Dill-Kreis angeboten.

**Präsidentin Astrid Wallmann:**

Vielen Dank. – Es gibt eine Nachfrage von Frau Böhm.

**Christiane Böhm (DIE LINKE):**

Danke für die Antwort. – Ist denn bei diesen Krisendiensten, die, wie Sie mitgeteilt haben, weitgehend telefonisch stattfinden, tatsächlich gewährleistet, dass sie 24 Stunden am Tag und sieben Tage in der Woche zur Verfügung stehen?

**Präsidentin Astrid Wallmann:**

Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

**Kai Klose, Minister für Soziales und Integration:**

Frau Abgeordnete, die Erreichbarkeit der einzelnen Standorte unterscheidet sich. Beim zuerst genannten Krisentelefon der Stadt Darmstadt und des Landkreises Darmstadt-

Dieburg ist die Erreichbarkeit freitags, an Wochenenden und an Feiertagen gegeben. In Frankfurt ist die Erreichbarkeit wochentags außerhalb der üblichen Geschäftszeiten sowie an Wochenenden und an Feiertagen gegeben. Im Schwalm-Eder-Kreis: abends, an Wochenenden und an Feiertagen.

**Präsidentin Astrid Wallmann:**

Vielen Dank. – Es gibt eine erneute Nachfrage von Frau Böhm.

**Christiane Böhm (DIE LINKE):**

Danke schön für die Antwort. – Wie werden diese Krisendienste finanziert?

**Präsidentin Astrid Wallmann:**

Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

**Kai Klose, Minister für Soziales und Integration:**

Frau Böhm, die einzelne Finanzierung der unterschiedlichen Krisendienste kann ich Ihnen jetzt nicht vorlegen. Ich kann Ihnen aber sagen – das hatten wir, glaube ich, auch im Ausschuss schon einmal besprochen –, dass wir vorhaben, eine landesweite telefonische Hotline zu etablieren, damit wir auch weiterkommen, was die Einführung hessenweiter psychiatrischer Krisenhilfen angeht. Dieses Verfahren bereiten wir im Moment vor und machen das auch in enger Abstimmung mit den Kommunen.

**Präsidentin Astrid Wallmann:**

Vielen Dank. – Es gibt noch eine weitere Nachfrage von Frau Dr. Sommer.

**Dr. Daniela Sommer (SPD):**

Herr Minister, vielen Dank für Ihre Antworten. – Sie haben jetzt schon die halbe Antwort vorweggenommen. Sie haben gerade berichtet, es soll eine landesweite Hotline geben. Ist die denn tatsächlich zu „Unzeiten“ – also wenn andere psychiatrische Einrichtungen nicht unbedingt erreichbar sind – flächendeckend erreichbar? Ist es geplant, dass dann tatsächlich die Öffnungszeiten durchgängig gegeben sind, damit man Menschen in der Krise helfen kann?

**Präsidentin Astrid Wallmann:**

Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

**Kai Klose, Minister für Soziales und Integration:**

Frau Dr. Sommer, wie genau die Geschäftszeiten sein werden, kann ich im Moment noch nicht sagen. Aber natürlich planen wir eine möglichst großzügige Abdeckung der Zeiten. Sie haben aber an den „Öffnungszeiten“ der Hotlines, die ich genannt habe, gemerkt, dass sie sich weitgehend auf die Abend- und Nachtstunden und auf die Wochenenden konzentrieren. Das macht aufgrund der speziellen Problemlage sicherlich auch Sinn. Das ist sicher mindestens der Beginn.

**Präsidentin Astrid Wallmann:**

Eine abschließende Nachfrage noch von der Abg. Sönmez. Sie haben das Wort.

**Saadet Sönmez (DIE LINKE):**

Danke sehr, Frau Präsidentin. – Ich hätte eine Frage: Gibt es im Rahmen der Krisenhilfe, die überwiegend telefonisch ist, auch aufsuchende Krisenhilfe – angeschlossen an diese Hotlines?

**Präsidentin Astrid Wallmann:**

Herr Staatsminister.

**Kai Klose, Minister für Soziales und Integration:**

Das kann ich Ihnen, verehrte Frau Sönmez, jetzt anhand dessen, was gefragt war, nicht sagen. Die Krisenhilfen, die mir hier notiert wurden, beziehen sich primär auf Telefonseelsorge, allerdings inklusive Kriseninterventionskenntnissen. Ich kann versuchen, es Ihnen nachzureichen.

(siehe Anlage)

**Präsidentin Astrid Wallmann:**

Wir kommen zur **Frage 788**. Ich darf Frau Abg. Heimer das Wort erteilen.

**Petra Heimer (DIE LINKE):**

Ich frage die Landesregierung:

*Wann werden Clearingstellen und anonymer Krankenschein für Menschen ohne (ausreichende) Krankenversicherung eingerichtet?*

**Präsidentin Astrid Wallmann:**

Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

**Kai Klose, Minister für Soziales und Integration:**

Frau Abgeordnete, in Hessen gibt es bereits zwei Clearingstellen; eine gibt es seit Dezember 2020 als Pilotprojekt bei der Stadt Frankfurt am Main, und die zweite gibt es in Wiesbaden, betrieben vom Diakonischen Werk in Kooperation mit der Stadt Wiesbaden. Wir stehen im Austausch mit diesen Clearingstellen und möchten die wertvolle Arbeit der Menschen vor Ort unterstützen. Deshalb sprechen wir zurzeit mit den Verantwortlichen der Städte Frankfurt am Main und Wiesbaden darüber, wie eine finanzielle Unterstützung aussehen könnte. Das Ziel ist, die Tätigkeit der Clearingstellen aufrechtzuerhalten und gegebenenfalls auszubauen.

**Präsidentin Astrid Wallmann:**

Vielen Dank. – Es gibt eine Nachfrage der Abg. Böhm.

**Christiane Böhm (DIE LINKE):**

Danke sehr, Frau Präsidentin. Und vielen Dank für die Antwort, Herr Minister. – Heißt das, dass es in Hessen keinen anonymen Krankenschein geben wird?

**Präsidentin Astrid Wallmann:**

Herr Staatsminister Klose.

**Kai Klose, Minister für Soziales und Integration:**

Frau Abgeordnete, auch diese Diskussion haben wir kürzlich im Ausschuss geführt. Sie wissen, dass im Haushaltsentwurf 2023/24 Gelder für die anonyme Krankenbehandlung vorgesehen sind und dass wir sie vorrangig dafür verwenden wollen, die Arbeit der Clearingstellen auszubauen und aufrechtzuerhalten.

**Präsidentin Astrid Wallmann:**

Es gibt erneut eine Nachfrage von Frau Abg. Böhm.

**Christiane Böhm (DIE LINKE):**

Danke schön. – Meine zweite Nachfrage ist: Heißt das, dass es auch keinen Behandlungsfonds geben wird, oder, falls es ihn gibt, in welcher Höhe wird es ihn geben?

**Präsidentin Astrid Wallmann:**

Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

**Kai Klose, Minister für Soziales und Integration:**

Frau Böhm, auch das hatten wir diskutiert. Ich sage es gern noch einmal: Die vorgesehenen Mittel würden bei Weitem nicht ausreichen, um zum jetzigen Zeitpunkt einen solchen Behandlungsfonds zu finanzieren. Deshalb konzentrieren wir uns auf die Stabilisierung und den Ausbau der Clearingstellen.

(Wortmeldung Yanki Pürsün (Freie Demokraten))

**Präsidentin Astrid Wallmann:**

Herr Pürsün, leider sind wir am Ende der zulässigen Fragen.

Deswegen kommen wir jetzt zur nächsten Frage. Das ist die Frage 789 von Frau Abg. Heimer.

(Christiane Böhm (DIE LINKE): Nein, sie hat noch eine Nachfrage!)

– Ach so, Entschuldigung. Die Fragestellerin hat noch eine Nachfrage. Okay, dann kommen Sie noch dran. Aber, Herr Pürsün, Sie haben leider das Nachsehen. – Frau Heimer, Sie haben natürlich noch die Möglichkeit, nachzufragen.

**Petra Heimer (DIE LINKE):**

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Sie haben hier nun berichtet, dass sowohl in Frankfurt als auch in Wiesbaden Clearingstellen eingerichtet worden sind. Denken Sie

nicht, dass wir in Mittel- und Nordhessen auch einen Bedarf haben; und warum ist dies nicht vorgesehen?

**Präsidentin Astrid Wallmann:**

Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

**Kai Klose, Minister für Soziales und Integration:**

Frau Abgeordnete, ich habe nicht gesagt, dass es nicht vorgesehen ist. Ich habe hier ausdrücklich davon gesprochen, dass wir die Clearingstellen ausbauen wollen. Das heißt, dass wir Gelder, die dafür zur Verfügung stehen, nutzen wollen, um eine bessere Flächenabdeckung in ganz Hessen hinzubekommen.

**Präsidentin Astrid Wallmann:**

Frau Heimer, jetzt muss ich Sie noch einmal fragen: Haben Sie noch eine Nachfrage?

(Zuruf Petra Heimer (DIE LINKE))

– Dann die nächste, okay.

Damit kommen wir zur nächsten Frage, das ist die **Frage 789**. Ich darf Frau Abg. Heimer das Wort geben.

**Petra Heimer (DIE LINKE):**

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Ich frage die Landesregierung:

*Wie weit ist sie ihrem Ziel einer 1:1-Betreuung bei Geburten durch Hebammen gekommen?*

**Präsidentin Astrid Wallmann:**

Herr Staatsminister Klose, Sie haben das Wort.

**Kai Klose, Minister für Soziales und Integration:**

Frau Abgeordnete, um eine 1:1-Betreuung bei Geburten durch Hebammen sicherzustellen, ist entscheidend, dass ausreichend Hebammen in der klinischen Geburtshilfe arbeiten. Um mehr Hebammen für die klinische Geburtshilfe zu gewinnen, ist dieses Jahr das Modellprojekt Kreißaal – Wiedereinstieg in die klassische Geburtshilfe im Bürgerhospital in Frankfurt am Main gestartet, das von meinem Ministerium gefördert und begleitet wird. Das Projekt verfolgt einen nachhaltigen und langfristigen Ansatz, um bereits ausgebildete Hebammen wieder dauerhaft für die klinische Geburtshilfe zu gewinnen. Deshalb wird von Beginn an das gesamte Team der bereits bestehenden Geburtshilfe einbezogen. Zusätzlich werden die Wiedereinsteigerinnen während des zwölfwöchigen Wiedereingliederungsprogramms eng begleitet und auf den aktuellen Stand der medizinischen Inhalte und der praktischen Abläufe in der klinischen Geburtshilfe gebracht.

Bereits nach der ersten Informationsveranstaltung haben sich schon einige Hebammen für das Projekt gemeldet. Wir sind nach diesen ersten Erfahrungen zuversichtlich, dass das Projekt dazu führen wird, Hebammen wieder in die klinische Geburtshilfe zurückzuholen. Parallel dazu haben wir das Konzept „hebammengeleiteter Kreißaal“ in Hessen erarbeitet. Das wurde unter Beteiligung aller

relevanten Akteurinnen und Akteure rund um die Geburtshilfe entwickelt und enthält die wichtigsten Aspekte zur Umsetzung eines hebammengeleiteten Kreißaals in Hessen. Durch die Orientierungshilfe und die geplante finanzielle Förderung soll die Motivation der Geburtshilfe in Hessen erhöht werden, hebammengeleitete Kreißäle zu implementieren. Durch dieses Angebot wird den Bedürfnissen der Hebammen nach mehr Wertschätzung, Arbeit auf Augenhöhe und einer Fokussierung auf ihre Kernkompetenzen Rechnung getragen.

**Präsidentin Astrid Wallmann:**

Vielen Dank. – Es gibt eine Nachfrage von Frau Abg. Böhm.

**Christiane Böhm (DIE LINKE):**

Danke sehr, Frau Präsidentin. Vielen Dank für die Antwort. – Ich denke, die hebammengeleiteten Kreißäle sind ein gutes Projekt, aber ich frage mich, warum dieses nicht auch in Dillenburg zum Tragen kam, wo die Geburtsklinik zum Ende des Jahres schließen wird.

**Präsidentin Astrid Wallmann:**

Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

**Kai Klose, Minister für Soziales und Integration:**

Sie fragen sich oder mich?

(Heiterkeit – Christiane Böhm (DIE LINKE): Na, Sie!)

– Ah, okay. – Frau Böhm, Sie kennen die Umstände, die dazu geführt haben, dass die Klinik in Dillenburg die Geburtshilfe schließen musste. Das hat laut Auskunft des Trägers im Wesentlichen damit zu tun, dass nicht hinreichend Belegärzte zur Verfügung gestanden haben. Das Konzept des hebammengeleiteten Kreißaals wird jetzt diskutiert und steht zur Verfügung. Selbstverständlich werden alle 42 Geburtshilfen in Hessen gefragt, ob sie für die Implementierung eines hebammengeleiteten Kreißaals in Betracht kommen. Möglicherweise ist es für Dillenburg dann leider zu spät.

**Präsidentin Astrid Wallmann:**

Es gibt eine Nachfrage von Frau Abg. Dr. Sommer.

**Dr. Daniela Sommer (SPD):**

Vielen Dank, Herr Minister. – Um eine 1:1-Betreuung zu erreichen, benötigen wir eigentlich eine klinische Personalbemessung, die ungefähr 60 Geburten pro Hebamme vorsieht. Momentan sind es aber 180 Geburten pro Vollzeitkraft. Wenn man sich anschaut, dass es nur 30 % der Hebammen gibt, die tatsächlich 100 % arbeiten, dann gibt es ein eklatantes Gap. Meine Frage ist: Welche Gründe kennen Sie, weshalb Hebammen ihre Arbeitszeit reduzieren, und wie nutzen Sie diese Gründe, um den Beruf attraktiver zu machen und die Rahmenbedingungen zu verbessern, damit Sie die Hebammen – das haben Sie gerade gesagt – zurückgewinnen können?

**Präsidentin Astrid Wallmann:**

Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

**Kai Klose, Minister für Soziales und Integration:**

Frau Abgeordnete, individuelle Gründe sind mir natürlich nicht bekannt. Aber wir wissen aus der intensiven Diskussion am runden Tisch, dass insbesondere die Arbeitsbedingungen aller Berufe zu verbessern sind, die wir im weitesten Sinne zu den sozialen Berufen zählen dürfen; und ich denke, dies kann ich in diesem Falle tun, sowohl strukturell-organisatorisch als auch monetär, was auch eine wesentliche Rolle spielt. Nach wie vor ist die Problematik der Versicherungen für die Hebammen von Relevanz. Daher tun wir sehr gut daran – dafür ist der runde Tisch wirklich ein echter Fortschritt –, den Diskurs zwischen den unterschiedlichen Akteurinnen und Akteuren, die an der Geburtshilfe beteiligt sind, voranzubringen. Meines Erachtens gelingt das; und deshalb entstehen jetzt auch Projekte, die von allen mitgetragen werden.

**Präsidentin Astrid Wallmann:**

Vielen Dank. – Es gibt jetzt eine Vielzahl von Nachfragen. Das Problem ist aber: Es darf nur noch die Fragestellerin eine weitere Frage stellen, weil schon zwei weitere Abgeordnete Fragen gestellt haben. Deswegen, Frau Abg. Heimer, darf ich fragen, ob Sie noch eine Nachfrage haben.

(Petra Heimer (DIE LINKE): Ja!)

– Ja. Dann gebe ich Ihnen jetzt noch einmal das Wort.

**Petra Heimer (DIE LINKE):**

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Also, in Dillenburg gibt es drei Gynäkologen. Warum wird die Klinik trotzdem geschlossen?

**Präsidentin Astrid Wallmann:**

Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

**Kai Klose, Minister für Soziales und Integration:**

Frau Heimer, diese Frage kann ich Ihnen nicht beantworten. Diese müssten Sie an den Träger der Klinik richten.

**Präsidentin Astrid Wallmann:**

Vielen Dank.

Dann kommen wir jetzt zur **Frage 790**. Ich darf Frau Abg. Kula das Wort erteilen.

**Elisabeth Kula (DIE LINKE):**

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Ich frage die Landesregierung:

*Welche Maßnahmen ergreift sie, um auf die erschreckenden Ergebnisse der Trendstudie „Jugend in Deutschland – Winter 2022/2023“, wonach 25 % der Jugendlichen mit ihrer psychischen Gesundheit unzufrieden sind und 16 % sich hilflos fühlen, zu reagieren?*

**Präsidentin Astrid Wallmann:**

Herr Staatsminister Klose, Sie haben das Wort.

**Kai Klose, Minister für Soziales und Integration:**

Verehrte Frau Abgeordnete, die Trendstudie, die Sie genannt haben, reiht sich in eine Vielzahl wissenschaftlicher Untersuchungen zum Lebensgefühl und zu den Bedürfnissen von Kindern, Jugendlichen und jungen Menschen insbesondere angesichts der Auswirkungen der Corona-Pandemie und der aktuellen Krisen ein. Diese Untersuchungen liefern uns wichtige empirische Daten zur Lebenslage von Kindern und Jugendlichen und finden selbstverständlich Eingang in die Politikgestaltung.

Wichtig ist uns aber auch, vor allem nachhaltige Maßnahmen zu entwickeln und entsprechende Impulse zu geben. Wir wissen aus vielen wissenschaftlichen Untersuchungen und auch aus den Rückmeldungen, die wir von Verbänden und Jugendlichen selbst bekommen, dass sich Kinder und Jugendliche angesichts der aktuellen Lage verunsichert, teils sogar hilflos fühlen.

Das führt zu der Frage, wie man die Widerstandsfähigkeit von Kindern, Jugendlichen und jungen Menschen stärken kann. Auch dazu gibt uns die Wissenschaft zahlreiche Antworten. Resilient ist, wer die Opferrolle verlassen und so Selbstwirksamkeit und Eigenverantwortung erleben kann. Großen Einfluss darauf hat auch das soziale Netzwerk, also Eltern, Familie und Freundinnen und Freunde, und ob es gelingt, ein solches Netzwerk aufzubauen und zu pflegen. Gerade für junge Menschen sind Gleichaltrige eine extrem wichtige Bezugsgruppe. Deshalb wollen wir diese Faktoren stärken, um Kinder und Jugendliche auch für schwierigere Zeiten stark zu machen und auf ihrem Weg zu unterstützen.

Wichtige Instrumente dafür sind die klassische Jugendarbeit und die außerschulische Jugendbildung, die wir durchgehend durch vielfältige Maßnahmen fördern. Die Angebote der Jugendarbeit bieten jungen Menschen Freiräume zur Entfaltung, sie übernehmen Verantwortung und erleben dadurch Selbstwirksamkeit und verbringen frei verfügbare Zeit mit Gleichaltrigen.

Wir begrüßen daher sehr das Bundesprogramm „Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche“. Die dort zur Verfügung gestellten Mittel für Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit und Freizeitmaßnahmen haben wir den Jugendämtern und Jugendverbänden unkompliziert zugewiesen, da die tatsächlichen Bedarfe vor Ort am besten bekannt sind und niedrighschwellig Maßnahmen umgesetzt werden können. In Hessen haben wir außerdem ermöglicht, die Laufzeit des am 31. Dezember endenden Programms bis Ende August 2023 zu verlängern.

Im Laufe der Legislaturperiode wurden auch die sogenannten Glücksspielmittel, mit denen wir die Angebote der Jugendarbeit und der außerschulischen Jugendbildung in Hessen fördern, um insgesamt 20 % erhöht. Kommunen, Jugendverbände und sonstige Träger der außerschulischen Jugendbildung erhalten nunmehr jährlich Mittel in Höhe von rund 10,5 Millionen €.

Um unsere Datenbasis zu präzisieren, haben wir im vergangenen Jahr die Ergebnisse der JuCo-II-Studie nach den hessischen Datensätzen auswerten lassen. Es ist wichtig, dass Kinder und Jugendliche an politischen Entscheidungen

gen, die sie unmittelbar betreffen, beteiligt werden. Aktuell läuft das Landesaktionsprogramm Partizipation mit einem Fördervolumen von insgesamt 1,6 Millionen €, in dem wir unter anderem den Ausbau von Partizipationsstrukturen in mehreren Kommunen fördern. Anfang November fand unsere jährliche Beteiligungstagung für Jugendliche aus stationären Einrichtungen statt. Neu gestartet haben wir im Herbst das Jugenddialogprojekt „Lass mal reden!“ in Kooperation mit der Landesstiftung „Miteinander in Hessen“. Im Dezember findet der nächste HOP! Landesjugendkongress hier im Landtag statt. Wir wollen dieses Format verstetigen.

Angelaufen ist in diesem Jahr auch das Kinder- und Jugendrechte-Monitoring. Wie bei der Entwicklung des Konzepts wird es intensiv von Vertreterinnen und Vertretern der betroffenen Gruppe begleitet, also von Mitgliedern des Landesheimrats und der Landesschülervertretung als Expertinnen und Experten ihrer Lebenswelt. Auch bei der Gestaltung der Ombudsstelle nach § 9a SGB VIII haben sie sich eingebracht. Deshalb haben wir fünf von ihnen vor Kurzem stellvertretend sogar die Auszeichnung „Menschen des Respekts“ verliehen.

**Präsidentin Astrid Wallmann:**

Vielen Dank. – Es gibt eine Nachfrage der Fragestellerin. Frau Abg. Kula, Sie haben das Wort.

**Elisabeth Kula (DIE LINKE):**

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Es gab schon einmal einen Landesjugendkongress HOP!, der vom Landesjugendring organisiert wurde; 2019 war das, glaube ich. Deswegen meine Frage an die Landesregierung: Welche Maßnahmen, die in dem ersten Landesjugendkongress gefordert und aufgeschrieben wurden, wurden denn von der Landesregierung umgesetzt?

**Präsidentin Astrid Wallmann:**

Herr Staatsminister Klose, Sie haben das Wort.

**Kai Klose, Minister für Soziales und Integration:**

Frau Abgeordnete, ich erinnere mich auch noch sehr gut an diesen Kongress, dessen Schirmherr ich sein durfte. Das war auch der wesentliche Grund, warum wir gesagt haben, wir wollen diese Landesjugendkongresse verstetigen. Es ist eine Vielzahl von Impulsen von diesem Kongress ausgegangen. Diese Impulse haben Niederschlag gefunden in der Umsetzung sowohl der Arbeit des Ministeriums als auch der Arbeit der Beauftragten für Kinder- und Jugendrechte, aber auch in Anträgen und der politischen Arbeit der unterschiedlichen Landtagsfraktionen.

**Präsidentin Astrid Wallmann:**

Vielen Dank. – Als Nächste hat Frau Dr. Sommer das Wort für eine Nachfrage.

**Dr. Daniela Sommer (SPD):**

Vielen Dank, Herr Minister. – Ich glaube, es gibt viele belastbare Studien, dass es Jugendlichen nicht gut geht.

Wir wissen auch, dass es Engpässe bei der psychotherapeutischen Versorgung gibt. Meine Frage ist: Es gibt ja einen Arbeitsausschuss psychische Gesundheit vom Gemeinsamen Landesgremium nach § 90a SGB V. Gibt es denn da Vorschläge, wie man die Versorgungsmöglichkeiten verbessern kann?

**Präsidentin Astrid Wallmann:**

Vielen Dank. – Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

**Kai Klose, Minister für Soziales und Integration:**

Liebe Frau Sommer, ja, das 90a-Gremium hat kürzlich erst wieder getagt. Ehrlicherweise gibt es aber an dieser Stelle keinen Kontext zu der Ursprungsfrage. Von daher kann ich Ihnen jetzt auch nicht die Vorschläge, die dort entstanden sind, aus dem Kopf vortragen.

**Präsidentin Astrid Wallmann:**

Zu einer letzten Nachfrage darf ich Frau Abg. Kula das Wort geben.

**Elisabeth Kula (DIE LINKE):**

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Eine abschließende Frage zu dem Themenkomplex: Mich würde die Einschätzung der Landesregierung interessieren, inwiefern eigentlich der Schlüssel von Schulpsychologinnen und Schulpsychologen auf Schülerinnen und Schüler angesichts der Ergebnisse dieser Trendstudie adäquat ist. In Hessen haben wir 6.300 Schülerinnen und Schüler auf einen Schulpsychologen. Die KMK, die Kultusministerkonferenz, hatte sich 1974 auf einen Schlüssel von 1 : 5.000 geeinigt. Finden Sie das angesichts der Ergebnisse der Trendstudie adäquat?

**Präsidentin Astrid Wallmann:**

Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

**Kai Klose, Minister für Soziales und Integration:**

Frau Abgeordnete, es wird Sie nicht wundern, dass ich mir keine Einschätzung dazu erlaube, was in der Ressortverantwortung anderer Kollegen liegt. Das ist weder in die eine noch in die andere Richtung zu interpretieren.

**Präsidentin Astrid Wallmann:**

Vielen Dank.

Dann kommen wir hiermit zur **Frage 791**, und ich darf Herrn Abg. Rock das Wort erteilen.

**René Rock (Freie Demokraten):**

Ich frage die Landesregierung:

*Kann sie sicherstellen, dass innerhalb des ersten Quartals 2023 eine Kita-Landeselternvertretung ihre Arbeit aufnehmen kann?*

**Präsidentin Astrid Wallmann:**

Herr Staatsminister Klose, Sie haben erneut das Wort.

**Kai Klose, Minister für Soziales und Integration:**

Herr Abg. Rock, die wichtigste Voraussetzung dafür ist, was auch geplant ist, dass das entsprechende Gesetz im Laufe dieser Woche noch beschlossen wird. Damit die Landeselternvertretung ihre Arbeit aufnehmen kann, muss sie demokratisch legitimiert sein. Sie wird gewählt durch die Delegierten der Landeselternversammlung, die ihrerseits aus der Elternschaft des jeweiligen Jugendamtsbezirks gewählt wird. Das Ziel ist nach wie vor, diese Wahlen zeitnah nach Inkrafttreten der Verordnung zu initiieren.

**Präsidentin Astrid Wallmann:**

Es gibt eine Nachfrage der Abg. Anders. Sie haben das Wort.

**Kathrin Anders (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Vielen Dank, Frau Vorsitzende. – Sehr geehrter Herr Minister, würden Sie mir zustimmen, dass der Prozess und vor allem der Wahlprozess im ersten Quartal mindestens genauso wichtig sind wie die Landeselternvertretung selbst, nämlich der Prozess, dass alle Kita-Eltern in Hessen die Möglichkeit bekommen, Delegierte zu wählen, und dann ein Landeselternvertretungsgremium entsteht?

**Präsidentin Astrid Wallmann:**

Herr Staatsminister.

**Kai Klose, Minister für Soziales und Integration:**

Frau Abgeordnete, selbstverständlich würde ich Ihnen da zustimmen; denn demokratische Legitimation ist nun einmal eines der wichtigsten Prinzipien unserer Zusammenarbeit.

(Zurufe DIE LINKE)

**Präsidentin Astrid Wallmann:**

Zunächst habe ich für eine weitere Nachfrage von Herrn Dr. Naas, und dann würde der Fragesteller erneut drankommen. Wir gehen der Reihenfolge nach. Herr Dr. Naas, Sie haben das Wort.

**Dr. Stefan Naas (Freie Demokraten):**

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Ich frage die Landesregierung: Wann rechnet sie denn praktischerweise frühestens mit einer etablierten und gewählten Landeselternvertretung für die Kitas?

(Christiane Böhm (DIE LINKE): Das Frühjahr ist lang!)

**Präsidentin Astrid Wallmann:**

Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

**Kai Klose, Minister für Soziales und Integration:**

Na, jedenfalls in der ersten Jahreshälfte des nächsten Jahres, verehrter Herr Dr. Naas. Das ist dann übrigens deutlich früher – vorausgesetzt, unser Gesetz wird beschlossen –, als das bei dem FDP-Gesetzentwurf der Fall wäre; denn da steht ganz klar drin, dass die Wahl erst vom 16. Oktober bis 30. November stattfinden kann.

(Zurufe DIE LINKE)

**Präsidentin Astrid Wallmann:**

Vielen Dank. – Als Nächstem darf ich Herrn Rock erneut das Wort geben.

**René Rock (Freie Demokraten):**

Ich frage den Minister. Er hat hier in öffentlicher Sitzung in Aussicht gestellt, dass diese Wahl im ersten Quartal durchgeführt werden kann unter der Maßgabe, dass das Gesetz in dieser Plenarwoche beschlossen wird. Was muss passieren, dass Sie diese Aussage auch einhalten können?

**Präsidentin Astrid Wallmann:**

Vielen Dank. – Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

**Kai Klose, Minister für Soziales und Integration:**

Das Gesetz muss beschlossen werden. Dazu können Sie in dieser Woche beitragen; ich freue mich darauf. Die Verordnung muss entsprechend in Kraft getreten sein, und das Wahl-Tool muss bereitstehen. An all diesen Aspekten wird bereits intensiv gearbeitet.

**Präsidentin Astrid Wallmann:**

Dann kommen wir zur nächsten Frage. Ich rufe die **Frage 792** auf und darf Herrn Abg. Degen das Wort erteilen.

**Christoph Degen (SPD):**

Besten Dank, Frau Präsidentin. – Ich frage die Landesregierung:

*Wie viele Grundschulklassen werden in Hessen von Personen als Klassenlehrkraft geleitet, die über keine zweite Staatsprüfung verfügen?*

**Präsidentin Astrid Wallmann:**

Vielen Dank. – Herr Staatsminister Prof. Dr. Lorz, Sie haben das Wort.

**Prof. Dr. R. Alexander Lorz, Kultusminister:**

Herr Abg. Degen, den reinen hessischen Grundschulen sind zum Schuljahresbeginn 2022/2023 10.330 Klassen zugewiesen worden. Gleichzeitig sind, wiederum alleine an den reinen Grundschulen, im Schuljahr 2022/2023 zum Stichtag 1. Oktober 2022 13.263 Lehrkräfte mit einer zweiten Staatsprüfung eingesetzt, was also deutlich über die Anzahl der zugewiesenen Klassen hinausgeht. Lehrkräfte mit einer zweiten Staatsprüfung im Lehramt



für Grundschulen werden selbstverständlich bevorzugt als Klassenlehrkraft eingesetzt.

**Präsidentin Astrid Wallmann:**

Vielen Dank. Es gibt keine weiteren Nachfragen. – Doch. Wir nehmen das selbstverständlich noch dran, auch wenn es uns hier vorne noch nicht angezeigt war. – Herr Degen, Sie haben das Wort.

**Christoph Degen (SPD):**

Besten Dank, Herr Kultusminister, für die statistischen Daten. – Aber es gibt durchaus Grundschulklassen, die von Personen geleitet werden, die über keine zweite Staatsprüfung verfügen. Das ist schon richtig, oder?

**Präsidentin Astrid Wallmann:**

Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

**Prof. Dr. R. Alexander Lorz, Kultusminister:**

Herr Kollege Degen, wie ich schon sagte: In aller Regel werden selbstverständlich Lehrkräfte mit einer abgeschlossenen zweiten Staatsprüfung eingesetzt. Die statistischen Zahlen, die ich Ihnen gegeben habe, sollten nur belegen, dass es tatsächlich mehr als ausreichend Lehrkräfte mit einer abgeschlossenen zweiten Staatsprüfung für diesen Zweck gibt.

Aber natürlich können in Einzelfällen, beispielsweise aufgrund von unvorhergesehenen Langzeiterkrankungen oder bei Lehrkräften in Elternzeit oder im Mutterschutz, Situationen entstehen, in denen vorübergehend eine Lehrkraft die Klassenleitung übernimmt, die über keine zweite Staatsprüfung für das Lehramt an Grundschulen verfügt. Das bleiben aber Einzelfälle. Außerdem werden in solchen Fällen häufig Personen mit einer zweiten Staatsprüfung in anderen Lehrämtern oder Personen mit einer abgeschlossenen ersten Staatsprüfung eingesetzt.

**Präsidentin Astrid Wallmann:**

Es gibt eine weitere Nachfrage von Herrn Abg. Grüger. Sie haben das Wort.

**Stephan Grüger (SPD):**

Herr Staatsminister, Sie haben gesagt, es gibt diese Einzelfälle. Jetzt wäre es interessant, zu erfahren, wie viele solcher Einzelfälle es gibt. Denn das war die ursprüngliche Frage des Abgeordneten, und die könnten Sie jetzt vielleicht auch beantworten.

**Präsidentin Astrid Wallmann:**

Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

**Prof. Dr. R. Alexander Lorz, Kultusminister:**

Lieber Herr Kollege Grüger, ich weiß, dass Sie, nachdem Ihre Lieblingsfragen, wie Sie genau wissen, in Zukunft ins Leere laufen werden, weil die zentrale Fehlzeitenstatistik

jetzt am Laufen ist und die zentrale Vertretungsstatistik im nächsten Schuljahr auch zum Laufen gebracht werden wird, natürlich andere Kennzahlen suchen, die im Kultusministerium so nicht erhoben werden.

In der Tat sind die hessischen Schulen nicht zentral berichtspflichtig, welchen Lehrer mit welcher Qualifikation sie wann in welcher Klasse einsetzen. Das ist Kernbereich der Organisation der einzelnen Schule, und darüber gab es noch niemals eine zentrale Berichtspflicht. Es gibt sie meines Wissens auch nirgendwo anders. Ich finde auch, man kann es in der Eigenverantwortung der Schule belassen, wie sie mit den ihr zur Verfügung stehenden Kräften im Einzelnen verfährt.

**Präsidentin Astrid Wallmann:**

Dann kommen wir zur **Frage 793**. Ich darf Frau Abg. Löber das Wort erteilen.

**Angelika Löber (SPD):**

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Ich frage die Landesregierung:

*Warum verweigert das hessische Innenministerium seit 20 Jahren den hessischen Beamtinnen und Beamten den Zugang zu einer Soziotherapie als beihilfefähige Leistung, obwohl die Soziotherapie in der Beihilfeverordnung des Bundes sowie in den Beihilfeverordnungen aller anderen Bundesländer als beihilfefähig anerkannt wird?*

**Präsidentin Astrid Wallmann:**

Herr Staatsminister Beuth, Sie haben das Wort.

**Peter Beuth, Minister des Innern und für Sport:**

Frau Abg. Löber, die aufgeworfene Frage beantworte ich wie folgt: Aufwendungen für Soziotherapie können in Hessen im Rahmen von Einzelfallentscheidungen als beihilfefähig anerkannt werden. Maßgeblich ist dabei, wie in allen Beihilfeangelegenheiten, jeweils die medizinische Notwendigkeit.

Eine Evaluierung der Hessischen Beihilfeverordnung ist derzeit in Vorbereitung. Dabei stehen unter anderem auch die Vorschriften über die Beihilfefähigkeit von Aufwendungen für Psychotherapie zur Überarbeitung an.

**Präsidentin Astrid Wallmann:**

Vielen Dank. – Dann kommen wir jetzt – – Jetzt drücken ganz viele aufs Knöpfchen. Dann darf ich zunächst – wir haben es hier in der Reihenfolge stehen – Frau Löber das Wort erteilen und dann Frau Abg. Hofmann.

**Angelika Löber (SPD):**

Warum nutzt das hessische Innenministerium seit über 20 Jahren nicht das erhebliche Potenzial zur Reduzierung der Kosten stationärer Krankenhausaufenthalte bei schweren psychischen Erkrankungen hessischer Beamter durch die Genehmigung einer Soziotherapie?

**Präsidentin Astrid Wallmann:**

Herr Staatsminister.

**Peter Beuth, Minister des Innern und für Sport:**

Frau Abgeordnete, ich darf Sie noch einmal auf die Beantwortung des Berichtsantrags Drucks. 20/8131 hinweisen. Der Kollege Sozialminister hat das im Sozialausschuss beantwortet. Es wurde ausführlich erklärt, warum die Aufwendungen für Psychotherapie in Hessen im Allgemeinen nicht beihilfefähig sind. Sie gelten grundsätzlich nicht als Aufwendungen zur Behandlung einer Krankheit nach § 6 Abs. 1 Nr. 1 der Beihilfeverordnung. Dem liegt der Umstand zugrunde, dass nach § 1 Abs. 7 der Psychotherapie-Richtlinie der Zweck der Psychotherapie darauf abzielt, einen Prozess zu unterstützen, „der Patientinnen und Patienten einen besseren Zugang zu ihrer Krankheit ermöglicht, indem Einsicht, Aufmerksamkeit, Initiative, soziale Kontaktfähigkeit und Kompetenz gefördert“ und Krankheitswahrnehmungen und Lebensqualität damit verbessert werden.

Die psychotherapeutische Betreuung selbst gilt dabei jedoch nicht als eigenständiges psychotherapeutisches Konzept. Aus diesem Grund handelt es sich beihilferechtlich nicht um eine Behandlung. Deswegen ist sie auch nicht beihilfefähig.

**Präsidentin Astrid Wallmann:**

Vielen Dank. – Jetzt kommt Frau Abgeordnete und Vizepräsidentin Hofmann.

**Heike Hofmann (Weiterstadt) (SPD):**

Herr Innenminister, wann ist mit der neuen Beihilfeverordnung zu rechnen?

**Präsidentin Astrid Wallmann:**

Herr Staatsminister.

**Peter Beuth, Minister des Innern und für Sport:**

Das kann ich Ihnen nicht genau sagen. Deswegen würde ich mich auf den Allzweckbegriff „zeitnah“ zurückziehen.

(Torsten Felstehausen (DIE LINKE): Das ist ein weiter Begriff!)

**Präsidentin Astrid Wallmann:**

Mir liegen jetzt keine weiteren Nachfragen vor. – Doch, Frau Löber, Sie haben selbstverständlich noch einmal das Wort.

**Angelika Löber (SPD):**

Vielen Dank. – Sie sagten eben in Ihrer Antwort, in Einzelfallentscheidungen könne eine Psychotherapie genehmigt werden. Könnten Sie die Kriterien einer Einzelfallentscheidung jetzt nennen oder uns im Nachgang zur Verfügung stellen?

**Präsidentin Astrid Wallmann:**

Herr Staatsminister.

**Peter Beuth, Minister des Innern und für Sport:**

Ich kann schauen, ob es dafür einen Kriterienkatalog gibt. Aber ich habe hier umfangreich den allgemeinen Grundsatz dargestellt. Wenn es sich um die Behandlung einer Krankheit handelt – das wird im Einzelfall festgestellt –, dann ist auch eine Beihilfeberücksichtigung möglich. Aber ich will gerne schauen, Frau Abgeordnete, ob es einen Kriterienkatalog oder Ähnliches gibt. Das weiß ich aber nicht.

**Präsidentin Astrid Wallmann:**

Dann sind wir am Ende dieser Frage angekommen.

Ich rufe **Frage 794** auf und darf Herrn Abg. Kaffenberger das Wort erteilen.

**Bijan Kaffenberger (SPD):**

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Ich frage die Landesregierung:

*Bis wann ist mit einer Besetzung der Schulleitungsstelle an der Georg-Christoph-Lichtenberg-Schule in Ober-Ramstadt zu rechnen?*

**Präsidentin Astrid Wallmann:**

Vielen Dank. – Herr Kultusminister Prof. Dr. Lorz, Sie haben das Wort.

**Prof. Dr. R. Alexander Lorz, Kultusminister:**

Danke schön, Frau Präsidentin. – Herr Abg. Kaffenberger, die Entscheidung zur Besetzung der Schulleiterstelle an der Georg-Christoph-Lichtenberg-Schule in Ober-Ramstadt ist in meinem Hause bereits getroffen worden und wird zeitnah kommuniziert. Es steht noch die formale Beteiligung des Schulträgers aus. Wenn der Träger uns positiv rückmeldet, dann gehe ich davon aus, dass die Beauftragung der Schulleitung spätestens zu Beginn des zweiten Schulhalbjahres am 1. Februar 2023 erfolgen kann.

**Präsidentin Astrid Wallmann:**

Vielen Dank. – Es gibt eine Nachfrage des Abg. Degen.

**Christoph Degen (SPD):**

Danke, Frau Präsidentin. – Herr Kultusminister, können die Verzögerungen auch bei der Besetzung von Stellen von Schulleiterinnen und Schulleitern gerade im Bereich Darmstadt-Dieburg möglicherweise etwas mit einer Überlastungssituation am Schulamt zu tun haben?

**Präsidentin Astrid Wallmann:**

Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

**Prof. Dr. R. Alexander Lorz, Kultusminister:**

Herr Abg. Degen, es sind in diesem Schulamtsbezirk keine spezifischen Verzögerungen bekannt. Ich weiß, dass wir uns im Ausschuss darüber unterhalten haben, dass aufgrund einer Langzeiterkrankung in diesem Schulamtsbezirk zu Beginn des Schuljahres die Gehaltsauszahlungen teilweise verspätet erfolgt sind. Dafür haben wir eine Lösung gefunden. Vor allem aber hat das eine mit dem anderen nichts zu tun.

**Präsidentin Astrid Wallmann:**

Vielen Dank.

Wir kommen dann zu **Frage 795**. Ich darf Frau Abg. Kula das Wort erteilen.

**Elisabeth Kula (DIE LINKE):**

Frau Präsidentin, vielen Dank. – Ich frage die Landesregierung:

*Aus welchen Gründen hat sie sich trotz steigender Zuzugszahlen von Schutzsuchenden und der damit verbundenen Unterbringungsnot einiger Gebietskörperschaften gegen die erneute Einberufung des Asylkonvents entschieden?*

**Präsidentin Astrid Wallmann:**

Vielen Dank. – Das Wort erhält Herr Staatsminister Wintermeyer.

**Axel Wintermeyer, Minister und Chef der Staatskanzlei:**

Frau Präsidentin, vielen Dank. – Frau Kollegin Kula, ein Vergleich der Situation der Jahre 2015 ff. mit der des Jahres 2022 hat gezeigt, dass die damalige Lage mit der heutigen nicht vergleichbar ist. Damals kamen vor allem und fast ausschließlich Asylsuchende. Heute sind von den Zugängen etwa 90 % der Menschen Ukrainer, die sich hier nur in Sicherheit bringen wollen. Sie wollen hier vorübergehend leben, während zu Hause Krieg herrscht.

Heute können wir auf die bereits in den Jahren 2015 und 2016 geschaffenen Strukturen optimal zurückgreifen, für die wir sehr dankbar sind. Wir setzen dabei im engen Austausch mit den Kommunalen Spitzenverbänden, den Wirtschafts- und auch den Sozialverbänden gezielt dort an, wo es nötig ist.

Wir haben als Landesregierung auf dieser Grundlage einen Beschluss zur Koordinierung der Asyl- und Flüchtlingspolitik herbeigeführt. Danach werden unter anderem kurzfristig 1.050 zusätzliche Unterbringungsplätze in den hessischen Erstaufnahmeeinrichtungen geschaffen. Zudem setzen wir uns für die dauerhafte Sicherung der Erstaufnahmeeinrichtungen ein, um Schwankungen bei der Zuweisung möglichst zu verhindern.

Die Unterbringung in den Schulen und in den Kindertagesstätten kann größtmöglich gewährleistet werden. Wir sind auch sehr dankbar, dass die Übernahme in die Regelungen des Sozialgesetzbuchs II die Kommunen insbesondere hinsichtlich der ukrainischen Kriegsflüchtlinge entlastet.

**Präsidentin Astrid Wallmann:**

Es gibt eine Nachfrage der Frau Kula. Sie haben das Wort.

**Elisabeth Kula (DIE LINKE):**

Frau Präsidentin, vielen Dank. – Ich danke für die Antwort. Ich will das noch einmal nachfragen: Sieht die Landesregierung angesichts der vielen Beschwerden aus den Kommunen wirklich keinen Handlungsbedarf? Wir haben in der letzten Plenarwoche gerade über die Beschwerden aus dem Wetteraukreis diskutiert. Es gibt noch andere Kommunen, die über Überlastung klagen. Sehen Sie angesichts dieser Situation wirklich keinen Handlungsbedarf, wieder einen Asylkonvent einzuberufen?

**Präsidentin Astrid Wallmann:**

Vielen Dank. – Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

**Axel Wintermeyer, Minister und Chef der Staatskanzlei:**

Frau Präsidentin, Frau Kollegin Kula, die Landesregierung sieht grundsätzlich immer Handlungsbedarf. Wir handeln auch. Wie ich Ihnen eben gerade dargestellt habe, sehen wir momentan nicht die Notwendigkeit, einen Asylkonvent einzuberufen. Denn wir können auf die entsprechenden Strukturen zurückgreifen, die wir in den Jahren 2015 und 2016 dankenswerterweise mit allen, die dabei waren, geschaffen haben.

Vielleicht darf ich diesen Hinweis nennen: Damals gab es keine organisatorischen Strukturen für die Unterbringung. Man war auf die medizinische Versorgung nicht vorbereitet. Man musste die Strukturen dem Arbeitsmarkt anpassen. Wir mussten gemeinsam Förderstrukturen schaffen.

Diese existieren jetzt bereits. Jetzt fehlt es nicht an der medizinischen Versorgung oder an den Beschulungsmöglichkeiten für die Kinder. Jetzt fehlen insbesondere Wohnungen. Wir versuchen, uns auch darum zu kümmern, obwohl die Kommunen für die Unterbringung der Flüchtlinge zuständig sind.

Zum ersten Thema hatte ich Ihnen gerade deutlich gemacht: Wir erweitern bei uns in Hessen die Kapazitäten der Erstaufnahmeeinrichtungen. Wir wollen dort 1.050 zusätzliche Plätze schaffen. Die Zahl kann ich Ihnen nur aus dem Kopf nennen: Wir haben derzeit etwa noch 1.500 Plätze in den Erstaufnahmeeinrichtungen frei. Wir haben damit einen Puffer von etwa 2.500 Plätze. Wir können damit die Zuweisungen an die Kommunen konstant und nicht etwa wellenartig vornehmen.

Das Zweite ist Folgendes: Die Hessische Landesregierung setzt sich gegenüber der Bundesregierung dafür ein, dass wir gesetzliche Veränderungen beim Recht, insbesondere beim Baurecht, bekommen. Dabei geht es auch um § 8 Baunutzungsverordnung. Das will ich hier nur kurz ansprechen, weil Sie mich konkret danach gefragt haben. Demnach sollten auch Grundstücke in Gewerbegebieten für das Aufstellen der Container, für das Aufstellen der Mobile Homes etc. genutzt werden. Das ist bis heute nicht möglich.

Wir haben, leider erfolglos, sehr dafür gekämpft, dass die Erstattung der Kosten der Unterkunft, die die Bundesregie-

rung bisher den Kommunen hat zukommen lassen, weiterhin bei 100 % bleibt. Das war nicht gewünscht.

Drittens ist es so, dass bezüglich der Frage der Verteilung die Kriterien für die Zuweisung an die Kommunen dort teilweise kritisch betrachtet werden. Sie haben die Situation im Wetteraukreis angesprochen. Mein Kollege Sozialminister und auch mein Kollege Innenminister überprüfen derzeit die Kriterien der Verteilungs- und Unterbringungsgebührenverordnung. Wir sind da als Land diskussionsbereit. Für kommunale Verbesserungsvorschläge sind wir immer offen.

Vielleicht darf ich Ihnen zuletzt noch etwas sagen. Wir, also alle Ressorts, befinden uns natürlich regelmäßig in Gesprächen mit den Sozialverbänden, den Hilfsorganisationen und den Kommunen. Es finden sogar regelmäßig Gespräche der Landesregierung in toto mit den kommunalen Spitzenverbänden statt. Der Ministerpräsident hat auch die Vertreterinnen und Vertreter aller drei kommunalen Spitzenverbände persönlich empfangen, um mit ihnen über diese Probleme zu sprechen, die wir gemeinsam lösen müssen, und zwar Bund, Länder und Kommunen. Er wird dazu einen Dialog führen.

**Präsidentin Astrid Wallmann:**

Vielen Dank. – Als Nächstem darf ich Herrn Abg. Pürsün das Wort erteilen.

**Yanki Pürsün (Freie Demokraten):**

Frau Präsidentin, vielen Dank. – Herr Staatsminister, in der Plenardebatte hat der Sozialminister die Kritik, die wir für die Kommunen vorgetragen haben, als Fantasie bezeichnet. Was hat Sie denn dazu bewogen, diesen nicht konstruktiven Weg nicht weiter zu gehen, sondern unsere vorgetragenen Forderungen wie die Erhöhung der Kapazitäten des Landes und auch die Neuverhandlung der aktuellen Unterfinanzierung der Kommunen durch das Land aufzugreifen?

**Präsidentin Astrid Wallmann:**

Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

**Axel Wintermeyer, Minister und Chef der Staatskanzlei:**

Frau Präsidentin, Herr Abg. Pürsün, wie ich Ihnen bereits sagte, befinden wir uns ständig mit den Kommunen im Gespräch. Dabei geht es auch um die faire Kostenverteilung und darum, wie wir mit der Kostenbeteiligung des Bundes umgehen.

Ich darf darauf hinweisen, dass wir eine Koordinierungsstelle für die Flüchtlingsunterbringung beim Regierungspräsidium in Gießen unter Leitung des Vizeregierungspräsidenten haben. Außerdem haben wir mit den kommunalen Spitzenverbänden einen institutionalisierten Dialog auf der Ebene der Staatssekretäre des Innenministeriums, des Sozialministeriums und des Finanzministeriums. Da geht es um Fragen wie die nach der tatsächlichen Nutzbarkeit der Immobilien oder die Benutzung der vorhandenen Infrastrukturen des Landes. Das besprechen wir dort miteinander. Das ist nichts Ungewöhnliches. In diesen Gesprächen befinden wir uns immer.

Ich war bei der Debatte dabei. Was der Sozialminister als übertrieben empfunden hat, was Sie eben gerade angesprochen haben, war keine Forderung der Kommunen, sondern war der Vortrag von Ihnen.

**Präsidentin Astrid Wallmann:**

Vielen Dank. – Als Nächstes darf ich das Wort zurück an die Fragestellerin, Frau Abg. Kula, geben. Frau Abg. Kula hat das Wort.

**Elisabeth Kula (DIE LINKE):**

Frau Präsidentin, vielen Dank. – Ich habe noch eine Nachfrage. Sie haben mehrfach auf die Gespräche mit den Vertreterinnen und Vertretern der Landkreise und der Spitzenverbände hingewiesen. Mich würde interessieren, auf welchem Weg und in welchen zeitlichen Abständen die Wohlfahrtsverbände und die Initiativen der Flüchtlingshilfe aktuell in die Arbeit der Landesregierung eingebunden werden.

**Präsidentin Astrid Wallmann:**

Vielen Dank. – Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

**Axel Wintermeyer, Minister und Chef der Staatskanzlei:**

Frau Präsidentin, vielen Dank. – Frau Kollegin Kula, ich kann Ihnen jetzt nicht mit hundertprozentiger Sicherheit das Datum nennen. Denn das wurde von mir schon letzte Woche freigegeben. Wenn ich es richtig im Kopf habe, sind die Vertreterinnen und Vertreter der Sozialverbände am 2. oder 3. Februar 2023 zu uns in die Staatskanzlei eingeladen. An dem Gespräch werden auch Vertreterinnen und Vertreter des Sozialministeriums und des Finanzministeriums teilnehmen, um das mit den Sozialverbänden hinter verschlossenen Türen konkret zu besprechen.

**Präsidentin Astrid Wallmann:**

Vielen Dank. – Für die letzte Nachfrage hat sich Herr Abg. Lambrou zu Wort gemeldet.

**Robert Lambrou (AfD):**

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Herr Minister, im Zusammenhang mit der Frage hat Landrat Woide, CDU, aus Fulda, gestern im Kreistag gefordert, dass Bund und Land eine Begrenzung von Zuweisungen erwirken. Er hat auch ganz klargemacht, dass es hohen Regelungsbedarf gebe und dass es nicht nur um die Unterbringung gehe, sondern dass die Flüchtlinge auch Ärzte, Kindergärten und Schulen bräuchten. Wie stehen Sie zu diesen Forderungen?

**Präsidentin Astrid Wallmann:**

Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

**Axel Wintermeyer, Minister und Chef der Staatskanzlei:**

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Herr Abgeordneter, dass ist die Bewertung und auch die Meinung des Landrates des Landkreises Fulda. Ich hatte Ihnen eben gerade auch in der Beantwortung der mir gestellten Fragen gesagt, dass die Landesregierung die Sorgen der Kommunen ausdrücklich ernst nimmt. Wir versuchen, gemeinsam dort zu helfen. Aber ich weise natürlich ausdrücklich darauf hin, dass wir verpflichtet sind, Menschen, die, aus welchem Grund auch immer, zu uns in die Bundesrepublik kommen – sei es als Asylsuchende oder als Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine –, entsprechend menschenwürdig unterzubringen und so weit wie möglich auch hier zu integrieren.

Ich habe vorhin davon gesprochen: Ich glaube, etwa 90 % der Zugänge in das Land Hessen sind ukrainische Kriegsflüchtlinge, und dort ist es in besonderem Maße sehr gut gelungen, weil durch die Möglichkeiten der EU-Richtlinie auf der einen Seite Freizügigkeit gegeben ist, was ein kleines Problem bereitet, weil Kriegsflüchtlinge hinziehen können, wohin sie wollen, aber auf der anderen Seite die Möglichkeit gegeben ist, dass sie Arbeit aufnehmen können, was zum großen Teil auch getan wird. Ich habe jedenfalls bisher keine signifikanten Probleme zur Kenntnis genommen, dass der Schulunterricht für ukrainische Kriegsflüchtlingskinder oder auch Kindertagesstättenbesuche infrage gestellt werden.

Allerdings muss man auch die Kommunen verstehen: Sie schauen nach vorne, kein Mensch weiß, wie der Winter jetzt werden wird. Wir hoffen sehr, dass sich der Zugang in die Bundesrepublik Deutschland einigermaßen so hält, wie er bisher gewesen ist. Wir können jedenfalls keine Feststellung treffen, dass es derzeit erhöhten Zugang gibt.

**Präsidentin Astrid Wallmann:**

Vielen Dank.

Damit kommen wir zu **Frage 796**. Ich darf der Abg. Sönmez das Wort erteilen.

**Saadet Sönmez (DIE LINKE):**

Danke sehr, Frau Präsidentin. – Ich frage die Landesregierung:

*Wurden angesichts des im Entschließungsantrag Drucks. 20/9359, der in der 116. Plenarsitzung mehrheitlich befürwortet wurde, formulierten Zieles, bis zur Innenministerkonferenz Abschiebungen in den Iran auszusetzen, die Ausländerbehörden offiziell, etwa in Form eines Erlasses, über diese Entscheidung informiert und angewiesen, die damit verbundene Praxis der Erteilung von Duldungen nach § 60b Aufenthaltsgesetz an iranische Staatsangehörige sowie einhergehende Leistungskürzungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz einzustellen?*

**Präsidentin Astrid Wallmann:**

Herr Staatsminister Beuth, Sie haben das Wort.

**Peter Beuth, Minister des Innern und für Sport:**

Sehr geehrte Frau Abgeordnete, das Hessische Ministerium des Innern und für Sport hat die Regierungspräsidien am 12.10.22 darauf hingewiesen, dass Abschiebungen in den Iran bis zur Bewertung der aktuellen Lage auf der am 30.11.22 – also vor ein paar Tagen – beginnenden Innenministerkonferenz nicht zu vollziehen sind. Für etwaige Fälle mit erheblicher strafrechtlicher oder Sicherheitsrelevanz wurde um umgehenden Bericht an das Ministerium gebeten. Darüber hinaus sind keine Anweisungen im Sinne der Fragestellung durch das Hessische Ministerium des Innern und für Sport erfolgt.

**Präsidentin Astrid Wallmann:**

Vielen Dank. – Die Fragestellerin hat noch eine Nachfrage. Sie haben das Wort.

**Saadet Sönmez (DIE LINKE):**

Danke sehr, Frau Präsidentin. – Herr Minister, habe ich es jetzt richtig verstanden, dass zwar Hinweise gegeben wurden, dass Abschiebungen auszusetzen sind, aber die erteilten Duldungen und die damit einhergehenden Leistungskürzungen beibehalten wurden?

**Präsidentin Astrid Wallmann:**

Herr Staatsminister.

**Peter Beuth, Minister des Innern und für Sport:**

Frau Abgeordnete, ich habe Ihnen gerade geschildert, was geregelt worden ist. Wie gerade berichtet, haben wir am 12.10.22 darauf hingewiesen, dass Abschiebungen in den Iran bis zur Bewertung der aktuellen Lage auf der am 30.11.22 – das war letzte Woche – beginnenden Innenministerkonferenz nicht zu vollziehen sind. Für etwaige Fälle mit erheblicher strafrechtlicher oder Sicherheitsrelevanz wurde um umgehenden Bericht an das Ministerium gebeten. Darüber hinaus sind keine Anweisungen im Sinne der Fragestellung durch das Hessische Ministerium des Innern und für Sport erfolgt.

**Präsidentin Astrid Wallmann:**

Es gibt eine Frage von Herrn Abg. Felstehausen. Sie haben das Wort.

**Torsten Felstehausen (DIE LINKE):**

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Herr Staatsminister Beuth, können Sie dem Parlament mitteilen, wie viele Hinweise nach Anforderung in Ihrem Haus auf mögliche strafrechtliche Relevanz oder Staatsgefährdung eingegangen sind?

**Präsidentin Astrid Wallmann:**

Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

**Peter Beuth, Minister des Innern und für Sport:**

Ich habe es nicht vorliegen, aber ich glaube, keine. Da würde ich darum bitten, das noch einmal nachfragen zu dürfen. Aber ich bin mir relativ sicher, keine.

**Präsidentin Astrid Wallmann:**

Und noch eine Nachfrage der Fragestellerin. Frau Sönmez, Sie haben das Wort.

**Saadet Sönmez (DIE LINKE):**

Danke sehr, Frau Präsidentin. – Herr Minister, können Sie uns über das Ergebnis der Innenministerkonferenz bezüglich der Aussetzung der Abschiebungen in den Iran aufklären?

**Präsidentin Astrid Wallmann:**

Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

**Peter Beuth, Minister des Innern und für Sport:**

Frau Abgeordnete, die Innenministerkonferenz hat sich auf ihrer Sitzung letzte Woche, 30.11. bis 02.12., unter anderem darauf verständigt, dass bis auf Weiteres keine Rückführungen in den Iran durchgeführt werden. Die Rückführung insbesondere von Personen mit erheblicher strafrechtlicher oder Sicherheitsrelevanz und von Ausreisepflichtigen, die hartnäckig ihre Mitwirkung an der Identitätsfeststellung verweigern, erachtet sie demgegenüber nach sorgfältiger Einzelfallprüfung weiterhin als geboten.

Die Bundesregierung hat am 30.11. einen aktualisierten Bericht des Auswärtigen Amtes über die asyl- und abschiebungsrelevante Lage in der Islamischen Republik Iran verschickt. Eine klare Aussage zu den Voraussetzungen eines Abschiebestopps enthält der Bericht nicht. Dementsprechend wurde auch auf der IMK trotz Vorliegens des Berichts kein formeller oder bundesweiter Abschiebestopp vereinbart. Der Beschluss der IMK wird in Hessen über die zuständigen Behörden adäquat umgesetzt werden. Über die Sicherheits- und Abschieberelevanz der Situation im Iran soll die Bundesregierung zur Frühjahrs-IMK – ich glaube, die wird nächstes Jahr im Juni stattfinden – erneut berichten.

**Präsidentin Astrid Wallmann:**

Vielen Dank. – Damit sind wir am Ende der Fragestunde angekommen.

(Die Fragen 797 bis 800, 804, 805, 807 und die Antworten der Landesregierung sind als Anlage beigefügt. Die Fragen 801 bis 803 und 806 sollen auf Wunsch der Fragestellerinnen und Fragesteller in der nächsten Fragestunde beantwortet werden.)

Ich rufe nun **Tagesordnungspunkt 11** auf:

**Zweite Lesung****Gesetzentwurf****Landesregierung****Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für die Haushaltsjahre 2023 und 2024 (Haushaltsgesetz 2023/2024)**

– Drucks. 20/9640 zu Drucks. 20/9251 –

Ich erteile zunächst der Vorsitzenden des Haushaltsausschusses, Frau Abg. Kerstin Geis, als Berichterstatterin das Wort.

**Kerstin Geis, Berichterstatterin:**

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Haushaltsausschuss empfiehlt dem Plenum, den Gesetzentwurf in zweiter Lesung unverändert anzunehmen. Dies tut er mit den Stimmen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen SPD, AfD, Freie Demokraten und DIE LINKE.

Der Haushaltsausschuss empfiehlt dem Plenum, zu den Einzelplänen folgende Beschlüsse zu fassen. Diese entnehmen Sie bitte der Vorlage. – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall Heike Hofmann (Weiterstadt) (SPD) – Heiterkeit Torsten Felstehausen (DIE LINKE))

**Präsidentin Astrid Wallmann:**

Vielen Dank. – Mit aufgerufen wird **Tagesordnungspunkt 68:**

**Zweite Lesung****Gesetzentwurf****Fraktion der CDU, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN****Gesetz zur Änderung des Hessischen Finanzausgleichsgesetzes und zur Änderung anderer Rechtsvorschriften**

– Drucks. 20/9641 zu Drucks. 20/9501 –

Hierzu bitte ich nun Herrn Abg. Michael Reul um seine Berichterstattung. – Ich meinte natürlich Herrn Reul.

(Michael Reul (CDU): Ich habe es schon verstanden!)

– Entschuldigung, Herr Reul hat schon ganz irritiert geschaut. Ich meinte selbstverständlich Herrn Reul. Ich wollte nur sehen, ob alle aufmerksam sind. – Herr Reul, Sie haben das Wort.

**Michael Reul, Berichterstatter:**

Liebe Frau Präsidentin, ich berichte kurz von dem Ergebnis. Der Haushaltsausschuss hat zu diesem Thema getagt und beschlossen, dass er dem Plenum empfiehlt, mit den Stimmen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, Freien Demokraten und DIE LINKE bei Stimmenthaltung der AfD, diesen Gesetzentwurf anzunehmen. – Danke schön.

**Präsidentin Astrid Wallmann:**

Vielen herzlichen Dank, Herr Reul. – Die Fraktionen haben sich darauf verständigt, die Generaldebatte heute abzuhalten und die Beratung anderer Einzelpläne sowie die Abstimmung am morgigen Mittwoch vorzunehmen.

Der Anlage zu Tagesordnungspunkt 11 können Sie zudem entnehmen, dass sich die Fraktionen im Ältestenrat auf eine Redezeit von 30 Minuten je Fraktion für den Einzelplan 02 und insgesamt 80 Minuten für die Einzelpläne 01 und 03 bis 18 ohne Begrenzung der Redezeit für die einzelnen Rednerinnen und Redner bei der Aussprache über den jeweiligen Einzelplan verständigt haben.

Jedem fraktionslosen Abgeordneten stehen insgesamt vier Minuten Redezeit für die Einzelpläne zu, und es wurde im Ältestenrat vereinbart, dass beim Einzelplan 02 wie auch bei den anderen Einzelplänen Kurzinterventionen auf die Redezeit angerechnet werden.

Folgende Rednerreihenfolge wurde festgelegt: Die Fraktion der SPD beginnt. Danach spricht Herr Ministerpräsident Rhein. Es folgen die Fraktion der AfD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Freien Demokraten, die Fraktion DIE LINKE, die CDU und dann – sofern gewünscht – die fraktionslosen Abgeordneten.

Jetzt rufe ich vereinbarungsgemäß

### **Einzelplan 02 – Hessischer Ministerpräsident –**

auf, und ich erteile dem Vorsitzenden der SPD-Fraktion, Herrn Günter Rudolph, das Wort.

#### **Günter Rudolph (SPD):**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Im vergangenen Jahr war Corona das Hauptthema in der Generaldebatte. Der 24. Februar dieses Jahres, der Überfall auf die Ukraine, der Krieg in der Ukraine, hat uns enorm herausgefordert. Das war ein Tag, der weltweit für Herausforderungen sorgte. Krieg und Corona – Corona ist ja auch noch nicht zu Ende –, die Kombination von zwei weltumspannenden Krisen hat eine neue Phase der Herausforderungen für uns ausgelöst: sozial, wirtschaftlich, gesellschaftlich und politisch.

Die Menschen in Europa, in Deutschland, aber auch in Hessen sind im besten Falle besorgt über das, was geschieht. Viele sind nicht nur besorgt, sie haben schlicht Angst vor dem, was die nahe Zukunft bringt. Die Menschen stehen unter Druck, weil explodierende Gas- und Strompreise das Familienbudget sprengen, weil jeder Einkauf im Supermarkt teurer geworden ist, weil Arbeitsplätze in Gefahr sind, weil Produktionsketten unterbrochen sind und weil sie Furcht vor dem sozialen Abstieg in ihrem Leben haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in einer solchen Zeit brauchen die Menschen, braucht das Land Orientierung und Sicherheit. Es ist Aufgabe derer, die im Staat und in der Wirtschaft Verantwortung tragen – also auch von uns im Hessischen Landtag –, Orientierung und Sicherheit zu geben. Damit meine ich, dass ein starker Staat an der Seite der Menschen steht und dass die Menschen untereinander solidarisch sind. Für das Prinzip der Solidarität und des starken, helfenden Staates stehen wir als SPD.

(Lebhafter Beifall SPD)

Auf der anderen, der falschen Seite stehen die Populisten. Dort stehen in diesen Tagen diejenigen, die aus der Krise politisches Kapital schlagen wollen: die Populisten, die immer wieder einfache Lösungen für komplizierte Sachverhalte und Probleme anbieten, die Spalter, die unser

Gemeinwesen vergiften, die Zwietracht säen und Ängste schüren.

(Zurufe AfD)

– Sie fühlen sich zu Recht angesprochen, genau Sie meine ich. – Wir als Demokraten müssen seriöse, lösungsorientierte Politik bieten, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall SPD, vereinzelt CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Freie Demokraten – Zuruf Andreas Lichert (AfD))

Altes Sprichwort: Getroffene Hunde bellen. – Sie können nachher einmal erklären, wie viele Abgeordnete noch in der AfD-Fraktion Mitglied sind.

(Zuruf Andreas Lichert (AfD))

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist nicht unser Job als Politiker, nur das zu sagen und zu tun, was Medien und Meinungsumfragen gerade für populär halten. Unsere Aufgabe ist es vielmehr, was richtig ist, populär zu machen.

Damit möchte ich zur Landespolitik überleiten. Es sind CDU und GRÜNE, die in Hessen Verantwortung tragen. Ist deren Politik noch richtig, gut und populär? – Nein, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall SPD und Moritz Promny (Freie Demokraten) – Zurufe CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja!)

Für was stehen CDU und GRÜNE? Sie stehen zunächst für einen sehr lockeren Umgang mit Recht und Gesetz.

(Claudia Ravensburg (CDU): Was?)

Ich erinnere an den Verfassungsbruch wegen des sogenannten Corona-Sondervermögens,

(Zurufe Claudia Ravensburg und Manfred Pentz (CDU))

den sie zu verantworten haben.

(Heike Hofmann (Weiterstadt) (SPD): Hört, hört!)

Ich berichte über das Urteil des Verwaltungsgerichtshofs zur Beamtenbesoldung, die rechtswidrig war. Ich rede über zwei Untersuchungsausschüsse, die zu untersuchen haben, ob in Hessen Sicherheitsbehörden Fehler begangen haben. Und ich rede auch über den Vorgang „Nachrücken von Frau Kühne-Hörmann für Herrn Bouffier“.

(Manfred Pentz (CDU): Nein, nein, nein, nein! Schon wieder! – Gegenruf Heike Hofmann (Weiterstadt) (SPD): Ja, ja, ja, ja!)

Das ist ein Vorgang, der stark nach Trickerei – – Das ist die Realität von CDU und GRÜNEN, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall SPD – Vereinzelter Beifall Freie Demokraten – Ministerpräsident Boris Rhein: Haushaltsrede!)

Weil es von rechts von der Regierungsbank einen vermeintlich intelligenten Zwischenruf „Haushaltsrede“ gibt: Wir reden nicht über den Einzelantrag, sondern wir führen die Generaldebatte über den Landeshaushalt. Deswegen: Was ist Schwarz-Grün? Was ist die Politik von CDU und GRÜNEN? – Eine Zweckkoalition zum Machterhalt, mei-



ne sehr verehrten Damen und Herren, mit Ablauf dieser Wahlperiode beendet – um das ganz deutlich zu sagen.

(Lebhafter Beifall SPD – Vereinzelter Beifall Freie Demokraten)

Neun Jahre lang haben es CDU und GRÜNE geschafft, so zu tun, als sei das die Koalition schlechthin. Der Vorgänger von Herrn Rhein hat das ja in einer Art und Weise vorge-tragen, dass man es am Schluss nicht mehr hören konnte.

(Zuruf Claudia Ravensburg (CDU))

Unsicherheiten und Streitigkeiten gab es nicht, und wenn, dann wurden die hinter dicken Stahltüren ausgetragen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, was für ein Schauspiel mittlerer Güte. – Nein, bei wichtigen Themen herrscht tiefe Uneinigkeit, z. B. beim Windkraftausbau, beim Klimaschutz, bei den Ersatzfreiheitsstrafen, bei der Videoüberwachung. Ja, wo ist denn der Gesetzentwurf – vor Monaten im Innenausschuss beraten –, wann wird er denn verabschiedet? – Oh, das ist jetzt mein Fehler, da bitte ich um Nachsicht; denn der darf ja erst beraten werden, wenn der grüne Landespartei-tag rum ist, sonst werden die grünen Innenpolitiker wieder durchgereicht.

(René Rock (Freie Demokraten): Hört, hört!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir wollen Antworten – jetzt und nicht erst in ein paar Monaten.

(Anhaltender lebhafter Beifall SPD – Vereinzelter Beifall Freie Demokraten)

Wahlalter mit 16, Erbschaftsteuer – auch da große Unterschiede zwischen CDU und GRÜNEN.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dann kommen wir zu dem Thema der Vorratsdatenspeicherung – auch ein Thema, wo CDU und GRÜNE völlig unterschiedlicher Meinung sind. Das, was wir in den letzten Tagen erlebt haben, Herr Kollege Wagner, war schon beeindruckend: dass Sie sich öffentlich über Pressemitteilungen austauschen. Sie waren befremdet über das Vorpreschen von zwei Ministern. Ich habe gehört, in der CDU wäre das Vorgehen der beiden Minister auf großen Beifall gestoßen.

(René Rock (Freie Demokraten): Hört, hört!)

Also, so unterschiedlich sind schon die Darstellungen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ja, sie trennt mehr, als sie eint. Deswegen ist es gut, dass die Wählerinnen und Wähler nächstes Jahr entscheiden können, dass es mit Schwarz-Grün nicht weitergeht.

(Beifall SPD und Dr. Matthias Büger (Freie Demokraten))

Hinter einem Landeshaushalt steht auch immer ein Programm, nicht nur Zahlen. Das hat auch nicht jeder auf der Regierungsbank verstanden. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Programm, das hinter diesen Zahlen steht, ist eher schwach. Selbst im Angesicht von zwei globalen Krisen und ihren verheerenden Folgen bleibt die Antwort aus Wiesbaden eher übersichtlich.

Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind das Soziale, die Gerechtigkeit und die Solidarität der Schlüssel zu allem anderen. Sozial und gerecht ist, was dafür sorgt, dass die Menschen, unabhängig von ihrem wirtschaftlichen Erfolg, ihrem sozialen Status und ihrer körperlichen und geistigen Leistungsfähigkeit, alle Möglichkeiten haben, an der Gesellschaft teilzunehmen. Sozial

und gerecht ist es, wenn starke Schultern mehr als schwache tragen. Sozial und gerecht ist es, dafür zu sorgen, dass der Unterschied zwischen dem wohlhabendsten und dem ärmsten Teil einer Gesellschaft nicht immer weiter wächst. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das muss das Credo, das muss die Maxime für unser Handeln sein.

(Anhaltender lebhafter Beifall SPD)

Solidarität und Unterstützung in der Krise auch auf Landesebene. – Es gibt Entlastungspakete auf der Bundesebene – drei Pakete mit rund 200 Milliarden €. Meine sehr verehrten Damen und Herren, sie zeigen, dass die Politik in der Lage ist, auf die drängendsten Fragen Antworten zu geben. Die Bürger brauchen Orientierung und Unterstützung, und die Unternehmen haben Angst, ob sie noch weiterhin bestehen können. Vereine und Verbände, das Ehrenamt leiden.

Deswegen ist es gut, dass es diese Entlastungen auf Bundesebene gibt. Wir, auch die Freien Demokraten, haben schon frühzeitig gefordert, dass wir in Hessen Ergänzungsprogramme zur Bundesebene auflegen. Das war ein Angebot – ich will das auch hervorheben –, das dann auch vom Ministerpräsidenten, von den Koalitionsfraktionen angenommen wurde. Wir haben uns auf ein Paket von 95 Millionen € verständigt. Das waren konstruktive, das waren gute Gespräche. Das sage ich an der Stelle; denn die Menschen wollen in diesen herausfordernden Zeiten Antworten. Wir haben sie gegeben. Wir hätten uns noch mehr vorstellen können. Aber es war ein gutes, ein richtiges Signal, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall SPD, vereinzelt CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Freie Demokraten)

Damit nicht die Gefahr besteht, dass ich dann zu freundlich zu Ihnen bin – –

(Ministerpräsident Boris Rhein: Mach dir keine Sorge!)

– Nein, Herr Ministerpräsident. Ich sehe es auch nicht so optimistisch. Ich will nicht sagen, das, was Sie gestern verkündet haben, ein Paket von 3,5 Milliarden € Entlastung auf hessischer Ebene – hört sich ja sehr martialisch an –, ist eine tolle Leistung.

Sie verkaufen auch wenig als relativ viel. Das muss ich Ihnen lassen: Ihre PR-Abteilung ist schon ordentlich. – Wir haben es trotzdem gemerkt. Sie haben 3 Milliarden € für das Bürgerschaftsprogramm. Dann haben Sie noch die zusätzlichen Mittel, die Sie brauchen, die Komplementärmittel für die Bundesebene. Davon ziehe ich 95 Millionen € der vier Fraktionen ab, und dann haben Sie ein Programm von rund 60 Millionen € aufgelegt. Dann bleiben noch 45 zu den 200 Millionen €. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist jetzt nicht so ganz riesig. Ich sage Ihnen jetzt schon: Wir sind der Auffassung, dass wir weitere Mittel brauchen werden.

Wenn Sie sich die Zahlen der anderen Bundesländer anschauen und mit Hessen vergleichen, stellen Sie fest, dass wir noch zulegen müssen. Wir müssen in der Krise gegensteuern. Es darf nicht erst dazu kommen, dass Arbeitsplätze verloren gehen, Firmen kaputtgehen und Steuereinnahmen wegbrechen. Deswegen, glaube ich, haben wir hier noch Nachsteuerungsbedarf, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall SPD)

Deshalb ist es falsch, dass Sie als Hessische Landesregierung im Ausschuss im Bundesrat gegen das Jahressteuergesetz gestimmt haben. Herr Rhein, was haben Sie eigentlich dagegen, dass wir Übergewinne abschöpfen? Die sollen doch nicht auch noch an der Krise verdienen. Baden-Württemberg – grün-schwarz regiert – hat zugestimmt. Hessen – schwarz-grün regiert – hat es abgelehnt: ein völlig falscher politischer Ansatz. Übergewinne darf es nicht geben. Keine Gewinne in der Krise.

(Lebhafter Beifall SPD und DIE LINKE)

Nicht nur der Ukraine-Krieg, sondern auch die anderen Herausforderungen sorgen dafür, dass sich immer mehr Flüchtlinge auf den Weg machen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Flüchtlingszahlen sind heute höher als im Jahr 2015. Allein in diesem Jahr sind rund 80.000 Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine gekommen, 15.000 Asylsuchende aus anderen Ländern. Der Bund macht einiges. Ja, aber wir wollen ehrlich sein: Die Hauptarbeit machen nicht wir in Wiesbaden oder in Berlin. Die Hauptarbeit leisten die Städte, Gemeinden und Landkreise sowie die Ehrenamtlichen. Deswegen sage ich an der Stelle ein herzliches Dankeschön. Das ist Mitmenschlichkeit. Das ist Hilfe, wo sie dringend nötig ist. Deswegen gelten unser herzlicher Dank und Respekt denen, die das leisten.

(Beifall SPD, vereinzelt CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen die klare Forderung an die Landesregierung: Die Mittel, die der Bund zu Recht zu geben hat, müssen 1 : 1 an die kommunale Ebene weitergegeben werden. Es kann doch nicht sein, dass die Kosten an denen hängen bleiben. Nehmen Sie sich ein Beispiel an Niedersachsen. Die geben die Mittel weiter und geben noch 300 Millionen € hinzu. Sie feilschen aber mit den Städten und Landkreisen darum, dass Sie nur einen Teil der Mittel weitergeben wollen. Sie verlangen, eine Vereinbarung mit denen dazu abzuschließen. Das lehnt die kommunale Ebene ab. Ein Feilschen um Beträge für die Unterstützung von Flüchtlingen für diejenigen, die die Arbeit vor Ort leisten: Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist nicht nur nicht in Ordnung, sondern das gehört sich einfach nicht – um Ihnen das sehr deutlich zu sagen.

(Lebhafter Beifall SPD)

Lassen Sie uns – auch das ist ein Merkmal in der Krise – über Daseinsvorsorge reden. Reden wir über die Krankenhäuser, die vor riesengroßen Herausforderungen stehen. Die Länder sind zuständig für die Investitionsmittel. Da muss deutlich mehr passieren. Unsere Kollegin Dr. Sommer hat das immer wieder thematisiert. Wenn Sie sich die Meldungen aus den Krankenhäusern landesweit anschauen, ist zu erkennen, es spielt keine Rolle, ob ein SPD- oder CDU-Landrat dort die Verantwortung trägt; denn die Zahlen sind alarmierend. Deswegen glaube ich, Sie müssen deutlich mehr machen. Sie nehmen lediglich 18 Millionen € originäre Landesmittel in die Hand. Zweckbindung im KFA: Geld anderer Leute ausgeben, kann jeder von uns im Raum, das ist keine besondere Leistung. 18,4 Millionen € originäre Landesmittel zur Krankenhausfinanzierung sind nicht in Ordnung. Lassen Sie die Krankenhäuser nicht im Stich.

(Lebhafter Beifall SPD)

Wenn wir über Krankenhäuser reden, kommen wir zwangsläufig zum Universitätsklinikum Gießen und Mar-

burg, zum Rhön-Klinikum. Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Entscheidung der damaligen CDU-Alleinregierung, dieses Universitätsklinikum für 112 Millionen € zu veräußern, war eine der größten Fehlentscheidungen, die getroffen worden ist.

(Lebhafter Beifall SPD und DIE LINKE)

Wir reden über 9.600 Beschäftigte und über fast 430.000 ambulante und stationäre Behandlungen. Wir reden über Forschung. Was in den letzten Wochen passiert ist, ist nicht nachvollziehbar. Wie geht es mit dem Rhön-Klinikum weiter? Sie haben gestern eine Pressemitteilung verschickt, dass alles auf dem besten Weg ist, man den Zeitraum bis Februar verlängern wird. Sie haben schon einen hohen Vertrauensverlust bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und auch bei den Patientinnen und Patienten erreicht. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wann wollen Sie eigentlich den Landtag objektiv und umfassend dazu informieren?

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Morgen! – Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es steht doch morgen auf der Tagesordnung!)

Dafür reicht, finde ich, eine Pressemitteilung nicht aus. Wir wollen endlich wissen, was Sie genau verhandelt haben. Herr Rhein, wir erwarten, dass Sie in diesem Landtag heute Ross und Reiter benennen, damit die Menschen draußen wissen, was auf sie zukommt. Hören Sie mit dem Versteckspiel an der Stelle endlich auf.

(Beifall SPD und Lisa Deißler (Freie Demokraten))

Wir sind auch bereit, gemeinsam mit Ihnen darüber zu diskutieren, wie wir den Einfluss der öffentlichen Hand stärken können. Ich darf aus einer Pressemitteilung des Landtagsabgeordneten Herrn Bamberger aus Marburg vom 13. Oktober zitieren:

Die Marburger CDU und auch ich persönlich waren immer gegen die Privatisierung und finden Sie heute immer noch nicht richtig.

(Stephan Grüger (SPD): Hört, hört!)

Selbst das seichte Glimmen des Leuchtturms ist mittlerweile erloschen. – Der ist nicht erglommen, der ist abgebrannt und zwar schon mehrfach, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall SPD)

Lassen Sie uns deswegen darüber reden, wie es realistisch möglich ist, dass die öffentliche Hand mehr Einfluss und mehr Kontrollmöglichkeiten bekommt, damit wir eine medizinische Versorgung auf hohem Niveau erreichen können und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht permanent Angst um ihre Arbeitsplätze – etwa durch Outsourcing – haben müssen. Daher ist das eine riesengroße Herausforderung. Sie sind in der Verantwortung, uns zu liefern.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ein wichtiger Punkt: standhaft in der Krise, gestärkt aus der Krise, die Widerstandsfähigkeit gegen die Feinde der demokratischen Grundordnung und die Stärkung der Demokratie. Wir wollen und wir müssen die Demokratie und den Zusammenhalt in unserem Land stärken. Diskriminierung, Rassismus, Hass und Hetze dürfen in diesem Land keinen Platz haben. Wir sind eine Demokratie, aber wir sind eine wehrhafte Demokratie. Deswegen müssen alle Anstrengungen unter-

nommen werden, damit die Demokratie auch in Zukunft in Deutschland und in Hessen aufrechterhalten werden kann.

(Lebhafter Beifall SPD)

Den Feinden der Demokratie muss deutlich werden: Diese Demokratie wehrt sich. – Wir werden erneut einen Haushaltsantrag einbringen, dass eine hessische Landesstiftung für Demokratie, die sich der politischen Aufklärung im Kampf gegen rechts verschreibt, endlich eingerichtet wird. Auch insgesamt ist der Bereich der politischen Bildung ein Mosaikstein, damit der demokratische Staat widerstandsfähig ist, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall SPD)

Herr Ministerpräsident, ich will zur Verleihung der Wilhelm-Leuschner-Medaille am 1. Dezember, dem Verfassungstag, sagen: Es war ein gutes, starkes Signal, Fritz Bauer posthum zu ehren. Damit unterscheiden Sie sich deutlich von Ihren beiden Vorgängern, bei denen sich der Geist Wilhelm Leuschners überhaupt nicht mehr widerspiegelt hat. Noch wichtiger ist es – –

(Zurufe CDU: Oh!)

– Ja, ich sage Ihnen das sehr deutlich,

(Beifall SPD)

selbst auf die Gefahr hin, dass der eine oder andere meint, mir vorhalten zu müssen: Da waren auch Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten – – Darum geht es nicht. Es geht darum, hier nicht Preise en masse zu verteilen, sondern deutlich zu machen: Am Verfassungstag die höchste Auszeichnung zu verleihen, das ist etwas Besonders und jenseits des Tagesgeschäftes.

Deswegen war die posthume Verleihung an Fritz Bauer ein richtiges Signal. Es reicht aber nicht aus. Wir müssen die Verleihung der Wilhelm-Leuschner-Medaille auf andere, breitere Füße stellen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall SPD)

Politische Bildung ist wichtig. Sie gehört in die Schulen, in die Kitas, in die Zivilgesellschaft. Wir müssen deutlich machen, dass es sich lohnt, für die Demokratie einzutreten. Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit mehr, wie es manche glauben. Demokratie muss jeden Tag gelebt und bewahrt werden. Das ist eine riesengroße Herausforderung – gerade in den Zeiten, in denen das schwierig ist, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Deswegen muss man auch vorsichtig sein. Da will ich zwei Punkte aus dem Justizbereich ansprechen, die deutlich machen, dass es so nicht geht. Die Aktivitäten der sogenannten „Letzten Generation“ muss man genau beobachten. Man kann Widerstand zeigen, aber das muss im Rahmen der Gesetze geschehen. Wer Straftaten begeht, muss mit aller Konsequenz und Härte des Rechtsstaats rechnen.

(Beifall SPD und Freie Demokraten)

Aber das in einem Atemzug zu nennen, Herr Justizminister Prof. Dr. Poseck, und es mit RAF-Terroristen zu vergleichen, ist der völlig falsche Ansatz. Ich bitte Sie, so etwas zukünftig zu unterlassen.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Sie haben im Übrigen auch andere Aufgaben in der Justiz. Sie waren vor wenigen Tagen beim Amtsgericht in Offen-

bach und haben laut Medienberichten gesagt, der Zustand im Amtsgericht Offenbach entspreche „nicht dem Standard und den Ansprüchen der hessischen Justiz“. – Ja, aber so ist das. Das ist die Verantwortung von 24 Jahren CDU-Politik: Justiz, die ihren Anforderungen nicht gerecht wird.

(Lebhafter Beifall SPD – Vereinzelter Beifall Freie Demokraten)

Vom „Bankrott des Rechtsstaates“ haben Sie gesprochen, nicht wir – weil ich auch wieder ein Gebrummel von rechts höre.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es geht um wirtschaftliche Transformation, gute Arbeit, starke Wirtschaft. Hessen ist ein Land, in dem es auch Industriearbeitsplätze gibt. Der Transformationsprozess schreitet voran. Der demografische Wandel, die Digitalisierung, die Dekarbonisierung sind riesengroße Herausforderungen. Nehmen wir nur die beiden Automobilstandorte Baunatal und Rüsselsheim. Wir wollen auch in Hessen weiter qualifizierte Industriearbeitsplätze. Deswegen muss man schon mehr Anstrengungen in Hessen unternehmen. Es reicht nicht, zu sagen: „Ich habe nicht die Zeit, vor Werkstore zu gehen“, sondern wir erwarten eine aktive Wirtschaftspolitik des Landes.

Wir erwarten einen konsequenten Ausbau erneuerbarer Energien – übrigens da auch das Potenzial, Arbeitsplätze wieder zu generieren.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir werden uns nicht verschließen können bei der Zuwanderung, wenn es um Fach- und Arbeitskräfte geht. Deswegen bin ich dankbar, dass die Ampelkoalition in Berlin dieses Thema, das jahrelang von der CDU ignoriert und behindert wurde, endlich auf den Weg gebracht hat. Ohne Zuwanderung wird die deutsche Wirtschaft nicht überlebensfähig sein. Das muss jeder von uns wissen.

(Lebhafter Beifall SPD)

Auch da gilt – das geht eher in Richtung von Herrn Merz –, man sollte mit Populismus generell vorsichtig sein. Herr Merz meint ja, das Thema aufgreifen zu müssen. Ich will den Ministerpräsidenten zitieren. Er sagte anlässlich der Debatte im Bundestag der Funke-Mediengruppe:

Man muss mit Rücksicht auf Menschen, die sich hier integriert haben, die Wurzeln geschlagen haben, die dieses Land bereichert haben, sorgsamer formulieren.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wo der Ministerpräsident recht hat, hat er recht. Sagen Sie es Herrn Merz; vielleicht nützt es ja etwas.

(Beifall SPD)

Wenn es um das Thema Fachkräftemangel geht, geht es um Ausbildungsbedingungen und Ausbildungsfinanzierung. Wir sind für eine vollständige Abschaffung des Schulgeldes. Wir müssen die Ausbildung stärken, die Ausbildungsberufe attraktiver machen. Wir müssen die Berufsschulstandorte im ländlichen Raum erhalten. Unterhalten Sie sich einmal mit Handwerksmeistern. Die sagen: Das, was der Kultusminister vorlegt, geht überhaupt nicht, das schadet der Wirtschaft. Das gilt auch für Mindestgrößen. Wenn man die nach zwei Jahren nicht erreicht, wird eine Klasse zugemacht. – Was ist das für eine theoretische Politik, bar jeglicher Realität? Herr Prof. Lorz, reden Sie

einmal mit den Handwerksmeistern, wie die Lage vor Ort aussieht.

(Lebhafter Beifall SPD – Beifall Freie Demokraten)

Insgesamt müssen wir die berufliche Bildung stärken. Kollegin Barth und wir zusammen sind seit vielen Monaten unterwegs, wenn es darum geht, zu sagen, auch die duale Ausbildung muss Wertschätzung in der Gesellschaft erfahren. Deswegen sagen wir auch, die Erlangung eines Meisterbriefes muss dem akademischen Abschluss gleichgestellt werden.

(Beifall Stephan Grüger (SPD))

Es kann doch nicht sein, dass ein Metzgermeister bis zu 10.000 € bezahlt, während wir ein Medizin- oder Jurastudium finanzieren. Das ist eine Frage der Wertschätzung, und das ist die Frage: Wie kann ich die Anerkennung der beruflichen Bildung stärken? Das ist ein wichtiger, ein richtiger Ansatz, der konsequent weiterverfolgt werden muss.

(Lebhafter Beifall SPD – Vereinzelter Beifall Freie Demokraten)

Es geht um das Familienland Hessen: gleiche Chancen für die Familien. Es geht um gute Arbeitsbedingungen in den Schulen. Wir brauchen endlich einen Bildungsaufbruch. Das wird mit diesem Kultusminister nicht mehr funktionieren. Er hat noch nicht einmal Zahlen, wie viele Lehrer es gibt, wie lang die krank sind, und Ähnliches.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir brauchen gutes Personal, das motiviert ist. Deswegen sagen wir – seit Jahren überfällig –: A 13 für Grundschullehrer ist ein wichtiger Schritt, um den Wert der Bildung im Grundschulbereich endlich zu akzeptieren.

(Lebhafter Beifall SPD – Vereinzelter Beifall Freie Demokraten)

Gute Arbeit an Schulen bedeutet die Qualifizierung von Lehrkräften – auch für Quereinsteiger ein ganz wichtiger Ansatz. Sozialpädagogische Fachkräfte werden benötigt, auch in der Schulsozialarbeit.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, fangen Sie endlich an, den Rechtsanspruch auf die Ganztagsbetreuung im Grundschulbereich anzugehen. Das ist 2026. Es fehlen in Hessen etwa 60.000 bis 70.000 Plätze im Grundschulbereich. Dafür werden 4.000 Kräfte benötigt. Fangen Sie endlich an – Sie sind für das pädagogische Leitbild verantwortlich –, und machen Sie es nicht, wie Sie es immer gemacht haben, dass Sie zwei Minuten vor zwölf etwas machen, was um zwölf Uhr begonnen werden soll. Das ist ein wichtiger Ansatz. Die Bundesebene gibt Geld. Sie sind auch in der Verantwortung. Machen Sie in dem Punkt Ihre Arbeit.

(Lebhafter Beifall SPD – Vereinzelter Beifall Freie Demokraten)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, reden wir über Kinderbetreuung und Kitas. Die Kommunen und auch die freien Träger ächzen über die Betriebskosten. 2015 lagen die Ausgaben für die Kinderbetreuung bei 2,1 Milliarden €, 2020 bei 3,1 Milliarden € – 1 Milliarde € mehr. Die Zahlen sind permanent gestiegen. Wir fordern seit Jahren, die kommunale Ebene, die die Hauptlast zu tragen hat, bei den Betriebskosten zu entlasten. Frühkindliche Bildung ist ein wichtiger Baustein für lebenslanges Lernen. Hier werden alle Voraussetzungen für lebenslanges Lernen gelegt.

(René Rock (Freie Demokraten): Gut zugehört!)

Deswegen muss es mehr sein. In Hessen fehlen 37.000 Kita-Plätze. In Hessen fehlen zurzeit 10.000 Erzieherinnen und Erzieher. Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie haben jahrelang in dem Bereich nichts oder zu wenig getan. Hier ist es nicht fünf vor zwölf, hier ist es 20 Minuten nach zwölf. Der Erzieherinnen- und Erzieherberuf muss wieder attraktiv gestaltet werden, und deswegen müssen hier deutlich mehr Anstrengungen unternommen werden.

(Lebhafter Beifall SPD)

Ich will etwas zur Armutsbekämpfung sagen. Gestern wurde ein Landessozialbericht vorgelegt – ein Thema, das Kollegin Gnadl seit vielen Jahren immer wieder anspricht. Die Zahlen für Hessen sind erschreckend. Nehmen wir die letzte Zahl des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes von 2021: In Hessen ist die Armutsquote binnen eines Jahres von 17,4 auf 18,3 % gestiegen. Das ist erneut ein Höchststand. Wir liegen bundesweit eher oben. – Wir haben kein Erkennungsproblem, wir haben ein Handlungsdefizit in Hessen.

Deswegen: Werden Sie hier endlich mehr aktiv. Machen Sie deutlich, dass wir nicht hinnehmen, dass immer mehr Menschen in die Armutsgrenze abrutschen. Da muss gegengesteuert werden, da besteht Handlungsbedarf. Unterhalten Sie sich mit der Liga, den Kirchen, dem DGB, dem VdK. Maßnahmen im Bereich der Wohnungs-, der Arbeitsmarkt-, der Bildungs- und der Familienpolitik sind dringend notwendig, um diese Familien nachhaltig zu unterstützen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall SPD)

Übrigens, mit dem Bürgergeld wollen wir auch diejenigen qualifizieren oder weiterqualifizieren, die sonst in diesem Bereich abdriften. Deswegen ist der Ansatz des Bürgergeldes schon der richtige. Ich will Ihnen einmal sagen, gerade in Richtung CDU: Wenn Sie sagen: „Derjenige, der nicht arbeitet, bekommt mehr als einer, der arbeitet“, ist das schlicht Unsinn, weil wir genau den Ansatz teilen, dass Arbeit immer noch mehr honoriert werden muss, als wenn ich nicht arbeite. Das wissen Sie ganz genau. Hier wollen Sie etwas suggerieren, was nicht so ist. Das Bürgergeld ist eine wichtige Innovation, die grundlegende Reform unseres Sozialsystems der letzten 20 Jahre. Deswegen kann es solchen Familien helfen, und das ist gut so.

(Lebhafter Beifall SPD)

Zur Mobilität. Den Verkehrsverbänden fehlen für die Jahre 2023 und 2024 zur Finanzierung ihres Etats über 400 Millionen €. Was ist die Antwort der Landesregierung? Den einen Teil sollen die Verkehrsverbände erwirtschaften, und den anderen sollen mal die kommunalen Träger machen.

(Tobias Eckert (SPD): Immer die anderen!)

– Immer die anderen. – Das ist das Ergebnis von neun Jahren grüner Verkehrspolitik. Was heißt denn das, wenn die Verkehrsverbände etwas machen müssen? Dann geht das doch an die Einschränkung der Leistungen: weniger Verbindungen, weniger Serviceangebote. Wir haben doch jetzt schon Teile des ländlichen Raums, wo am Wochenende kein Bus fährt. Deswegen ist das der falsche Ansatz, wenn es darum geht, den ländlichen Raum auch beim ÖPNV deutlich attraktiver zu machen.

(Lebhafter Beifall SPD – Stephan Grüger (SPD): 3 % originäre Landesmittel!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir werden im nächsten Herbst wählen. Die Politik hat den Auftrag, zu gestalten, die notwendige Modernisierung unseres Landes voranzutreiben. Die Menschen brauchen Orientierung und Sicherheit. Dazu ist die Stillstandskoalition aus CDU und GRÜNEN nicht mehr in der Lage.

(Lebhafter Beifall SPD – Zurufe CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Oh! – Mathias Wagner (Taurus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Lang überlegt!)

Wenn man jahrelang etwas nicht in Angriff nimmt, ist die Herausforderung umso größer. Das sehen wir auf der Berliner Ebene. Jahrelang ist in vielen Bereichen nichts passiert. Wir sind als sozialdemokratische Partei und Fraktion bereit, Verantwortung zu übernehmen. Wir wollen Hessen wieder zu einem starken und vor allem gerechten Land entwickeln, und wir nehmen den Auftrag ernst, gleichwertige Lebensverhältnisse in Hessen umzusetzen. Das ist ein Verfassungsauftrag. Wir spielen Stadt und Land nicht gegeneinander aus, wie Sie es machen: gleichwertige Lebensverhältnisse für alle 6,2 Millionen Menschen in Hessen.

(Beifall SPD – Zuruf Ministerpräsident Boris Rhein)

– Herr Ministerpräsident, das werden wir in aller Demut den Wählerinnen und Wählern überlassen; denn deren Votum müssen Sie und wir akzeptieren. Da habe ich überhaupt keine Sorge. Das ist in der Demokratie so. Sie wollen an der Macht bleiben – das ist völlig legitim –; ich will, dass jemand anderes Ihren Platz übernimmt.

(Zuruf CDU: Wer denn?)

– Sie werden sehen, dass wir eine ganz tolle Person präsentieren werden. Da bin ich ganz optimistisch.

Herr Rhein, Sie haben jetzt erst einmal die Aufgabe, in den nächsten Tagen oder Wochen einen Minister auszuwechseln; denn, dass Herr Beuth das Ende der Wahlperiode als Minister erlebt, glauben Sie doch selbst nicht. Ich wette mit Ihnen, er wird vor dem Ende der Wahlperiode gehen. Der Einsatz für diese Wette geht an einen wohltätigen Zweck.

(Heiterkeit und Beifall SPD)

Letzter Satz: Unser Hessen soll sozialer, gerechter, digitaler, wettbewerbsfähiger und klimaneutraler sein, durch und durch demokratisch gestärkt. Wir wollen, dass die Demokratie weiterhin Bestand hat. Dafür braucht es eine andere Handschrift als die von CDU und GRÜNEN. Wir freuen uns auf die Auseinandersetzungen. Das ist das Salz in der Suppe der parlamentarischen Demokratie. Wir sind bereit. – Vielen Dank.

(Lang anhaltender lebhafter Beifall SPD)

### Vizepräsident Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn:

Vielen Dank an den Fraktionsvorsitzenden der SPD. – Ich darf auf der Besuchertribüne unseren ehemaligen Kollegen Hans-Jürgen Irmer begrüßen. Herzlich willkommen am Ort der Taten.

(Vereinzelter Beifall)

Ich übergebe das Wort an den Ministerpräsidenten.

### Boris Rhein, Ministerpräsident:

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Man könnte fast denken, die Sozialdemokraten haben ihren Kandidaten per Akklamation gefunden. Aber warten wir einmal ab, was passiert.

(Heiterkeit und Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir beraten über den Entwurf des Landeshaushalts 2023/24. Ich will genau so beginnen, wie es Günter Rudolph getan hat. Wir leben in einer Zeit weltweiter Krisen, in einer Zeit der Gleichzeitigkeit von Krisen, von Krisen, mit deren Bewältigung sich eigentlich ganze Generationen beschäftigen müssten. In diesen Tagen, Wochen und Monaten seit dem brutalen Angriff Putins auf die friedliche Ukraine ist oft die Rede von einer sogenannten Zeitenwende. Meine Damen und Herren, ich glaube, man darf sich da nichts vormachen. Die Zeitenwende hat in Wirklichkeit längst stattgefunden: 1999 in Tschetschenien, 2008 in Georgien, 2014 auf der Krim und am 24. Februar 2022 in der Ukraine.

Die Wahrheit ist aber auch: Viel zu viele hat das nicht interessiert, die einen deshalb, weil Tschetschenien möglicherweise zu weit weg ist und sie einen Autokraten, der billiges Gas geliefert hat, nicht verärgern wollten, die anderen aus ideologischen Gründen nicht. Sie haben – das will ich erwähnen, weil beispielsweise im Kleinen Tiergarten in Berlin im Jahr 2019 ein eindeutig zurechenbarer Auftragsmord stattgefunden hat – über Jahre von einer Äquidistanz der Europäischen Union zu Russland und zu den USA gesprochen. Das muss man sich einmal vorstellen.

Ich habe mir vorgenommen, heute überhaupt nicht auf meine Freunde von der hessischen Sozialdemokratie zu schimpfen. Deswegen will ich gerne über Sozialdemokraten auf der Bundesebene reden, beispielsweise über Rolf Mützenich, den Vorsitzenden der Fraktion der SPD im Deutschen Bundestag. Rolf Mützenich hat in einem Interview mit der „NZZ“ im Jahre 2020 auf die Frage: „Wie stehen Sie zum amerikanischen Partner? Macht er Ihnen auch Sorgen?“ geantwortet:

Der amerikanische Partner macht uns nicht die gleichen, aber vergleichbare Sorgen. Er ist ähnlich unberechenbar und versucht mit Druck, auf deutsche und europäische Interessen einzuwirken. Ich fürchte, dass wir hier durchaus noch mit der einen oder anderen Überraschung in den nächsten Wochen rechnen müssen.

Meine Damen und Herren, das müssen Sie sich einmal vorstellen: Äquidistanz zu den USA und zu Russland. Amerika und Russland werden also im Verhältnis zur Europäischen Union und zu Deutschland auf eine Stufe gestellt. Das ist ungeheuerlich.

(Lebhafte Zurufe SPD)

– Die Unruhe aufseiten der SPD steigt, das verstehe ich. – Auf der einen Seite also die Vereinigten Staaten von Amerika, ein Land, dem gerade wir Hessen viel zu verdanken haben, insbesondere ein Land, mit dem wir, mit dem die Europäische Union Werte teilt; auf der anderen Seite ein autokratischer Herrscher, der Morde in Auftrag gibt und der einen Angriffskrieg in Europa zu verantworten hat. Vor diesem Hintergrund spricht Rolf Mützenich von einer

Äquidistanz. Meine Damen und Herren, so können wir nicht weitermachen.

(Beifall CDU – Lebhaftes Zurufe SPD)

Wir werden vieles verändern müssen. Wir werden vor allem unser Denken verändern müssen, beispielsweise insofern, dass der Schutz von Frieden und Freiheit eine bewaffnete Verteidigungs- und Abschreckungsfähigkeit erfordert, beispielsweise in der Hinsicht, dass wir nicht über Äquidistanz reden sollten, sondern über eine Stärkung des transatlantischen Verhältnisses zu unseren amerikanischen Freunden,

(Elisabeth Kula (DIE LINKE): Sie haben die falsche Rede genommen! Es geht um den hessischen Haushalt!)

beispielsweise in der Hinsicht, dass Deutschland und Frankreich die europäische Souveränität stärken müssen, beispielsweise in der Hinsicht, dass gerade wir hier in Hessen, weil Hessen ein globaler Finanzplatz ist, auch über unsere Partnerschaft zu China sprechen müssen, diese Partnerschaft neu bewerten müssen, und beispielsweise in der Hinsicht, dass wir fatale einseitige Abhängigkeiten beenden müssen.

Was wir jetzt brauchen, sind Partnerschaften und Geschäftsbeziehungen zu Werte-Partnern, die so denken und so leben wie wir. Das ist genau der Punkt. Zu diesen gehören die USA, dazu gehört Kanada – CETA ist wichtig –, dazu gehören die ASEAN-Staaten. Meine Damen und Herren, ich sage sehr bewusst in diesem Hause: Dazu gehört auch unser Verhältnis zu Taiwan. Wir müssen mit Taiwan anders umgehen. Das beginnt im Kleinen, das beginnt mit dem protokollarischen Umgang, und das reicht bis zu größeren Fragen im Umgang mit Taiwan.

Meine Damen und Herren, eines ist in diesem Zusammenhang vollkommen klar: Die Ukraine braucht unsere volle Unterstützung. Die Soldaten in der Ukraine verteidigen auch unsere Freiheit. Sie verteidigen die Freiheit und den Frieden in Europa. Das ist die Dimension dieses Krieges, die Dimension des Angriffs Putins auf die Ukraine. Auch das muss sehr deutlich gesagt werden: Wenn Putin erfolgreich ist, gibt es nicht weniger Krieg, sondern es gibt mehr Krieg.

Deswegen muss es uns wirklich besorgen – jetzt kommt die zweite Sozialdemokratin auf der Bundesebene ins Spiel –, dass die Bundesverteidigungsministerin, die aus Hessen kommt, aus dem 100-Milliarden-€-Sondervermögen bis zum heutigen Tag nicht einen einzigen Auftrag erteilt hat, nicht eine einzige Ausschreibung auf den Weg gebracht hat.

(Beifall CDU – Lebhaftes Zurufe SPD und DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, ich erinnere mich an die großartige Rede von Olaf Scholz. Ich habe sie wirklich großartig gefunden. Ich dachte: Wir haben endlich einen Bundeskanzler, der eine klare Sprache spricht und der das liefert, was wir bestellt haben, nämlich Führung. – Aber es wurde nichts. Der Verteidigungsetat ist nicht um 2 % erhöht, sondern um 300 Millionen € gekürzt worden. So macht man keine Verteidigungspolitik – gerade in dieser Zeit nicht.

(Beifall CDU – Lebhaftes Zurufe SPD, Freie Demokraten und DIE LINKE)

Liebe Freunde von den Freien Demokraten, ich weiß, dass ihr gern klatschen würdet, aber ihr dürft im Augenblick nicht klatschen. Es kommen auch wieder freiere Zeiten für euch, verlasst euch darauf.

(Zurufe SPD und Freie Demokraten)

– Ist bei euch alles in Ordnung?

**Vizepräsident Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Herr Ministerpräsident, wir haben das Gefühl, dass überall ein bisschen Unruhe herrscht. Wir bewerten nicht die Reden, aber wir bewerten das Benehmen der Kolleginnen und Kollegen, und es wäre uns ganz lieb, wenn alle die Phonstärke ein bisschen reduzieren und zuhören würden. Sicherlich gibt es dann auch eine sehr kluge Replik. – Herr Ministerpräsident, Sie haben das Wort.

**Boris Rhein, Ministerpräsident:**

Vielen Dank, Herr Präsident. Ich bin sehr dankbar; aber es geht ständig weiter da drüben. In den hinteren Reihen gibt es viel Lärm und viel Aufregung.

Wie gesagt, ich kann das nachvollziehen, ich kann das verstehen. Ihr seid in der SPD in einem Findungsprozess und habt auch nur wenige Antworten auf die Fragen, die die Menschen beschäftigen. Deswegen: Ich verstehe die Aufregung, sie stört mich nicht.

(Beifall CDU – Zurufe SPD)

Der große Vorzug ist, dass meine Redezeit nicht begrenzt ist. Ich kann einfach immer weiterreden. Diese Zeit werde ich mir auch nehmen.

(Heiterkeit CDU)

Fakt ist, dieser Krieg ist längst bei uns angekommen. Dieser Krieg ist nicht in der Person von Soldaten oder in der Form von Raketen bei uns angekommen, sondern er ist in der Form einer ernstesten Energiekrise angekommen, die die Menschen verunsichert und das Land destabilisieren soll. Das ist das Kalkül Putins, und deswegen ist es richtig und wichtig – ich werde jetzt auch wieder versöhnlicher –, dass sich die Regierungschefs der Länder und der Bundeskanzler auf eine Gas- und Strompreisbremse einigen konnten.

Mir ist sehr wohl bewusst, dass die Menschen voller Sorge sind, mir ist sehr wohl bewusst, dass die Menschen in dieser Zeit existenzielle Fragen umtreiben: Wie komme ich durch den Winter? Kann ich meine Rechnungen bezahlen? Wie kann ich meinen Betrieb weiterführen? – All das sind Fragen, mit denen sowohl die Opposition als auch die Regierungsfaktionen und die Landesregierung tagtäglich befasst sind.

Ich finde, die Gas- und Strompreisbremse gibt den Menschen Sicherheit in unsicheren Zeiten. Sie ist das richtige Signal. Es ist eine große Lösung, die möglich geworden ist. Die unselige Gasumlage ist weg. Die Winterlücke zwischen Dezember und März ist geschlossen worden. Das ist ein Erfolg der Verhandlungen der Länder, und es zeigt ganz eindeutig, dass der Föderalismus politische Prozesse nicht bremst, sondern sie sinnvoll bereichert.

Wir in Hessen flankieren das mit einem eigenen Hilfspaket. „Hessen steht zusammen“ heißt dieses Hilfspaket. Zu

Recht titelt die dpa – lieber Günter Rudolph, das war gar keine Erfindung von uns, von der Pressestelle oder von irgendwelchen Öffentlichkeitsstrategen –: „Hessen schnürt milliardenschweres Hilfspaket wegen Energiekrise“.

(Lachen SPD)

So ist es auch. Aber ganz abgesehen davon – das will ich auch noch einmal sagen –: Das Volumen ist immer wichtig. Das ist gar keine Frage. Aber das Volumen ist nicht alles. Wir machen es uns auch nicht so einfach wie die in Berlin. In Berlin nehmen sie einfach Geld, das die Länder über den Länderfinanzausgleich zur Verfügung stellen, und geben das aus. Das ist eine einfache Übung.

(Manfred Pentz (CDU): So ist es!)

Wir machen das in Hessen anders. Dieses Hilfspaket hat schon jetzt eine Geschichte. Damit will ich zur Opposition kommen. Das will ich voller Respekt und voller Wertschätzung, aber auch – lieber René Rock und lieber Günter Rudolph – voller Dankbarkeit sagen: Dieses Hilfspaket hat schon jetzt eine Geschichte, weil es auf dem Austausch mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des hessischen Sozialgipfels basiert. Das heißt, wir hatten alle Sozialverbände in Hessen mit an Bord. Sie haben formuliert, was nötig ist, sie haben formuliert, was sie brauchen, und sie haben formuliert, was wichtig ist. Ich glaube, das war genau der richtige Weg, darauf einzugehen.

Das Hilfspaket hat auch deshalb eine eigene Geschichte, weil es die Eckpunkte aufgreift, die die Landtagsfraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und FDP in einer wirklich guten und konstruktiven Zusammenarbeit vorgelegt haben. Deshalb ist dieses Programm, neben dem Volumen und neben allen Zahlen, eine ganz wichtige Botschaft. Die Botschaft ist aus meiner Sicht viel wichtiger. Die Botschaft lautet: Hessen steht zusammen.

Es ist ein Landesprogramm, das auf einem sehr breiten gesellschaftlichen und parteiübergreifenden Konsens basiert, mit dem wir in Hessen gemeinsam die Folgen dieses schrecklichen Krieges bewältigen wollen. Der Kern ist, dass ganz konkret Menschen, Vereinen, Initiativen, Einrichtungen und Unternehmen geholfen wird, die von den Hilfen des Bundes nicht in ausreichendem Maße profitiert haben, beispielsweise die Sportvereine, die bei der Formulierung des Bundes vergessen worden sind und die wir jetzt wieder hineingeholt haben. Sie alle profitieren davon, und das bedeutet, wir lassen in dieser Krise niemanden im Stich.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es geht auch insofern eine wirklich wichtige Botschaft davon aus, als die Kräfte in der Mitte gezeigt haben: Gerade in der Krise steht die Gesellschaft zusammen, die Demokratie funktioniert, die Politik handelt, die Politik ist nicht handlungsunfähig in einer solchen Zeit. – Wir treten damit denen entschieden entgegen, die Probleme nicht lösen, sondern sie für ihre eigenen Zwecke nutzen wollen. Wir lassen uns nicht in verschiedene Gruppen aufspalten. Wir können, wir wollen und wir werden diese Krise gemeinsam benutzen – bewältigen. Dafür möchte ich mich ausdrücklich bedanken.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, Politik hat sehr viel mit Vertrauen und mit Zuverlässigkeit zu tun. Zuverlässigkeit hat

nicht nur für mich als Familienmensch – als Vater und als Ehemann – einen sehr hohen Wert, sondern sie ist für mich auch als Ministerpräsident dieses Landes und seiner Bürger ganz besonders wertvoll.

Ich habe Ihnen am 7. Juni dieses Jahres, in meiner ersten Regierungserklärung im Hessischen Landtag, von diesem Pult aus viele Zusagen gemacht. Das sind Zusagen, die Schwarz-Grün mit der Aufstellung dieses Haushalts jetzt einlöst. Im Übrigen sehen Sie an der Zusammenarbeit, wie Schwarz-Grün funktioniert, wie wir einen solchen Haushalt vorlegen. Es funktioniert großartig, konstruktiv und freundschaftlich.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Lachen SPD und Freie Demokraten – Günter Rudolph (SPD): Alles bestens! Jawohl! Ganz großartig! – Weitere Zurufe SPD und Freie Demokraten)

– Ich weiß gar nicht, warum Sie so nervös lachen. Ich freue mich immer, wenn wir miteinander lachen, aber das war mir jetzt eine Nummer zu nervös. Ich bin total gelassen. Je wilder es zugeht, desto ruhiger werde ich.

Was ich sagen will, ist – das meine ich damit, dass es gut funktioniert –: Wenn Sie meine Regierungserklärung nehmen und sie neben diesen Haushaltsentwurf legen, werden Sie feststellen: versprochen und gehalten.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn Sie eine Synopse machen, also in zwei Spalten die Regierungserklärung und den Haushaltsentwurf einander gegenüberstellen, sehen Sie, dass das 1 : 1 umgesetzt wird.

Beispielsweise habe ich gesagt, dass der Klimaschutz für uns ein zentrales Zukunftsthema ist. Wir haben jetzt den Entwurf für ein Klimagesetz vorgelegt. Wir investieren mit diesem Haushalt sage und schreibe 1,8 Milliarden € in den Klimaschutz. Ich habe den Ausbau des ÖPNV hervorgehoben. Wir setzen jetzt das Deutschlandticket für 49 € um. Ich habe als drängendste Herausforderung die Digitalisierung genannt. Für die Digitalisierung Hessens stehen im Entwurf für den Doppelhaushalt 2023/2024 600 Millionen € zur Verfügung.

Jetzt komme ich zu dem Teilbereich, den Günter Rudolph besonders hervorgehoben hat – zu Recht, weil es zugegebenermaßen ein wichtiger Bereich ist. Deswegen habe ich damals auch gesagt, dass wir die Krankenhäuser in Hessen zukunftssicher aufstellen werden. Mit dem Doppelhaushalt 2023/2024 stärken wir die Krankenhauslandschaft wie nie zuvor.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sonderinvestitionsprogramm in Höhe von 80 Millionen €, Anhebung der Pauschalförderung um 90 Millionen €, Darlehensprogramm in Höhe von 140 Millionen €: Insgesamt – hören Sie sich bitte die Zahl an – mobilisieren wir mit diesem Haushalt 1 Milliarde € für die Krankenhausfinanzierung. Ich finde, das ist ein echtes Wort, und das trägt zur Zukunftssicherung bei.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jetzt will ich zu einem weiteren Thema kommen. Ich schaue zu Frau Dorn und zu Michael Boddenberg hinüber. Der gestrige Tag war ein besonderer Tag. Am gestrigen Tag gab es einen echten Durchbruch, und dieser Durchbruch ist Frau Dorn und Herrn Boddenberg gelungen. Sie



haben bei den Verhandlungen zum UKGM einen großartigen Durchbruch erzielt.

Ich will das hier sehr deutlich sagen: Ich bin beiden dankbar. Ich habe Respekt vor der Leistung, die sie erbracht haben. Das ist ein großartiges Verhandlungsergebnis; denn mit diesem Verhandlungsergebnis fördern wir Wissenschaft und Forschung und geben den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie den Patientinnen und Patienten Sicherheit in unsicheren Zeiten. Das zeigt einmal mehr, wie gut und wie partnerschaftlich diese Koalition zusammenarbeitet. Schwarz-Grün hat die Menschen im Blick, und das haben wir gerade am gestrigen Tage, als es um das UKGM ging, unter Beweis gestellt.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – René Rock (Freie Demokraten): Habt ihr die Steuerzahler auch im Blick?)

800 Millionen € werden an den Standorten Gießen und Marburg investiert: Optimale Gesundheitsversorgung für die Menschen, Qualität von Forschung und Lehre und natürlich auch die Arbeitsplätze werden dadurch gesichert. Deswegen: Ich stimme dem Ärztlichen Geschäftsführer des UKGM, Herrn Prof. Seeger, ausdrücklich zu, wenn er sagt, das sei ein historischer Tag. Ja, das ist ein historisches Datum.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe SPD und Freie Demokraten)

Im Übrigen haben auch die beiden Präsidenten Mukherjee und Nauss vollkommen recht, die sagen: „Wir begrüßen diese Verständigung sehr. Sie ist für die zukünftige Entwicklung unseres universitätsmedizinischen Forschungs- und Wissenschaftsstandortes von unschätzbare Bedeutung“. Der gestrige Tag ist ein wichtiger Schritt gewesen für ein starkes und zukunftsfähiges Uniklinikum Gießen und Marburg; und das hat es auch verdient.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe Stephan Grüger (SPD) und Jan Schalauske (DIE LINKE))

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es hat mich gewundert, dass Günter Rudolph das Thema gar nicht erwähnt hat, wahrscheinlich, weil wir es gut gelöst haben. Der Innenminister, der Finanzminister, der Koalitionspartner: Ich muss sagen, wir haben das großartig gelöst – wenn ich uns ausnahmsweise einmal selbst loben darf.

(Heiterkeit – Zurufe: Oh!)

Genauso habe ich zugesagt, dass eine „Regierung unter meiner Führung“ die Besoldung unserer Beamten neu regeln wird. Zitat: „Ein stabiler Staat braucht einen starken öffentlichen Dienst“ – gesagt, getan. Zum 01.04.2023 –

(Stephan Grüger (SPD): Tarifgemeinschaft der Länder!)

– Tarifgemeinschaft der Länder. Das ist eine ganz tolle Einrichtung – gar keine Frage –, aber fragen Sie doch einmal die Gewerkschaften. Fragen Sie doch einmal die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, ob die dahin überhaupt zurückwollen. Die wollen dahin gar nicht zurück. Die sind froh, dass es so ist, wie es ist, weil es in Hessen besser ist.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das gilt auch für die Beamtenbesoldung. Niemand in ganz Deutschland packt das Thema „Reparatur der Beam-

tenbesoldung“ so an, wie wir das gerade in Hessen tun. 01.04.2023 und 01.01.2024: Die hessischen Beamten erhalten jeweils 3 % zusätzlich zu den sonstigen Erhöhungen, die sowieso stattfinden. Nicht nur das: Zudem gibt es – auch das muss man berücksichtigen – ab dem 01.04.2023 für die ersten beiden Kinder jeweils 100 € mehr, und für jedes weitere Kind steigt der Zuschlag um jeweils 300 € im Monat. Wenn Sie eine Familie mit vier Kindern haben, sind das 800 € im Monat mehr – zusätzlich zu den prozentualen Erhöhungen.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dass wir das mit unserem Vorgehen richtig machen, belegt ein Zitat aus dem „Finanzer“, der Zeitschrift der Deutschen Steuer-Gewerkschaft, Ausgabe 6/22:

In einer ersten Reaktion haben wir den Schritt und das Worthalten des neuen Ministerpräsidenten gelobt. Wir erkennen die angekündigte Gesetzesinitiative absolut und ausdrücklich als Signal der Hessischen Landesregierung an.

Das schreibt eine Gewerkschaft.

(Marius Weiß (SPD): Weiterlesen!)

Sie sehen: Wir haben es richtig gemacht. Das ist der richtige Weg, um die Beamtinnen und Beamten angemessen zu alimentieren, um ihnen unsere Wertschätzung deutlich zu machen. Ich will das sehr klar sagen: Das sind Schritte in einem Mehrfach-Schritte-Programm zur Wiederherstellung einer amtsangemessenen Beamtenbesoldung. Und das ist eine Herkulesaufgabe. Das kann man nicht wegdiskutieren. Das zeigt die Summe von einer halben Milliarde Euro: 500 Millionen € strukturell und Jahr für Jahr. Meine Damen und Herren, das soll uns erst einmal einermachen.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dritter Teil zu den Bundes-Sozialdemokraten – das ist dann aber auch zu Ende; ich habe mich dann auch langsam abgearbeitet. Wenn ich von „Nachmachen“ spreche, würde ich mir doch sehr wünschen, dass sich die Bundesregierung gerade im Bereich der inneren Sicherheit Hessen als Vorbild nehmen würde. Das würde ihnen gut zu Gesicht stehen.

(Günter Rudolph (SPD): Lieber nicht! – Weitere Zurufe SPD)

Denn der Haushalt des Bundesinnenministeriums liegt meilenweit hinter den Ankündigungen zurück; und der Haushalt des Bundesinnenministeriums gefährdet notwendige Maßnahmen in unserem Land.

(Beifall CDU)

Deswegen sage ich sehr klar: Wir müssen in die Sicherheit mehr statt weniger investieren. Jetzt ist eben nicht die richtige Zeit, um beim Bevölkerungsschutz zu sparen, beim Katastrophenschutz zu sparen, beim BBK zu sparen, beim THW zu kürzen. Meine Damen und Herren, was haben die in Berlin nach der Katastrophe im Ahrtal eigentlich gelernt? – Offensichtlich nichts.

(Holger Bellino (CDU): Gar nichts!)

Ausschließlich Ankündigungen; nichts ist umgesetzt worden. Das ist ein großes Problem. Am Ende ist es nicht ganz so schlimm gekommen, wie wir befürchtet haben. Am Ende haben die vielen Diskussionen, insbesondere mit uns, durchaus eine Wirkung gezeigt. Aber wissen Sie – im Ver-

gleich zu den ersten Entwürfen des Haushalts –, was ich eigentlich ganz schlimm finde? Das ist das fatale Signal, das man an die Ehrenamtlichen, gerade beim THW, ausgesendet hat, nämlich, dass sie ihnen offensichtlich nicht das Geld wert sind, das versprochen worden ist. Das ist das große Problem an diesem Haushalt.

(Beifall CDU)

Denn der Ansatz beim THW bleibt hinter dem Ansatz von 2022 zurück; Vergleichbares beim BBK. Dann kommen wir einmal zur Bundespolizei. Bei der Bundespolizei sind die Mittel unter dem Strich ebenfalls gekürzt worden.

Das machen wir in Hessen vollkommen anders. Vor 20 Jahren haben wir der Polizei 844 Millionen € zugestanden. 2023/2024 investieren wir – und zwar Jahr für Jahr – in jedem Jahr rund 2 Milliarden € in die hessische Polizei. Bis 2025 werden über 16.000 Polizistinnen und Polizisten auf den Straßen unterwegs sein – so viele wie noch nie zuvor.

Meine Damen und Herren, es zahlt sich auch aus, dass wir diese Investitionen getätigt haben. Wir haben eine Aufklärungsquote von 66 %. Dafür möchte ich ganz besonders den Beamtinnen und Beamten danken, die Tag für Tag in einer sehr schwierigen Situation, in schwierigen Zeiten für Sicherheit sorgen. Wir sind ihnen dankbar dafür, dass sie diesen Dienst tun.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Oft fragen die Leute – das wird Ihnen nicht anders gehen –, wie sich Politik eigentlich unterscheidet. Wie unterscheiden sich eigentlich die Ansätze der Sozialdemokraten von den Ansätzen der Christdemokraten, usw.? Wenn sie es irgendwo ganz besonders gut sehen können, dann können sie es hier besonders gut sehen: Die einen reden, und die anderen handeln. Wir in Hessen gehören jedenfalls zu denen, die handeln. Das haben wir bewiesen. Das beweisen wir mit diesem Haushalt.

(Beifall CDU und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich komme zur Regierungserklärung vom 07.06.2022 zurück. Da habe ich angekündigt, dass wir aufgrund der Belastung der hessischen Justiz einen Pakt für den Rechtsstaat auflegen. Auch hier gilt: gesagt, getan. Zur Stärkung der Justiz werden 477 neue Stellen veranschlagt. Die R-Besoldung wird verbessert. Meine Damen und Herren, das, was wir hier machen, ist einzigartig in der Geschichte dieses Bundeslandes,

(Zurufe Stephan Grüger (SPD) und Dr. Ulrich Wilken (DIE LINKE))

insbesondere, weil diese Stellenmehrung, die wir machen, quer durch alle Laufbahnen geht – vom Justizwachtmeister über die Servicestellen zum Rechtspfleger bis hin zu den Richtern und Staatsanwälten. Ich sage es noch einmal: Das ist einzigartig, was wir hier vorlegen.

(Beifall CDU – Zuruf)

Sie haben das angesprochen. Sie haben unseren erfolgreichen Kultusminister angesprochen. Auch im Bereich der Schule – –

(Zurufe)

– Er ist ja nun wirklich bundesweit anerkannt als einer der Experten im Schulwesen. Das ist nun wirklich über jeden Zweifel erhaben.

(Zuruf René Rock (Freie Demokraten))

Auch im Bereich der Schule gilt: gesagt, getan. Ich habe am 07.06. den Ausbau unserer Ganztagsangebote angekündigt. Hier kommt er, mit der Einlösung dieses Versprechens: 4.000 neue Stellen für Hessens Schulen.

(Stephan Grüger (SPD): Auf Papier!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es gab Zeiten, da hätten wir eine ganze Legislaturperiode darüber diskutiert. Mit Schwarz-Grün kommt diese Zahl in einem Doppelhaushalt: 4.000 neue Stellen.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich weiß ja, wenn Herr Degen jetzt noch ein bisschen Redezeit abbekäme, was dann kommen würde. Ich bitte Sie aber wirklich inständig: Hören Sie auf mit den Märchen, wir könnten die Stellen nicht mit Leuten besetzen, die Stellen nicht zur Verfügung stellen. Es ist das eine, sie zu besetzen. Das andere wissen wir doch alles. Deswegen haben wir längst Maßnahmen ergriffen.

(Robert Lambrou (AfD) und Moritz Promny (Freie Demokraten): Welche denn?)

– Welche? Das möchte ich Ihnen gerne liefern. – Bereits seit 2016 bzw. 2017 haben wir umfassende Maßnahmen ergriffen, beispielsweise bei der Ausweitung der Studienplatzkapazitäten im Grundschullehramt um 50 %. 50 %: Das sind erste sichtbare Effekte in unseren Schulen.

Zweitens. Programme zur Weiterqualifikation von Lehrkräften, beispielsweise Quereinstiegsprogramme. Als neueste Maßnahme werben wir unmittelbar bei unseren Schülerinnen und Schülern für den Lehrerberuf. Natürlich steigt der Bedarf an Lehrkräften auch bei uns. Aber mit den Maßnahmen, die wir ergriffen haben, können wir das decken. Das bedeutet, dass wir für alle Lehrerstellen auch Menschen finden, die die Kinder und Jugendlichen unterrichten. Deswegen meine inständige Bitte: Erzählen Sie die Geschichte nicht mehr. Ich weiß, sie ist oft kolportiert worden; trotzdem stimmt sie nicht.

Ja, meine Damen und Herren, bei all diesen Investitionen und Maßnahmen gilt für diese Landesregierung natürlich auch weiterhin der Grundsatz solider und seriöser Finanzpolitik. In Hessen gilt die Schuldenbremse. Das ist für uns keine Folklore.

(Lachen René Rock (Freie Demokraten))

– Ah, die Freien Demokraten lachen. Das finde ich ja ganz besonders witzig. Ich muss meinen Zettel suchen; denn, wenn mein Freund René Rock lacht, muss ich ihm doch etwas entgegnen. – Das ist der Unterschied dieses Haushaltes zum Bundeshaushalt. Wir können nicht so ein Riesenvermögen aufbauen. Wirtschaftsstabilisierungsfonds: 200 bis 250 Milliarden €. – Ihr macht Schulden, die wir bis 2060 abbezahlen müssen. Das alles sind Schulden, die da gemacht werden. Wir können das nicht, weil es verfassungswidrig wäre.

(Beifall CDU – Lachen René Rock (Freie Demokraten) – Zurufe)

Das ist der Unterschied. Deswegen: In Hessen gilt die Schuldenbremse. Das ist für uns keine Folklore, das ist für uns Generationengerechtigkeit. Dafür steht diese schwarz-grüne Landesregierung.

Lassen Sie mich zum Abschluss, vielleicht komme ich sogar mit der Zeit hin, noch auf ein Thema eingehen, das mir, das uns allen besonders am Herzen liegt – Günter Rudolph hat es zu Recht auch angesprochen –; denn es ist ein wichtiges Thema: der wachsende Zustrom ausländischer Flüchtlinge, der natürlich uns alle vor neue Herausforderungen stellt. Ich will das ausdrücklich sagen: Mein ganzer Respekt und mein ganzer Dank gelten der gesamten kommunalen Familie, die diese Herausforderung wirklich eindrucksvoll stemmt. Wir alle haben eine enorme Wertschätzung für diese beeindruckende Leistung.

(Robert Lambrou (AfD): Wir sind am Limit, Herr Ministerpräsident!)

Aber auch das will ich sehr klar sagen: Der Schlüssel für das Zuwanderungsgeschehen liegt auf Bundesebene, der liegt bei der Bundesinnenministerin. Deswegen sind jetzt die Bundesinnenministerin und die Bundesregierung aufgefordert, zu handeln. Sie müssen aus ihrem Tiefschlaf aufwachen. Die Kommunen sind überfordert. Wir müssen der kommunalen Familie helfen. Deswegen sage ich sehr deutlich: Land und Kommunen müssen gemeinsam, Hand in Hand bewältigen, was die Bundesinnenministerin nicht bewältigt.

(Christiane Böhm (DIE LINKE): Das Land, nicht der Bund!)

Deswegen begreift die Landesregierung – ich will das gern zitieren; Herr Staatsminister Wintermeyer hat auf diese Fragen in der Fragestunde schon geantwortet, aber auch ich will es sehr deutlich sagen – die Bereitstellung einer ausreichenden Zahl von Unterkünften, einen fairen Schlüssel bei der Verteilung der Flüchtlinge auf die Kommunen, eine ausgewogene Verteilung der finanziellen Lasten zwischen Land und kommunaler Familie, und natürlich, ich habe es eben gesagt, vom Bund gemeinsam Maßnahmen zur Begrenzung der Flüchtlingszahlen einzufordern, als vordringliche Aufgabe. Wir begreifen dies als Aufgabe, die angegangen und bewältigt werden muss.

Deswegen hat die Landesregierung beschlossen, dass wir die Kapazitäten in den Erstaufnahmeeinrichtungen kurzfristig erhöhen – Herr Staatsminister Wintermeyer hat es vorgetragen –, dass wir zeitnah mit den Kommunen, auch das ist gefordert worden, selbstverständlich für eine faire Lastenverteilung in Sachen Flüchtlinge eintreten. Im Fokus steht auch die Verteilung der zusätzlich vom Bund zur Verfügung gestellten Mittel für die Aufnahme und Versorgung von Geflüchteten. Dies ist doch selbstverständlich; ich habe mit den Kommunalen Spitzenverbänden darüber gesprochen, dass wir dies fair verteilen, dass wir das sauber und transparent machen wollen. Das ist doch überhaupt keine Frage. Wir haben die Koordinierungsstelle Flüchtlingsunterbringung gegründet, und der Regierungsvizepräsident in Gießen wird diese leiten.

Wir haben auch ein Steuerungsgremium auf Abteilungsleiterbene gebildet. Wir haben mittlerweile einen institutionalisierten Dialog eingerichtet, in dem, wie heute vorgetragen worden ist, entscheidende und wichtige pragmatische Fragestellungen geklärt werden. Hier gilt – auch dies will ich als Bitte formulieren –: Die demokratischen Kräfte sollten sich bei dieser Frage nicht auseinanderdividieren lassen. Wir müssen das gemeinsam stemmen. Wir werden die Situation nur gemeinsam bewältigen können. Auch das ist sehr klar: Ich bin sehr sicher, dass wir die Dinge, wenn wir es gemeinsam machen, so wie wir es auch in der Ver-

gangenheit gemacht haben, bewältigen können. Wir dürfen denjenigen von der einen oder anderen Seite nicht auf den Leim gehen. Die demokratischen Kräfte müssen in dieser Frage beisammen bleiben.

(Beifall CDU – Zuruf AfD)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, bei allem Streit in der Sache, der richtig und wichtig ist, gilt: Die Demokratinnen und Demokraten in Hessen sind sich im Großen und Ganzen oft näher, als manche hitzige Diskussion vermuten lassen mag. Dafür steht auch unser Landesprogramm „Hessen steht zusammen“, das ich angesprochen habe. Ich will daher noch einmal sagen: Ich bedanke mich ausdrücklich für die konstruktive Zusammenarbeit. Wir lassen in diesem Land niemanden im Stich. Niemand muss sich Sorgen machen, dass die Heizung im Winter kalt bleiben wird. Wir geben den Bürgerinnen und Bürgern, den Unternehmen, Verbänden und Vereinen Sicherheit in unsicheren Zeiten.

Die Landesregierung hat die Voraussetzungen dafür geschaffen – gemeinsam mit den demokratischen Kräften in diesem Parlament –, dass wir gut über diesen Winter kommen werden. Deswegen kann man feststellen: Hessen ist stabil. Das ist die wichtigste Nachricht. Und die Landesregierung sorgt mit dem Doppelhaushalt für Sicherheit in unsicheren Zeiten. Das ist die zweite Nachricht. Ich glaube, mit diesem Haushalt kann man in eine solche Krise gut hineingehen und diese gut überstehen. Wir werden dies gemeinsam schaffen. Da bin ich mir sicher. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltender lebhafter Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Vizepräsident Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn:**

Vielen Dank an den Ministerpräsidenten. Er hat seine Ankündigung auch in diesem Punkte wahrgemacht: Er hat 0,3 Sekunden überzogen. Er hat also nicht überzogen und ist im Limit geblieben. Vielen herzlichen Dank.

Ich habe das Gefühl, dass ich nunmehr in der Lage bin, dem Fraktionsvorsitzenden der AfD, Herrn Lambrou, das Wort zu geben. Herr Lambrou, ich glaube aber, der Beifall ist nicht für Sie, sondern noch für den Ministerpräsidenten. Sie haben das Wort. – Liebe Freunde, ich glaube, wir haben jetzt alle verstanden, dass die CDU voll und ganz hinter ihrem Landesvorsitzenden steht. – Jetzt hat aber Herr Lambrou das Wort.

#### **Robert Lambrou (AfD):**

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, ich habe Ihnen gut zugehört; und ich möchte meiner Rede ein paar spontane Ausführungen voranstellen, mit denen ich direkt auf Ihre Rede eingehe. Sie haben gesagt, wir lebten in Zeiten der Krise, und Sie sähen eine Zeitenwende. Das sind Formulierungen, die gut klingen, aber sie ermöglichen den Regierenden natürlich auch, ihre Haushaltspolitik zu begründen, weil man sich in Ausnahmesituationen z. B. nicht an ausgeglichene Haushalte halten muss. Damit werden wir Sie nicht durchkommen lassen.

(Beifall AfD)

Wir sind hier nicht im Bundestag. Es geht heute um den Haushalt für die nächsten zwei Jahre im Bundesland Hessen. Was wir hier nicht brauchen, ist Weltpolitik, sondern wir brauchen die Konzentration auf die hessische Bevölkerung und deren Interessen und Bedürfnisse.

(Beifall AfD)

Herr Ministerpräsident, Haltungspolitik muss man sich leisten, die muss man auch finanzieren können. Dass Sie im Detail nicht groß über den Landeshaushalt der nächsten zwei Jahre reden möchten, ist uns bei den vorgelegten Zahlen klar. Die AfD verurteilt den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Putins genauso wie Sie.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist doch Ihr Freund! Dort waren Sie doch andauernd zu Besuch!)

Was Sie hier aber versuchen, ist, die Probleme, die in den letzten 16 Jahren entscheidend unter einer CDU-geführten Bundesregierung entstanden sind,

(Beifall AfD)

komplett auf Putin und den Krieg in der Ukraine zu schieben. Sehr verehrter Herr Ministerpräsident, das ist aus meiner Sicht unseriös.

(Beifall AfD)

Sie haben auch gesagt, die Kräfte der Mitte stünden nach Ihren Worten zusammen, um die Krise zu bewältigen. Ich fand Ihren freudlichen Versprecher sehr interessant, dass Sie vorhin gesagt haben, die Kräfte der Mitte stünden zusammen, um die Krise zu nutzen; denn genau so ist es, genau so sehen auch wir dies. Danke für diesen freudlichen Versprecher.

(Beifall AfD)

Was Sie hier im Vorfeld der Landtagswahl im Herbst nächsten Jahres aufführen, ist nichts anderes als die Reise nach Jerusalem, weil Sie nicht wissen, welche Koalition sich im Herbst des nächsten Jahres bilden wird und ob dort ein freier Stuhl für die CDU mit dabei sein wird. In der Koalition zwischen der CDU und den GRÜNEN knirscht es vernehmlich. Ich erwähne dies hier ausdrücklich, weil Sie eben genau das Gegenteil behauptet haben. Die Landesregierung – auch das sollte hier zunächst erwähnt werden – hat es in der laufenden Legislaturperiode bereits zweimal geschafft, gegen die Landesverfassung zu verstoßen, nämlich bei der Besoldung der Beamten sowie bei der 12-Milliarden-€-Schuldenorgie namens „Sondervermögen“. Und noch ein letzter spontaner Satz: Wenn Sie zum Ende Ihrer Rede betonen, dass die demokratischen Kräfte zusammenhalten müssten, möchte ich hier einmal festhalten: Ich sehe in diesem Parlament nur Demokraten.

(Beifall AfD – Holger Bellino (CDU): Falsch! – Günter Rudolph (SPD): Das ist falsch!)

Sie grenzen mit dieser Diffamierung viele Hunderttausende Wähler aus. Herr Ministerpräsident, hatten Sie nicht zu Beginn Ihrer Amtszeit gesagt, Sie wollten Ministerpräsident aller Hessen sein?

(Beifall AfD)

Meine Damen und Herren, was wir hier beraten, ist der erste richtige Fußabdruck von Ministerpräsident Boris Rhein. Dieser Entwurf des Doppelhaushalts gibt die Richtung für die nächsten zwei Jahre vor und muss darum

solide, zukunftsweisend und nachhaltig sein. Doch was uns bisher vorgelegt wurde, ist weder solide noch zukunftsfähig und am allerwenigsten nachhaltig.

(Beifall AfD)

Dieser Doppelhaushalt beinhaltet keine der dringend benötigten haushaltspolitischen Korrekturen. Es ist ein weiterer großer Schritt weg von konservativer Haushaltspolitik. Ja, der ganze Haushalt ist spürbar durchdrungen von grüner Ideologie.

(Beifall AfD)

Als Boris Rhein vor rund einem halben Jahr an dieser Stelle seine Regierungserklärung abgab, war schon deutlich die wahltaktische Tendenz zu einem grünen Anbieterkurs zu erkennen. Die Zahlen des vorliegenden Haushaltsentwurfs zeigen, dass sich an diesem Kurs nichts substantiell geändert hat.

Nehmen wir einmal die allerwichtigsten Kennziffern: Laut dem Entwurf sollte der Haushalt ohne zusätzliche Nettokreditaufnahme auskommen. Er weist trotzdem schon die folgenden gravierenden Fehlentwicklungen auf. Trotz gegenüber den Vorjahren steigender Steuereinnahmen ist das Ergebnis der Haushaltsplanung für die Jahre 2023 und 2024 erschreckend negativ. So weist das nach kaufmännischen Grundsätzen ermittelte Gesamtergebnis einen Fehlbetrag von sage und schreibe 11,2 Milliarden € für die nächsten zwei Jahre aus. Konkret planen Sie nach der Angabe der Finanzplanung vom September alleine für das kommende Jahr 2023 mit einem negativen Endergebnis in Höhe von 5,8 Milliarden €. Und 2024 soll der Fehlbetrag 5,4 Milliarden € betragen.

Nimmt man die bisher bekannten notwendigen Korrekturen noch hinzu, wird dieser Fehlbetrag weiter ansteigen, über die geplanten minus 11,2 Milliarden € in den nächsten zwei Jahren alleine hinaus. Ist das konservative Haushaltspolitik, Herr Ministerpräsident? – Nein, das ist das Modell: Nach mir die Sintflut.

(Beifall AfD)

Alleine unter der schwarz-grünen Landesregierung ist der nicht durch Eigenkapital gedeckte Fehlbetrag des Landes Hessen seit 2013, Stand heute, um bereits 44 Milliarden € auf über 131 Milliarden € angestiegen. Nach dem Ende der laufenden Legislaturperiode, Anfang 2024, wird die schwarz-grüne Landesregierung ihre Zehnjahresbilanz mit einem Minus von über 50 Milliarden € abschließen.

(Volker Richter (AfD): Hört, hört!)

Ist das nachhaltige Haushaltspolitik? – Nein, das Modell ist: Wir leihen uns Geld aus der Zukunft, von den nächsten Generationen, die dafür geradestehen werden müssen.

(Beifall AfD)

Im Koalitionsvertrag betont Schwarz-Grün an vielen Stellen die hohe Bedeutung von Nachhaltigkeit. Finanzielle Nachhaltigkeit scheint Ihnen aber völlig egal zu sein. Das ist verantwortungslos, Herr Ministerpräsident.

Schauen wir einmal in den Koalitionsvertrag, hier wurde nämlich als Ziel der doppelseitige Haushaltsausgleich angestrebt. Sie wollten als Koalition darauf hinwirken – ich zitiere –,

... dass das öffentliche Vermögen bewahrt wird und keine neuen Lasten in die Zukunft verschoben werden.

Dieser Ansatz ist aus Sicht der AfD vollkommen richtig. Bei den Kommunen haben Sie übrigens auch längst die Rahmenbedingungen umgesetzt, die Sie sich selbst auf Landesebene aber nicht zumuten wollen.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Rhein, bereits bei Ihrer Antrittsrede habe ich Sie gefragt, wie Sie die angekündigten Vorhaben bezahlen wollen. Sie haben nämlich damals nur sehr wenig zur Gegenfinanzierung gesagt. Heute haben Sie übrigens in Ihren Ankündigungen auch nicht viel zur Gegenfinanzierung gesagt.

(Beifall AfD)

Wir haben damals, Anfang Juni, schon die Befürchtung geäußert, dass es auf eine weitere erhebliche Zunahme der Verpflichtungen des Landes Hessens hinauslaufen würde. Leider scheinen wir damit recht zu behalten. Natürlich können Sie darauf verweisen – das haben Sie auch eben –, dass alle rechtlichen Vorgaben bis hin zur Schuldenbremse eingehalten werden. Dies geht aber nur, weil ein Großteil der zusätzlichen Zahlungsverpflichtungen eben nicht von der Schuldenbremse in ihrer jetzigen Ausgestaltung erfasst wird. Sie haben zwar im Frühjahr ein neues Haushaltsrecht beschlossen, es aber trotz Einführung vieler doppischer Elemente vermutlich ganz bewusst bei einer kameralen Schuldenbremse belassen.

(Zuruf René Rock (Freie Demokraten))

Sie haben eben gesagt, in Hessen gilt die Schuldenbremse. Aber wehe Ihnen finanziell, wenn Sie die doppische Schuldenbremse einführen – dann müssen Sie nämlich die Verpflichtungen für die Zukunft ordentlich ausweisen, und dann würden Sie die Schuldenbremse mit diesem Haushalt eben nicht einhalten. Deswegen sprach das hessische Finanzministerium auch davon, dass der Doppelhaushalt keine neuen Schulden, aber sehr wohl erhebliche Zukunftslasten verursacht. Sie können es nennen, wie Sie wollen. Am Ende muss es aber der Steuerzahler bezahlen.

(Beifall AfD)

In Sachen Steuerzahler: In Ihrem Koalitionsvertrag hatten Sie auch versprochen, die – Zitat –

... hessischen Bürgerinnen und Bürger, zusammen mit dem Steuerbescheid, einmal jährlich über die aktuelle finanzielle Leistungsbilanz des Landes [zu] informieren.

Angesichts der wirklich erschreckenden Bilanz des Landes ist aber wohl nicht damit zu rechnen, dass Sie gerade im Wahljahr 2023 damit anfangen werden; denn dieses Versprechen harret immer noch der Umsetzung. Eigentlich müssten Sie jetzt dringend tätig werden, Herr Ministerpräsident.

(Beifall AfD)

Anstatt jedes Jahr de facto weitere 5 Milliarden € neue Zukunftslasten aufzunehmen, wären Sie gefordert, endlich entsprechend den Mahnungen des hessischen Landesrechnungshofs eine strikte Priorisierung der Ausgaben vorzunehmen und gegebenenfalls notwendige zusätzliche Ausgaben aus Einsparungen im Haushalt zu finanzieren. Das ist nicht nur eine Forderung des Landesrechnungshofs,

sondern das wäre eine wirkliche konservative und vor allen Dingen finanziell nachhaltige Haushaltspolitik.

(Beifall AfD)

Das hessische Finanzministerium sieht das im Übrigen genauso. Es kommt bei seiner Haushaltsanalyse zu dem Fazit, dass – Zitat aus dem Finanzplan –

... bereits bestehende Aufgaben konsequent und mutig auf ihre Notwendigkeit hin überprüft und die Ausgaben des Landes, etwa im Bereich der Fördermittel oder im Personalbereich, noch stärker priorisiert werden [müssen].

Die Zahlen in den genannten zwei Bereichen sprechen für sich. So steigt die Personalausgabenquote von 34,8 % im Jahr 2022 in nur zwei Jahren auf 38,2 % im Jahr 2024. Das entspricht einem Anstieg von 1,6 Milliarden €.

Allein in den ersten acht schwarz-grünen Regierungsjahren stieg die Anzahl der Landesbeschäftigten seit 2013 um fast 11 % – mit weiter steigender Tendenz. Herr Ministerpräsident, Sie haben in Ihrer Rede abgezielt auf den Ausbau der Stellen in der Justiz. Es ist nicht per se schlecht, wenn in Bereichen, in denen es zu wenig Personal gibt, Personal aufgebaut wird. Dennoch muss man das große Ganze im Blick behalten, und man darf nicht in Bereichen Personal aufbauen, wo es überflüssig ist. Die Bilanz, dass diese schwarz-grüne Landesregierung in acht Jahren bereits 11.000 Stellen aufgebaut hat, ist bedenklich. Sie haben Ihren Haushalt nicht im Griff.

(Beifall AfD)

Bei den Fördermitteln zeigt sich unter Schwarz-Grün eine besonders krasse Entwicklung. Das Gesamtfördervolumen betrug im Jahr 2014 insgesamt 3,8 Milliarden € und das Volumen der freiwilligen Leistungen 600 Millionen €. Laut dem neuen Finanzhilfenbericht beträgt das Gesamtfördervolumen für das Jahr 2023 nun 7,9 Milliarden €.

Ich vergleiche noch einmal: 2014 – 3,8 Milliarden €, 2023 – 7,9 Milliarden €. Das Volumen der freiwilligen Leistungen wird im Jahr 2023 bei 2,34 Milliarden € liegen. Ich vergleiche noch einmal: 2014 – 600 Millionen €, 2023 – 2,34 Milliarden €. Damit hat sich unter Schwarz-Grün das Subventionsvolumen mehr als verdoppelt, und die freiwilligen Leistungen des Landes haben sich in der Höhe fast vervierfacht.

(Beifall AfD)

Eines muss man Ihnen an dieser Stelle wirklich lassen: Geld ausgeben können Sie, und zwar in allen Bereichen. Dabei nehmen Sie aber keine Rücksicht auf den Zustand der Finanzen dieses Bundeslandes. Kein Wunder, dass Sie den nun gesetzlich möglichen Finanzierungsspielraum über die zulässige Nettokreditaufnahme in Höhe von 941 Millionen € im kommenden Jahr voll ausschöpfen wollen – um nicht zu sagen: müssen. Bei den Einsparungen bleiben Sie aber lieber im Unkonkreten.

Um im vorliegenden Entwurf einen Haushaltsausgleich erzielen zu können, verankerten Sie trotz einer sehr unsicheren Zukunft globale Einsparvorgaben in Höhe von jeweils 450 Millionen € für die nächsten beiden Jahre. Anders ausgedrückt: Sie hoffen darauf, dass sich die Rahmenbedingungen so positiv entwickeln, dass jedes Jahr fast eine halbe Milliarde Euro weniger ausgegeben wird, als Sie es jetzt geplant haben.

Meine Damen und Herren, das ist nichts weiter als das Prinzip Hoffnung: Pfeifen im dunklen Wald.

(Beifall AfD)

Bereits heute wissen wir doch, dass die Steuereinnahmen im Jahr 2023 um 477 Millionen € und im Jahr 2024 um 274 Millionen € geringer ausfallen werden. Das ist alles keine konservative Haushaltspolitik. Herr Ministerpräsident, das ist in unseren Augen einfach nur unseriös.

(Beifall AfD)

Es wird noch komplettiert durch mangelnde Risikoversorge in vielen Bereichen des Haushalts.

Beispiel 1: keine ausreichende Zuführung an das Altersspargbuch. Von besonderem Gewicht sind die bestehenden Pensions- und Beihilfeverpflichtungen. So standen zum Jahresabschluss 2021 den Zahlungsverpflichtungen in Höhe von 97,8 Milliarden € lediglich Versorgungsrücklagen für diese Pensionen in Höhe von 4,7 Milliarden € gegenüber – Zahlungsverpflichtungen in Höhe von 97,8 Milliarden €, und die Versorgungsrücklage beträgt 4,7 Milliarden €. Das sind weniger als 5 %.

Zur Stärkung der Rücklage ist im Haushalt für 2023 lediglich ein Betrag von 181 Millionen € vorgesehen, der bis zum Jahr 2026 auf 192 Millionen € ansteigen soll. Gleichzeitig weist der Finanzplan aus, dass der Aufwand für die Versorgungsausgaben, also die Pensions- und Beihilfeausgaben, alleine im Planungszeitraum des Doppelhaushalts bei jährlich über 3 Milliarden € liegen wird. Wie sollen so jemals diese anfallenden Forderungen bezahlt werden?

Meine Damen und Herren, das sind in Summe fast 100 Milliarden €. Auch hier leihen Sie sich de facto das Geld der nächsten Generationen, statt jetzt genügend Rücklagen zu bilden. Das ist in unseren Augen eine zutiefst unseriöse Haushaltspolitik, Herr Ministerpräsident.

(Beifall AfD)

Beispiel 2: keine Rücklagen für eine weitere verfassungskonforme Beamtenbesoldung. Natürlich ist es zu begrüßen, dass mit diesem Doppelhaushalt ein erster Schritt für eine verfassungskonforme Bezahlung umgesetzt wurde. Es bleibt die Frage: Warum so spät, und warum keine Vorsorge im Haushalt für die nächsten Jahre?

Beispiel 3: keine Vorsorge für die Umsetzung des Kommunaltickets. Egal, wie man zur Idee des Kommunaltickets steht, Sie haben die baldige Umsetzung versprochen. Aber im Doppelhaushalt ist davon nichts zu sehen. Sollen dies die klammen Kommunen selbst bezahlen? Fehlanzeige im aktuellen Haushaltsentwurf auch beim 49-€-Ticket und beim Wohngeld.

Es lässt sich konstatieren: Probleme, die seit Langem offen zutage liegen, werden so lange wie möglich ignoriert und, wenn überhaupt, erst im Rahmen von medial verwertbaren Landesprogrammen angegangen, so wie wir es gestern in Ihrer Pressekonferenz erleben konnten.

(Beifall AfD)

Beispiel 4: Problemaussparung. In diesem Doppelhaushalt findet sich keinerlei Vorsorge für das drängendste Problem für den Wohlstand der Bürger: die Inflation. Dass Sie das Problem der Inflation aber wahrgenommen haben müssen, erscheint mir hinreichend belegt. Im Finanzplan attestiert das hessische Finanzministerium der Europäischen

Zentralbank nämlich einen „eminenter expansiven geldpolitischen Kurs“, der neben anderen Faktoren dafür gesorgt habe, Preissteigerungsraten in Deutschland zu erreichen, die es zuletzt zu Zeiten der Ölkrise in den 1970er-Jahren gab.

Diese sehr dezente Kritik eines CDU-geführten Ministeriums hat mich bei der Lektüre überrascht, ist es doch die CDU, die maßgeblich dafür verantwortlich ist, dass wir über die Einführung des Euro in geldpolitische Kollektivhaft genommen werden und dass Deutschland der Europäischen Zentralbank bei ihrem rechtswidrigen Treiben keinen Riegel vorgeschoben hat.

(Beifall AfD)

Die Inflation kommt nicht über uns als ein Fluch oder als ein tragisches Geschick; sie wird immer durch eine leichtfertige oder sogar verbrecherische Politik hervorgerufen.

Das schrieb Ludwig Erhard 1957,

(Andreas Lichert (AfD): Da hat er recht!)

damals CDU-Mitglied. Würde Ludwig Erhard heute AfD wählen? Zumindest steht die AfD aktuell finanzpolitisch deutlich näher bei Ludwig Erhard als die heutige hessische CDU.

(Lebhafter Beifall AfD – Zuruf Ministerpräsident Boris Rhein)

Aber zurück zur aktuellen Inflationssituation. Das vernichtende Urteil des hessischen Finanzministeriums:

Dadurch schwindet die Kaufkraft der privaten Haushalte gegenwärtig so rapide wie seit Jahrzehnten nicht.

Vor diesem Hintergrund haben die Wirtschaftsweisen in ihrem kürzlich erschienenen Gutachten erklärt, dass die Schulden des Staates relativ zur Wirtschaftsleistung in naher Zukunft sinken werden. Warum werden sie sinken? Wegen der Inflation. Der Staat ist also aktiver Inflationsgewinner, während die Bürger der Inflationsverlierer sind. Alleine in Deutschland haben die Sparer in diesem Jahr 395 Milliarden € durch die Inflation verloren. Das wären, umgerechnet auf die Gesamtbevölkerung, über 4.700 € pro Kopf in einem Jahr.

Diese versteckte – man kann es durchaus so nennen – Inflationssteuer führt dazu, dass der Staat den Bürgern Stück für Stück den finanziellen Handlungsspielraum nimmt, und das, obwohl die Deutschen im internationalen Vergleich ohnehin schon mit die höchsten Steuern und Abgaben zu tragen haben.

(Beifall AfD)

Meine Damen und Herren, in den vergangenen 20 Jahren haben wir von der Substanz gelebt. Wenngleich der Staat durch die Nullzinspolitik der Europäischen Zentralbank massive Zinsersparnisse verbuchen konnte, wurde die Belastung für die Bürger stetig erhöht, die Infrastruktur dem Verfall preisgegeben, das Bildungswesen vernachlässigt und die Digitalisierung gegen die Wand gefahren.

Ihr Haushaltsentwurf zeigt deutlich, wo die wesentlichen Probleme Ihrer Politik liegen, und das sind der sogenannte Klimaschutz, Bildung und Migration.

(Beifall AfD – Marius Weiß (SPD): Ja, endlich! Das hat aber gedauert!)

Beginnen wir beim sogenannten Klimaschutz. Die jährlichen Ausgaben für den Klimaschutz betragen nach der aktuellen Finanzplanung rund 900 Millionen €, darunter mehr als 30 Millionen € im Jahr für den Fuß- und Radverkehr, 17 Millionen € unter anderem für den ökologischen Landbau und weitere 10 Millionen € für die Übererfüllung gesetzlicher Umweltstandards bei Landesgebäuden. Da liegt in unseren Augen erhebliches Kürzungspotenzial. Auch die 30 neuen Stellen in den Ressorts Wirtschaft und Umwelt für die Umsetzung des Klimaplanes sind aus unserer Sicht überflüssig.

Herr Ministerpräsident, Sie haben kürzlich das Hessische Energiegesetz verabschiedet. Sie haben es in Ihrer Rede auch erwähnt. Die Landesregierung hat es bisher aber nicht hinbekommen, darzulegen, wie ein signifikanter Klimaschutzeffekt dadurch überhaupt erreicht werden kann. Hier wird viel Steuergeld ausgegeben – Effekt null. Faktisch bei allen energiepolitischen Projekten, die auf Klimaschutz zielen, fehlt in Hessen eine systematische Erfolgskontrolle.

(Beifall AfD)

Wie viel CO<sub>2</sub>-Einsparung wird geplant? Wie viel CO<sub>2</sub>-Einsparung wurde erreicht? Was hat uns die CO<sub>2</sub>-Einsparung gekostet? – Das sind Fragen, die Sie nicht beantworten können. Es fehlen die wesentlichen Steuerungsmöglichkeiten, um die erfolgreichen Projekte von den nicht erfolgreichen Projekten zu trennen, und das ist absolut unseriös.

(Beifall AfD)

Weiter geht es mit der Bildungspolitik. Natürlich begrüßen wir die Schaffung neuer Stellen für Lehrkräfte. Ob diese Stellen aber auch besetzt werden können, steht in den Sternen. Sie haben eben gesagt, wir würden für alle offenen Stellen Lehrer finden. Wir werden Sie an dieses Versprechen in den nächsten Jahren erinnern. Diesen Satz habe ich mir aufgeschrieben.

(Beifall AfD – Zuruf AfD: Und welche Qualifikationen haben sie?)

Es dürfte niemandem entgangen sein, unter welchen schwierigen Bedingungen Lehrer heute ihrem Beruf nachgehen müssen. Hier gilt es, die Rahmenbedingungen zu verbessern. Aber dabei versagen Sie. Um den desolaten Zustand der hessischen Bildungspolitik zu beheben, muss endlich das Leistungsprinzip wieder mehr in den Fokus gestellt werden, statt es immer weiter zu verwässern.

(Beifall AfD)

Durch Ihren grünen Anbieterkurs in der Bildungspolitik versündigt Sie sich auch an der Zukunft unserer Kinder.

Stichwort: Migrationspolitik. Die Gesamtausgaben, die Sie für Flüchtlinge vorsehen, sind 2023 817 Millionen € und 2024 767 Millionen €. Sie sollen im Vergleich zu dem Jahr 2021 – da waren es 746 Millionen € – in den nächsten zwei Jahren um nicht einmal 10 % steigen. Es sollen gerade einmal 160 Millionen € dazukommen.

Auch so kann man sich den Haushalt und die Welt schönrechnen, Herr Ministerpräsident; denn diese Summen werden für Ihre Migrationspolitik der offenen Grenzen vorne und hinten nicht reichen.

(Beifall AfD)

Die Kommunen sind längst am Limit angekommen. Das belegt unter anderem der Hilferuf der Bürgermeister des Wetteraukreises zu der Thematik eindeutig. Es fehlt an Geld, Mitarbeitern und Wohnraum.

Eine völlige Überlastung des Systems konstatierten am vergangenen Wochenende der Landrat des Landkreises Fulda, Bernd Woide, und sein Kollege, der Vorsitzende der Bürgermeisterkreisversammlung, Heiko Stolz. Beide sind übrigens CDU-Mitglieder. Beide betonen, dass man mit dem Rücken an der Wand stünde, und fordern eine Flüchtlingsobergrenze für die Kommunen. Diese Hilferufe belegen eindeutig, dass unsere Gesellschaft nach der von Angela Merkel, CDU, mit herbeigeführten Flüchtlingskrise im Jahr 2015 erneut mit der schieren Masse der Aufnahme von vermeintlichen und tatsächlichen Flüchtlingen völlig überfordert ist.

(Beifall AfD)

Auch die einstmalige CDU-eigene Forderung nach einer Obergrenze hat sich als völlige Luftnummer erwiesen. Anstatt dass diese Hessische Landesregierung diesen Umstand einfach einmal anerkennt und entsprechend handelt, setzen Sie und insbesondere Ihr grüner Koalitionspartner noch weitere Einwanderungsanreize und schaffen damit enorme Pull-Faktoren für die Zukunft. Zum Beispiel gilt das für das Landesprogramm zur Aufnahme von weiteren 1.000 Afghanen oder im Bund durch die Reform des Staatsbürgerschaftsrechts.

(Beifall AfD – Vereinzelter demonstrativer Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Meine Damen und Herren der GRÜNEN, Sie können da gerne klatschen. Aber wissen Sie: Durch solche Anreize sorgen Sie weiterhin dafür, dass sich Hunderttausende Menschen in der Hoffnung auf ein wirtschaftlich besseres Leben auf die beschwerliche Reise nach Deutschland machen. Sie wandern dann mehrheitlich in die Sozialsysteme ein.

(Elisabeth Kula (DIE LINKE): So ein Quatsch!)

Reden Sie doch einmal mit den Vertretern der Kommunen vor Ort. Bei dieser Politik klatscht da kein Mensch mehr, unabhängig davon, welches Parteibuch sie haben.

(Beifall AfD)

Herr Ministerpräsident, Sie haben zu diesem Thema gesagt, auf der Bundesebene müsse man aus dem Tiefschlaf aufwachen. Das kann sein. Aber auch Sie müssen aus Ihrem Tiefschlaf aufwachen.

(Beifall AfD)

Das kann so nicht weitergehen. Wir können uns diese Form des verwalteten Kontrollverlustes nicht nur aus finanzieller Sicht einfach nicht mehr leisten. Auch die Folgen für die Identität und den Zusammenhalt unserer Gesellschaft werden katastrophal sein.

Sehr verehrter Herr Ministerpräsident Rhein, wir hatten Anfang Juni 2022 angekündigt, Sie nicht nach Ihren Worten, sondern an Ihren Taten zu messen. Der Unterschied Ihrer Politik zu der Ihres Vorgängers, Volker Bouffier, ist leider bisher kaum messbar. Im Kern ergibt Ihre Politik immer dasselbe: mehr Staat und weniger Freiheit. Es bleibt bei einem eingegrüntem „Weiter so“.



(Beifall AfD)

Was wir aber brauchen, ist die Rückkehr zu einer soliden, zukunftsorientierten und finanzpolitisch nachhaltigen, konservativen Haushaltspolitik. Dieser Doppelhaushalt wirkt zwar auf den ersten Blick wie ein schönes Schloss, er hat aber kein tragfähiges Fundament. Denn er ist auf grünem Treibsand gebaut.

(Beifall AfD)

Wir, die Alternative für Deutschland, sind mit unserer Haushaltspolitik und werden mit unseren Änderungsanträgen zum Haushaltsentwurf eine seriöse und bürgerliche Alternative zu diesem unverantwortlichen und ideologisch völlig überfrachteten Kurs der Landesregierung in der hessischen Haushaltspolitik sein. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall AfD)

### Vizepräsidentin Heike Hofmann:

Als Nächsten bitte ich den Vorsitzenden der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Herrn Wagner, ans Rednerpult.

### Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Mit dem Doppelhaushalt 2023 und 2024 werden wir weiter in schwieriger Zeit klaren Kurs halten. Wir werden als Koalition Antworten auf die Herausforderungen unserer Zeit geben. Wir werden uns der Sorgen und der Nöte der Bürgerinnen und Bürger annehmen, die durch den Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine entstanden sind. Wir werden mit diesem Doppelhaushalt einmal mehr Wort halten.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Wir halten Wort. Denn, wenn dieser Doppelhaushalt im Januar 2023 beschlossen sein wird, werden wir alle wesentlichen Projekte des Koalitionsvertrages umgesetzt haben oder umsetzen. Wir haben auch in dieser Wahlperiode wie in der vorangegangenen von Schwarz-Grün Punkt für Punkt die Themen bearbeitet, die wir uns vorgenommen haben. Das, was noch nicht bearbeitet ist, werden wir mit diesem Doppelhaushalt bearbeiten. Ich finde, gerade in unübersichtlichen und schwierigen Zeiten ist es ein Wert an und für sich, dass eine Regierung sagt, was sie tut, und tut, was sie sagt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und Rolf Kahnt (fraktionslos))

Der Koalitionsvertrag ist überschrieben mit „Aufbruch im Wandel durch Haltung, Orientierung und Zusammenhalt“. Das war nicht nur die richtige Leitschnur, um das umzusetzen, was wir uns ohnehin vorgenommen hatten. Es war und ist auch die richtige Leitschnur, um mit unvorhergesehenen Ereignissen umzugehen.

Genau dieser Ansatz, den Zusammenhalt zu stärken, Orientierung zu geben und Haltung zu haben, hat uns bei allen Problemen, die wir hatten, durch die Corona-Krise geführt. Das hat uns im Februar und März 2022 schnell reagieren lassen, als die ersten Menschen aus der Ukraine vor dem völkerrechtswidrigen Krieg von Russland zu uns geflohen sind. Diese Prinzipien geben uns jetzt auch die Kraft und

die Orientierung, ein Hilfspaket auf den Weg zu bringen, um die Folgen des Angriffskriegs abzumildern.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Ich will ausdrücklich sagen, dass ich den Mitgliedern der Fraktionen der SPD und der FDP dafür dankbar bin, dass das gemeinsam gelungen ist. „Hessen steht zusammen“, das bedeutet: Hessen steht zusammen, um gemeinsam die Auswirkungen der Krise abzufedern, um den Menschen Antworten zu geben und um den Menschen Hilfe zu geben.

„Hessen steht zusammen“ gilt aber bei diesem Thema auch für diesen Landtag. Ich halte es für ein ganz wichtiges Signal, dass wir in einer Zeit, in der viele Menschen Sorgen haben und viele Menschen verunsichert sind, sagen: Wir geben als Politiker gemeinsam eine Antwort. Die Politik ist handlungsfähig. Unsere Demokratie funktioniert. Wir kümmern uns gemeinsam um die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und Günter Rudolph (SPD))

200 Millionen € werden als originäre Landeshilfen zur Verfügung stehen. 380 Millionen € beträgt der Anteil des Landes Hessen, um die Bundeshilfen mitzufinanzieren. Zusätzlich wird für die Wirtschaft ein Bürgschaftsrahmen von 3 Milliarden € zur Verfügung stehen. Wir geben passgenaue Antworten. Wir wollen nicht, dass den Menschen der Strom oder die Energie abgestellt wird. Deshalb werden wir ein Programm gegen Energiesperren auflegen.

Wir wollen eben nicht, dass die Mitglieder der Vereine, der Initiativen und der Projekte im Sozialen, bei der Kultur und beim Sport unter den Energiepreisen leiden und nicht wissen, wie sie darauf reagieren sollen. Vielmehr wollen wir, dass sie trotz dieser Krise ihre Arbeit fortsetzen können. Das sind einige der Gründe, weshalb wir dieses Paket auf den Weg bringen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Wie gesagt, ich bin froh, dass zumindest das mit den Mitgliedern der Fraktionen der SPD und der FDP gemeinsam gelungen ist. Herr Kollege Rudolph, Sie haben es aber nicht bei dieser Gemeinsamkeit belassen. Das habe ich, ehrlich gesagt, bei einer Haushaltsdebatte auch nicht erwartet.

(Günter Rudolph (SPD): Ich wollte Sie nicht enttäuschen!)

Herr Kollege Rudolph, ich hatte eigentlich erwartet, dass Sie zu dieser Wahlperiode eine Bilanz ziehen. Ich hatte eigentlich erwartet, dass Sie sich mit dem Haushaltsentwurf auseinandersetzen. Herr Kollege Rudolph, ich hatte eigentlich auch erwartet, dass wir irgendwann einmal hören, was Sie eigentlich grundsätzlich anders machen wollen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Ich kann jetzt eigentlich nur Folgendes sagen. Ich habe mich mit meiner Kollegin Ines Claus kurz abgestimmt. Wenn Ines Claus und ich zusammensitzen, fallen uns mehr kritische Punkte zu unserer Regierungsarbeit ein, als Sie in Ihrer Rede genannt haben.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Wenn wir zusammensitzen, fällt uns da durchaus mehr ein.

(Robert Lambrou (AfD): Was denn zum Beispiel?)

– Das wüssten Sie jetzt gerne, Herr Lambrou.

(Heiterkeit)

Da fällt uns durchaus mehr ein, weil wir natürlich nie zufrieden sind, auch nicht mit dem, was erreicht ist.

(Zuruf DIE LINKE)

Aber es ist auch eine ganze Menge erreicht, Herr Kollege Rudolph.

(Zurufe)

Ich hätte in der Rede des Oppositionsführers und möglichen Spitzenkandidaten der SPD erwartet

(Zurufe)

– wir wissen ja noch nicht so richtig, wer es jetzt wird –, dass Sie sagen, was Sie machen wollen. Vielleicht war es für die Redeminuten 31 bis 40 vorgesehen. Aber an diesem Rednerpult haben Sie es jedenfalls nicht vorgetragen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Ansonsten haben wir ein wildes Sammelsurium der Pressemitteilungen der SPD aus den letzten Monaten gehört, noch einmal umgerührt, aber es wurde dadurch nicht wirklich origineller.

(Zuruf Günter Rudolph (SPD))

Wir haben auch gehört: An dieser Stelle hätte Schwarz-Grün ein bisschen schneller, an jener Stelle ein bisschen früher handeln können, und dort würden wir uns wünschen, dass das, was Schwarz-Grün macht, auch für alle Ewigkeit gilt. – Also, wenn das Ihre Kritik an unserer Regierung ist – es müsste ein bisschen schneller sein, es dürfte ein bisschen früher sein, und es dürfte für die Ewigkeit sein –: Mit dieser Kritik, Herr Kollege Rudolph, können wir sehr gut leben.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Dann haben Sie Unglaubliches entdeckt: Sie haben entdeckt, dass es in einer Koalition von zwei unterschiedlichen Parteien auch unterschiedliche Meinungen geben kann.

(Zurufe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU: Unglaublich!)

Herr Kollege Rudolph, das war eine Ihrer zentralen Feststellungen, und da muss ich sagen: Respekt.

(Heiterkeit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Nach der vergangenen Woche wäre da außer Ihnen wirklich niemand auf diese Idee gekommen, dass so etwas möglich ist. Aber einen freundlichen Hinweis, Herr Kollege Rudolph, weil wir im Bund gemeinsam regieren, SPD, GRÜNE und FDP: Auch hierzu gibt es die Erkenntnis, dass die Parteien ab und zu unterschiedlicher Meinung sind.

(Zurufe)

Wenn ich mir jetzt anschau, wie wir das hier in Hessen austauschen und wie es im Bund ist, dann einigen wir uns doch vielleicht darauf, dass beides ganz gut ist, Herr Kollege Rudolph.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Ines Claus (CDU): Na ja!)

– Ich will heute ja versöhnlich sein.

Ihre Rede haben Sie damit geschlossen, dass nächstes Jahr ein neuer Landtag gewählt werden wird – das ist unzweifelhaft richtig –, und Sie haben auch schon klare Prognosen angestellt, wie diese Wahl ausgeht. Da bin ich ein bisschen irritiert: Sie wissen schon, wie die Wahl ausgeht, aber Sie haben noch nicht einmal eine Spitzenkandidatin?

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Ich weiß nicht, wie das wirklich zusammenpasst. Ich habe Ihnen in dieser Frage keine Ratschläge zu erteilen.

(Günter Rudolph (SPD): Dann lassen Sie es! – Lachen CDU – Robert Lambrou (AfD): Er hört ja doch zu!)

Ich will nur so viel zur Frage sagen, wann man bekannt gibt, wer Spitzenkandidatin oder Spitzenkandidat einer Partei ist: Alle Lebenserfahrung legt nahe, dass es vor der Wahl besser ist als nach der Wahl. – Viel mehr will ich dazu gar nicht sagen.

(Heiterkeit und Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt CDU)

Das nur als freundschaftlicher Hinweis.

Die Bilanz dieser Koalition in dieser Legislaturperiode und die Bilanz mit diesem Haushalt können sich sehen lassen. Ich kann sagen: Wir haben auf aktuelle Krisen reagiert, wir reagieren jetzt auf die aktuelle Krise, die durch den Krieg gegen die Ukraine entstanden ist. Aber wir kümmern uns auch um die großen Herausforderungen unserer Zeit.

Die großen Herausforderungen unserer Zeit kann man mit drei Bereichen benennen: Es sind der ökologische Wandel, die soziale Sicherheit und der gesellschaftliche Zusammenhalt. Das sind die drei großen Themen, um die es uns hier in Hessen und ganz Deutschland gehen muss.

Was bedeutet ökologischer Wandel? Ökologischer Wandel bedeutet, dass wir eine Antwort auf die Klimakrise geben müssen. Es bedeutet, dass wir uns für Artenvielfalt einsetzen müssen. Es bedeutet, dass in unserem Land vieles anders werden muss, damit es gut bleiben oder gut werden kann. Deshalb setzen wir genau auf diesen ökologischen Wandel mit diesem Doppelhaushalt einen ganz klaren Schwerpunkt bei der Bekämpfung des Klimawandels, bei der Agrarwende, bei der Verkehrswende, bei der Energiewende, beim Erhalt der biologischen Vielfalt: 1,8 Milliarden € allein für Klimaschutz in diesem Haushalt.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Mit diesen 1,8 Milliarden € leisten wir unseren Beitrag, damit unser Land spätestens 2045 klimaneutral werden kann. Wir haben da alle Bereiche im Blick. Natürlich fangen wir bei uns selbst an, nämlich bei der Landesverwaltung, und sagen: Hier haben wir nicht das Ziel, bis 2045 klimaneutral zu werden, sondern hier ist unser Ziel, das bis 2030 zu erreichen. – Deshalb investieren wir in Klimaschutzmaßnahmen in der Landesverwaltung, deshalb investieren wir in die energetische Modernisierung der Landesimmobilien, deshalb unterstützen wir die Kommunen dabei, ihre kommunalen Gebäude sanieren zu können, deshalb haben wir auch den integrierten Klimaschutzplan begonnen. Wir machen jetzt das Klimaschutzgesetz, und das Klimaschutzgesetz wird dann in den Klimaplan münden, damit wir tatsächlich in allen Sektoren beim Klimaschutz in unserem Land vorankommen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Klimaschutz geht nur gemeinsam mit der Wirtschaft. Wenn wir den Klimawandel bekämpfen und den ökologischen Wandel gestalten wollen, dann werden wir die Wirtschaft auch dabei unterstützen müssen. Wir müssen zwei Dinge zusammenbringen: auf der einen Seite die Veränderungen, die stattfinden, und auf der anderen Seite die Veränderungen so zu gestalten, dass tatsächlich alle diesen Weg auch mitgehen können, dass es eben nicht zu Friktionen kommt.

Wir haben in der Bundesrepublik viele Erfahrungen mit Strukturwandelprozessen. Wir müssen diesen Wandel zu einem klimaneutralen Land endlich auch als einen wirtschaftlichen Strukturwandel begreifen und unsere Unternehmen dabei unterstützen, diesen Wandel mitzugehen. Deshalb machen wir die Wasserstoffstrategie des Landes Hessen. Deshalb orientieren wir uns mit unseren Förderprogrammen für kleine und mittlere Unternehmen in Richtung der Unterstützung dieser Unternehmen. Deshalb haben wir gerade dieser Tage ein Start-up für Green Investments, für grüne Unternehmen, auf den Weg gebracht.

(Zuruf René Rock (Freie Demokraten))

Deshalb wollen wir einen starken Finanzplatz Frankfurt erhalten und ihn durch eine starke Säule für Sustainable Finance ergänzen. – Das alles ist Politik, die den ökologischen Wandel, die den Wandel zu einem klimaneutralen Land unterstützt, fördert und ihn so gestaltet, dass ihn alle mitgehen können, meine Damen und Herren.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Wir kümmern uns um die Bekämpfung des Klimawandels, wir kümmern uns aber auch um die Agrarwende. Wir kümmern uns um den Erhalt der Artenvielfalt in unserem Land. Noch nie waren so viele Landwirtinnen und Landwirte Teil des hessischen Agrarumweltprogramms HALM wie jetzt – noch nie so viele Betriebe, noch nie so viel Fläche, und zwar völlig unabhängig davon, ob konventionell oder ökologisch gewirtschaftet wird. Denn auch hier wollen wir die Landwirtinnen und Landwirte dabei begleiten, umweltschonender zu arbeiten, tierwohlorientierter zu arbeiten, so zu arbeiten, dass die Interessen der Verbraucherinnen und Verbraucher gewahrt werden. Auch hier setzen wir ganz klare Schwerpunkte, und natürlich wollen wir auch bis 2025 25 % Ökolandbau in unserem Land erreicht haben.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Wir starten das größte Wiederaufforstungsprogramm für unseren Wald. Bitter genug, dass es notwendig ist – erste Folgen des Klimawandels. Auch hier steuern wir gegen und wollen einen Mischwald schaffen, der den neuen klimatischen Bedingungen dann auch besser widerstehen kann.

Wir weiten den Nationalpark Kellerwald-Edersee aus, um die Artenvielfalt, um unsere Natur zu stärken. 10 % des Staatswaldes sind mittlerweile Naturwald. Es ist noch gar nicht so viele Jahre her, da waren es nur 6 %. 9,1 Millionen € haben wir 2014 zum Amtsantritt dieser Koalition für Naturschutz ausgegeben, im Doppelhaushalt werden es 26,2 Millionen € sein. Herr Rudolph, ich kann gut verstehen, dass Sie heute nicht über die Bilanz sprechen wollten.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Aber wir sprechen gerne über die Bilanz, beispielsweise beim Thema Verkehrswende. Weil nach mir ein Kollege der FDP sprechen wird, will ich das sehr gerne tun, Herr

Kollege Rock. Noch nie gab es in diesem Land so viele Investitionen in alle Verkehrsträger – in Straßen, in Busse, in Bahnen, in den Rad- und Fußverkehr.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Schauen wir uns das doch einmal an. Wie war das denn vor 2014, als – wenn ich mich richtig erinnere – die FDP in diesem Land mitregiert hat?

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):  
So war das!)

Und wie ist es heute? – Herr Kollege Rock, Sie hören es nicht gern: Aber auch die Straßenbaumittel waren zu Ihrer Zeit meilenweit, kilometerweit von dem entfernt, was heute diese Koalition in den Straßenbau investiert.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU  
– Zurufe Robert Lambrou (AfD) und René Rock  
(Freie Demokraten))

Sie haben zu Ihrer Amtszeit das Straßennetz sträflich vernachlässigt, wir investieren endlich in die Substanz. Sie haben über Schienenbauprojekte in Hessen immer nur geredet, wir bauen sie jetzt endlich, Herr Kollege Rock.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Und weil Sie so gerne über den ÖPNV reden,

(René Rock (Freie Demokraten): Ich?)

habe ich Ihnen einmal die Zahlen mitgebracht. 2014, also zum Ende der gelben Verkehrspolitik: 662 Millionen € Investitionen in den ÖPNV. Im Jahr 2024 sind es 1,167 Milliarden €. Das ist fast eine Verdopplung, Herr Kollege Rock.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU –  
Zuruf René Rock (Freie Demokraten))

Weil Sie es immer so gerne ansprechen: zu Ihrer Zeit praktisch keine Landesmittel für den ÖPNV, im Doppelhaushalt ein dreistelliger Millionenbetrag Landesmittel für den ÖPNV.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU  
– Zurufe René Rock (Freie Demokraten) und Jan  
Schalauske (DIE LINKE))

Jetzt sagen Sie uns ja immer, der Rad- und der Fußverkehr seien Ihnen auch so wichtig. Das würden wir Ihnen gerne glauben, wenn wir 2014 auch nur irgendeine Planung für Rad- und Fußverkehr aus dem damals noch FDP-geführten Verkehrsministerium vorgefunden hätten. Die Wahrheit ist: Die Schubladen waren leer.

(Marcus Bocklet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):  
Hört, hört!)

Es war nichts zu diesem Bereich da. Und ich kann mich noch sehr gut erinnern, wie sich die FDP noch in dieser Legislaturperiode immer darüber lustig gemacht hat, wenn wir gesagt haben, es muss für alle Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer sicher sein, also auch für Radfahrerinnen und Radfahrer und Fußgängerinnen und Fußgänger. Das ist doch die Realität, lieber Kollege Rock.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

1,7 Millionen € für den Radverkehr an Landesstraßen 2014, heute sind es mit dem Doppelhaushalt 17 Millionen € – das Zehnfache. Meine Damen und Herren, wir

reden gerne über die Bilanz und das, was wir in den nächsten zwei Jahren vorhaben.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU – Jan Schalauske (DIE LINKE): Wo sind die Bauvorhaben?)

Ich habe es gesagt: Die Bewältigung des ökologischen Wandels, der Weg hin zu einem klimaneutralen Land braucht soziale Sicherheit. Es braucht die Sicherheit für alle Menschen, dass es fair und gerecht in unserem Land zugeht, und es braucht die Sicherheit, wenn man in einer schwierigen Lebenssituation ist, dass einem geholfen wird.

Genau aus diesem Grund haben wir 2014 das Hessische Sozialbudget ins Leben gerufen, einen geschützten Bereich im Haushalt, auf den sich alle sozialen Initiativen verlassen können: Hier kann verlässlich gearbeitet werden, das ist ausgenommen von Haushaltskürzungen. Hier gilt Stabilität, hier ist Priorität. Aber wir haben es nicht nur dabei belassen, wir haben dieses Sozialbudget kontinuierlich ausgebaut, und wir tun das auch mit dem Doppelhaushalt. Deshalb noch einmal sehr gerne eine Bilanz: 2013 kein Sozialbudget, 2014 51,5 Millionen € Sozialbudget, 2024 werden wir 133,5 Millionen € Sozialbudget haben. Das ist gut angelegtes Geld, meine Damen und Herren.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Sprechen wir über eine wichtige Voraussetzung für soziale Teilhabe: die Bildung. Das ist die Voraussetzung dafür, dass alle Menschen Chancen haben und dass sie ihren Weg in unserer Gesellschaft gehen können. Hier investieren wir in die Kitas, in die Schulen, in die Hochschulen, in die Ausbildung. Auch hier reden wir gerne über die Bilanz.

Wir haben eine Qualitätsoffensive für unsere Kitas gestartet. Wir haben sie besser ausgestattet mit Personal. Wir haben das Personal von Leitungszeiten entlastet. Wir haben den Personalschlüssel verbessert. Wir haben eine Fachkräfteooffensive gestartet. Und, meine Damen und Herren, ganz wichtig: Wir haben dafür gesorgt, dass Erzieherinnen und Erzieher in einer dualen und in einer vergüteten Ausbildung ihren Beruf erlernen können. 2013: null Plätze für diese vergütete Ausbildung, heute mit dem Doppelhaushalt: jedes Jahr 1.000 geförderte Plätze durch das Land.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Investitionsförderung für Kitas, obwohl es eine kommunale Aufgabe ist: in früheren Jahren null, in dieser Wahlperiode eine viertel Milliarde Euro. Betriebskostenzuschüsse für die Kitas, obwohl es eigentlich eine kommunale Aufgabe ist: 2014 435 Millionen €, mit dem Doppelhaushalt 1,2 Milliarden €. Wir investieren in Bildung von Anfang an.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Wir wollen die besten Schulen an den Orten mit den größten Herausforderungen. Herr Kollege Rudolph, Sie haben es angesprochen, den Ganztagschulausbau insbesondere im Grundschulbereich; dafür bin ich Ihnen sehr dankbar. Denn das, was jetzt bundesweit Gesetz geworden ist – der Anspruch auf Grundschulkinderbetreuung ab dem Jahr 2026 –, haben wir in Hessen vor vielen Jahren mit dem Pakt für den Nachmittag begonnen.

(Günter Rudolph (SPD): Ja, ja, ganz toll!)

Auch hier, Herr Kollege Rudolph, schauen wir uns doch einfach einmal die Zahlen an; denn wir reden ja über den Haushalt. Betreuungsangebot – acht Stunden am Tag, fünf

Tage die Woche –: 2014 an 32 Grundschulen, und heute sind wir schon bei 400 Grundschulen. Wir sind gut vorbereitet auf den Rechtsanspruch, aber wir müssen auch noch eine Menge tun.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Meine Damen und Herren, vom Land geförderte Schulsozialarbeit: 2014 nicht vorhanden. Mit diesem Doppelhaushalt: 1.000 Stellen für vom Land geförderte Schulsozialarbeit, weil wir wissen, wie wichtig das ist.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Hochschule – eine weitere Erfolgsgeschichte dieser Koalition –: 50 Millionen € für Digitalisierung, 300 neue Stellen für Professorinnen und Professoren, Unterstützung der Studierendenwerke, mehr Wohnheimplätze, Promotionszentren an den HAWen, die Ausweitung des Forschungsprogramms LOEWE und, meine Damen und Herren, jedes Jahr im Hochschulpakt verlässlich 4 % mehr Finanzierung für unsere Hochschulen. Im Finanzierungszeitraum von fünf Jahren sind das 11,5 Milliarden €. Wir sprechen gerne über die Bilanz und über das, was wir in diesem Haushalt vorhaben.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

2 Milliarden € für den Wohnungsbau, weil wir wissen, dass das ein drängendes Problem gerade im Ballungsraum ist. Wir wollen, dass alle Bürgerinnen und Bürger, dass alle Menschen bezahlbaren Wohnraum finden. Deshalb investieren wir in dieser Wahlperiode über 2 Milliarden €. Wir haben zahlreiche Maßnahmen ergriffen: die Mietpreisbremse, die Fehlbelegungsabgabe, den Genehmigungsverbehalt bei der Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentumswohnungen. Das Eigenkapital der NH wurde um 400 Millionen € erhöht. Damit haben wir etwas geschafft, was kaum ein Bundesland geschafft hat.

(Zuruf Jan Schalauske (DIE LINKE))

Nach Jahren von ständig zurückgehenden Zahlen an Sozialwohnungen steigt die Zahl der Sozialwohnungen in Hessen wieder.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU – Jan Schalauske (DIE LINKE): Ihr habt sie verkauft! Darauf seid ihr auch noch stolz! – Gegenruf Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ihr habt 60.000 verkauft! – Jan Schalauske (DIE LINKE): Ihr habt noch mehr verkauft!)

Dritter großer Bereich: gesellschaftlicher Zusammenhalt. Entscheidend für den gesellschaftlichen Zusammenhalt ist, dass sich alle Menschen in unserem Land sicher fühlen und dass sie zu ihrem Recht kommen. Deshalb investieren wir in Polizei und Justiz. Wir werden im Jahr 2025 16.000 Polizistinnen und Polizisten in Hessen haben. Wir haben damit in den letzten Jahren die Zahl der Stellen um 16,5 % gesteigert. Wir legen jetzt für die Justiz ein Personalstärkungsprogramm über alle Bereiche von fast 500 Stellen auf. Herr Kollege Rock, damit stoppen und korrigieren wir den Personalabbau in der hessischen Justiz, den Ihr Justizminister begonnen hat.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU – René Rock (Freie Demokraten): Ha, nach neun Jahren! Das ist ja lächerlich! Das ist mir gar nicht aufgefallen – Gegenruf Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben sie abgebaut!)

Wir machen das,

(René Rock (Freie Demokraten): Nach neun Jahren ist das aufgefallen! Da musst du ja selbst lachen!)

weil wir wissen, wie unverzichtbar Justiz und Polizei für unser Land sind. Wir wissen, dass die allermeisten Polizeibeamtinnen und -beamten einen engagierten, einen unverzichtbaren und einen unschätzbaren Dienst für uns alle leisten. Deshalb wollen wir eine gut ausgestattete Polizei. Eben weil wir die Arbeit der guten und verlässlichen Beamtinnen und Beamten würdigen, benennen wir auch Fehlentwicklungen klar und sagen, was in der hessischen Polizei geht und was eben auch nicht geht, meine Damen und Herren. Das gehört dann nämlich auch dazu.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Der Kommunale Finanzausgleich ist auch etwas, was in normalen Haushaltsdebatten gerade von der SPD-Opposition gerne angesprochen wird. Lassen wir auch hier Zahlen sprechen: 2013 waren es 3,8 Milliarden €. Mit dem Doppelhaushalt wird es 6,8 Milliarden € im Kommunalen Finanzausgleich für unsere Kommunen geben. Ich finde, das kann sich sehen lassen. Das kann sich einfach sehen lassen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Zum gesellschaftlichen Zusammenhalt gehört Kultur – ganz wesentlich Kultur. Wir alle haben in der Corona-Krise schmerzlich erfahren, wie es ist, wenn wir auf Kultur, wenn wir auf kulturelle Angebote verzichten müssen. Deshalb machen wir den Masterplan Kultur. Deshalb sorgen wir mit dem Kulturkoffer dafür, dass junge Menschen schon sehr früh kulturelle Erfahrungen machen, ihre Talente entdecken können. Deshalb haben wir die „LandKulturPerlen“ aufgelegt, um das kulturelle Angebot auch im ländlichen Raum zu stärken. Auch hier lassen wir einfach Zahlen sprechen: Die Förderung der Soziokultur betrug vor zehn Jahren, 2014, 450.000 €. Im Doppelhaushalt sind es 2 Millionen €. Das Gesamtbudget für Kultur ist von 200 Millionen € auf 290 Millionen € gesteigert worden. – Wir reden gerne über die Bilanz und über das, was wir noch vorhaben.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Wir haben Aktionspläne für die Integration von Flüchtlingen aufgelegt. Wir kümmern uns um Integration, weil es auch wichtig ist, dass alle Menschen bei uns dazugehören, dass auch, wenn man aus einem anderen Land zu uns gekommen ist, alle hier teilhaben, die deutsche Sprache lernen, sich als fester Bestandteil unseres Gemeinwesens fühlen können.

Gesellschaftlicher Zusammenhalt heißt aber auch, dass kein Mensch in unserem Land diskriminiert wird. Deshalb haben wir den Aktionsplan für Akzeptanz und Vielfalt aufgelegt und immer weiter gestärkt. Deshalb gibt es in Hessen eine Antidiskriminierungsstelle. Es gibt nicht nur eine Antidiskriminierungsstelle, sondern mittlerweile gibt es ein Beratungsnetzwerk gegen Diskriminierung in ganz Hessen, das wir mit diesem Haushalt noch weiter stärken.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU – Jan Schalauske (DIE LINKE): Wir haben sogar ein Antidiskriminierungsgesetz vorgelegt!)

Gesellschaftlicher Zusammenhalt heißt aber auch, dass wir klare Kante gegen alle die zeigen, die unsere Demokratie infrage stellen, dass wir sagen: keinen Fußbreit den

Rechtsextremisten in unserem Land. Hass und Hetze haben in Hessen nichts verloren, meine Damen und Herren.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und DIE LINKE)

Auch hier halten wir Wort. Wir sind eines der wenigen Länder, welches eine Onlinemeldestelle gegen Hass und Hetze im Netz hat. Wir sind eines der wenigen Bundesländer, welches ein Präventionsnetzwerk gegen Verschwörungstheorien auf den Weg gebracht hat. Wir haben mit dem Demokratiezentrum in Marburg geradezu ein Juwel, wenn es darum geht, unsere Demokratie zu fördern und Extremismus konsequent zu bekämpfen. Dieses Juwel, das Demokratiezentrum in Marburg, haben wir jetzt auch noch um eine Säule der Forschung gestärkt, damit den Gründen von Rechtsextremismus und der Bekämpfung von Rechtsextremismus auch mit wissenschaftlichen Mitteln nachgegangen werden kann.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und Rolf Kahnt (fraktionslos))

Auch hier lassen wir Zahlen sprechen: Das zentrale Landesprogramm „Hessen – aktiv für Demokratie und gegen Extremismus“ erhielt 2014 417.000 €. Durch die Arbeit dieser Koalition sind es mittlerweile über 10 Millionen €. Es ist eines der bestausgestatteten Programme, das es in der ganzen Bundesrepublik zu diesem Thema gibt, meine Damen und Herren.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Ich habe es gesagt. Im Gegensatz zum Kollegen Rudolph würde uns auch noch viel einfallen. Uns fällt auch noch viel ein, was wir besser machen können.

(Günter Rudolph (SPD): Ein Paradies! Schwarz-grünes Paradies! Traumhaft!)

Deshalb sage ich ausdrücklich: Wir lassen uns gerne an unserer Bilanz messen. Wir lassen uns gerne an dem messen, was wir mit dem Doppelhaushalt auf den Weg bringen, aber das war erst der Anfang. Wir wollen selbstverständlich mehr. Wir werden uns weiter den Herausforderungen unserer Zeit stellen. Wir werden weiter auf aktuelle Krisen reagieren.

(René Rock (Freie Demokraten): Eine Drohung für das Land!)

Wir werden weiter so arbeiten, dass wir das, was wir sagen, auch machen und das, was wir machen, auch vorher sagen. Verlässlichkeit in schwierigen Zeiten: Das ist das Markenzeichen dieser Koalition. Das ist das Markenzeichen dieses Haushaltes. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und Rolf Kahnt (fraktionslos) – Günter Rudolph (SPD): René, schreib deine Rede um!)

**Vizepräsidentin Heike Hofmann:**

Für die FDP-Fraktion hat nun der Fraktionsvorsitzende René Rock das Wort.

**René Rock (Freie Demokraten):**

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch langes Klatschen gibt kein besseres Fundament für eine Rede.

Ich möchte an der Stelle noch zwei, drei grundsätzliche Ausführungen machen. Wir sind in einer herausfordernden Zeit. Die Corona-Pandemie ist noch nicht völlig zu Ende. Inflation, Krieg fordern unsere Gesellschaft heraus. Wir sind Opfer eines hybriden Angriffes, eines Energiekrieges, den Russland uns erklärt hat. Wir müssen versuchen, diese Herausforderungen gemeinsam zu bestehen. Wir Freie Demokraten vertrauen hier vor allem auch auf die Stärke, die Kraft dieser Gesellschaft, der Bürgerinnen und Bürger, die bewiesen haben, dass sie Krisen in unserem Land durchstehen können. Ich glaube, der Staat sollte ihnen dabei helfen; aber er wird die Herausforderungen dieser Krise nicht abfedern können, sondern die Bürgerinnen und Bürger werden gemeinsam in dieser Krise bestehen müssen. Diese Wahrheit dürfen wir unseren Bürgerinnen und Bürgern nicht verschweigen. Denn es ist die Herausforderung, die die Menschen jetzt bewältigen müssen, liebe Freunde.

(Beifall Freie Demokraten)

Der Staat würde sich überfordern, wenn er den Bürgern versprechen würde, der Staat würde alles für sie regeln können. Die Bürger glauben das nicht; denn sie haben den Staat in der Corona-Zeit erlebt. Sie haben die Mängel und die Probleme in der Corona-Zeit erlebt. Sie haben die Corona-Zeit trotzdem gut bewältigt. Wir haben eine Herausforderung der freien Gesellschaft durch autoritäre Staaten: Russland, China, andere Staaten, die sich durch Freiheit bedroht fühlen, die aggressiv werden, die versuchen, uns, unsere Freiheit und unsere freie Gesellschaft zu attackieren.

Gerade zur Corona-Politik erinnere ich mich an viele Diskussionsbeiträge, autoritäre Systemen könnten mit Krisen besser umgehen, autoritäre Systeme, Staaten mit starken Führern an der Spitze würden Krisen besser bewältigen. Wenn ich heute die Bilder aus China sehe, wenn ich heute sehe, wo wir stehen, wo wir in der Corona-Krise stehen und wo die autoritären Staaten stehen und wie viele Menschen dort Opfer dieser Seuche geworden sind, dann bin ich froh, dass ich in einem freien Land lebe. Ich bin froh, dass ich in Deutschland lebe, in einer Demokratie, in einer parlamentarischen Demokratie, wo die Bürgerinnen und Bürger den Kurs vorgeben und nicht ein starker Mann, liebe Freunde.

(Beifall Freie Demokraten und Turgut Yüksel (SPD))

Es ist ein Wesenszug der freien Gesellschaft, dass wir gemeinsam streiten. Mathias Wagner, der Ministerpräsident und Günter Rudolph haben es gesagt. Wir haben uns als demokratische Fraktionen zusammengetan, um hier Lösungen für die Bürgerinnen und Bürger zu finden. Das war ein wichtiges Signal, dass Demokraten in der herausfordernden Zeit zusammenstehen.

Trotzdem müssen wir um den besten Weg streiten, uns auseinandersetzen, uns reiben; denn das ist das Wesen der Demokratie. Streit ist nicht etwas Böses oder Schlechtes, sondern das ist die Suche nach dem besseren Weg. Darum ist es auch wichtig, in so einer Haushaltsrede heute die Unterschiede zu betonen, liebe Kolleginnen und Kollegen aus der Regierung und den sie tragenden Fraktionen.

(Beifall Freie Demokraten)

Neun Jahre Schwarz-Grün, eine Bilanz dieser Regierungszeit – das wird die rote Linie in meiner Rede sein. Überleitend ist die Frage: Liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und GRÜNEN, war es wirklich notwendig, einen Doppelhaushalt vorzulegen, einen Haushalt, der über die Wahlzeit hinausgeht,

(Dr. Matthias Büger (Freie Demokraten): Ja! – Günter Rudolph (SPD): Wahlkampf!)

einen Haushalt, der mit so viel Unstetigkeit und Unsicherheit ausgestattet ist, dass er das, was Sie hier vorgetragen haben, nämlich den Respekt vor der Demokratie, den Respekt vor einer Wahl, mit Füßen tritt? Der erste Malus an diesem Haushalt ist schon der Stil.

(Beifall Freie Demokraten und SPD – Günter Rudolph (SPD): Alles bestens!)

Ich möchte auch auf das eingehen, was ich heute hier gehört habe: dass Schwarz-Grün Seite an Seite streitet, dass man untergehakt ist, dass man gemeinsam vorangeht. Ich kann Ihnen nur sagen, das ist eine Wahrnehmung, die Sie vielleicht aus Ihrem inneren Zirkel haben. Das Draufschauen von uns und, ich glaube, auch von den Journalisten und den Bürgern zeigt etwas anderes: Seit Volker Bouffier dieses Jahr die Brücke des Regierungsschiffes verlassen hat, ist es vorbei mit schwarz-grüner Harmonie.

(Robert Lambrou (AfD): Das war es doch vorher schon!)

Ich will Ihnen auch sagen: Ich erinnere mich noch an einiges, was am Anfang dieses schwarz-grünen Bündnisses alles erzählt worden ist. Ich fand den Höhepunkt dieser großen Liebeserklärung von CDU und GRÜNEN im Hessischen Landtag, dass Tarek Al-Wazir und Volker Bouffier gemeinsam ein Buch schreiben wollten. Erinnern Sie sich noch? Es war ein Buch angekündigt.

(Günter Rudolph (SPD): Ja, ja! Das haben sie dann gelassen!)

„So geht Schwarz-Grün“, hieß das Buch. Es war schon erklärt, dass das geschrieben wird, dass das vorgelegt wird. Ich habe bei Amazon, beim Buchhändler und überall gefragt: Wo ist denn dieses ultimative Werk?

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach, du warst das!)

Es ist wie alles, was Sie hier tun: Sie kündigen etwas an, und nachher liefern Sie nicht – genauso, wie dieses Buch nie geschrieben worden ist, sehr geehrte Damen und Herren.

(Beifall Freie Demokraten und SPD – Zuruf Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Angekündigt und nie geschrieben – das ist das Markenzeichen dieser Koalition: Ankündigung ohne Ergebnis.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt hast du uns erwischt: Buch wurde nicht geschrieben!)

Die Gemeinsamkeiten dieser Regierung gehen immer weiter zurück. Ich erinnere mich an die große Versöhnungsgeschichte: Volker, der Hardliner, Volker, der schwarze Sheriff, Volker, die Hassfigur für Tarek Al-Wazir und die grüne Fraktion, die sich vor der Landtagswahl hier noch

mit Worten beschimpft haben, die ich nie in den Mund nehmen würde. Das würde auch sofort einen Ältestenrat geben.

Der Revoluzzer Tarek ist ein bisschen grauer geworden, ein bisschen älter geworden, ist gesetzt im Amt angekommen. Jetzt sind sie zusammengekommen und bilden eine Zukunftsregierung. – Ich kann nur sagen: Seit Volker Bouffier weg ist und Boris Rhein Ministerpräsident ist, gibt es eine handfeste Beziehungskrise zwischen den Herren in dieser Regierung.

(Beifall Freie Demokraten – Zurufe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Oh!)

– Ja, so ist es. – Lieber Mathias Wagner, du hast es hier deutlich gemacht: Der Innenminister und der Justizminister äußern sich zur Vorratsdatenspeicherung, und der Fraktionsvorsitzende der GRÜNEN steht öffentlich auf und ruft sie in den Medien zur Ordnung.

(Günter Rudolph (SPD): Kein Problem!)

Ich erinnere mich noch an das große Symbol: Wir, Schwarz-Grün, arbeiten professionell. Bei uns kommt nichts heraus. Bei uns ist es große Gemeinsamkeit, dass wir hinter verschlossenen Türen streiten und niemals öffentlich. – Alles bröckelt in dieser Koalition, auch das wenige, was Sie hier noch an Gemeinsamkeit haben. Sie streiten sich auf offener Bühne. Sie verpassen sich nicht mehr die Tritte unter dem Tisch, sondern Sie boxen ganz öffentlich, unter den Augen der Medien, und verpassen sich eine Schlagseite nach der anderen.

Auch die menschlichen Gemeinsamkeiten: Zwischen Tarek Al-Wazir und Volker Bouffier mag es sie gegeben haben. Aber jetzt, zwischen Boris Rhein und Tarek Al-Wazir? Ich weiß gar nicht. Wenn ich feststelle, dass Tarek Al-Wazir erklärt: „Ich kann es besser als Boris Rhein, ich will jetzt auch Ministerpräsident werden“, und im gleichen Zusammenhang davon spricht, dass Schwarz-Grün nur noch eine Zweckehe ist, kann ich Ihnen nur sagen: Liebe Freunde, Sie drehen sich zu viel um sich selbst und verlieren die Probleme der Bürgerinnen und Bürger aus den Augen. Darum ist die Zeit für Schwarz-Grün auch endlich abgelaufen, sehr geehrte Damen und Herren.

(Beifall Freie Demokraten und vereinzelt SPD – Zuruf Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Wir brauchen eine Landesregierung, die Antworten gibt: auf den Fachkräftemangel, die Demografie, Energie, Klimaschutz, Digitalisierung – übrigens etwas, wozu ich hier noch gar nichts gehört habe –, Bildung, moderne Demokratie, Integration.

(Beifall Freie Demokraten)

Wir brauchen eine Landesregierung, die funktioniert. Da kann ich nur an ganz wenigen Beispielen festmachen, lieber Ministerpräsident Rhein, lieber Kollege Mathias Wagner,

(Mathias Wagner (Taurus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hier!)

dass Sie einen komischen Blick auf diese Zeit und diese Regierung haben.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ganz wenige Beispiele!)

Justiz. Sie haben die Justiz aufgerufen, Herr Wagner. Ich erinnere mich daran, vor wenigen Monaten mussten Straftäter aus der Untersuchungshaft entlassen werden, weil Sie keine Richter hatten, um dafür zu sorgen, dass den Menschen der Prozess gemacht wird. Das ist doch die Realität in der hessischen Justiz.

(Beifall Freie Demokraten und SPD – Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Weil die FDP die Stellen abgebaut hat!)

Sehr geehrte Damen und Herren, dafür tragen Sie nach neun Jahren die Verantwortung.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Stellenabbau hat Jörg-Uwe Hahn gemacht!)

Millionen und Abermillionen haben Sie in der hessischen Justiz bei der Digitalisierung versenkt, die völlig gescheitert ist. Dann habe ich in der hessischen Justiz etwas erlebt, was ich in 15 Jahren Regierungsbeteiligung der CDU, seit ich im Hessischen Landtag bin, noch nie erlebt habe: dass es so schlecht war, dass Sie sogar so weit gegangen sind, dass Sie die zuständige Ministerin entlassen haben, weil in der hessischen Justiz gar nichts mehr ging.

(Beifall Freie Demokraten und Turgut Yüksel (SPD))

Dann kommen Sie hier nach vorn und erzählen, in Hessen wäre alles in Ordnung. Sie schreiben nach neun Jahren Ihrer Regierungsverantwortung sogar in den Haushalt, der hessischen Justiz fehlen über 400 Stellen, die Sie jetzt, nach neun Jahren, entdeckt haben. Dann haben Sie die Chuzpe, das hier noch irgendjemandem von der Opposition vorzuwerfen. Ich muss sagen, das ist Realitätsverweigerung. Das Versagen dieser Regierung steht im Haushalt, nachlesbar. 400 Stellen fehlen der Justiz, sehr geehrte Damen und Herren.

(Beifall Freie Demokraten und SPD – Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wer hat die vorher abgeschafft?)

Mein Lieblingsminister ist der Kultusminister –

(Robert Lambrou (AfD): Nicht der Wirtschaftsminister?)

ein Wissensministerium und ein Kultusminister, der nichts weiß, der Vogel Strauß der Politik. Sobald man eine Frage stellt, steckt er den Kopf in den Sand und sieht und hört nichts mehr. Dann sieht man auch nicht die Probleme in dem Land, und dann ist auch alles in Ordnung, wenn man nichts mehr sieht. – Herr Minister, Sie müssen die Augen aufmachen und einmal die Realität an den Schulen in Hessen anschauen.

(Beifall Freie Demokraten, SPD und Elisabeth Kula (DIE LINKE))

Reden Sie einmal mit Eltern, die ein Kind in einer hessischen Schule haben. Ich glaube nicht, dass das Kind sagen könnte, es hätte irgendwann eine Woche Schule ohne Vertretungslehrer oder Unterrichtsausfall gehabt – nicht eine einzige Woche. Wenn Sie ein Kind in einer hessischen Schule haben, wie können Sie denn sagen, in Hessen wäre alles Ordnung? Das ist eine Verweigerung der politischen Realität, sehr geehrte Damen und Herren. Im Kultusministerium stimmt es einfach nicht.

Auch da steht ganz klar im hessischen Haushalt, wo die Probleme sind. Nach neun Jahren stellen Sie fest, 2.000 Stellen sind nicht besetzt, und Sie brauchen zusätzlich 4.000 Stellen. Das kann man im Haushalt nachlesen. Sie haben Ihren Offenbarungseid in diesen Haushalt geschrieben, den Offenbarungseid der schlechten Ausstattung unserer Schulen mit Lehrkräften. Das ist die Realität an den Schulen und nichts anderes, sehr geehrte Damen und Herren.

(Beifall Freie Demokraten und SPD)

Von den Lebensmittelskandalen will ich gar nicht sprechen. Es stößt mir heute noch übel auf, wenn ich überlege, dass hessischen Bürgerinnen und Bürger die Gammelmur von Wilke durch Essen selbst entsorgt haben.

(Zuruf Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Das ist deshalb passiert, weil Sie zu spät auf E-Mails reagiert haben, weil Sie Wochen gebraucht haben, um endlich den Betrieb ordentlich stillzulegen. Es gibt ganz viele Themen, die man hier wirklich kritisieren muss. Da haben Sie versagt, da haben Ihre Ministerinnen und Minister versagt und haben keine Verantwortung übernommen. Es ist bis heute noch nicht klar, ob Sie den Mangel wirklich abgestellt haben, ob die Anzahl der Lebensmittelkontrollen in den Produktionsstätten tatsächlich stattfindet. Ich würde sagen, bei Weitem nicht. Das ist immer noch nicht gelöst, sehr geehrte Damen und Herren.

(Beifall Freie Demokraten und vereinzelt SPD – Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Konkret zum Haushalt!)

Herr Wagner, dann möchte ich Ihnen einmal sagen, wo Sie wirklich gut sind, wo Sie in dieser Landesregierung unfassbare Spitze sind, wo man sagt: Gut, ich hätte es den GRÜNEN zugetraut, ich hätte es eigentlich von ihnen erwartet. – Was Sie wirklich mit schlafwandlerischer Sicherheit gesteigert haben, das ist die Bürokratie. Herr Wagner, die Bürokratie in diesem Land ist gewachsen und gewachsen und gewachsen. Das größte Symbol für dieses Wachsen der Bürokratie sitzt auf den Bänken hinter mir: Noch nie hat dieses Land mehr Minister gehabt, noch nie hat dieses Land mehr Staatssekretäre gehabt.

(Beifall Freie Demokraten und Günter Rudolph (SPD))

Das ist Ihre Leistung. Doch deshalb ist die Performance dieser Regierung nicht besser geworden. Das reicht Ihnen nicht. Sie haben es in neun Jahren fertiggebracht, in den Ministerien 1.000 zusätzliche Spitzenbeamte einzustellen. 1.000 zusätzliche, höchstdotierte Stellen nur in den Ministerien – das ist Ihre Leistungsbilanz: mehr Bürokratie, mehr Verwaltung, mehr Minister, mehr Staatssekretäre, aber weniger Leistung und weniger Verantwortung. Sehr geehrte Damen und Herren, da sind Sie spitze.

(Beifall Freie Demokraten und vereinzelt SPD)

Super sind Sie auch, wenn es darum geht, in die Kasse zu greifen und Geld zu verteilen. Sie haben selbst in den größten Krisen das Motto an den Tag gelegt: Sparen kommt nicht in die Tüte. – Das wird damit begründet, in Krisenzeiten müsse man doch Geld ausgeben, um die Wirtschaft zu stabilisieren. Da wird dann noch ein Corona-Sondervermögen erfunden, damit man in der Krise 12 Milliarden € zusätzlich zur Verfügung hat.

Was passiert? – Die Steuereinnahmen steigen, es werden weiterhin Schulden gemacht, trotzdem sinkt die Investitionsquote. Sie geben immer weniger aus. Dieser Doppelhaushalt wäre der erste, bei dem die Investitionsquote, absolut gesehen, sinken würde. Trotz Inflation, trotz steigender Steuereinnahmen wollen Sie tatsächlich weniger als im Vorjahr ausgeben. Das ist ein Verkennen der Realität. Dieses Land braucht mehr Investitionen, nicht weniger. Sie haben nicht verstanden, was dieses Land braucht.

(Beifall Freie Demokraten)

Sie haben sich hier dafür gelobt, dass Sie die Schuldenbremse einhalten. Sie haben dazu auch kritische Bemerkungen gemacht. Ich kann Ihnen nur sagen: Ohne das Anrufen des Staatsgerichtshofs, ohne die Klage, die die SPD und die FDP beim Staatsgerichtshof eingereicht haben,

(Robert Lambrou (AfD): Und die AfD!)

hätten Sie 12 Milliarden € zusätzliche Schulden gemacht. Sie haben immer behauptet, ohne dieses Sondervermögen könnten Sie Hessen nicht durch die Krise führen. Wir haben doch gesehen, dass es ohne dieses Sondervermögen geht. Das ist belegt und bewiesen. Sie haben das als Schutzargument genutzt, um in der Krise politische Spielwiesen mit Schulden bedienen zu können. Das haben wir verhindert. Sonst hätten Sie das mit größter Dreistigkeit durchgezogen und die daraus resultierenden Schulden der nächsten Generation überantwortet. Das konnten wir verhindern. Bitte sagen Sie nie wieder, Sie seien für die Einhaltung der Schuldenbremse in Hessen. Da haben Sie alle Argumente gegen sich. Sie haben die Schuldenbremse mit Füßen getreten, und die Opposition musste sich gegen Sie beim Staatsgerichtshof durchsetzen. Das ist die Realität.

(Beifall Freie Demokraten)

Ich möchte noch einmal auf das Thema Investitionen eingehen. Warum sind sinkende Investitionen so schlimm? – Weil Sie in den letzten neun Jahren einen gigantischen Investitionsbedarf aufgebaut haben. Wir brauchen mehr Geld für Kitas, wir brauchen mehr Geld für Schulen, wir brauchen mehr Geld für den Breitbandausbau, für Infrastrukturmaßnahmen, für die Mobilität, für den Wohnungsbau, für die Energieversorgung und für Klimaschutzmaßnahmen. Sie hingegen wollen die Investitionsquote in diesem Land senken. Sie wollen im nächsten Jahr – absolut gesehen – weniger investieren als im Vorjahr. Dazu kann ich Ihnen nur sagen: Hören Sie auf, in diesem Land an der falschen Stelle zu sparen. Ein Land wie Hessen braucht Investitionen, damit es zukunftsfähig bleibt. Wenn Sie anders handeln, wäre das eine große Fehlleistung dieser Landesregierung und der sie tragenden Fraktionen. Investitionen sind zwingend notwendig für die Zukunft unseres Landes.

(Beifall Freie Demokraten – Jan Schalauske (DIE LINKE): Sie müssen aber auch finanziert werden!)

Der Ministerpräsident hat gesagt: Ich habe etwas versprochen, und jetzt habe ich auch geliefert. – Herr Ministerpräsident, ich erinnere mich an Ihr Versprechen, die IAA nach Hessen zurückzuholen. Erinnern Sie sich, Herr Ministerpräsident? Diese Regierung – nicht Sie persönlich, aber in Gestalt von Herrn Al-Wazir, dem Wirtschafts- und Verkehrsminister – hat zusammen mit Herrn Feldmann aktiv und intensiv daran gearbeitet, dass die IAA geht. Sie haben nichts dafür getan, dass die IAA möglicherweise doch bleibt. Herr Al-Wazir, Sie tragen dafür – zusammen



mit Herrn Feldmann – die Verantwortung, dass die IAA heute nicht mehr in Hessen stattfindet.

(Beifall Freie Demokraten – Michael Boddenberg (CDU): Wo haben Sie das denn her? – Zurufe CDU)

– Dann stehen Sie doch einmal zu Ihrer Meinung. Die GRÜNEN haben hier von einer „Dinosaurier-Messe“ gesprochen. Sie haben gesagt, das sei die Mobilität von vorgestern. Sie haben hier klar Position bezogen. Sie wollten diese Messe gar nicht mehr haben. Stehen Sie doch zu dem, was Sie gesagt haben.

(Beifall Freie Demokraten – Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Frei erfunden! – Zurufe CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dazu kann ich nur sagen: Herrn Feldmann haben die Bürgerinnen und Bürger schon nach Hause geschickt. Wenn auch Sie noch weg sind, Herr Al-Wazir, nicht mehr die Verantwortung für die Verkehrs- und Wirtschaftspolitik tragen –

(Lebhafte Zurufe CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Ich muss dem Ministerpräsidenten doch einen Tipp geben können. Wenn er die IAA zurückholen will, sollte er darüber nachdenken: Feldmann ist weg, Al-Wazir ist noch da. Denken Sie einmal darüber nach, wenn Sie Ihr Versprechen einhalten wollen, Herr Ministerpräsident.

(Heiterkeit und Beifall Freie Demokraten)

Schauen Sie doch einmal nach, ob Sie in Ihrer Regierung einen Lobbyisten für die IAA finden.

(Zurufe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wo sind denn die Leuchtturmprojekte dieser Landesregierung? Sie haben ein Digitalisierungsministerium. Wo sind die digitalen Leuchttürme? Wo sind die Chip-Fabriken? Wo sind die Leuchttürme in der E-Mobilität? Wenn ich das Wort „Start-ups“ höre: Hessen dümpelt, wenn es um die Gründung von Start-ups geht, im Vergleich irgendwo zwischen Sachsen-Anhalt und Brandenburg. Das ist die Realität.

(Minister Tarek Al-Wazir: Quatsch, frei erfunden!)

– Selbstverständlich ist das so. Das sind die klaren Aussagen der Statistiken, die vorliegen.

(Beifall Freie Demokraten)

Das Ergebnis von neun Jahren der Amtszeit von Wirtschaftsminister Al-Wazir: keine Industriestrategie, keine Energiestrategie, keine Fachkräftestrategie, keines der wichtigen Themen wirklich besetzt. Wenn Sie das Wort „Transformation“ in den Mund nehmen, denke ich immer sofort an Deindustrialisierung. Ich frage mich dann: Was tun Sie für die deutsche Industrie, was tun Sie für die hessische Industrie, wo sind Ihre Initiativen, um die Wirtschaft in schwierigen Zeiten zu unterstützen?

Ich höre immer wieder vom Klimaplan, vom Klimaschutz, davon, was Sie da alles tun und umsetzen. Die Fakten zeigen aber, dass Hessen in den letzten Jahren beim Einsparen von CO<sub>2</sub> keinen signifikanten Fortschritt gemacht hat. Wenn Sie die Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen aufgrund der Corona-Pandemie herausrechnen, sehen Sie, dass die CO<sub>2</sub>-Einsparungen in Hessen seit neun Jahren vor sich hindümpeln. Das wundert niemanden. Sie haben ja nichts gemacht

– außer bunte Bilder zu malen, irgendwelche Stellen im Ministerium zu schaffen, irgendwelche komischen GmbHs zu gründen, wo Sie Leute zusammengesammelt haben, die bunte Flyer produziert haben. Sie haben in Wirklichkeit für den Klimaschutz in diesem Lande nichts erreicht.

Nach neun Jahren der Regierungsbeteiligung sind die GRÜNEN jetzt stolz darauf, ein Klima- und ein Energiegesetz vorzulegen. Warum zwei Gesetzentwürfe? – Nun ja, Sie haben eine Klimaministerin und einen Energieminister. Deshalb müssen zwei Gesetzentwürfe vorgelegt werden, obwohl in beiden Entwürfen fast nichts steht. Herr Wagner, wenn Sie sich für dieses Energiegesetz und das Klimagesetz loben und in diesen Gesetzentwürfen nur steht – nachdem Sie seit neun Jahren regieren –, Sie wollen das Land verpflichten, bei Landesimmobilien künftig Solaranlagen auf den Dächern installieren zu lassen, wenn Sie einen Gesetzentwurf dieses Inhalts vorlegen und ernst genommen werden wollen, dann kann ich nur sagen: kein Wunder, dass wir im Klimaschutz nicht vorankommen.

Außerdem legen Sie wieder ein Sammelsurium an Maßnahmen im Umfang von 1 Milliarde € oder von 1,5 Milliarden € vor, wo Sie alles zusammenkehren und dann behauptet, all das seien Klimaschutzmaßnahmen gewesen. Sie können doch gar keine CO<sub>2</sub>-Bilanz vorlegen, die zeigt, dass irgendwo auch nur 1 Cent gespart wird. Ihr Klimaschutz ist ein Etikettenschwindel. Das ergibt sich auch aus der hessischen Klimabilanz, in der man keine besonderen Fortschritte erkennen kann.

(Beifall Freie Demokraten)

Herr Wagner, jetzt komme ich zur Bilanz bei den Themen Bildung und Kindertagesstätten, die Ihnen angeblich so wichtig sind. In Hessen werden 2023 37.000 Betreuungspätze und fast 11.000 Erzieherinnen und Erzieher fehlen. Den Kommunen fehlen die Mittel, um neue Kitas zu errichten, und der Investitionsbedarf sowie die Nachfrage sind gigantisch. Wenn Sie in irgendeine beliebige Stadt gehen und eine Familie fragen, ob es in Hessen in der Kinderbetreuung super läuft, wenn Sie z. B. fragen: „Haben Sie den Kita-Platz, den Sie brauchen, in hinreichend kurzer Zeit bekommen?“, dann müssen Sie wirklich Glück haben, wenn Sie Leute treffen, die sagen: Hier läuft alles super. – Sie lassen die Kommunen mit diesen Aufgaben allein, aber Sie tragen als Land hierfür genauso Verantwortung. Das Einzige, was Sie in petto haben: Die Sozialassistentinnen und -assistenten, die eine zweijährige Ausbildung durchlaufen haben, dürfen künftig wie Erzieherinnen bzw. Erzieher arbeiten, die fünfeneinhalb Jahre ausgebildet werden. Das ist Ihr Lösungsvorschlag, um die „Qualität“ zu sichern und beste Betreuungsmöglichkeiten für unsere Kinder sicherzustellen. Geld haben Sie allerdings keines übrig.

Ich will noch einmal auf das Thema Schule zu sprechen kommen. Wir waren erschüttert, als wir gehört haben, dass jedes fünfte Kind die Mindeststandards beim Lesen und in der Mathematik nicht erreicht. Es wurde festgestellt, dass jedes dritte Kind Probleme mit der Orthografie hat. Das ist die Bilanz nach neun Jahren Bildungspolitik dieser Regierung. Schämen Sie sich, dass Sie nicht sagen: Da haben wir noch viel zu tun, da haben wir leider nicht so viel geschafft, wie wir uns vorgenommen haben. – Hier haben Sie eine offene Flanke. Im Haushaltsentwurf haben Sie 4.000 neue Lehrerstellen ausgewiesen, weil Sie genau wissen, dass die Debatte Sie im nächsten Jahr in massiver Form einholen wird.

(Beifall Freie Demokraten)

Wenn ich mir die Versorgung der Schulen mit Ganztagsplätzen anschau, sehe ich: Es fehlen 54.000 Plätze. In wenigen Jahren wird es einen gesetzlichen Anspruch geben. Was tun Sie? Dort werden 4.000 zusätzliche Fachkräfte gebraucht, die den Betreuungsanspruch umsetzen. Was tun Sie in dieser Landesregierung, um diese Herausforderungen zu stemmen?

Wenn ich mir die Digitalisierung der Schulen anschau: Ein Fünftel der Schulen, also jede fünfte Schule, ist nicht gigabitfähig. Sie haben in diesem Land keinen Informatikunterricht eingeführt. Wir sind eines der ganz wenigen Länder in Deutschland, die das noch nicht haben. Sie erkennen einfach nicht die Herausforderungen der Zeit. Ich könnte bei der Bilanz noch viel aufzählen, möchte tatsächlich aber nur noch einmal auf das eine oder andere Spezialthema eingehen.

Sie haben es selbst angesprochen. Sie haben sich einmal als Ziel gesetzt, den Finanzplatz Frankfurt zu stärken, und Sie wollten ihn zu einem Zentrum für Green Finance machen. Dazu kann ich nur sagen: Wenn Sie heute den Global Green Finance Index ansehen und schauen, wo Frankfurt steht, stellen Sie fest, wir stehen nicht auf Rang 1, nicht auf Rang 2, nicht auf Rang 10, nicht auf Rang 15 oder Rang 20, wir stehen auf Rang 34. Das ist Ihre Erfolgsbilanz, sehr geehrte Damen und Herren.

(Beifall Freie Demokraten – Dr. Matthias Büger (Freie Demokraten): Unglaublich!)

Sie haben das Thema selbst angesprochen. Ich hätte seitenweise Zahlen, um Ihnen Ihre Erfolgsbilanz noch einmal vorzutragen.

Ich will noch zwei Zahlen nennen: Sie haben auch die Fahrradwege angesprochen. Sie wissen genau, wie schlecht Ihre Bilanz dort ist. Sie haben von 2014 bis 2020 an Landesstraßen, für die Sie zuständig sind, pro Jahr ganze 4 km Fahrradweg gebaut, und für 4 km pro Jahr wollen Sie sich auch noch loben lassen, sehr geehrte Damen und Herren. Das ist schon nicht sehr viel, und an Schienen haben Sie ebenfalls nur 4 km gebaut. Es gab hier jede Menge Ankündigungen, aber wir haben relativ wenig vom Angekündigten tatsächlich eingeweiht.

(Beifall Freie Demokraten, Turgut Yüksel (SPD) und Elisabeth Kula (DIE LINKE))

Wir sind ja das erste Land mit einem Digitalisierungsministerium. Ich will an der Stelle noch einmal darauf hinweisen: Wir haben von insgesamt 740 Verwaltungsleistungen 401 noch nicht digitalisiert. Denken Sie, das ist viel? Nein, denn von diesen 740 Leistungen sind nur drei wirklich so digitalisiert, dass ich alle Anforderungen digital erledigen kann: dass ich digital zahlen kann, dass ich die Dokumente digital bekomme.

(Dr. Matthias Büger (Freie Demokraten): Ach!)

All das gibt es in Hessen für drei Dienstleistungen von 740. Das ist der Sachstand der Digitalisierung, sehr geehrte Damen und Herren. Dafür haben wir immerhin ein Ministerium geschaffen. Ich will Ihnen nur noch einmal ins Stammbuch schreiben: Für neun Jahre ist diese Bilanz wirklich sehr bescheiden.

(Beifall Freie Demokraten und Turgut Yüksel (SPD))

Sie sollten vielleicht das Wappentier, den hessischen Löwen, in eine Schnecke umwandeln, um damit die Geschwindigkeit der Reformen in diesem Land zu beschreiben.

(Vereinzelte Heiterkeit – Beifall Freie Demokraten)

Ich kann Ihnen nur sagen, was für uns notwendig ist, was wir Ihnen vorgegeben haben und was wir Ihnen auch an Politik angeboten haben.

Wir würden an dieser Stelle als Erstes das Verhältnis mit den Kommunen entspannen.

(Dr. Matthias Büger (Freie Demokraten): Genau!)

Wir würden sagen, die Kommunen sind Partner des Landes und nicht Erfüllungsgehilfen des Landes, an die wir die Corona-, die Flüchtlings- und die Energiepolitik einfach outsourcen, denen wir die Verantwortung zuschieben, aber gar nicht das entsprechende Geld zur Verfügung stellen. Wir würden Ihnen nahelegen, den ländlichen Raum ernst zu nehmen. Wir würden Ihnen vorschlagen, ein modernes, weltoffenes, wirtschaftsstarkes Hessen in den Fokus zu nehmen.

Dazu haben wir 37 Gesetzentwürfe vorgelegt, zum Teil auch gemeinsam mit anderen Fraktionen: Wasserstoffzukunftsgesetz, Vergabegesetz, Radschnellwegesgesetz, Eisenbahninfrastrukturgesetz, Carsharing, Änderung der Bauordnung, Ladenöffnungszeiten – super Thema, liebe Freunde von der CDU –, Stärkung digitaler Bildung, Bibliotheksgesetz. Ich könnte noch viele weitere aufzählen, aber das Integrationsgesetz möchte ich an der Stelle gerne noch einmal erwähnen.

Wir werden Sie im Wahlkampf stellen, weil wir nicht nur konkrete Vorschläge gemacht, sondern auch konkrete Gesetzentwürfe in den Landtag eingebracht haben. In unseren Haushaltsanträgen haben wir aus unserer Sicht die richtigen Schwerpunkte gesetzt. Wir wollen mehr Geld für Infrastruktur, für Digitalisierung, für Bildung und für einen modernen und leistungsfähigen Staat.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es gibt in Hessen so viel zu tun. Es gibt so viel voranzubringen, und diese Landesregierung tut so wenig. Darum ist es jetzt wirklich an der Zeit, dass diese schwarz-grüne Ehe, die vielleicht gerade in den Flitterwochen noch ganz nett war, die aber in der Realität angekommen sofort gescheitert und jetzt in der Trennungsphase ist – erkennbar an den beiden Herren hinter mir –, im Oktober des nächsten Jahres von den Bürgerinnen und Bürgern endlich finalisiert wird, sodass wir endlich eine neue Regierung kriegen:

(Robert Lambrou (AfD): Oh, die Trennungszeit hat angefangen! Wir brauchen ein Trennungsjahr!)

eine Regierung mit Mut, Haltung, für die „Fortschritt first und Bedenken second“ gilt. Das ist eine liberale Regierung. Für die arbeiten wir, und dafür kämpfen wir auch in diesem Haushalt. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall Freie Demokraten)

**Vizepräsidentin Heike Hofmann:**

Für DIE LINKE bitte ich nun die Fraktionsvorsitzende Frau Abg. Kula ans Rednerpult.

**Elisabeth Kula (DIE LINKE):**

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Gestern wurde der lang ersehnte Landesozialbericht vorgestellt. Der Sozialminister hatte ja versprochen, dass der Bericht im Sommer kommen sollte. Jetzt ist er da, kurz bevor meine Kollegin Christiane Böhm Sie in dieser Woche in der Fragestunde fragen konnte, wie lange in Hessen eigentlich der Sommer dauert. Aber, nun gut: Der Bericht liegt jetzt vor.

Sommerlich wird einem beim Lesen sicherlich nicht zumute. Im Gegenteil, die soziale Kälte in diesem reichen Bundesland verschlägt einem immer wieder den Atem.

(Beifall DIE LINKE)

Seit zehn Jahren wächst die Armut in Hessen kontinuierlich an. Mittlerweile sind jede zweite Alleinerziehende und jedes vierte Kind in Hessen arm. Hinter diesen anonymen Zahlen verbergen sich reale Menschen, Schicksale und Existenzen. Zum Beispiel Shatrinja, die auf Twitter unter dem Hashtag „IchBinArmutsbetroffen“ schreibt:

Wenn du [#IchBin]Armutsbetroffen bist, bist du es an 365 Tagen. Es gibt keine Wochenenden oder Urlaub davon. Du versuchst es jeden Tag zu verbergen. Gehst mit Herzklopfen und dem Taschenrechner im Kopf in den Discounter. Stress und Angst begleiten dich. Armut macht keine Pause.

Meine Damen und Herren, Armut ist kein abstraktes Phänomen. Sie hat reale Gesichter und Namen, und ihre Quote steigt immer weiter und weiter. Dass wir in Hessen eine beschämend hohe Armutsquote haben, die auch deutlich über dem Bundesdurchschnitt liegt, das wissen wir schon länger. Jetzt kommen noch Inflation und Krise dazu. Viele Menschen, die am Rande der Armut leben, werden jetzt bei der Preisexplosion besonders belastet und drohen endgültig in Armut abzurutschen. Aber wir haben kein Erkenntnisproblem, wir haben in Hessen ein Umsetzungsproblem.

(Beifall DIE LINKE)

Die Landesregierung weigert sich schlichtweg, Armut endlich den Kampf anzusagen. Das setzt sich jetzt auch in diesem Haushalt und in Ihrem Hilfspaket – oder sollte ich besser „Päckchen“ sagen? – fort. Die Aufgaben der Landesregierung in dieser sozialen Krise sind doch die Abfederung und die gerechte Verteilung der Krisenlasten.

Der von Ihnen vorgelegte Haushalt lässt an keiner Stelle erkennen, dass Millionen Menschen, viele soziale Träger und kleine Unternehmen vor dem Ruin stehen. Maßnahmen zur Abfederung der Krise tauchten bisher nicht auf, und das von Schwarz-Grün gemeinsam mit SPD und FDP vorgelegte Päckchen kann doch nicht wirklich Ihr Ernst sein.

Im September wurden Landeshilfen für den Winter angekündigt, und jetzt – drei Monate später – legen Sie das vor, was Sie seitdem in vielen Pressekonferenzen schon lange angekündigt haben.

Warum hat das jetzt so lange gedauert, endlich dieses kleine Maßnahmenpaket auf den Weg zu bringen? Die Verhandlungen mit SPD und FDP können es nicht gewesen sein. Die haben ja anscheinend darauf verzichtet, überhaupt Anforderungen an ein solches Paket zu stellen, weil am Ende nur das rauskommt, was die Landesregierung schon im September angekündigt hatte.

(Beifall DIE LINKE)

Schauen wir es uns doch einmal an: Erst einmal mogeln Sie sich die Zahlen schön. Am Montag bei der Pressekonferenz war von über 3 Milliarden € die Rede. Ein Großteil davon sind lediglich Bürgschaften. Die konkreten Hilfen des Landes belaufen sich nur auf 200 Millionen €, und wenn man die Darlehen der WIBank abzieht, dann sind wir nur noch bei rund 100 Millionen €. Davon sind gerade einmal 30 Millionen € für einen Härtefallfonds vorgesehen, der Menschen unterstützen soll, denen Energiesperren drohen.

Nur einmal zum Vergleich: Allein für Frankfurt, das auch einen eigenen Härtefallfonds auflegen will, sind 50 Millionen € im Gespräch. In Thüringen, das nur ein Drittel so viele Einwohner wie Hessen hat, stehen 60 Millionen €, also doppelt so viel, zu Verfügung.

Da bleibt doch eher der Eindruck, dass Menschen, die in Armut leben, nicht ganz oben auf der Prioritätenliste der Landesregierung stehen, meine Damen und Herren.

(Beifall DIE LINKE)

Gleiches gilt auch für soziale Träger, Kultureinrichtungen, Sportvereine und Bildungsinitiativen. Für die alle zusammen stehen nämlich auch gerade einmal 30 Millionen € zur Verfügung. Nur einmal zur Veranschaulichung: Wir haben über 7.000 Sportvereine in Hessen, die aktuell mit einer Verdreifachung der Energiekosten im nächsten Jahr rechnen. Schon bei kleinen Vereinen sind das schnell bis zu 50.000 €. Wenn wir jetzt davon ausgehen, dass nur ein Drittel der Vereine der Unterstützung bedarf, um überleben zu können – was ja konservativ gerechnet wäre –, dann wären wir schon bei einer Summe von rund 100 Millionen €.

Da haben wir noch über kein Kino gesprochen, keinen Verein zur Hausaufgabenhilfe und keine Sozialverbände. Wir bleiben dabei: Dieses Hilfspäckchen greift viel zu kurz und lässt viele auf der Strecke.

(Beifall DIE LINKE)

Springt das Land jetzt nicht ein, werden die Belastungen für die Hessinnen und Hessen immer weiter zunehmen. Kommunen und Einrichtungen werden die Gebührenschaube anziehen, und der soziale Frieden wird weiter gefährdet.

Ich weiß nicht, warum SPD und FDP hier so mitmachen. Für uns ist klar: Die Lasten dieser Krise dürfen nicht auf dem Rücken der Schwächsten in der Gesellschaft ausgetragen werden. Als LINKE haben wir eine Sozialgarantie in der Krise mit einem Programm in Höhe von 2 Milliarden € gefordert, damit im Winter niemand frieren muss und die soziale Infrastruktur in Hessen geschützt wird.

Weil immer gesagt wird, das seien irgendwelche Zahlen aus dem Wolkenkuckucksheim: Das ist nicht der Fall. Der Paritätische Wohlfahrtsverband in Hessen hat selbst einen zweistelligen Milliardenbetrag in der Krise eingefordert.

Als besonders schützenswert muss man in Hessen aber auch bestimmte Teile der Gesundheitsversorgung einstufen. In Dillenburg musste jetzt eine Geburtsklinik schließen. In Melsungen steht sie kurz vor dem Aus.

(Zuruf Günter Rudolph (SPD))

Die Hessische Krankenhausgesellschaft, die nicht gerade unter Verdacht steht, eine linke Vorfeldorganisation zu sein, befürchtet, dass die Energiekrise das Kliniksterben in Hessen weiter beschleunigen könnte.

Jetzt könnte man meinen, der Sozialminister habe rund 1 Milliarde € für Krankenhausinvestitionen versprochen. Der Ministerpräsident hat es auch noch einmal angekündigt. Aber wenn man genau hinschaut, muss man feststellen, dass diese Milliarde in erster Linie nicht vom Land, sondern von den Kommunen kommt. Auch das, meine Damen und Herren, ist nichts Neues bei dieser Landesregierung.

(Beifall DIE LINKE)

Nur 10 % der versprochenen Mittel sind tatsächlich originäre Landesmittel. Dezierte Hilfen für Krankenhäuser in der Energiekrise sucht man in Ihrem Hilfspaket obendrein vergeblich; das alles bei einem Bundesgesundheitsminister, der erst die Abschaffung der Fallpauschalen angekündigt hat, nur um sie jetzt lediglich minimal abzumildern.

In Hessen brauchen wir nicht nur mehr Geld für Kliniken, sondern vor allem einen Plan, wie wir Gesundheitsversorgung flächendeckend für alle gewährleisten können. Aber auch davon will diese Landesregierung schlichtweg nichts wissen. Dazu bräuchte es nämlich endlich gute Arbeitsbedingungen in der Kranken- und Altenpflege. Um diese umzusetzen, müsste man sich im Zweifel auch mit den großen Klinikkonzernen anlegen. Vor denen hat die Landesregierung aber leider scheinbar mehr Angst als vor schlechter werdender Gesundheitsversorgung in Hessen.

Anders ist es auch nicht zu erklären, dass sich die Wissenschaftsministerin Dorn von Asklepios und Rhön-Klinikum AG in Sachen Uniklinikum Gießen und Marburg hat am Nasenring durch die Manege ziehen lassen, ohne dass es irgendwelche Konsequenzen seitens des Landes gibt. Das einzige privatisierte Uniklinikum in ganz Deutschland ist zum Spielball profitorientierter Konzerne geworden.

Asklepios hat im Sommer den Zukunftsvertrag mit dem Land einseitig aufgekündigt. Jetzt musste neu verhandelt werden. Dass es überhaupt zu einer Einigung kam, ist erst einmal gut für den Standort, für die Patientinnen und Patienten, für die Beschäftigten; denn die Rhön-Klinikum AG drohte schon mit der Zerschlagung des Klinikums und der Ausgliederung ganzer Bereiche.

Das ist jetzt erst einmal vom Tisch, und das gibt erst einmal Sicherheit. Ohne den Protest der Beschäftigten in den letzten Wochen wäre das sicherlich so nicht möglich gewesen. Deswegen noch einmal: Danke an die Beschäftigten, die sich am Uniklinikum in diese Streiks und in diesen Protest eingebracht haben.

(Beifall DIE LINKE)

Aber das Problem liegt doch viel tiefer. Durch den Verkauf unseres Klinikums hat man sich erpressbar gemacht. Jetzt muss das Land für die neue Vereinbarung ganz schön tief in die Tasche greifen. Fast 500 Millionen € an öffentlichen Mitteln sind vereinbart. Aber leider hat man es verpasst, diesen Erpressungsversuch von Asklepios und Rhön-Klinikum AG zu nutzen, um das UKGM in öffentliche Hand zu bringen oder es zumindest zu versuchen. Dafür wäre in diesem Jahr ein Fenster gewesen, und das haben Sie selbst zugeschlagen. Dafür müssen Sie auch die Verantwortung übernehmen.

Wir als LINKE haben gemeinsam mit ver.di und der Rosa-Luxemburg-Stiftung ein Gutachten vorgelegt, wie eine Vergesellschaftung des UKGM möglich wäre. Wir bleiben dabei: Für eine langfristig gute Gesundheitsversorgung und gute Arbeitsverhältnisse müssen wir das UKGM zurück in öffentliche Hand bringen. Mit Angst im Nacken kommt man nicht weit. Als LINKE sind wir auch weiterhin bereit, uns dafür mit den großen Klinikkonzernen anzulegen.

(Beifall DIE LINKE)

Frau Dorn legt sich scheinbar lieber mit den Studierenden in Hessen an. Für die sind nämlich so gut wie keine Hilfsmaßnahmen in der Krise geplant. Dabei waren es doch die Studierenden, die schon in der Corona-Krise zurückstecken mussten. Viele mussten ihr Studium abbrechen oder denken aktuell darüber nach, weil sie es sich nicht mehr leisten können.

Die soziale Lage der Studierenden ist dramatisch. Studierendenwerke und Studierendenvertretungen schlagen Alarm. Mittlerweile sind 30 % der Studierenden von Armut betroffen; bei alleinstehenden Studierenden sind es sogar fast 80 %. Zu den explodierenden Mietpreisen kommen jetzt noch gestiegene Lebenshaltungskosten; und auch die eigentlich sozialverträglichen Mensapreise ziehen ordentlich an.

Jetzt stellt die Landesregierung gerade einmal 5 Millionen € für die Studierendenwerke zur Verfügung, die aber auch die Wohnheime betreiben und die dort ebenfalls mit gestiegenen Kosten konfrontiert sind, da viele Gebäude eben nicht energetisch instand gesetzt wurden. Dafür braucht es jetzt endlich ein Landesprogramm. Außerdem muss endlich ein Turbo beim Ausbau der Wohnheimplätze eingelegt werden. Meine Damen und Herren, das Ziel muss doch sein, für 20 % der Studierenden endlich einen Wohnheimplatz zur Verfügung stellen zu können.

Es braucht jetzt aber auch eine direkte Unterstützung für Studierende. Wir haben einen Vorschlag gemacht. Wir als LINKE wollen den Studierenden den Verwaltungskostenbeitrag für das Winter- und Sommersemester erstatten und das 9-€-Ticket für sie und für weitere Gruppen weiterführen. Das wäre ein echter Beitrag, um die soziale Lage der Studierenden zu verbessern. Aber leider kommt da nichts von der Landesregierung. Dann müssen Sie sich auch nicht wundern, wenn Studierende und Beschäftigte streiken und sich wehren; denn es darf nicht noch eine weitere Krise auf dem Rücken unserer Bildungseinrichtungen ausgetragen werden.

(Beifall DIE LINKE)

Aber schon vor Krieg und Krise waren die Preise hoch. Besonders die Mietpreise machen Menschen seit Jahren das Leben schwer. Nur in München ist es teurer, zu wohnen, als in Frankfurt; und auch Darmstadt, Wiesbaden und zunehmend auch Offenbach sind für viele Normalverdiener kaum noch erschwinglich.

Die hessischen Haushalte, die zur Miete wohnen, haben im Jahr 2018 im Schnitt 28,2 % ihres Nettoeinkommens für die Miete ausgegeben. Bei Menschen mit geringem Einkommen waren es rund 38 % – Tendenz steigend. Die Mieten steigen schneller als die Löhne. Angesichts der gestiegenen Energie- und Lebenshaltungskosten ist es kaum verwunderlich, dass wieder mehr junge Familien aus den Städten aufs Land ziehen; aber auch in unseren Mittelzentren ist die Mietpreisexpllosion schon angekommen.

Schon vor der aktuellen Krise waren Mietenwahnsinn und Wohnungsnot für viele Menschen ein echtes Desaster: horrenden Mieten, Verdrängung durch Luxussanierung und Modernisierung, kaum bezahlbarer Wohnraum trotz leer stehender Häuser, endlose Wartelisten für Sozialwohnungen und Wohnheimplätze für Studierende, eine landeseigene Wohnungsgesellschaft, die weiter Mieten erhöht und Wohnungen verkauft, und eine Landesregierung, die viel zu wenig unternimmt, um Mietenwahnsinn und Wohnungsnot wirksam zu bekämpfen.

Meine Damen und Herren, das war die Situation vor der aktuellen Krise. Jetzt kommen eben die Energie- und Nebenkosten dazu. Der Härtefallfonds, den Sie eingerichtet haben, mit nur 30 Millionen € für Haushalte, die von Energiesperren bedroht sind, wird diese Belastung flächendeckend nicht abfedern können.

Immerhin haben Sie sich durchringen können, ein Kündigungs moratorium für Mieterinnen und Mieter der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaft umzusetzen und die kommunalen Wohnungsbaugesellschaften aufzufordern, dasselbe zu tun. Aber Sie könnten ebenso einen Mietestopp für die Nassauische Heimstätte verhängen und dort in Zukunft auf die Veräußerungen von Wohnungen verzichten, um bezahlbaren Wohnraum in Hessen auch in der Fläche weiterhin anbieten zu können.

Die meisten Menschen wohnen aber in privaten Mietwohnungen. Auch sie brauchen Schutz vor Kündigung und Zwangs räumung. Da muss auch endlich die Bundesregierung aus dem Quark kommen; und die Landesregierung sollte sich dafür auch auf Bundesebene einsetzen.

Ein Grund, warum bezahlbarer Wohnraum in Hessen knapp ist, ist die geringe Anzahl an Sozialwohnungen. Die ist nämlich mitten in der Krise auf einem historischen Tiefstand. Noch nie gab es so wenige Wohnungen mit sozialer Bindung in Hessen. Das geht eindeutig zulasten der Menschen mit geringem Einkommen. Dafür trägt der grüne Wohnungsbauminister die Verantwortung. Auch jetzt sind weniger Neubauten geplant als im Vorjahr. Wenn der Minister dann vollmundig von einer „Trendwende“ spricht, wenn die Anzahl der Sozialwohnungen auf einem historischen Tiefstand stagniert, dann ist das nichts anderes als Augenwischerei.

(Beifall DIE LINKE)

46.000 Menschen stehen aktuell auf Wartelisten für eine Sozialwohnung in Hessen. Als LINKE fordern wir schon lange, 10.000 Sozialwohnungen im Jahr zu schaffen, um die Zerfleischung auf dem Wohnungsmarkt, die Mieter tagtäglich erleben, zu beenden. Um den Trend wirklich einmal umzukehren, müssten wir umsetzen, dass die Sozialbindungen nicht mehr auslaufen – einmal sozial gebunden, immer sozial gebunden. Das wäre ein echter Paradigmenwechsel im Sinne der Mieterinnen und Mieter. Es bleibt dabei: Wohnungspolitisch ist diese Landesregierung auch in der Krise ein Totalausfall.

(Beifall DIE LINKE)

Viele Menschen im Rhein-Main-Gebiet, die unsere Gesellschaft am Laufen halten, wie Pflegekräfte, Busfahrerinnen und Busfahrer, können so gut wie keine auskömmliche Wohnung in der Stadt finden, in der sie arbeiten. Wir verdrängen diejenigen, die wir brauchen, damit die Stadt funktioniert, an den Rand oder raus in das Umland.

Wer sich aber mittlerweile ebenfalls kaum noch eine auskömmliche Wohnung leisten kann, sind Grundschullehrerinnen und -lehrer, zumindest, wenn sie die Wohnung allein bezahlen müssen. Diese werden in Hessen nämlich weiterhin schlechter bezahlt als die Kolleginnen und Kollegen anderer Schulformen. Damit hat Hessen mittlerweile wirklich fast ein Alleinstellungsmerkmal. Neben Hessen weigern sich nur noch Rheinland-Pfalz, das Saarland, Baden-Württemberg und Sachsen-Anhalt, die Kolleginnen und Kollegen an den Grundschulen gleichzustellen. Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, aber auch Bayern haben sich auf den Weg gemacht, A 13 für alle einzuführen. Nur in Hessen weigert sich der Kultusminister, die Lehrkräfte – gerade im Grundschulbereich – mit A 13 zu bezahlen, trotz des Lehrkräftemangels. Das ist wirklich unverständlich, und daher muss die Landesregierung endlich handeln.

(Beifall DIE LINKE und SPD)

Dann muss man sich auch nicht wundern, wenn sich Studienabgänger in anderen Bundesländern bewerben und sich der Lehrkräftemangel weiterhin verschärft. Das geht dann wieder zulasten der Kolleginnen und Kollegen, die schon jetzt an den Grundschulen in Hessen arbeiten. Wir brauchen endlich eine Aufwertung des Grundschullehrer amts mit einer Bezahlung nach A 13, aber auch bessere Arbeitsbedingungen. Hessen hat nämlich die höchste Pflichtstundenzahl aller Bundesländer im Grundschulbereich. Viele Grundschulen sind auch baulich in einem schlechten Zustand.

Wie groß der Sanierungsstau eigentlich an hessischen Schulen ist, wissen wir nicht, weil sich die Landesregierung schlichtweg weigert, ihn zu erheben. Dann käme nämlich ein ziemlich erschreckendes Bild zutage, welches man lieber nicht sehen will; und der Kultusminister könnte sich dann nicht mehr wegduckeln. Die GEW hat den Sanierungsstau an hessischen Schulen auf rund 5 Milliarden € geschätzt. Der Schulbau ist zwar Schulträgersache, aber wir müssen feststellen, dass der Zustand der Schulen in Hessen in der Fläche sehr variiert und viele Schulträger schlichtweg finanziell nicht in der Lage sind, ihre Schulen adäquat zu sanieren und auszubauen.

Wir dürfen auch nicht vergessen, dass mit dem Rechtsanspruch auf den Ganzttag im Grundschulbereich Mensen und Aufenthaltsräume geschaffen werden müssen. Das kommt dann zum Sanierungsstau noch obendrauf. Im Koalitionsvertrag – so viel zum Thema „eingehaltene Versprechen“, Herr Wagner – hat Schwarz-Grün ein weiteres Investitionsprogramm für die Schulen versprochen. Ein Jahr vor der Landtagswahl müssen wir feststellen: Versprechen gebrochen.

(Beifall DIE LINKE)

Meine Damen und Herren, als LINKE haben wir einen Gesetzentwurf eingebracht, mit dem das Land den Kommunen 2 Milliarden € – quasi an der Schuldenbremse vorbei – für den Schulbau zur Verfügung stellen könnte. Entgegen allen parlamentarischen Gepflogenheiten haben CDU und GRÜNE jedoch eine Anhörung zu diesem Gesetzentwurf verweigert, wahrscheinlich, weil sie genau wissen, welche Rückmeldung sie beim Thema Sanierungsstau in einer Anhörung zu hören bekommen würden.

Insgesamt ist die Bilanz dieses Kultusministers verheerend: Die größten Probleme im Bildungsbereich werden entweder nicht bearbeitet oder auf die lange Bank geschoben. Der Lehrkräftemangel und der Ausbau des Ganztags

an den Grundschulen sind dafür Paradebeispiele. Sie feiern sich jetzt für 4.000 neue Stellen für die Schulen im Haushalt, aber das ist pure Augenwischerei. Stellen unterrichten keine Kinder, meine Damen und Herren; Lehrkräfte unterrichten Kinder, und Lehrkräfte gibt es aktuell viel zu wenige. Daher müssen wir endlich etwas gegen diesen Mangel tun. Also: Schmücken Sie sich nicht mit Stellen, die Sie sowieso nicht besetzen können.

(Beifall DIE LINKE)

Sie schieben die Verantwortung immer wieder nach unten ab und lehnen sich zurück. Bei diesem Kultusminister könnte man sich wirklich fragen, was er eigentlich beruflich macht. Vielleicht sollte er einmal ein Praktikum an einer Grundschule machen, damit er einen Eindruck davon hat, welche Auswirkungen seine Politik vor Ort ganz konkret hat.

(Zuruf DIE LINKE: Gute Idee!)

Dann könnte er auch mitbekommen, wie ungerecht die willkürliche Kilometergrenze bei der Erstattung des Schülertickets ist. Immer noch bekommen Schülerinnen und Schüler, die weniger als 2 bzw. 3 km von der Schule entfernt leben, das Schülerticket nicht erstattet. Das ist eine willkürliche Entscheidung und eine Belastung für die entsprechenden Familien. Als LINKE wollen wir das Schülerticket für alle kostenfrei zur Verfügung stellen und die Kommunen entsprechend finanziell unterstützen.

(Beifall DIE LINKE)

Aber nicht nur die Ausgestaltung des Schülertickets ist höchst ungerecht, auch beim Nachfolgeticket zum 9-€-Ticket hat man wieder die Menschen, die in Armut leben oder ein geringes Einkommen haben, schlicht und ergreifend vergessen. Das beschlossene 49-€-Ticket ist sicher ein Fortschritt zum Tarifschunegel im öffentlichen Nahverkehr, aber auch 49 € im Monat sind für Menschen mit geringem Einkommen schlichtweg zu viel. Im Hartz-IV-Satz sind im Jahr 2022 gerade einmal insgesamt 40 € für Mobilität enthalten.

Auch erwerbstätige Menschen mit geringem Einkommen können 49 € im Monat oftmals nicht aufbringen. Nehmen wir z. B. einmal die Busfahrerinnen und Busfahrer in Hessen; denn diese müssen oftmals beim Amt aufstocken, weil sie von ihrem Lohn nicht leben können. Diejenigen, die die Fahrgastzahlen des 49-€-Tickets befördern müssen, können es sich also häufig selbst nicht leisten. Das ist doch wirklich höchst ungerecht, meine Damen und Herren.

(Beifall DIE LINKE)

Um allen Menschen Mobilität garantieren zu können, haben wir als LINKE die Fortführung des 9-€-Tickets vorgeschlagen; denn wir haben doch alle gemerkt, was passierte, als das 9-€-Ticket eingeführt wurde: Die Busse und Züge waren voll. Na klar; denn es konnten auch diejenigen, die bisher in ihrer Mobilität sehr eingeschränkt waren, am ÖPNV teilhaben. Wenn jetzt gegen die Fortführung des 9-€-Tickets ins Feld geführt wird, dass dafür die Kapazitäten fehlen würden, macht dies eigentlich nur deutlich, wie der ÖPNV – gerade im Bahnverkehr – ausgelegt ist, nämlich darauf, dass ihn die Menschen mit geringem Einkommen nicht nutzen. Das halten wir für grundfalsch. Genau das Gegenteil ist richtig. Das 9-€-Ticket hat bewiesen, wie sehr der Schienenverkehr auf Verschleiß gefahren wurde und wie sehr Investitionen sowie der Ausbau verschleppt wurden. Als LINKE denken wir Mobilität für alle und den

Ausbau des ÖPNV zusammen. Damit Menschen mit geringem Einkommen beim 49-€-Ticket aber jetzt nicht hinten runterfallen, fordern wir als LINKE ein Sozialticket.

Für 9 € im Monat wollen wir daher Menschen mit geringem Einkommen wie Rentnern, Schülerinnen und Schülern sowie Studierenden das bundesweite Ticket anbieten. Der Verkehrsminister hat sich selbst für ein solches Modell ausgesprochen. Jetzt muss er es auch umsetzen. Das wäre auch ein guter Schritt in Richtung Nulltarif im ÖPNV. Es wäre ein entscheidender Schritt für den sozial-ökologischen Umbau in Hessen und gut für Mensch und Umwelt. Aber Umwelt und Klimaschutz sind für diese schwarz-grüne Landesregierung leider oft nur noch ein Feigenblatt. Auf Grün stehen in Hessen nur noch die Straßenampeln. Nach neun Jahren grüner Regierungsbeteiligung und grüner Zuständigkeit im Verkehrsministerium gibt es so viel Autoverkehr wie nie zuvor in Hessen. Gleichzeitig wurden seit 2012 gerade einmal 4 km neue Eisenbahnstrecke gebaut. Das ist die Bilanz von Tarek Al-Wazir, meine Damen und Herren.

(Beifall DIE LINKE)

Im Umweltministerium sieht es nicht sehr viel besser aus. Jetzt schmückt man sich mit Haushaltssummen für das Aufforsten von Wäldern, hat sich aber nicht gegen die Rodung des Dannenröder Waldes für den Weiterbau der A 49 oder aktuell gegen die Rodung des Fechenheimer Waldes für den Weiterbau der A 66 gewehrt. Fast alle Maßnahmen zum Klimaschutz in Hessen stehen im Haushalt unter Finanzierungsvorbehalt. Meine Damen und Herren, der Klimawandel steht aber leider nicht unter Finanzierungsvorbehalt. Dieser ist in vollem Gange und wird sicherlich nicht durch das Greenwashing der Landesregierung gebremst werden.

(Beifall DIE LINKE)

Statt endlich etwas für den sozial-ökologischen Umbau zu tun, will die Landesregierung sogar junge Menschen, die auf die Klimakrise aufmerksam machen, kriminalisieren und droht ihnen mit Präventivhaft. Das ist absolut inakzeptabel und unverhältnismäßig und wird eher dazu führen, dass sich viele Klimaaktivisten erst recht mit Aktionen des zivilen Ungehorsams Gehör verschaffen wollen. Man kann von einzelnen Aktionsformen halten, was man will, aber ziviler Ungehorsam ist etwas anderes als Gewalt. Statt Aktivisten zu kriminalisieren, muss die Klimakrise endlich ernst genommen werden – auch in Hessen. Leider haben die GRÜNEN ihrem Innenminister Beuth auch in dieser Frage überhaupt nichts entgegenzusetzen.

(Beifall DIE LINKE)

Die Folgen der Klimakrise spüren wir in Deutschland und in Hessen schon längst: Waldsterben, Trockenheit und Extremwetterereignisse stellen uns vor immense Herausforderungen. Noch härter trifft der Klimawandel aber viele Menschen im globalen Süden. Bis 2050 könnte es laut der Deutschen Welthungerhilfe bis zu 140 Millionen Klimaflüchtlinge auf der Welt geben. Dazu kommen Kriege, Armut und Unterdrückung, die dazu führen, dass immer mehr Menschen auf der Flucht sind; und diese kommen dann eben an den europäischen Außengrenzen und in Hessen an. In dem Versuch, die Augen vor der grausamen Realität in manchen Teilen der Welt zu verschließen, blieben die Vorhersagen der Landesregierung, was die Zuzugszahlen von Schutzsuchenden nach Hessen anging, in den letzten Jahren abenteuerlich falsch. Man hat offensichtlich gehofft,

die Zäune und Pushbacks an den Außengrenzen würden dafür sorgen, dass es deutlich weniger Menschen nach Deutschland und nach Hessen schaffen.

So wurden in den vergangenen Jahren in den Landkreisen viele Gemeinschaftsunterkünfte geschlossen, die Immobilien anderweitig vermietet und die Förderung der Landesregierung zusammengekürzt. Mit der Ankunft von knapp 80.000 ukrainischen Geflüchteten und einer wieder steigende Zahl Asylsuchender aus anderen Teilen der Welt stehen die Landkreise nun vor einer enormen Herausforderung, menschenwürdigen Wohnraum für diese Menschen zu finden. Dies gestaltet sich so schwierig, dass vielerorts nun leider wieder Zelt- und Containerstädte entstehen. Bei den aktuellen Energiepreisen kostet es ein halbes Vermögen, diese zu heizen. Der Vogelsbergkreis etwa spricht von mehreren Millionen Euro.

Die Landesregierung will aber von den Beschwerden der Landkreise und Städte nichts wissen und bei den Pauschalen nicht nachverhandeln. Auch in dem Hilfspaket der Landesregierung lässt sich dazu nichts finden. Das ist wirklich brandgefährlich und spielt den rechten Hetzern in die Hände, die Schutzsuchende nur allzu gern gegen arme Menschen, die schon länger hier leben, ausspielen, meine Damen und Herren.

(Dr. Frank Grobe (AfD): Wie gestern in Baden-Württemberg, die armen Menschen, die armen Kinder! – Gegenruf Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie sollten sich schämen! – Gegenruf Dr. Frank Grobe (AfD): Sie sollten sich schämen!)

Die Kommunen müssen bei der Aufnahme der Schutzsuchenden besser durch das Land unterstützt werden. Gleiches gilt aber auch bei den zunehmend überforderten Ausländerbehörden der Kommunen.

Nicht nur die kommunalen Behörden sind zunehmend überfordert, auch das Regierungspräsidium Darmstadt macht vor allem beim Thema Einbürgerung immer wieder Negativschlagzeilen. Auf der Internetseite der größten Einbürgerungsbehörde Deutschlands werden Einbürgerungswillige seit nunmehr zwei Jahren darüber informiert, dass es mindestens zwölf Monate dauert, bis mit der Antragsbearbeitung begonnen wird. Die Abteilung ist also mit ihrer Arbeit ein ganzes Jahr hinterher, unter anderem, weil gut die Hälfte der dort Beschäftigten für pandemiebedingte Sonderaufgaben abgezogen wurde. So wichtig kann der Landesregierung das Thema also nicht sein. Es sind sage und schreibe drei neue Stellen in diesem Bereich im Haushalt vorgesehen.

Ist es denn verwunderlich? Die Haltung der CDU zum Thema Einbürgerung ist in den vergangenen Wochen doch bundesweit hinlänglich klar geworden. Sie schüren Resentiments und Vorurteile gegen Menschen, die hier leben, arbeiten und sich vielfach ehrenamtlich engagieren.

Auch in Hessen bleibt sich die CDU treu und tut alles dafür, Einbürgerungen im Regierungspräsidium Darmstadt zu verschleppen und zu erschweren. Von den GRÜNEN gibt es dazu einmal wieder keinerlei Kritik oder Initiative, daran etwas zu verändern. Als LINKE werden wir diese Zustände so lange anprangern, wie sie existieren, meine Damen und Herren.

(Beifall DIE LINKE)

Insgesamt ist dieser Haushalt eine Fortführung des „Immer weiter so“ von Schwarz-Grün. Das ist in der zweiten tiefen Krise in Folge schon lange nicht mehr genug. CDU und GRÜNEN ist vor allen Dingen wichtig, die Schuldenbremse einzuhalten; notwendige soziale und ökologische Projekte müssen sich dahinter einordnen. So bleibt von viel heißer Luft nur noch wenig Substanz über. Die Schere zwischen Arm und Reich wird in der Krise noch weiter auseinandergehen, und der Klimawandel wird sich immer weiter zuspitzen.

Dass die schwarz-grüne Landesregierung jetzt auch noch gemeinsam mit anderen unionsgeführten Bundesländern die Übergewinnsteuer im Bundesrat attackiert, zeigt ein weiteres Mal, für wen Sie eigentlich Politik machen, meine Damen und Herren. Eine Übergewinnsteuer ist dringend notwendig.

(Beifall DIE LINKE)

Die 40 DAX-Konzerne werden im kommenden Frühjahr knapp 54 Milliarden € an ihre Aktionäre überweisen, so viel wie noch nie. Auch die Gewinne der Mineralölkonzerne sprudeln.

Als LINKE wird uns immer vorgeworfen, wir hätten keine Finanzierungsvorschläge. Aber es ist genau andersherum. Sie wollen die Schuldenbremse nicht aussetzen und wehren sich gegen Vermögen- oder Übergewinnsteuern. Ja, wer soll denn diese Krisenlasten eigentlich tragen? Die Antwort bleiben Sie schuldig, weil Sie nämlich keine haben.

Die Kassiererin, die Erzieherin oder der Gärtner können diese Last nicht tragen. Durch Ihre Politik wird es ihnen aber abverlangt. Das gefährdet den sowieso angeschlagenen sozialen Frieden und fördert Politikverdrossenheit.

(Beifall DIE LINKE)

Wir als LINKE sind klar und geben Antworten: Wir wollen die Schuldenbremse aussetzen und Vermögende endlich zur Kasse bitten, um die Krisen zu bewältigen und Wirtschaft und Gesellschaft sozial und ökologisch umzubauen. Ein „Weiter so“ mit Schwarz-Grün hingegen kann sich weder die Mehrheit der Menschen in Hessen noch das Klima leisten.

Ja, Herr Boddenberg, es tut mir leid, dass wir es immer wieder sagen müssen. Wenn es Sie nervt, dann ändern Sie endlich Ihre Politik. Dann hören wir auch auf, herumzuerneuen.

(Anhaltender Beifall DIE LINKE – Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das glaube ich dir, den letzten Satz!)

#### **Vizepräsidentin Heike Hofmann:**

Für die CDU-Fraktion hat nun die Fraktionsvorsitzende, Frau Claus, das Wort.

#### **Ines Claus (CDU):**

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Das Jahr 2022 ist ein Jahr, das in die Geschichte eingehen wird. Es ist das Jahr, in dem uns allen schmerzlich vor Augen geführt wurde, wohin internationale Abhängigkeiten führen. Es ist das Jahr, in dem wir miterleben mussten, wie

das größte Land der Erde seinen Nachbarn angreift. Und es ist das Jahr der Zeitenwende.

Vieles, was uns undenkbar erschien, ist in diesem Jahr eingetreten. Einiges, was wir nicht für möglich gehalten hätten, hat uns dieses Jahr beschert. Niemand weiß, wohin die Wirtschaft, die Politik, wohin unsere Erde in den nächsten Jahren steuern werden.

In unsicheren Zeiten ist Verlässlichkeit die beste Antwort. Sie schafft Stabilität. Deshalb ist es wichtig, in diesen Zeiten auf Sicht zu fahren und verantwortungsvoll den Rahmen dafür zu setzen, dass wir diese Krise bestehen.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen arbeiten daran mit Hochdruck. Aber gleich zu Beginn meiner Ausführungen will ich ausdrücklich Danke sagen. Ich will Danke sagen an die Fraktionen von SPD und FDP. Denn in dieser Krise ist es uns gemeinschaftlich, gemeinsam, überparteilich gelungen, ein Paket zu schnüren, das gegen diese Krise anarbeitet, getreu dem Motto: Hessen steht zusammen.

Es stellt ein Programm der Verständigung dar. Es stellt ein Maßnahmenprogramm dar, das in unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen wirkt. Vor allen Dingen ist es ein außergewöhnliches Paket, das eine außergewöhnlich klare Botschaft setzt: Gerade in dieser Krise steht unsere Gesellschaft zusammen. Die Demokratie funktioniert, und wir arbeiten fokussiert.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Günter Rudolph (SPD))

Wir treten damit auch sehr deutlich allen Kräften entgegen, die die Probleme nicht lösen, sondern sie instrumentalisieren.

(Holger Bellino (CDU): Sehr richtig!)

Zusammenhalten statt spalten – das ist das Motto der Demokraten. Wir lassen uns nicht spalten, Hessen steht zusammen.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben eben schon gemerkt, dass einige darauf anspringen; insoweit ist es noch besser, dass wir dieses Paket geschnürt haben. Dazu haben wir ein großes Bündel in das Paket getan, um da zu ergänzen, wo der Bund noch keine Antworten geliefert hat. Insoweit ist es ein ergänzendes überparteiliches Paket für kleine und mittlere Unternehmen, für die Landwirtschaft, für Vereine, Verbände und Initiativen und Einrichtungen, die wir entlasten wollen, für die Tafeln, die in diesen Tagen besonderen Herausforderungen gegenüberstehen.

Wir wollen Beratungsstrukturen stärken. Wir wollen soziale Härten für die Menschen abfedern, die es absolut benötigen. Wir wollen die Energieeffizienz und -resilienz steigern. Außerdem – und da haben wir auch schon Einwände gehört; das ist aber nicht der Fall – kümmern wir uns natürlich um Kultur und um Hochschulen. Wir leisten auch einen Beitrag für die Kur- und Heilbäder dieses Landes.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Insgesamt ist es mir äußerst wichtig, diese Botschaft nochmals zu wiederholen: Es ist ein überparteiliches Paket, das wir gemeinsam in diesen Zeiten geleistet haben. Insoweit

noch einmal ein herzliches Dankeschön für die konstruktive Zusammenarbeit, insbesondere an SPD und FDP.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Günter Rudolph (SPD): Das nehmen wir wohlwollend zur Kenntnis!)

Ich komme vermutlich auch noch zu unversöhnlicheren Teilen, deswegen wollte ich es voranstellen.

(Zuruf Günter Rudolph (SPD))

Ich wollte vor allen Dingen auch Punkte aufgreifen, die Sie in der Debatte genannt haben. Bevor ich zu den Fakten des Haushalts komme, wollte ich das aufgreifen, was Kollege René Rock gesagt hat. In Teilen hatte ich die Vermutung, dass er eine sehr alte Rede mitgebracht hatte, dass es nicht um Bilanz, sondern um alte Ministerpräsidenten etc. geht. Er hat auch wieder das Sondervermögen bemüht, das wir in Hessen aufgelegt hatten. Wir kennen den Ausgang und haben ihn auch zur Kenntnis genommen, abgewendet und es umgewandelt in ein anderes System.

Nur, und da kam die Verwunderung auf, dass Ihr Bundesfinanzminister in Kenntnis dieses Urteils genau das Gleiche nachmacht, und zwar in Höhe von 250 Milliarden € ein Sondervermögen, einen Wirtschafts- und Stabilisierungsfonds, auflegt, das ist doch stark verwunderlich.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich hätte das an dieser Stelle auch gerne breiter an die FDP adressiert. Ich hätte auch gerne dem neuen Spitzenkandidaten gratuliert. Aber Kollege Naas ist nicht da. Vielleicht kann man das einmal intern diskutieren. Aber das ist nur eine von vielen Fragen, die sich heute noch auftun werden.

Aber ich möchte weiterhin loben; denn Kollege Rock war auch ganz investigativ unterwegs. Ich danke dem Kollegen Wagner, der schon dargestellt hat, was der SPD gelungen ist: festzustellen, dass es in Koalitionen auch manchmal Reibungen gibt. Aber Kollege Rock hat wirklich den Finger in die Wunde gelegt. Er hat herausbekommen, was diese Koalition noch nicht geleistet hat, und zwar das gemeinsame Buch von Tarek Al-Wazir und Volker Bouffier.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Skandal!)

Das sollte man zur Seite schreiben: Es gibt doch Sachen, die wir noch nicht abgearbeitet haben.

(René Rock (Freie Demokraten): Versprechen gebrochen!)

– Ja, das halten wir fest. – Wenn das das Einzige ist, dann ist das eine brillante Bilanz, die wir hingelegt haben.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe SPD)

Ich habe mich, ehrlich gesagt, so kurz vor Weihnachten, kurz vorm Tannenbaum über diese romantischen Zuschreibungen gefreut, die Sie uns in der Koalition zugebracht haben, wie Liebesheirat oder Flitterwochen. Es war wirklich weihnachtlich.

(Zuruf René Rock (Freie Demokraten))

Aber wir denken an der Stelle in anderen Kategorien. Bei uns geht es um zwei Parteien, die erfolgreich eine Koalition schließen.



(René Rock (Freie Demokraten): Die einen sagen so, die anderen so!)

Das ist doch wunderbar. Es ist bei Reden auch immer schön, dass man es so darstellt. Vielleicht ist es einfach so wie beim Fahrradfahren oder beim Autofahren: Wenn es ein bisschen ruckelt, dann wird nur einen Gang höher geschaltet.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf René Rock (Freie Demokraten) – Torsten Felstehausen (DIE LINKE): Vielleicht gibt es dann einen Getriebeschaden!)

– Na ja. – Meine Damen und Herren, wir reden heute über den Haushalt und stabile Fundamente; denn wir wollen mit diesem Haushalt Strukturen stärken. Wir wollen staatspolitische Verantwortung und tagespolitische Verlässlichkeit leisten. Das machen wir nicht nur bei den Hilfsprogrammen, sondern auch in unseren allgemein wichtigen Themen, die wir in diesem Haushalt platziert haben.

Ich beginne sehr gerne mit dem Rechtsstaat; denn wir sehen gerade an dieser Stelle eine Stabilität. Wir müssen sie in der Krise auch bieten. Deswegen bin ich unserem neuen Justizminister sehr dankbar, dass wir in diesem Haushalt knapp 500 neue Stellen schaffen, um in allen Bereichen der Justiz, von den Justizwachmeisterinnen über die Rechtspfleger zu den Staatsanwälten und Richtern, ein Paket zu liefern, das gut ist für unseren Rechtsstaat, das Verfahren beschleunigt und eine Garantie in unseren Rechtsstaat gibt. Insoweit vielen herzlichen Dank sowohl dem Ministerpräsidenten als auch dem Justizminister.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das fügt sich ein in das Leitbild unseres Landes, Sicherheit in unsicheren Zeiten zu geben. Deswegen bleiben wir konsequent dabei, dass wir die Sicherheitslage in Hessen kontinuierlich verbessern. Die Gefahr, in Hessen Opfer eines Gewaltverbrechens zu werden, ist auf historischem Tiefststand. Gleichzeitig ist die Aufklärungsquote auf historischem Höchststand. Das sind Botschaften, die gerade in diesen Zeiten wichtig sind für die Menschen. Das zeigt vor allem, dass unsere Politik wirkt und dass wir diesen erfolgreichen Weg mit diesem Doppelhaushalt weitergehen. Deswegen wird bis 2025 die Zahl der Polizistinnen und Polizisten auf 16.000 Personen wachsen. Das sind Erfolgswahlen für Hessen.

Ich muss es leider auch erwähnen: Anders als bei der Bundesinnenministerin – Herr Kollege Rudolph, das hat der Ministerpräsident freundlicherweise schon erwähnt – sparen wir nicht im Innenressort, sondern wir investieren dort hinein. Im Bund wird um 40 % gespart. Wir investieren hinein.

Wir investieren seit Jahren Rekordmittel in die Ausstattung unserer Wehren, um die wichtige Arbeit vor Ort zu leisten. Deswegen haben wir dort einen Höchststand bei den Investitionen. Mit 45 Millionen € im Jahr 2024 geben wir so viel wie noch nie für die Förderung von Feuerwehrfahrzeugen und -häusern aus. Das sind wichtige Botschaften, auch für unsere Mitmenschen, die im Ehrenamt tätig sind. Das kann man einen Tag nach dem Tag des Ehrenamtes noch einmal feststellen.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

An dieser Stelle ist mir auch noch etwas aufgefallen, und zwar, dass der Kollege Rudolph gerne wettet.

(Günter Rudolph (SPD): Ja!)

Er hat eine Wette aufgemacht. Ich wusste an der Stelle nicht, ob es Humor ist. Ich weiß es nicht, ich wollte es gar nicht unterstellen. – Ich möchte die Frage und die Wette etwas präzisieren, Kollege Rudolph. Ich glaube, es geht bei Ihnen nicht darum, ob unser Innenminister bleibt, sondern ob Ihre Innenministerin kommt.

(Heiterkeit und Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da Sie anscheinend ein Freund der Wetten sind, steige ich in diese Wette ein und wette – auch für einen guten Zweck, den Sie entscheiden –, dass Nancy Faeser in Hessen nicht Ministerpräsidentin wird.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir arbeiten massiv an unseren wichtigen und zentralen Punkten. Wir arbeiten nicht nur im Bereich der inneren Sicherheit, sondern wir haben auch einen Schwerpunkt im Bereich der Gesundheit gesetzt. Wir haben in den letzten Jahren dort viel investiert, auch im Gegensatz zum Bund. Aber ich möchte weiterhin versöhnlich bleiben. Wir stecken im Doppelhaushalt 1 Milliarde € in die Krankenhausfinanzierung. Bereits im laufenden Jahr – diese Zahl ist auch beeindruckend – gibt es 300 Millionen € Investitionsförderung für Krankenhäuser. Das ist auch ein neuer Rekord. Wir sind damit bereits bei den Spitzenländern.

Zusammen mit den weiteren Sonderinvestitionen landen wir bei 1 Milliarde €. Das sagen nicht wir, das sagt nicht die geschlossene Koalition, sondern das sagt die Deutsche Krankenhausgesellschaft. Insoweit sind wir da auch auf einem sehr guten Weg und können uns sehen lassen.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Punkte, die dahinter stehen – wir reden nicht nur über Zahlen, sondern auch über Werke –: Das ist auf der einen Seite das deutschlandweit einzigartige Modellprojekt der sektorenübergreifenden ambulanten Notfallversorgung. Das ist IVENA. Das ist auch – wir schauen, dass wir in der Medizin weiterhin Studienplätze ausbauen – eine Kooperation von Marburg und Fulda, dass wir dort 185 weitere Medizinstudienplätze gestalten. Damit diese Menschen später in Hessen auch Arzt werden können, haben wir die Landarztquote eingeführt.

(Zuruf Ulrike Alex (SPD))

Es gibt nicht nur die Landarztquote für Allgemeinmediziner, sondern, weil es ebenso wichtig ist, auch für Kinder- und Jugendärzte. Das ist ein Komplettpaket im Bereich der Medizin. Auch daran arbeiten wir erfolgreich weiter.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was für den Bereich Gesundheit gilt, gilt auch für den Bereich Pflege. Das ist ein Thema, das ganz viele Menschen über alle Generationen hinweg umtreibt. Auch deshalb wollen wir noch weiter dranbleiben. Wir bringen jetzt ein neues Förderprogramm auf den Weg mit zunächst 10 Millionen € im Doppelhaushalt. Dort steigern wir die investive Förderung von Kurzzeit- und Tagespflegeplätzen. Darüber hinaus fördern wir das Modellvorhaben zur Schaffung flexibler Angebotsstrukturen in der Kurzzeit- und Tagespflege mit 4 Millionen €.

Die Fokussierung auf dieses Thema wird sehr deutlich, indem wir dort ein eigenes Förderprodukt zum Thema Pflegestrategie finden. Dies geht einher mit dem neuen Landesamt für Gesundheit und Pflege. Darüber hinaus haben wir uns entschieden, die Pflegeoffensive weiterzubetreiben, und haben damit angefangen, im ersten Schritt die Pflegeunterstützungsverordnung so zu verändern, dass der monatliche Entlastungsbeitrag leichter abgerufen und auch für Nachbarschaftshilfe eingesetzt werden kann.

Das sind einzelne Bausteine und auch Baustellen, die wir gelöst haben. Wir haben gesagt: Das ist den Menschen wichtig, das gehört auch dazu, in unsicheren Zeiten weiterzudenken. Deswegen haben wir einen Schwerpunkt auf das Thema Pflege gelegt.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir wollen – ich habe eben schon über Fahrrad und Auto gesprochen – dafür auch eine infrastrukturelle Basis. Zur Belebung der Innenstädte – auch ein Thema, das uns massiv zu Zeiten der Corona-Krise beschäftigt hat – haben wir ein Programm mit 40 Millionen € bis 2023 zur Verfügung gestellt. Für die Verkehrsverbünde stellen wir insgesamt 2,2 Milliarden € zur Verfügung. Auch das Budget für den Landesstraßenbau wächst immer weiter.

Eben haben wir auch gehört, wie es angeblich beim sozialen Wohnungsbau aussieht. Aber auch da tut es in der Tat gut, wenn man einmal auf die Fakten schaut. Dort ist eine Trendwende gelungen, und zwar haben wir seit Mitte der Neunzigerjahre erstmals wieder mehr sozialen Wohnungsbau in Hessen. Die Trendwende ist geschafft. Das tut manchmal gut zu sehen.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn man das einmal in das Länderranking setzt und sich die Länder anschaut, die das geschafft haben, dann wird es Sie vielleicht überraschen, vielleicht aber auch nicht, dass Sie da kein von der SPD geführtes Land finden. Das ist etwas, auf das man auch einmal deutlich hinweisen muss.

Für uns sind natürlich das Thema Sport und die Vereinsförderung ganz wichtig. Wir haben das nicht nur in das Programm „Hessen steht zusammen“ aufgenommen. Vielmehr unterstützen wir die Menschen, die sich ehrenamtlich engagieren, vielfältig. Das war zu Corona-Pandemie-Zeiten so. Das ist jetzt auch in der Zeit der Energiekrise so.

Ich will aber nicht zurückschauen. Das Wichtige ist, nach vorne zu blicken. Da sehen wir, dass das Bewilligungsvolumen für unseren Sport in den nächsten beiden Haushaltsjahren bei 38 Millionen € liegen wird. Damit können wir das Förderniveau der letzten Jahre weiter etablieren.

Für uns ist das Modernisierungsprogramm SWIM für unsere Freibäder ganz wichtig. Da erkennt man einen deutlichen Schwerpunkt. Das ist natürlich primär ein Programm, das gerade den Kindern in der Sommerzeit und darüber hinaus ermöglichen soll, das Schwimmen zu erlernen. In der Corona-Pandemie-Zeit gab es viele Kinder, die nicht schwimmen lernen konnten.

Dass es eine Stabilisierung und weiterhin Freibäder und Investitionen in Freibäder geben wird, ist nicht selbstverständlich. Insofern ist es gut, dass wir ein solches Programm haben, um die Kommunen zu unterstützen, damit die Kinder, die in der Corona-Pandemie-Zeit viel mitge-

macht haben, jetzt die Möglichkeit haben, schwimmen zu lernen. Das ist für uns ein ganz wichtiges Thema.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn wir die Kinder in den Fokus nehmen, dann gilt das natürlich für alle Bereiche. Das gilt für unsere Kinder in der Schule, im Kindergarten oder auch in der Hochschule.

Deswegen möchte ich darauf hinweisen, dass wir das, was wir in der Corona-Pandemie-Zeit erlebt haben, nämlich die Bildungsrückstände etc., aufholen wollen. Wir haben mit „Löwenstark“ ein Bildungsprogramm, um dagegen anzuwirken. Denn unser Bildungsziel ist es natürlich, die Schülerinnen und Schüler unabhängig von ihrer Herkunft so zu stellen, dass bei allen die Wahrnehmung der individuellen Chancen gewährleistet und möglich ist. Das gilt für unsere ganze Bildungspolitik.

Man muss sich das alles einmal anschauen. Auch da sprechen die Fakten für uns. Da gibt es manchmal eine Gefühlslage bei der Opposition, die ich verstehen kann. Wenn man sich aber einmal die Fakten anschaut, dann sieht das alles viel besser aus.

Auch da möchte ich den Bundesvergleich nennen. Im Bundesvergleich haben wir bei den deutschen als auch bei den ausländischen Schülerinnen und Schülern mit die niedrigste Schulabbruchquote. Das heißt, das sind die Schülerinnen und Schüler, die einen ordentlichen Einstieg in eine Berufsausbildung oder in etwas anderes darüber hinaus haben können. Das ist für die Bildungschancen bei uns in Hessen wichtig.

Hessen gehört übrigens auch zu den Ländern mit den kleinsten Grundschulklassen. Das ist für unsere Jüngsten ein wesentlicher Faktor.

(René Rock (Freie Demokraten): Wer hat das gemacht?)

– Der Kultusminister hat das gemacht. Das sage ich auf die Nachfrage. Ich beantworte das sofort und auch ohne Wortmeldung.

(René Rock (Freie Demokraten): Nein, nein, das war der Staatssekretär!)

Auch das funktioniert in Hessen.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das heißt, wir werden mit diesem Doppelhaushalt alle Probleme angehen. Wir sagen: Wir wollen hinsichtlich der Bürokratie weiter entlasten. Das soll auch für die Schulen gelten. Deswegen werden wir den Schulträgern für die nächsten Jahre über 45 Millionen € für die Schulverwaltungskräfte zur Verfügung stellen.

Über die 4.000 Stellen haben wir mittlerweile miteinander gesprochen. Wir finden, das ist ein wichtiges Zeichen. Wir brauchen diese Stellen. Wir brauchen die Lehrer. Wir arbeiten daran, dass es weiterhin so sein wird.

Man kann sich das einmal anschauen. Dann erleben wir, dass unser Bildungsetat die 5-Milliarden-€-Grenze überschreiten wird. Wir wissen, dass die Bildung unserer Kinder sowieso unbezahlbar ist. Ich finde, so einen Betrag zu investieren, sollte man wirklich unterstreichen. Insofern möchte ich ein Dankeschön an alle Kultuspolitiker richten.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich komme dann zum nächsten Bereich. Den habe ich eben schon einmal erwähnt. Dabei geht es um die Kindergärten und darum, die Familien mit Kindern insgesamt zu unterstützen. Das war ein Teil in den Reden der Oppositionspolitiker, zu dem ich gesagt habe, das ist etwas zwischen dreist und ulkig. Wir hören im Hessischen Landtag: Wir müssen etwas für die Kinderbetreuung machen. – Ich glaube, das unterstreicht jeder, der diese Regierung trägt. Wir sehen dann aber, dass auf anderer Ebene die Förderung der Sprach-Kitas eingestellt wird. Dadurch müssen Stellen gestrichen werden, die so dringend benötigt werden. Das hat dann doch einen faden Beigeschmack.

(Beifall CDU)

Ich bin versöhnlich unterwegs. Wir springen gerne ein und fördern das weiter. Denn das ist uns natürlich wichtig. Wir sehen es als eine zentrale Aufgabe an, dort weiterhin unterwegs zu sein. Wir wollen auch weiterhin schauen, wo wir noch Verbesserungen herbeiführen können. Denn bei dieser Problematik hilft es uns nicht, wenn wir uns gegenseitig den Schwarzen Peter zuschieben. Wir müssen gemeinschaftlich daran arbeiten, dass unsere Kinder in den Kindertagesstätten ordentlich betreut werden.

(Beifall CDU und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich komme damit zu den Ebenen. Bei alledem wissen wir, wie viel unsere Kommunen leisten müssen. Denn ein Großteil unserer Arbeit wird von den Kommunalen, von den Jugendämtern etc. geleistet. Deswegen will ich deutlich unterstreichen – auch für den Fall, dass es in der Debatte einmal bestritten werden sollte –, dass wir natürlich an der Seite der Kommunen stehen.

Sie kennen alle unser kommunales Entschuldungsprogramm. Die Hessenkasse ist bundesweit einmalig. Wir unterstützen unsere Kommunen bei den Digitalisierungsprojekten. Wir werden den KFA, den Kommunalen Finanzausgleich, perspektivisch weiter ausbauen. Wir werden, das zeigt die Finanzplanung, bis 2026 bei rund 7,5 Milliarden € sein. Das wird eine Verdopplung gegenüber dem Jahr 2014 sein. Keiner kann bestreiten, dass wir Partner der Kommunen sind.

(Vereinzelter Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das machen wir, weil wir wissen, dass die Kommunen eine der wichtigsten Säulen unseres Staates sind. Deswegen will ich an dieser Stelle einmal ein ausdrückliches Dankeschön an alle Haupt- und Ehrenamtlichen vor Ort für ihren immerwährenden Einsatz sagen. Ohne sie wäre unsere Demokratie nicht lebendig. Dafür danke schön.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir sind dafür da, Bilanzen abzugeben. Das haben wir gemeinschaftlich getan. Auch Herr Kollege Wagner hat auf das verwiesen, was uns wichtig ist. Wir diskutieren das gerne mit Ihnen. Wir müssen aber natürlich auch den Blick nach vorne richten.

Deswegen ist uns alles, wie der Finanzplatz, die Pharmabranche, die vielen kleinen Unternehmen, die Industrie und das Handwerk, wichtig. Wir wollen einen Fokus auf unsere Stärken richten. Wir werden die Investitionen in der Geschichte dieses Landes auf über 3 Milliarden € steigern. Es gibt so viel Geld wie nie zuvor für den Straßenbau, für den Bau der Radwege, für den staatlichen Hochbau etc.

Wir haben heute viel miteinander über den Klimaschutz gesprochen. Ich möchte das auch noch einmal tun. Denn es ist ganz klar, dass wir kinder- und enkeltaugliche Politik machen. Da gehört das natürlich mit dazu. Zum Beispiel wurde im Vergleich zum Jahr 2008 der CO<sub>2</sub>-Fußabdruck um 65 % verkleinert. Für die Aufforstung des hessischen Staatswaldes wurden schon 5,5 Millionen Bäume gepflanzt. Das ist einmal eine andere Zahl. Wir wollen gemeinschaftlich 10 Millionen Bäume pflanzen. Das sind beeindruckende Zahlen.

Vor allen Dingen soll es in Hessen auch wieder etwas geben, bei dem wir Spitzenreiter, Vorreiter und einmalig sind. Wir werden in Hessen bald mit der größten Brennstoffzellenzügeflotte – das ist ein schwieriges Wort – unterwegs sein. Das kann sich sehen lassen. Weil wir die Nachhaltigkeit immer zusammen mit der Innovation denken, verweise ich noch einmal darauf, dass weltweit der erste klimaneutrale Flieger in Frankfurt gestartet ist. Es gibt so viel zu erzählen.

(Beifall CDU und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir arbeiten mit der größten Anlage für synthetisches Kerosin in Hessen, damit wir auch an dieser Stelle Perspektiven für die Zukunft geben können. Sie wissen, wir haben in Hessen auch eine Affinität zur Raumfahrt, und zwar aus einem bestimmten Grund: weil 150 Unternehmen und Einrichtungen in diesem Bereich tätig sind, weil das die Arbeitsplätze von morgen sind. Auch das gehört in das Konzept kinder- und enkeltauglicher Politik dieser Koalition.

(Beifall CDU und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Genau an dieser Stelle wollen wir weitermachen, weil der Kollege Mathias Wagner zu Recht gesagt hat, wir seien noch lange nicht fertig. Deswegen arbeiten wir engagiert weiter.

Wir sind im Bereich der Start-ups und der Förderprogramme absolut maßgeblich unterwegs. Ich erwähne hier nur das CESAH in Darmstadt, den Fintech-Bereich oder auch, ganz neu, den Green-Tech-Bereich. Auch das erzähle ich mit großer Freude, weil es in meiner südhessischen Heimat in Gernsheim in der vergangenen Woche das Kick-off für den Inkubator gab, für einen Accelerator, einen Beschleuniger in diesem Bereich – um auch einmal ein deutsches Wort dafür zu nennen –, alles mit FLUXUM in Gernsheim. Das deutet in Richtung Zukunft.

Dann will ich das Thema, das bereits mehrfach angefragt wurde, auch noch gerne mit aufnehmen – vermutlich rede ich deswegen so schnell –: Es geht um den Bereich Digitales. Natürlich reden wir gern darüber. Wir sind diejenigen, die auch ein Ministerium dafür haben und die von Anfang an gesagt haben, wir setzen dort einen Schwerpunkt, und das machen wir auch.

Dazu gebe ich Ihnen gerne ein paar Zahlen mit, weil Sie wissen: Zahlen helfen, gegen Gefühle anzukämpfen. An der Stelle würden wir Sie auch gerne mitnehmen. Also: Zwischen 2023 und 2024 stehen insgesamt 600 Millionen € für Digitalisierung zur Verfügung. Auch das ist eine beachtliche Zahl: fast 900 neue und aufgerüstete Standorte von Mobilfunkanlagen für besseren Empfang in Stadt und Land. Durch den Glasfaserpakt sollen 530.000 Haushalte allein in den kommenden Monaten einen Anschluss erhal-

ten, damit wir im Jahr 2030 flächendeckend Glasfaseranschlüsse bereitstellen können.

Wir schauen in alle Bereiche: Wir schauen auf Stadt und Land, und deswegen gibt es ein Digitalisierungszentrum für den ländlichen Raum in Kassel und Fulda, um sich der Themen anzunehmen.

Wir haben noch ein ganz zukunftsweisendes Thema, nämlich das Zentrum für Angewandtes Quantencomputing und ein KI-Innovationslabor. Das alles sind Punkte, die sich sehen lassen können. Jetzt sagen Sie: Klar, dass die Rednerin der Unionsfraktion das sagt. – Nein, wir haben es auch noch abprüfen lassen. Wir haben in Hessen einen selbst beauftragten, fremd erstellten – das ist ja der Witz dabei – Digitalindex von unabhängigen Experten des Fraunhofer-Instituts machen lassen. Dort heißt es, dass die digitale Infrastruktur in Hessen gerade in der Grundversorgung mit Breitbandanschlüssen im Bundesvergleich große Stärken aufweise.

(Beifall CDU und Daniel May (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) – Zuruf)

Ich weiß, es reicht noch nicht. Deswegen habe ich noch ein zweites Zitat, auch vom Fraunhofer-Kompetenzzentrum ÖFIT, mitgebracht: Im Bereich digitale Innovation weise Hessen mit seiner Unternehmens- und Forschungslandschaft sowie seiner dynamisch gewachsenen Rechenzentrumsstruktur ein sehr hohes Niveau auf. – Ich würde sagen, auch da sind wir auf einem guten Weg.

(Zuruf Oliver Stirböck (Freie Demokraten))

– Regen Sie sich nicht so auf, Kollege Stirböck. Ich würde gerne alles weiter mit Ihnen diskutieren, auch mit dem Spitzenkandidaten – der ist immer noch nicht da.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lassen Sie mich zum Ende kommen.

(Zurufe)

– Regen Sie sich nicht so auf. Ich verstehe auch die Nervosität,

(Lachen Freie Demokraten)

aber ich finde, diese Koalition hat Personen und Inhalte, deswegen löst das bei anderen vielleicht etwas Nervosität aus.

Mit Blick auf die Zeit komme ich zum Schluss; denn – und das ist wieder der versöhnliche Teil, der Bilanzteil – hinter diesen ganzen Zahlen und Blättern stecken Investitionen in ein verlässliches, lebenswertes und innovatives Hessen. Gerade in Krisenzeiten dürfen die Zuversicht und vor allen Dingen das Mitgestalten der Zukunft nicht schwinden. Das sind wir alle unseren Kindern und den nachfolgenden Generationen schuldig. Das gilt natürlich für die vorweihnachtliche Zeit, aber auch darüber hinaus; denn in unsicheren Zeiten sind Verlässlichkeit und Zusammenhalt die beste Antwort. Dieser Haushalt legt dafür die Grundlage. – Ich bedanke mich herzlich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Rolf Kahnt (fraktionslos))

**Präsidentin Astrid Wallmann:**

Vielen Dank. – Als Nächsten darf ich Herrn Abg. Stirböck ans Rednerpult bitten; er hatte sich noch einmal gemeldet. Sie haben noch 1:44 Minuten.

(Zurufe: Wo ist denn Herr Naas?)

**Oliver Stirböck (Freie Demokraten):**

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Tatsache, dass wir hier im Einzelplan 02 des Ministerpräsidenten erst über Digitalisierung diskutieren, zeigt doch sinnfällig: Wir haben kein richtiges Digitalisierungsministerium, sondern weiter nur eine Königin ohne Land, im Taunuspalais, und das ist auch nach vier Jahren das Problem.

(Beifall Freie Demokraten und vereinzelt SPD – Zuruf: Da hat er aber einen rausgehauen!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich will nicht hämisch sein. Liebe Frau Sinemus, jeder ist schon einmal bei einer Wahl durchgefallen. Aber wenn man als Digitalministerin bei Wahlen zum Landesvorstand der CDU durchfällt, gibt es nur zwei Erklärungen:

(Minister Michael Boddenberg: Wo ist Herr Naas?)

Die CDU schätzt die Digitalministerin nicht, oder die CDU schätzt Digitalisierung nicht hoch genug – ich denke, beides. Und das ist traurig.

(Beifall Freie Demokraten und Marius Weiß (SPD) – Zuruf Minister Michael Boddenberg)

Frau Claus, Sie haben den Bundesvergleich angesprochen. Ich will Ihnen da einmal ein paar Sachen nennen. E-Justice: unterer Durchschnitt, Schlusslicht. INSM Bildungsmonitor, Digitalisierung: Durchschnitt. Smart-City-Index: eine Stadt unter den TOP 30, unter dem Durchschnitt. 1-Gigabit-Anschlüsse: unter dem Durchschnitt. Mobilfunk bei allen Technologien: unter dem Schnitt. Insgesamt sind wir unter dem Schnitt. Wir brauchen aber Fortschritt statt Durchschnitt, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall Freie Demokraten – Zuruf: Wo ist denn der Spitzenkandidat?)

Wir als Freie Demokraten wollen Open Data, Informatik an den Schulen, Tablets statt Schulbücher, Gigabit-Gutscheine, 6G stärker fördern, mehr tun für Smart Cities, und – das ist wichtig – wir brauchen eine echte Digitalwende in diesem Land. Diese Digitalwende gibt es nicht mehr mit dieser Landesregierung und dieser Koalition. Deshalb braucht es einen Wechsel für eine echte Wende. – Herzlichen Dank.

(Beifall Freie Demokraten und Bijan Kaffenberger (SPD) – Zurufe: Wo ist denn Herr Naas?)

**Präsidentin Astrid Wallmann:**

Vielen Dank. – Damit sind wir am Ende der Rednerliste angekommen und setzen, wie vereinbart, morgen die Beratung mit den weiteren Einzelplänen fort.

Somit kommen wir jetzt zu **Tagesordnungspunkt 3:**

**Erste Lesung  
Gesetzentwurf  
Landesregierung  
Gesetz zur Änderung des Hessischen Gleichberechtigungsgesetzes  
– Drucks. 20/9589 –**

Die vereinbarte Redezeit beträgt 7,5 Minuten, und ich darf zunächst Herrn Staatsminister Klose zur Einbringung das Wort erteilen.

**Kai Klose, Minister für Soziales und Integration:**

Hochverehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“, diesen Satz hat maßgeblich die große Hessin Elisabeth Selbert, eine der – leider wenigen – Mütter des Grundgesetzes in unserer Verfassung verankert.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Diesen Satz gilt es mit Leben zu füllen. Das Hessische Gleichberechtigungsgesetz ist das wichtigste Instrument des Landes für die Gleichstellung von Männern und Frauen in allen Bereichen unserer öffentlichen Verwaltung. Wir verbessern mit diesem Gesetz die Chancengleichheit von Frauen und Männern, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, und wir wirken der Unterrepräsentanz von Frauen im öffentlichen Dienst entgegen.

Dieses wichtige Gesetz – die Grundlage der Arbeit von mehr als 1.200 mutigen und beharrlichen hessischen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten – hat dafür gesorgt, dass der Anteil der Frauen in der hessischen Verwaltung auch in Führungspositionen so hoch ist wie noch nie zuvor.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Trotzdem finden wir uns mit dem Status quo nicht ab. Immer noch arbeiten deutlich mehr Frauen als Männer in Teilzeit. Das ist auch ein Hinweis darauf, dass immer noch weniger Männer Verantwortung für die Erziehung ihrer Kinder oder die Pflege ihrer Eltern übernehmen. Auch da gibt es also noch viel zu tun, und deshalb braucht es das Gleichberechtigungsgesetz auch weiterhin.

Wir knüpfen an das an, was sich bewährt hat. Alle Beschäftigten in der öffentlichen Verwaltung und insbesondere diejenigen in Leitungsfunktionen sind verpflichtet, zur Verwirklichung von Chancengleichheit, zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und zur besseren Repräsentanz von Frauen beizutragen. Deshalb müssen die Dienststellen Frauenförder- und Gleichstellungspläne aufstellen, in denen auch überprüfbare Maßnahmen und verbindliche Zielvorgaben fixiert sind. Sie sind verpflichtet, eine Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte zu bestellen, die die Durchführung des Gesetzes überwacht und das Recht hat, an allen personellen, organisatorischen und sozialen Maßnahmen, die die Gleichberechtigung betreffen, frühzeitig beteiligt zu werden. Die Beauftragte hat außerdem ein Initiativrecht, erhält auf Verlangen Einsicht in alle aktenrelevanten Unterlagen und kann sich unmittelbar an die Behördenleitung wenden. Sie kann Maßnahmen und Entscheidungen widersprechen und bei erfolglosem Widerspruch auch das Verwaltungsgericht anrufen. Für diese wichtigen Aufgaben werden Frauen- und Gleichstellungs-

beauftragte freigestellt. All das ist ein Teil des Erfolgsrezeptes dieses Gesetzes.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es regelt außerdem, dass und wie Frauen ermutigt werden sollen, sich für Bereiche, in denen sie unterrepräsentiert sind, zu bewerben. Gremien sollen zur Hälfte mit Frauen besetzt und der berufliche Wiedereinstieg nach Geburt und Erziehungszeiten erleichtert werden. Teilzeitbeschäftigten müssen die gleichen beruflichen Aufstiegschancen eingeräumt werden wie Vollzeitbeschäftigten. So sorgen wir dafür, dass Familie und Beruf besser miteinander vereinbar sind. Davon profitieren natürlich genauso auch Männer, wenn sie beispielsweise nach ihrer Elternzeit wieder in Teilzeit einsteigen möchten.

Meine Damen und Herren, diese Instrumente haben den Frauenanteil im höheren Dienst der öffentlichen Verwaltung und die Aufstiegschancen für Frauen schon deutlich gesteigert. Aber wir wollen noch besser werden und das Gesetz noch wirksamer machen. Deshalb haben wir die Gesetzesziele jetzt um den Bereich der strukturellen Benachteiligungen von Frauen erweitert. Darunter fallen beispielsweise Benachteiligungen von Frauen aufgrund eines allgemeinen Frauenbildes, das Frauen bestimmte Fähigkeiten oder Kompetenzen im Allgemeinen abspricht. Das ist ein ganz wichtiges Signal.

Außerdem wurde das enthaltene Konzept der Telearbeit durch das mobile Arbeiten ergänzt. Das ist eine Anpassung, die auch durch jüngere Entwicklungen notwendig wurde. Wir berücksichtigen jetzt, dass sich die Frage der Geschlechtergerechtigkeit im Digitalisierungsprozess der Arbeitswelt auch auf neue, flexible Organisationskonzepte bezieht, die den einzelnen Beschäftigten individuelle Lösungen zur Vereinbarkeit bieten. Auch das ist ein echter Meilenstein.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und einzeln CDU)

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Erziehungs- oder Pflegeaufgaben haben im Fall einer kurzfristigen Heranziehung zu besonderen Einsatzlagen mit unserem Gesetz jetzt auch die Möglichkeit, sich die Kosten für die Kinder- oder Pflegebetreuung erstatten zu lassen.

Dass das Gleichberechtigungsgesetz als eine wesentliche Grundlage der Personalentwicklung in der öffentlichen Verwaltung in der Praxis wirkt, ist aber ihnen allen zu verdanken. Es ist eben nicht die Verantwortung von Frauen oder Frauenbeauftragten allein, Chancengleichheit herzustellen. Wir alle – explizit auch die männlichen Chefs, alle Väter von Kleinkindern und Söhne pflegebedürftiger Eltern – sind ganz genauso angesprochen. Das Hessische Gleichberechtigungsgesetz ist und bleibt ein zentrales Instrument der Geschlechtergerechtigkeit und genauso auch einer zeitgemäßen Gesellschaftspolitik. Wir knüpfen mit dieser Änderung an bewährte Leitplanken an. Wir setzen Qualitätsstandards, und wir schließen identifizierte Lücken. In diesem Sinne freue ich mich auf die bevorstehende Anhörung und danke für Ihre Aufmerksamkeit. – Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und einzeln CDU)

**Präsidentin Astrid Wallmann:**

Vielen Dank. – Als Nächstem darf ich Herrn Arno Enners von der AfD das Wort erteilen.

**Arno Enners (AfD):**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Gleichberechtigung fängt im Kopf an. Ein Gesetz oder eine Verordnung kann noch so präzise und wegweisend ausformuliert sein: Diskriminierung wird trotzdem immer einen Weg finden.

In der Gesetzesbegründung sprechen Sie selbst von bestehenden „strukturellen Barrieren“, die es „insbesondere bei der Förderung von Frauen in Führungspositionen“ gibt. Ich unterstelle zunächst einmal, dass eine Frau, die über die erforderlichen Kompetenzen und auch den Willen zur Wahrnehmung einer Führungsaufgabe verfügt, diese auch entsprechend aufzeigen und geltend machen wird.

(Zuruf BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jede andere Handlungsweise würde sie für eine Führungsposition auch disqualifizieren.

(Beifall AfD)

Es sollte, egal ob in der freien Wirtschaft oder in der öffentlichen Verwaltung, stets nach Leistung, Eignung und Befähigung entschieden werden – und zwar objektiv und ohne Betrachtung des Geschlechts. Und, ganz wichtig natürlich auch: ohne Betrachtung des Parteibuchs.

(Claudia Ravensburg (CDU): Ach!)

Leider aber wiegt die politische Ausrichtung eines Bewerbers oder einer Bewerberin gerade in den Bereichen der öffentlichen Hand oft schwerer als die Kompetenz.

(Beifall AfD)

Bekannte Beispiele, die dieses diskriminierende Vorgehen untermauern, gibt es auf allen Ebenen genug. Die Bewertung von Personen für eine Stellenbesetzung nach Parteibuch ist ein massives strukturelles Problem und führt im Ergebnis oft zu Kompetenzverlust an wichtigen Stellen im Lande. Leider gehen Sie dieses Problem hier überhaupt nicht an. Aber Sie werden schon wissen, warum.

(Beifall AfD)

Meine Damen und Herren, häufig genug sind Menschen, die eine Position über eine Quote erreicht haben, in Ermangelung von Kompetenz nicht in der Lage, die Position angemessen auszufüllen. Deswegen vertritt die Alternative für Deutschland auch nachdrücklich das Motto: Starke Frauen brauchen keine Quote, schon gar nicht für eine Führungsposition.

(Beifall AfD – Zurufe Miriam Dahlke (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Christiane Böhm (DIE LINKE))

Es kann nicht im Interesse der öffentlichen Verwaltung und der betroffenen Frau sein, dass Frau nur aufgrund ihres Frauseins in eine Führungsposition befördert wird, nicht aber aufgrund ihrer Kompetenz und ihrer Leistung.

(Beifall AfD – Christiane Böhm (DIE LINKE): Das ist eine Unverschämtheit!)

Mit einem solchen Vorgehen verschlechtern Sie die Kompetenzlage einer Stelle, und ein erarbeitetes Ansehen, wel-

ches für eine Führungskraft notwendig ist, ist hier dann ebenfalls nicht gegeben.

(Zuruf Christiane Böhm (DIE LINKE))

Weiter führen Sie aus, dass „eine strukturelle Benachteiligung von Männern im Anwendungsbereich des Gesetzes ... nicht bekannt“ ist. Da stellt sich doch automatisch die Frage: Ist die strukturelle Benachteiligung tatsächlich nicht bekannt oder nur deswegen nicht bekannt, weil sie als Phänomen außerhalb des ideologischen Weltbildes des Gesetzgebers nicht bekannt sein soll?

(Beifall AfD – Jan Schalauske (DIE LINKE): Sie scheinen damit ein Problem zu haben!)

Meine Damen und Hessen, falls sich die tatsächliche Notwendigkeit einer Fortführung des Gesetzes bei gleichzeitiger Novellierung aus den Ergebnissen der Evaluationsberichte ergibt, so wäre es in der Tat geboten gewesen, die entsprechenden Evaluationsergebnisse im Einzelnen, wenn auch nur in Stichworten, an der betreffenden Textstelle anzuführen. Die Tatsache, dass derartige Inhalte nicht zu finden sind, stattdessen lediglich ein bloßer Verweis auf eine irgendwie geartete Nichterfüllung des Gleichheitsauftrages gegeben wird, lässt die Gesetzesbegründung insofern intransparent und somit wenig glaubwürdig erscheinen.

(Beifall AfD)

Gerade auch die Verschleierung mit dem Begriff „aktenrelevante Unterlagen“ deutet auf eine gewisse Intransparenz hin, da bis dato eine amtliche Definition des Begriffs nicht existiert und somit die objektiven Kriterien fehlen. Uns ist klar, dass das operative Arbeiten und Entscheiden, ob etwas „aktenrelevant“ ist oder nicht, durchaus schwierig ist. Sollten insofern also Begrifflichkeiten Verwendung finden, die gegebenenfalls sehr auslegungsbreit gehandhabt werden können, sind Ungereimtheiten am Ende doch vorprogrammiert. Denn eine Information kann für die Verwaltung von geringem Wert und damit nicht „aktenrelevant“ sein, für einen Betroffenen aber vielleicht doch sehr.

(Beifall AfD)

So wie die Gleichberechtigung im Kopf und nicht auf dem Papier stattfindet, so verhält es sich natürlich auch mit den Geschlechtern. Wir bleiben bei dem evidenzbasierten, wissenschaftlichen und biologischen Grundsatz, dass es nur zwei Geschlechter gibt.

(Beifall AfD)

Insofern ist die Formulierung, dass Ausschreibungen geschlechtsneutral zu formulieren sind, indem die feminine und maskuline Personenbezeichnung mit dem Zusatz „divers“ zu versehen sind, am Ende nur ein moralisches Feigenblatt.

(Beifall AfD)

Ginge es Ihnen wirklich um Neutralität, dann dürfte man eigentlich gar kein Geschlecht aufführen, sondern würde rein über die Anforderungen der Stelle und die Eignung eines Menschen dafür entscheiden.

(Beifall AfD)

Im Jahr 2030, wenn das Gesetz erneuert werden muss, kommen Sie wahrscheinlich nicht mehr um die Tatsache herum, dass die Diversen bei einer Stellenbesetzung sicherlich in der Minderheit sind. Bei Stellenausschreibun-

gen müssten sie dann zukünftig als „besonders erwünscht“ gekennzeichnet werden.

(Beifall AfD)

Denn anders als durch das Weglassen der Geschlechterbezeichnung können Sie Ihrem Gleichberechtigungsgedanken nicht nachhaltig Rechnung tragen. Am Ende werden Sie immer ein Geschlecht diskriminieren. In diese Zwickmühle rangieren Sie sich aber gerade hinein.

(Beifall AfD)

Es ist deutlich zu erkennen, dass es strukturelle Probleme bei der Gleichberechtigung gibt. Das betrifft insbesondere die Führungsebene, bei der das Parteibuch öfter entscheidender als Kompetenz oder, wie Sie es wollen, das Geschlecht ist. Dieses Problem sollten Sie dringend angehen.

Die mit Gesetz einzuführende Maßnahme zur Vereinbarkeit von familiärer Betreuung und beruflichen Pflichten befürworten wir grundsätzlich und erkennen den Teil auch als echten Fortschritt an. Da Sie unserer Ansicht nach die wichtigen Dinge nicht angehen, aber doch manche Sachverhalte annehmbar verändern, werden wir uns zum jetzigen Zeitpunkt bei dem Gesetzentwurf der Stimme enthalten. – Vielen Dank.

(Beifall AfD)

#### **Präsidentin Astrid Wallmann:**

Vielen Dank. – Als Nächster darf ich Frau Abg. Ravensburg von der CDU-Fraktion das Wort erteilen.

#### **Claudia Ravensburg (CDU):**

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Gestatten Sie mir, ein paar Worte an Herrn Enners zu richten. Wohin die AfD mit ihrem Motto „Starke Frauen brauchen keine Quote“ gekommen ist, zeigt die Männerriege, die dort sitzt.

(Vereinzelter Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

– Ich sage: Kluge Frauen wählen nicht die AfD.

(Zuruf)

– Kluge Männer tun es auch nicht, da haben Sie recht. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, nachdem wir das Hessische Gleichberechtigungsgesetz in der letzten Wahlperiode grundlegend überarbeitet haben, zeigt uns der sechste Gleichberechtigungsbericht, dass wir mit unserer schwarz-grünen Gleichberechtigungspolitik erhebliche Fortschritte bei der Förderung der Frauen gemacht haben. Das betrifft nicht nur ihren Anteil in der Verwaltung. Vielmehr machen wir auch bei der Übernahme der Führungsaufgaben deutliche Fortschritte.

Doch bleiben wir da nicht stehen. Deshalb stellen wir die Frage: Wo wollen wir hin? – Ich sage klar: Unser Ziel ist die Schaffung der Chancengleichheit und die Beseitigung der Unterrepräsentanz. Das geht eben nur durch eine verbesserte Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Wir wollen diese Vereinbarkeit auch bei den Führungsaufgaben erreichen. Wir wollen Barrieren abbauen. Wir müssen deshalb diskutieren, wie wir diese Ziele erreichen. Das Hessische Gleichberechtigungsgesetz gibt uns darauf die

Antwort. Wir brauchen eine Führungskultur, bei der das Verständnis vorhanden ist, dass es bei der Stellenbesetzung um Kompetenzen und Persönlichkeit geht, und zwar völlig unabhängig davon, ob der Bewerber ein Mann oder eine Frau ist. „Oje“, sagen die Führungskräfte. Doch sie müssen akzeptieren: Die Frauen sind gut ausgebildet. Es gibt aber nach wie vor Probleme, weil sich die Frauen oftmals nicht auf solche Führungspositionen bewerben.

Ich bin deshalb froh, dass die Landesregierung jetzt die „strukturelle Benachteiligung“ in den Gesetzentwurf eingebracht hat. Denn das Ungleichgewicht bei der Übernahme der Arbeit in der Familie hat noch immer erhebliche Auswirkungen auf die berufliche Tätigkeit und das Fortkommen im Beruf. So erledigt sich das Problem auch nicht allein nach der Kinderphase, sondern es wird noch größer, wenn die Frauen von der Kinderbetreuung in die Pflegezeit kommen. Denn noch immer liegt die Hauptlast der Betreuung auf dem Rücken der Frauen. Das führt zu einer strukturellen Benachteiligung gegenüber den Männern.

Wir sehen da einen wichtigen politischen Handlungsauftrag. Wir unterstützen die Kommunen bei der Erfüllung des Rechtsanspruchs in den Kindertagesstätten und in den Schulen. Genau deshalb werden wir mit dem Doppelhaushalt einen Schwerpunkt bei der Fachkräftegewinnung für die Kinderbetreuung und für die Unterstützung der pflegenden Angehörigen mit dem Ausbau der Pflegeinfrastruktur setzen.

Die Vereinbarkeit klappt im öffentlichen Dienst immer besser. Das ist gut so. Der Evaluationsbericht zeigt deutlich, dass der Anteil der Frauen kontinuierlich steigt. So beträgt der Frauenanteil in der Landesverwaltung bereits 57,9 %. Bei den Gemeinden beträgt er sogar 61,8 %. 60 % der Auszubildenden auf Landesebene sind weiblich.

Das muss auch bei der Karriereplanung Niederschlag finden. Bei der Übernahme der Führungsaufgaben kann man deshalb wichtige Erfolge zeigen. Das wächst von unten her auf. Das war immer unser Ziel. Wir wollen die Frauen durch eine Weiterentwicklung, durch die Persönlichkeitsentwicklung und durch eine Karriereplanung unterstützen.

Deshalb werden wir auch weiterhin das Hessische Gleichberechtigungsgesetz brauchen. Denn es dient uns als Richtschnur für die Vorgesetzten, damit sie die Arbeitssituation dem Bedarf der Mitarbeiterinnen mit Aufgaben in der Familie anpassen.

Wir brauchen auch die Frauenbeauftragten, die die Frauen bei ihrer Karriereentwicklung unterstützen und die auch einmal einschreiten. Denn nirgendwo ist die Teilzeitarbeitsquote immer noch so hoch wie bei uns im öffentlichen Dienst.

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, das klappt zwar gut, aber die Teilzeitarbeit ist immer noch weiblich. 86,9 % der Teilzeitbeschäftigten im Landesdienst sind Frauen. Bei den Angestellten sind es immerhin auch noch 80,7 %.

Noch höhere Zahlen haben die Kommunen. Im Jahr 2019 waren es dort 92,4 %.

Aber nicht alle Frauen wählen freiwillig die Teilzeitarbeit. Viele würden mehr arbeiten, wenn sie Beruf und Familie unter einen Hut bekommen würden. Genau da sehe ich das Potenzial, das der öffentliche Dienst auf kommunaler Ebene wie auch auf Landesebene hat. Er kann dieses Potenzial ausschöpfen, indem Handlungsoptionen genutzt werden, die auch der Minister vorhin erwähnt hat. Das Homeoffice,



die flexiblen Arbeitszeiten, das mobile Arbeiten und die Vermeidung von Dienstreisen durch die Einführung der Videokonferenzen, all das muss selbstverständlich werden.

(Vereinzelter Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich bin sehr froh, dass mit dem neuen Hessischen Gleichberechtigungsgesetz eine wichtige Lücke beseitigt werden wird. Die Übernahme der Betreuungskosten wird für all die erfolgen, die bei besonderen Einsatzlagen kurzfristig herangezogen werden. Ich nenne als Beispiel einmal den Einsatz unserer Katastrophenschützer im Ahrtal. Wenn die Frauen dann in den Dienst gehen müssen, müssen die Kinderbetreuung und die Pflege plötzlich ganz neu organisiert werden. Da müssen professionelle Kräfte unterstützen.

Ein weiteres Ziel des Gesetzes wird die Verbesserung bei der Karriereplanung sein. Das beginnt bereits bei der Qualifizierung und beim Zugang zur Fortbildung. Hier verspreche ich mir von der Digitalisierung einen deutlichen Gewinn für die Frauen mit kleinen Kindern, die Kinderbetreuung und Homeoffice verbinden können. Videokonferenzen ersetzen nicht informelle Gespräche – ganz klar –, aber sie sparen viel Zeit und ermöglichen auch Alleinerziehenden die Teilnahme an Fortbildungen.

Wir begrüßen, dass der Zugang zu Stellenausschreibungen schon in der Elternzeit gewährleistet wird; denn das bedeutet Vermeidung des Karriereknicks, weil Frauen schon frühzeitig planen können, wohin sie gehen wollen und welche Fortbildungen sie brauchen. Das sind gezielte Maßnahmen des HGIG, und das ist auch die Philosophie, die hinter diesem Hessischen Gleichberechtigungsgesetz steht.

Der Änderungsentwurf konkretisiert und verbessert den Weg zu mehr Gleichberechtigung weiter. Deshalb freue ich mich auf die weiteren Beratungen und bitte um Zustimmung für den Gesetzentwurf der Landesregierung. – Herzlichen Dank.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Präsidentin Astrid Wallmann:**

Vielen Dank. – Als Nächstem darf ich Herrn Abg. Kahnt das Wort geben.

#### **Rolf Kahnt (fraktionslos):**

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bei manchem Redebeitrag der AfD hat man tatsächlich das Bedürfnis – das habe ich schon einmal gesagt –, mal schnell duschen zu gehen. Aber ich komme zum Thema.

Der Gesetzentwurf beruht auf Art. 3 Abs. 2 des Grundgesetzes. Erkannt wird, die Chancengleichheit von Frauen und Männern im öffentlichen Dienst ist noch nicht flächendeckend verbreitet. Vor einem Jahr berichtete die Landesregierung turnusgemäß über Fortschritte und Herausforderungen im Blick auf die Gleichstellung der Geschlechter. Sozialminister Klose bestätigte vorhandene strukturelle Barrieren, die es abzubauen gelte. So weit, so gut.

Bei aller Wertschätzung: Der Gesetzentwurf bewegt sich in kleinteiligen Schritten auf seine intendierte Zielsetzung hin. Redaktionelle Änderungen, Erstattung von Betreuungskosten bei Fortbildungsmaßnahmen und die Förde-

rung von Frauen in Führungspositionen sowie die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf gehen natürlich in die richtige Richtung. Doch gemessen daran, gehen die vor einem Jahr gemachten Vorschläge der verehrten Kolleginnen Brünnel, Gersberg, Knell und Ravensburg schon weiter.

Studien zeigen, selbst gleichgestellte Beziehungen rutschen nach der Geburt eines Kindes in das Versorgermodell. Anzusprechen gewesen wären auch steuerrechtliche Belange wie etwa der Zuverdienst durch einen zweiten Job oder eine Veränderung der Anrechnung von Kindererziehungs- und Pflegezeiten bei Rentenansprüchen betroffener Frauen.

Der Gesetzentwurf bleibt meiner Ansicht nach hinter seinen Möglichkeiten zurück. Wie es um die tatsächliche Chancengleichheit von Frauen steht, belegen Schwachstellen, die es zu beseitigen gilt. Denn über 50 % aller Frauen arbeiten in Teilzeit. Teilzeitbeschäftigte Frauen haben geringe Chancen bei der Besetzung von Führungspositionen. In Führungspositionen sind Frauen nur zu einem Viertel vertreten. Der Frauenanteil in der Wissenschaft sinkt mit jeder Karrierestufe. Auffällig mehr Frauen scheiden aus der Wissenschaft aus, werden schlechter bezahlt, arbeiten Teilzeit oder in befristeten Verträgen.

Abschließend: Weiter auszubauen ist eine geschlechtergerechte Personalentwicklung und -förderung, die sich in zeitgemäßen Arbeitszeitmodellen und dezentralen Arbeitsformen wiederfinden. Was die alltägliche Gleichstellung von Frauen betrifft, wird spätestens 2030 nachzubessern sein, will man auch dem vom Bund gesetzten Zeitrahmen gerecht werden. – Vielen Dank.

#### **Präsidentin Astrid Wallmann:**

Vielen Dank. – Als Nächster darf ich Frau Abg. Böhm von der Fraktion DIE LINKE das Wort erteilen.

#### **Christiane Böhm (DIE LINKE):**

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Frauenbeauftragte! Schön, dass Sie heute da sind. Und ja, Herr Minister, Sie haben das vorhin ausgeführt. Art. 3 Abs. 2 des Grundgesetzes sagt:

Männer und Frauen sind gleichberechtigt.

Aber ich möchte das fortführen. Der Artikel geht noch weiter:

Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.

Genau das ist der Auftrag, den die Hessische Landesregierung hat. Das sollte sie aber auch tun. Was macht sie daraus? Sie legt – ausnahmsweise einmal frühzeitig – einen Gesetzentwurf vor, spricht von „prägnanten Fortschritten“, von „strukturellen Barrieren, die abgebaut werden müssen“, gerade bei der beruflichen Entwicklung von Beschäftigten mit Familienaufgaben.

Was soll jetzt geändert werden? Ein paar Fundstellen werden umbenannt, Kosten durch Fortbildungsmaßnahmen für Kinderbetreuung oder Pflege können ersetzt werden, auch dann, wenn man unvorhergesehen bei Polizei oder Katastrophenschutz zum Dienst gerufen wird – wobei ich mir das schwierig vorstelle. Wenn man eine Woche im Ahr-



tal ist, gibt es noch nicht so viele professionelle Einrichtungen, wo man die Kinder vorbeibringen kann. Außerdem wird festgestellt, dass Stellenausschreibungen geschlechtsneutral erfolgen müssen. Das allerdings gibt bereits der § 1 des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes vor.

Mehr ist in dieser Gesetzesänderung nicht vorgesehen. Sie schaffen es nicht einmal, von der Geschlechterbinarität wegzukommen. Da frage ich Sie: Haben Sie Ihre eigene Evaluation im letzten Jahr nicht zur Kenntnis genommen? Da wird erwähnt, dass der Frauenanteil im öffentlichen Dienst deutlich wächst. Allerdings widerspricht der Anteil an Führungspositionen der vorgeblichen Wertschätzung gegenüber den weiblichen Beschäftigten. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist weiterhin weitgehend Frauensache.

Was sagte Herr Klose im letzten Jahr?

Die Chancengleichheit von Frauen und Männern im öffentlichen Dienst in Hessen ist noch nicht flächendeckend erreicht. Weiterhin bestehende strukturelle Barrieren müssen abgebaut und die gesetzlichen Regelungen konsequent angewandt werden – im Interesse der Frauen, aber auch im Interesse des öffentlichen Dienstes als einem attraktiven Arbeitgeber; ...

Er sagte noch:

Auf diesen Erfolgen werden wir uns aber keinesfalls ausruhen.

Über die Erfolge Ihres immer zahnloser werdenden Tigers HGIG lässt sich trefflich streiten. Aber dass die Landesregierung sich ausruht, ist allgemein bekannt.

(Beifall DIE LINKE)

Hätten Sie doch einmal den Frauenbeauftragten zugehört. Aber nein, Sie haben nicht einmal die Landesarbeitsgemeinschaft der Frauenbeauftragten bei dieser Regierungsanhörung berücksichtigt. Ich kann Ihnen gern erklären, warum das so wichtig ist. Die Stellungnahmen der Frauenbeauftragten, die über ihre Verwaltungsleitungen an die Spitzenverbände gehen, werden oft zensiert. Am Schluss steht das drin, was die eigene Verwaltung nicht in ein schlechtes Licht rückt. Was haben Sie denn von diesen geschönten Berichten? Nichts.

Deshalb bin ich der Landesarbeitsgemeinschaft Hessischer Frauen- und Gleichstellungsbüros außerordentlich dankbar, dass sie konsequent und entschieden das Sprachrohr tatsächlicher Gleichstellung in hessischen Dienststellen ist.

(Beifall DIE LINKE)

Die Realität sieht doch so aus, dass Frauenbeauftragte teilweise ohne Freistellung, sozusagen im Ehrenamt, tätig werden, dass sie gerade in kleinen Kommunen kein Budget zur Verfügung haben, dass es in vielen Dienststellen keine Frauenförder- und Gleichstellungspläne gibt. Wenn es diese nicht gibt, können auch keine Sanktionen erfolgen. Das Klagerecht ist dann zahnlos, genauso zahnlos wie die zentrale Stelle im Hessischen Ministerium für Soziales und Integration, die nicht weiterhilft. Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte werden nicht wiederbestellt, wenn sie unbequem sind. Damit wird ihnen sozusagen ein Maulkorb verpasst. Das ist die Realität. Wenn es keine Behördenleitungen gibt, die über die notwendige Überzeugung für eine wirkliche Gleichstellung verfügen, dann gibt es auch eine ganz schwierige Situation für die Frauenbeauftragten. Wenn wir auf den Goodwill in der Gleichberechtigung der

Geschlechter angewiesen sind, dann brauchen wir auch kein Gesetz, das gleiche Rechte garantieren soll.

Aber vielleicht interessiert Sie auch dieses – in Ihren Ohren oft – „Gleichberechtigungsgedöns“ nicht. Den Eindruck habe ich öfter in diesen Debatten. Wenn Sie aber die ganzen Aufgaben, die Sie, das Land und der Bund, ständig an die Kommunen delegieren, tatsächlich erledigt haben wollen, dann ist eine verstärkte Beteiligung von Frauen in den Ämtern, Behörden, Hochschulen und anderen Einrichtungen ein unbedingtes Erfordernis.

(Beifall DIE LINKE, Nadine Gersberg und Lisa Gnadl (SPD))

Das geht nur, wenn die Arbeitsbedingungen für die Mitarbeiterinnen akzeptabel und mit Familienarbeit vereinbar sind. Es gibt kaum noch Familien, die heute von einem Einkommen leben können. Es gibt auch wenige Frauen, die kein Interesse an beruflicher Tätigkeit und der damit verbundenen Anerkennung in der Gesellschaft haben. Bieten Sie die Voraussetzungen für gute Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst. Dann gibt es auch Menschen, die Ihre Gesetze umsetzen und für den sozialen Frieden in diesem Land sorgen.

(Beifall DIE LINKE)

Die Frauenbeauftragten haben Ihnen ein Weihnachtsgeschenk gemacht. Sie haben – mit juristischer Expertise – einen eigenen Gesetzentwurf erstellt, der zwar sehr umfangreich, aber aufgrund einer fast 30-jährigen Erfahrung fundiert ist. Ich frage die Landesregierung und die die Regierung tragenden Fraktionen: Weshalb arbeiten Sie nicht mit diesem Gesetzentwurf? Weshalb schieben Sie diese hervorragende Arbeit einfach auf die Seite? Weshalb interessiert Sie nicht, was die Frauenbeauftragten für Vorschläge haben? – Ihr Verhalten ist ein Zeichen von Arroganz und Ignoranz. Es ist Unvermögen, welches Sie damit zu kaschieren versuchen, dass Ihr Gesetzentwurf um diese Uhrzeit in einer Plenarsitzung versteckt wird, die sich mit Haushaltsthemen beschäftigt. Ich verstehe ja, dass dieser Gesetzentwurf gerade den grünen Frauen superpeinlich ist. Aber, liebe Frauen, dann bewegt euch doch endlich einmal, sodass diese Landesregierung die Gleichstellung der Geschlechter und damit den Auftrag aus dem Grundgesetz wirklich ernst nimmt.

(Beifall DIE LINKE)

Wir geben Ihnen die Chance dazu und bringen in das nächste Plenum einen Gesetzentwurf mit Änderungen zum Hessischen Gleichberechtigungsgesetz ein. Wir erwarten, dass die Anhörung im Ausschuss gemeinsam mit dem aufgerufenen Gesetzentwurf durchgeführt wird. Das geschieht im Interesse der Gleichstellung der Geschlechter und eines starken öffentlichen Dienstes mit guten Arbeitsbedingungen und starken Beschäftigten. Wenn Sie daran ein Interesse haben, folgen Sie unseren Vorschlägen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall DIE LINKE)

**Präsidentin Astrid Wallmann:**

Vielen Dank. – Als Nächster darf ich Frau Abg. Gersberg das Wort erteilen.

**Nadine Gersberg (SPD):**

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Noch immer verdienen Frauen wesentlich weniger als Männer. Noch immer übernehmen Frauen wesentlich mehr Care-Arbeit als Männer, noch immer ist die Altersarmut bei Frauen besonders groß, und noch immer fehlen Frauen in Spitzenpositionen, auch in vielen kommunalen Verwaltungen und auch in der Hessischen Landesregierung. Wenn wir Fortschritte machen, dann höchstens im Promillebereich.

Die internen Frauenbeauftragten der Städte, Kommunen und Landkreise sind unter anderem dafür da, die Umsetzung des HGIG zu überwachen. Bei ihnen kommen alle Themen zusammen, die Frauen in den kommunalen Verwaltungen beschäftigen. Sie schauen insbesondere auf das Personal und achten darauf, dass Frauen bei Stellenbesetzungen dieselben Chancen haben, dass sich der Frauenanteil in den Führungspositionen erhöht, dass es Frauenförder- und Gleichstellungsberichte sowie ein Monitoring gibt. Aber es geht auch um Diskriminierungen am Arbeitsplatz und immer wieder auch um Mobbing.

Ich möchte mich an dieser Stelle sehr herzlich bei den Mitarbeiterinnen in den Frauenbüros für ihre Arbeit bedanken, auch deshalb, weil ihre Arbeit häufig sehr schwer ist. Warum das so ist, darauf werde ich gleich noch zu sprechen kommen.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Wovon ich besonders beeindruckt bin: Viele dieser Frauenbüros sind ganz hervorragend untereinander vernetzt. Sie beraten sich in der Landesarbeitsgemeinschaft der Frauenbüros untereinander, und die Kommunikation läuft ausgezeichnet.

Wer wieder einmal nicht kommuniziert, ist das Sozialministerium. Ausgerechnet die LAG der Frauenbüros wurde zur Evaluierung des Gesetzentwurfes nicht direkt gehört. In der LAG arbeiten aber 20 Frauenbüros von Nord- bis Südhessen zusammen und tauschen sich aus. Sie wissen, woran es bei der Umsetzung des Hessischen Gleichberechtigungsgesetz hapert. Daher frage ich mich: Dieses Know-how interessiert Sie überhaupt nicht, Herr Klose? – Das ist für mich vollkommen unverständlich.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Gut ist aber, dass die Frauenbüros das nicht einfach auf sich sitzen lassen, das nicht einfach hinnehmen. Sie haben acht Monate lang zusammengearbeitet, 40 Mitarbeiterinnen haben sich immer wieder untereinander ausgetauscht und haben besprochen, was das Wichtigste wäre. Sie haben im Rahmen der Evaluation eine 33-seitige Stellungnahme beim Ministerium abgegeben. Wie war die Reaktion des Ministeriums? – Verwunderung, warum man von den Frauenbüros ein Papier vorgelegt bekomme. Ich wundere mich wirklich, warum da Verwunderung herrscht und die Frauen nicht ernst genommen werden.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Auch bei der Regierungsanhörung wurden die Frauenbüros nur mittelbar, über die Kommunalen Spitzenverbände, gehört. Es ist tatsächlich so, dass manchmal nicht ganz sicher ist, was die Verwaltungen an Stellungnahmen weitergeben – um es einmal vorsichtig zu formulieren.

Die Kommunikation mit dem Ministerium war auch während des Jahres mangelhaft. Das ist ein großes Problem.

Dort gibt es zwar eine Ansprechpartnerin für die Frauenbüros, aber das Problem ist: Die Mitarbeiterinnen wenden sich dorthin, rufen an, das Problem wird aufgenommen, aber es gibt nie eine wirkliche Rückmeldung. Es gibt nie eine Lösung oder auch nur den Versuch der Lösung eines Problems. Es gibt nur die Rückmeldung, dass das Problem angekommen ist. Ansonsten passiert nichts. Das ist ein großes Problem. So ist es eigentlich nicht gedacht. Bei all der fehlenden Kommunikation frage ich mich schon: Wie wichtig ist Ihnen die Arbeit der Frauenbeauftragten, wie wichtig ist Ihnen das HGIG? – Für mich ist das ein Zeichen der Missachtung der Arbeit der Frauenbüros in Hessen.

(Beifall SPD)

Es wurde schon darauf hingewiesen: Die Änderungen, die Sie jetzt vorgelegt haben, sind vollkommen unzureichend. Da haben wir zum einen viele Regelungen, die schon längst in Artikeln oder Urteilen festgelegt wurden, dass man z. B. Ausschreibungen in einer geschlechterneutralen Sprache formuliert, dass ein Recht auf Teilzeitbeschäftigung besteht, usw. Das wird in den Kommunen schon längst so gemacht, wie uns versichert wurde. Das ist nichts Neues.

Die Regelung zu Kinderbetreuungskosten, nun gut, ist wie Zuckerstreusel auf einem Eis, das es nicht gibt. Ich bin Mutter. Nehmen wir an, die Kinderbetreuungskosten würden übernommen, wie es im Gesetzentwurf steht, und es herrscht wieder einmal eine Corona-Pandemie: Wie soll das praktisch funktionieren? – Ich kann doch nicht sagen: Ich brauche eine Babysitterin für maximal 20 Tage im Jahr, ich weiß aber noch nicht, wann ich sie brauche, weil ich nicht weiß, wann die Pandemie ausbricht. – Wer kommt so zu einer Babysitterin? Niemand. Das ist also ziemlich unrealistisch. Nett gedacht, aber nicht richtig durchdacht.

(Beifall SPD)

Das Problem beim Hessischen Gleichberechtigungsgesetz ist Folgendes: Es gibt viele Landkreise und Städte, die sich wirklich Mühe geben, die die Sache voranbringen wollen, und das merkt man auch. Dort ist es dann so: Die Frauenbüros sind gut mit Personal ausgestattet, sie haben finanzielle Mittel, die Mitarbeiterinnen werden freigestellt, wie es vorgesehen ist, sie können an Fortbildungsveranstaltungen teilnehmen, und jährlich wird ein Frauenförder- und Gleichstellungsbericht geschrieben, vorgestellt und erläutert.

Aber es sind leider noch ein paar schwarze Schafe unterwegs; es sind leider gar nicht so wenige. Dort ist es tatsächlich so: Obwohl die Frauenbeauftragten freigestellt werden müssen, werden sie einfach nicht freigestellt, und es wird auch nicht überprüft, ob das der Fall oder nicht der Fall ist. Sie werden noch nicht einmal gefragt. Es gibt keine finanzielle Ausstattung, was dazu führt, dass sie, selbst dann, wenn es Möglichkeiten der Fortbildung gibt, gar nicht dorthin gehen können, weil sie keine Freistellung bekommen. Sie können daran also nicht teilnehmen und können sie auch nicht bezahlen.

Was ich völlig hanebüchen finde: Sie können noch nicht einmal entsprechende Fachliteratur, noch nicht einmal einen Kommentar bezahlen. Das wäre aber dringend nötig; denn der Gesetzestext ist viel zu unkonkret. Man braucht eine Kommentierung, damit man der Verwaltung irgendetwas vorlegen kann, wie der Gesetzestext gemeint ist, was man gegen Mobbing oder Diskriminierung machen könnte. – Die Verwaltungen, die nichts machen wollen,

sagen dann: Im Gesetzestext steht dazu nichts, also machen wir nichts. – Von daher gesehen, muss der Gesetzestext konkreter gefasst werden.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Ein großes Problem ist: Einige Gemeinden und Kreise stellen keinen Frauenförder- und Gleichstellungsplan auf, obwohl sie es machen müssen. Was die Frauenbeauftragten dann machen können: Sie schreiben Stellungnahmen, ermahnen immer wieder, aber jahrelang wird nichts aufgestellt. Ihnen bleibt nur der Klageweg. Es wurde aber schon gesagt: Wenn sie klagen, ist ihr Job bedroht. Dann werden sie nicht wiederbestellt, und das war es dann. – Das ist ein ganz schlechter Mechanismus, der natürlich nicht funktionieren kann.

(Beifall SPD)

Wir brauchen – neben einem konkreteren Gesetzestext – Personalmindeststandards, je nach Bevölkerungszahl und Fläche, eine Mindestausstattung an finanziellen Mitteln, die Möglichkeit, durch eine zu kontrollierende Freistellung an Fortbildungsveranstaltungen teilzunehmen, und Sanktionsmöglichkeiten, die wirklich greifen.

Ich finde, wir müssen auch schauen, ob man beim Bestellungsverfahren von Frauenbeauftragten nicht einen anderen Mechanismus einführen kann, z. B. die Wahl der Frauenbeauftragten durch das weibliche Personal einer Verwaltung. Außerdem muss es einen Schutz vor Kündigungen geben, wenn die Frauenbeauftragten die Rechte wahrnehmen, die sie haben.

(Beifall SPD)

Ich komme zum Schluss. Viele Verwaltungen in Hessen sind motiviert, mehr Gleichstellung zu schaffen. Andere sind vollkommen unmotiviert. Wichtig ist einfach – das hat auch Herr Klose eigentlich schon festgestellt –: Wir müssen zusehen, dass die Gleichstellung in die Fläche kommt, dass überall dieselbe Verve dahinter ist, die Gleichstellung wirklich herzustellen.

Ich hoffe, dass die Frauenbüros – wir werden sehr viele Frauenbüros zur Anhörung einladen – von Ihnen endlich wahrgenommen werden, dass Sie ihnen zuhören und Ihren Gesetzentwurf noch einmal überdenken. Vorsorgend werden wir aber auch einen eigenen Gesetzentwurf einbringen. – Vielen Dank.

(Beifall SPD)

#### **Präsidentin Astrid Wallmann:**

Vielen Dank. – Als Nächster darf ich Frau Abg. Knell von den Freien Demokraten das Wort geben.

#### **Wiebke Knell (Freie Demokraten):**

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ja, ich habe den Zwischenruf gehört – die Quote bei der FDP –: Wir setzen auf Qualität statt auf Quantität. Damit fahren wir eigentlich ganz gut.

(Beifall Freie Demokraten)

Nichtsdestotrotz könnten wir noch mehr Frauen haben. Seit dem Parteitag am Samstag haben wir daher auch fünf Frauen unter den ersten zwölf. Darüber bin ich ganz froh.

Aber die komischen Beiträge zu den Quoten, die hier immer kommen, finde ich, ehrlich gesagt, nicht richtig;

(Beifall Freie Demokraten)

denn die Gleichberechtigung von Frauen und Männern ist uns Freien Demokraten ein Herzensanliegen. Feministische Anliegen sind nämlich im Grunde genommen liberale Anliegen. Wir möchten, dass Frauen und Männer gleichbehandelt werden. Jede Art der Diskriminierung ist für uns unakzeptabel und eine Einschränkung der Freiheit der Einzelnen.

(Beifall Freie Demokraten)

Wir treten für eine politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Emanzipation der Frauen ein. Gesetzestexte sind natürlich wichtig, um existierende Ungerechtigkeiten aus dem Weg zu räumen; zugleich ist man damit aber nicht in der Lage, gesellschaftliche Veränderungen zu bewirken. Als Freie Demokraten werden wir nicht müde, das zu betonen, sei es hier oder auch im Zusammenhang mit einem Antidiskriminierungsgesetz. Gesetze sind ein Spiegel der Gesellschaft; denn die sind nun einmal von Menschen gemacht. Das bedeutet vor allem auch, dass die Landesregierung ihre Bemühungen um die Gleichberechtigung nicht auf einen solchen Gesetzestext beschränken darf und kann.

(Beifall Freie Demokraten)

Ich halte z. B. geeignete Sensibilisierungsmaßnahmen bezüglich unbewusster Vorurteile für zentral; denn es bringt uns am Ende nichts, wenn wir Zielvorgaben für mehr Frauen in Führungspositionen verabschieden und dann doch an veralteten Rollenbildern, die vor allem Frauen einschränken, festhalten.

Werte Landesregierung, erlauben Sie mir einen Appell, der sowohl die Frauen und Männer im öffentlichen Dienst in Hessen als auch darüber hinaus alle in Hessen lebenden Eltern betrifft: Die Gleichberechtigung von Frauen hierzulande ist ganz entscheidend davon abhängig, dass wir ihre wirtschaftliche Emanzipation ermöglichen. Die Voraussetzung für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist vor allem ein flächendeckender Ausbau der Kinderbetreuung. Da ist Hessen total schlecht aufgestellt.

(Beifall Freie Demokraten)

Das schadet nicht nur den Frauen selbst, sondern vor allem auch Hessen als Land. Wir haben einen Fachkräftemangel, und wir können es uns nicht leisten, auf gut qualifizierte Frauen zu verzichten.

Aber zurück zum Gesetzentwurf: Grundsätzlich begrüßen wir einen Großteil der Änderungen. Dass wir Stellenausschreibungen inklusiver formulieren, ist mit Sicherheit ein richtiger Schritt. Auch die Möglichkeit, das Homeoffice gesetzlich zu verankern, ist sinnvoll; denn so werden Beschäftigten mit Familie und Sorgepflichten mehr Flexibilität und mehr Zeit für Angehörige gewährt, und sie brauchen weniger Zeit im Auto zu verbringen. Die Erstattung von Betreuungskosten in besonderen Einsatzlagen – hier sind vor allem Polizistinnen und Polizisten zu nennen – begrüßen wir ebenfalls, um wirklich in allen Bereichen eine bestmögliche Gleichberechtigung zu erzielen.

Es gibt zwei Stellschrauben, die mir zentral erscheinen, die aber unzureichend berücksichtigt werden. Das ist zum einen die Frage, wie wir sicherstellen können, dass Frauenbeauftragte nicht nur die sachliche und personelle Ausstattung erhalten, die sie benötigen, sondern dass ihre Arbeit

auch wertgeschätzt, gewürdigt und bekannt wird. Viel zu oft werden Frauenbeauftragte und ihre wertvolle Arbeit abgewertet. Das finde ich inakzeptabel, und auch daran muss sich dringend etwas ändern.

(Beifall Freie Demokraten)

Die andere Frage ist, ob man nicht auch eine Ombuds- oder Clearingstelle benötigt; denn der Austausch mit Verbänden hat gezeigt, dass hier ein Bedarf existiert, beispielsweise wenn es darum geht, Unklarheiten bei der Anwendung des Gesetzes zu beseitigen oder auf die Verletzung der Beteiligungsrechte von Frauenbeauftragten zu reagieren.

In diesem Sinne freue ich mich auf die Anhörung im Ausschuss und vor allem darauf, die Fachmeinung der Expertinnen und Experten zu hören. – Vielen Dank.

(Beifall Freie Demokraten)

#### **Präsidentin Astrid Wallmann:**

Vielen Dank. – Als Nächster darf ich der Abg. Brünnel von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort erteilen.

#### **Silvia Brünnel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Vielleicht zunächst ein Wort zu Herrn Enners von der AfD: Es ist schon erstaunlich, dass Sie jetzt die Rolle des frauenpolitischen Sprechers übernommen haben.

(Dr. Frank Grobe (AfD): Das ist divers!)

Ich vermute, es liegt am Fehlen einer frauenpolitischen Sprecherin; die ist Ihnen abhandengekommen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Volker Richter (AfD): Frau Papst-Dippel ist krank!)

Seit 1949 – wir haben es schon gehört – ist in Art. 3 Abs. 2 in unserem Grundgesetz verankert: „Männer und Frauen sind gleichberechtigt.“ 1994 wurde dieser Satz um einen ganz entscheidenden Passus erweitert, wie wir eben von Frau Böhm gehört haben:

Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.

Das ist ein Verfassungsauftrag, und es ist schon interessant, dass er hier als eine strukturelle Benachteiligung von Männern ausgelegt wird.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Fakt ist aber auch – das gehört zur Wahrheit dazu –, dass Frauen, obwohl rechtlich gleichgestellt, in der Realität immer noch benachteiligt werden. Und ja, es ist und bleibt weiterhin unsere Aufgabe, das zu ändern. Seit 104 Jahren haben wir das Frauenwahlrecht, und leider gibt es immer noch keine Parität in unseren Parlamenten. Liebe Frau Knell, wir arbeiten daran, dass es mehr Parität in den Parlamenten gibt. Wir GRÜNE setzen mit unserer Quote auf Qualität und Quantität, und ich glaube, damit fahren wir sehr gut.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf Freie Demokraten)

Wir haben viel erreicht. Wir haben mit dem Mutterschutzgesetz im Jahr 1952 einiges erreicht, wir haben mit dem Gleichberechtigungsgesetz im Jahr 1958 viel erreicht, wir haben durch die Reform des Ehe- und Familienrechts 1977 viel erreicht, und wir haben durch das Hessische Gleichberechtigungsgesetz im Jahr 1994 viel erreicht, das 2016 grundlegend novelliert wurde. Trotzdem – das muss man hier auch ganz klar sagen – sind wir weit davon entfernt, uns entspannt zurücklehnen zu können. Laut dem „Global Gender Gap Report“ brauchen wir 132 Jahre, und zwar weltweit, bis die Gleichstellung erreicht wird. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, wir sind uns darin einig, dass das entschieden zu lang ist.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das bedeutet natürlich auch, dass wir unsere Gesetze novellieren und nachbessern müssen. Genau deshalb beginnt heute die Debatte über das HGIG. Die Frage wird sein, welche Änderungen vorgenommen werden müssen, damit das HGIG eine bessere und schnellere Wirkung erzielt: Bedarf es mehr Sanktionen oder doch gezielter Förderungen von Maßnahmen, die dem Abbau der Chancenungleichheit dienen? Braucht es die Konkretisierung eines Leitprinzips oder eine gendergerechte Bewusstseinsbildung? Ober müssen strukturelle Barrieren Schritt für Schritt abgebaut werden, damit das zu einem gesamtgesellschaftlichen Veränderungsprozess beiträgt?

Die Widerstände, wenn es um die Umsetzung der Geschlechtergerechtigkeit geht, können sehr vielfältig sein. Das wissen wir aus dem sechsten Bericht zur Umsetzung des HGIG. Tradierte Rollenbilder und geschlechtsspezifische Aufgabenteilungen müssen aufgebrochen und überwunden werden, um eine Gleichstellung zwischen den Geschlechtern sicherzustellen, und das darf sicherlich nicht nur im privaten Kontext der Fall sein.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn wir wirklich etwas erreichen wollen in puncto Geschlechtergerechtigkeit, müssen wir einerseits die entsprechenden Gesetze auf den Weg bringen – und das auf allen Ebenen – und andererseits für grundlegende gesellschaftliche Veränderungen werben. Sonst werden wir immer hinter unseren Erwartungen zurückbleiben. Die entscheidende Frage in der Debatte über das HGIG wird also nicht sein, ob wir bereits dort angekommen sind, wo wir hinkommen wollen, sondern ob wir die richtigen Stellschrauben erkannt haben, um strukturelle Benachteiligungen von Frauen zu beheben. Ich glaube, allein dadurch, dass wir in den ersten Paragraphen aufgenommen haben, „strukturelle Benachteiligungen von Frauen“ beheben zu wollen, haben wir einen ersten Schritt in die richtige Richtung getan und einen Fokus darauf gelegt, wohin wir gehen und wo wir etwas nachbessern wollen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Ich bedanke mich auch dafür, dass heute Vertreterinnen der Landesarbeitsgemeinschaft anwesend sind, mit denen wir seit einigen Wochen im Austausch sind. Wir haben ihnen schon in der Debatte gesagt, dass das heute die erste Lesung ist, dass wir sicherlich auch noch Anhörungen – schriftlicher und mündlicher Art – haben und den Gesetzentwurf in weiteren Lesungen beraten werden und dass er jetzt auf den Weg gebracht worden ist. – Ich sage aber auch: Ob ein anderer Gesetzentwurf, der 81 Paragraphen umfasst und am 03.11.2022, also gerade erst, öffentlich erschienen ist, die notwendigen, richtigen Stellschrauben

identifiziert, bedarf ebenfalls der genauen Betrachtung, so, wie auch wir auf unseren Gesetzentwurf schauen werden.

Auch wenn sich in den letzten Jahren viel bewegt hat, sage ich jetzt hier – das hat auch Herr Klose schon gesagt –, dass die Chancengleichheit von Frauen und Männern im öffentlichen Dienst noch nicht erreicht und noch lange nicht auf allen Ebenen erreicht ist. Wir müssen die Förderung von Frauen in Führungspositionen stärken; und wir müssen die berufliche Entwicklung von Beschäftigten mit Familienaufgaben noch einmal ganz klar in den Fokus rücken.

Mit der letzten Novellierung ist einiges in die Richtung getan worden, und zwar die Stärkung der Rechte der Frauenbeauftragten, die Einführung des Organklagerechts – wir haben es eben schon gehört – und die rechtssichere Präzisierung der Freistellung für Frauenbeauftragte. Die sind ins Gesetz mit aufgenommen. Diese Änderungen haben auch Wirkung erzielt. Aber ja, an mancher Stelle – das muss ich auch sagen – muss man dann auch die Verantwortlichen in den Kommunen zur Verantwortung rufen. An mancher Stelle wurde es nicht eingehalten. Ich glaube, da bedarf es eines Schulterchlusses, aber auch deutlicher Worte in den einzelnen Gebietskörperschaften.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Claudia Ravensburg (CDU))

Insbesondere durch die gezielten Förderungen von Frauen mit Vorgesetzten- und Leitungsaufgaben, durch die Verbesserungen der Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen – auch für Teilzeitbeschäftigte – können sicherlich weitere Fortschritte erzielt werden.

Das, was eben so lapidar weggewischt wurde – auch von Frau Gersberg –, dass jetzt Betreuungsaufgaben durchaus erstattet werden, finde ich einen ganz wichtigen Punkt; das muss ich Ihnen sagen. Wenn man es sich tatsächlich erstatten lassen kann, dass man nicht in der Lage ist, sein Kind zu den Regelzeiten in die Kita zu geben, ist das ein Schritt in die richtige Richtung. Wir stärken damit tatsächlich auch die Möglichkeit, dass Frauen ihre Aufgaben wahrnehmen können. Aber ich sage auch ganz klar: Die Denke ist schon falsch, wenn wir nur davon ausgehen, dass Frauen dann ihre Aufgaben wahrnehmen; denn eigentlich sind es auch die Aufgaben der Männer und der Väter.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt CDU und Rolf Kahnt (fraktionslos))

Wir haben die geschlechterneutrale Ausschreibung der Stellen – auch wenn man es der AfD vielleicht an anderer Stelle noch einmal erklären muss; die Redezeit ist mir dafür zu schade – und die Wahl des Arbeitsortes, die noch einmal ganz klar hinterlegt worden ist, die maßgeblich dazu beiträgt, wie gut die Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf dann tatsächlich auch funktionieren kann.

Ich will jetzt nicht noch einmal alles anreißen, was eben schon einmal aufgeworfen worden ist und was alles in den Änderungen mitgefasst worden ist. Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich abschließend sagen, dass Geschlechtergerechtigkeit das Kernstück unserer Demokratie ist und dass Feminismus und Debatten über geschlechtergerechte Politik kein Gedöns sind, sondern notwendig, um Frauenrechte und Menschenrechte weltweit zu stärken.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt CDU und Rolf Kahnt (fraktionslos))

Wir wollen und müssen in der Gleichstellungsfrage noch deutlich besser werden. Einigkeit herrscht darüber, dass der öffentliche Dienst in Hessen auch weiterhin eine Vorbildfunktion einnehmen sollte. Über die Maßnahmen und über die gesetzlichen Regelungen, wie uns das am besten gelingen kann, werden wir sicherlich noch nach den Anhörungen ausführlich beraten.

In diesem Sinne freue ich mich auf die Anhörung, auf die weiteren Beratungen im Ausschuss und auch weiterhin auf den konstruktiven Dialog mit Ihnen, den Vertreterinnen und Vertretern der Arbeitsgemeinschaft hier in Hessen. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt CDU und Rolf Kahnt (fraktionslos))

### **Präsidentin Astrid Wallmann:**

Vielen Dank.

Wir sind am Ende der Rednerliste angekommen und überweisen den Gesetzentwurf zur Vorbereitung der zweiten Lesung vereinbarungsgemäß an den Sozial- und Integrationspolitischen Ausschuss.

Somit rufe ich nun **Tagesordnungspunkt 12** auf:

### **Dritte Lesung**

### **Gesetzentwurf**

### **Landesregierung**

### **Dreizehntes Gesetz zur Änderung des Hessischen Schulgesetzes**

– **Drucks. 20/9600** zu **Drucks. 20/9456** zu **Drucks. 20/8760** –

Ich darf zunächst Herrn Dr. Falk von der CDU-Fraktion das Wort zur Berichterstattung erteilen.

### **Dr. Horst Falk, Berichterstatter:**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Kulturpolitische Ausschuss empfiehlt dem Plenum, den Gesetzentwurf unter Berücksichtigung des Änderungsantrags der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucks. 20/9583, in dritter Lesung anzunehmen: CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen SPD, AfD, DIE LINKE, Enthaltung Freie Demokraten.

Bericht: Der Gesetzentwurf war dem Kulturpolitischen Ausschuss in der 120. Plenarsitzung am 17. November 2022 nach der zweiten Lesung zur Vorbereitung der dritten Lesung überwiesen worden. Der Kulturpolitische Ausschuss hat den Gesetzentwurf in seiner 56. Sitzung am 23. November 2022 beraten und die eben wiedergegebene Beschlussempfehlung an das Plenum ausgesprochen. Zuvor wurde der Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucks. 20/9560, mit den Stimmen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, AfD gegen SPD, DIE LINKE bei Stimmenthaltung der Freien Demokraten abgelehnt. Der Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucks. 20/9583, wurde mit den Stimmen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die AfD bei Stimmenthaltung von SPD, Freien Demokraten und DIE LINKE angenommen.

Ich verzichte auf das Verlesen der 21-seitigen Anlage.

(Heiterkeit – Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt SPD, DIE LINKE und Robert Lambrou (AfD) – Zuruf: Danke!)

**Präsidentin Astrid Wallmann:**

Vielen Dank, Herr Dr. Falk. – Zu diesem Gesetzentwurf liegt ein Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE vor:

**Änderungsantrag  
Fraktion DIE LINKE  
– Drucks. 20/9648 –**

sowie ein Dringlicher Antrag der Fraktion der Freien Demokraten:

**Dringlicher Antrag  
Fraktion der Freien Demokraten  
Informatik zum Pflichtfach machen – für ein zukunftsorientiertes Schulsystem  
– Drucks. 20/9670 neu –**

Die Fraktion der Freien Demokraten hat mir zudem mitgeteilt, dass über den Dringlichen Antrag ebenfalls abgestimmt werden soll. – Das bestätigen Sie durch Nicken; prima.

Nun darf ich Herrn Dr. Falk als erstem Redner das Wort erteilen. Sie haben das Wort; fünf Minuten Redezeit.

**Dr. Horst Falk (CDU):**

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir treffen uns heute zur dritten und abschließenden Lesung zum Hessischen Schulgesetz. Ich möchte an der Stelle dem Hessischen Kultusministerium mit Prof. Alexander Lorz an der Spitze ganz herzlich für den Gesetzentwurf danken und dem Justizministerium mit Prof. Roman Poseck an der Spitze für die rechtsstaatliche Prüfung, was für mich eine sehr wichtige Aufgabe ist. Ich bin froh, dass andere Menschen machen und nicht ich. Das ist, glaube ich, sehr viel Fleißarbeit, aber auch sehr wichtig für unseren Rechtsstaat. Ich möchte den Anzuhörenden ganz herzlich danken für ihre Anregungen und auch der Opposition für ihre Begleitung in diesem Gesetzgebungsverfahren.

Wir gestalten die Vorgaben für die Digitalisierung des Schul- und Bildungswesens so, dass der Einsatz neuer Medien einer zeitgemäßen Unterrichtsgestaltung entspricht und datenschutzkonform umgesetzt werden kann. Wir regeln die Förderung des Ganztagsausbaus und die Möglichkeiten für Schulträger, dem steigenden Bedarf an ganztägiger Betreuung gerecht zu werden und diese organisieren zu können.

Die Schulträger können in Zukunft zur Erfüllung des Rechtsanspruchs auch ohne Antrag der Schulkonferenz Schulen zu Schulen mit Ganztagsangeboten entwickeln. Das ist ein wichtiger Schritt zur Erfüllung des Rechtsanspruchs und zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

(Vereinzelter Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich glaube, es ist wichtig, dass wir die Voraussetzungen und die Rahmenbedingungen schaffen. Daher ist das auch ein Beitrag zur Sozialpolitik, dass Familien, dass Menschen ihr Leben so gestalten können, wie das nach ihren

Vorstellungen richtig ist. Dazu gehört es auch, dass Grundschulkindern eine Betreuung erfahren können.

Wir optimieren die Möglichkeit des Übergangs zwischen Schule und Beruf – ein wichtiger Abschnitt, der von uns begleitet und gestaltet werden muss. Um die Alltagskompetenz der Kinder und Jugendlichen zu stärken, nehmen wir die Themen Verbraucherschutz und Finanzbildung als besondere Bildungs- und Erziehungsaufgaben mit in die Lehrpläne auf.

Ebenso haben wir den Brandschutz als besondere Bildungsaufgabe in das Hessische Schulgesetz aufgenommen. Wir brauchen unsere hessischen Feuerwehren – gerade im Winter, wenn es Unfälle gibt, weil es schneit, oder wenn der Tannenbaum brennt.

(Beifall CDU und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Vielen Dank. – Wir stärken deshalb auch die Kooperation der Schulen mit den Feuerwehren und anderen Hilfsorganisationen. Mit dieser Novelle wird das Hessische Schulgesetz den Anforderungen an ein qualitätsorientiertes und zeitgemäßes Bildungssystem gerecht. Es greift Zukunftsfragen wie die Digitalisierung auf. Es nimmt die Schülerinnen und Schüler in den Blick und weist den Weg hin zu einer zeitgemäßen Unterrichtsgestaltung.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir werden mit diesem Gesetzentwurf eine Belegverpflichtung für das Fach Politik und Wirtschaft für beide Jahre der Qualifikationsphase einführen. Damit stärken wir die Kompetenzen in diesem wichtigen Bereich. Im zweiten Jahr der Qualifikationsphase kann das Fach PoWi durch Geografie ersetzt werden, wenn es von Beginn der Einführungsphase an belegt wurde, was impliziert, dass wir auch das Fach Erdkunde umbenennen wollen in das Fach Geografie, weil es seiner Bedeutung gerechter wird und auch ein Wunsch des Verbandes der Geografen war.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lassen Sie mich noch ein paar Takte zu den Anträgen sagen, die hier mit aufgerufen werden. Liebe Frau Kula, ich teile Ihre Auffassung, dass wir in der nächsten Zeit schauen müssen, dass möglichst viele Schülerinnen und Schüler ein kostenloses Schülerticket erhalten und mit öffentlichen Verkehrsmitteln zur Schule kommen können. Aber wir können das nicht von heute auf morgen und nicht für alle machen, die in irgendeine Einrichtung gehen, die sich irgendwie als „Schule“ bezeichnet. Für die Oberstufe haben wir das z. B. noch nie gemacht. Ich glaube, wenn man die Geschichte des ÖPNV verfolgt, kann man feststellen, dass es einen Trend hin zu günstigeren Tarifen gibt – hin zum Jobticket, Landesticket usw. Ich glaube, dass sich dieser Trend in den nächsten Jahren fortsetzen wird. Aber wir können das heute nicht entscheiden; denn das betrifft die Schulträger, dass wir den Schulträgern sagen: Ihr müsst jetzt für alle Schülerinnen und Schüler in eurem Landkreis, in eurer Stadt die Beförderungskosten für die Schülerinnen und Schüler bezahlen.

(Stephan Grüger (SPD): Das wäre doch einmal eine gute Idee, wenn das Land das machen würde!)

**Präsidentin Astrid Wallmann:**

Herr Dr. Falk, ich darf Sie an die Redezeit erinnern.



**Dr. Horst Falk (CDU):**

Ist sie schon um? – Vielen Dank für Ihr Verständnis, Frau Präsidentin; denn ich habe in der letzten Sitzung gelernt: Dann kann man noch eine Minute lang reden.

(Heiterkeit)

**Präsidentin Astrid Wallmann:**

Herr Dr. Falk, ich habe diesen Hinweis gegeben, weil es nach meinem Verständnis nicht noch für eine Minute reicht. Also, ich würde Sie bitten, zum Schluss zu kommen.

**Dr. Horst Falk (CDU):**

Ich wollte noch meinem lieben Kollegen Herrn Promny einen Satz zurufen – wenn ich das darf –, der gleich sagen wird, dass wir den Informatikunterricht ganz dringend bräuchten, weil wir keinen hätten. Das ist so nicht richtig. Ich empfehle hierzu das Buch mit dem Titel „Wie reitet man ein totes Pferd?“ Schauen Sie dort, bitte, einmal hinein. Ansonsten haben wir unser schönes Schulfach „Digitale Welt“, das wir demnächst ausrollen werden. – Vielen Dank.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsidentin Astrid Wallmann:**

Ich wollte jetzt zuerst Frau Kula drannehmen. – Entschuldigung, Herr Degen, aber Sie sind als Nächster dran. Oder ist Frau Kula einverstanden? Ist das in Ordnung?

(Elisabeth Kula (DIE LINKE): Ja, dann machen wir das so!)

– Dann machen wir das doch so. – Dann kommt als Nächster Herr Degen von der SPD-Fraktion.

(Christoph Degen (SPD): Ich hatte doch abgegeben!)

– Ich hatte Frau Kula vorgezogen, weil es einen Änderungsantrag der LINKEN gibt, damit dies ein transparentes Verfahren ist. Aber wenn sich hier alle einig sind, dann haben Sie, Herr Degen, jetzt das Wort.

**Christoph Degen (SPD):**

Ganz herzlichen Dank, Frau Präsidentin. Das ist heute für mich das schönste Nikolausgeschenk.

(Zurufe SPD: Oh!)

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe, glaube ich, kein Problem, mich an die fünf Minuten Redezeit zu halten; denn in dem Gesetzentwurf steht nach wie vor nicht so viel drin. Daran ändert auch der Änderungsantrag nichts. Klar, es ist absolut richtig, dass die Brandschutzerziehung gestärkt werden soll. Es ist sicherlich auch in Ordnung, dass künftig „Geografie“ statt „Erdkunde“ auf dem Stundenplan steht; unter dem Strich ändert das alles aber nicht so viel.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Bei den wesentlichen Themen, die wir mit unserem Änderungsantrag benannt, den Sie aber leider abgelehnt haben,

wie die Umsetzung des Rechtsanspruchs sowie die Frage: „Wie statte ich wirklich alle Schülerinnen und Schüler mit digitalen Endgeräten aus?“, ändert sich nichts. Deswegen gilt für diesen Gesetzentwurf im Grunde das Motto: Bei Kosten und Zuständigkeiten fragen Sie, bitte, die Schulleitung und deren Schulträger, bloß nicht den Kultusminister.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

All dies ist ein bisschen enttäuschend, zumal es ein Regierungsentwurf ist. Es gab bereits eine Regierungsanhörung, es gab dann eine erste und zweite Lesung; und erst dann hat die Koalition gemerkt, dass sie noch etwas zu ändern hat. Das ist okay, aber besser wurde es am Ende eben nicht. Richtig bleibt dennoch – das habe ich bereits in der zweiten Lesung gesagt, wahrscheinlich auch in der ersten –, dass künftig Demokratiebildung, Politik und Wirtschaft oder Geografie bis zum Abitur verpflichtend sein sollen. Das ist richtig und wichtig, um die jungen Leute zu stärken, besser auf Fake News zu reagieren – in einer Welt, in der gerade von rechts immer mehr Populismus kommt. Daher ist es richtig, Politik und Wirtschaft bis zur 13. Klasse durchzuführen.

(Beifall SPD und DIE LINKE)

Aber ich komme noch einmal zu den beiden Baustellen zurück, wo wir meinen, dass nicht genug geregelt wird, quasi auf das Zukunftsweisende. Das eine ist eben die Umsetzung des Rechtsanspruchs auf den Ganztag. Der Ministerpräsident hat vorhin – jetzt ist er leider nicht da – zu seiner Regierungserklärung gesagt: versprochen – gehalten. Er hat sich schon damals, bei seiner ersten Regierungserklärung, sehr stark für Ganztagschulen ausgesprochen. Ich glaube, er hat in einem Interview sogar gesagt, er wolle für Ganztagschulen kämpfen. Meine Damen und Herren, jetzt habe ich mir den Änderungsantrag noch einmal genau angeschaut. In diesem geht es darum, dass konkretisiert wird, wie dieser Rechtsanspruch umgesetzt werden soll. Ich darf einmal aus diesem Änderungsbefehl zitieren. Dort steht:

Spricht sich die Schulkonferenz im Rahmen der Anhörung gegen die Entwicklung der Schule zu einer Schule mit Ganztagsangeboten aus, soll die Schulaufsichtsbehörde nach Möglichkeit auf ein Einvernehmen aller Beteiligten hinwirken.

Das ist ein sehr kraftvoller Ausdruck der Landesregierung, um sich für mehr Ganztagschulen einzusetzen: „nach Möglichkeit ... hinwirken“, vielleicht, wenn es irgendwie geht, in Einigkeit. Das ist alles; es gibt überhaupt keinen Impuls für mehr Ganztagschulen in Hessen.

(Beifall SPD)

Die Verantwortung wird nach wie vor auf die Schulträger abgeschoben. Sie haben nicht einmal unseren Impuls aufgenommen, zu sagen, dass dies die gemeinsame Verantwortung von Schulträgern und Land ist. Das haben Sie nicht aufgenommen, sondern schieben die Verantwortung nach wie vor nach unten ab. Ich halte es nach wie vor für falsch, dass am Ende neue Horte gebaut werden müssen, wo die Schülerinnen und Schüler eigentlich an einer Ganztagsgrundschule sein könnten.

Genauso fehlt es Ihnen an der Kraft, zu sagen: Wir wollen in Hessen eine echte digitale Lernmittelfreiheit einführen, zumindest schrittweise. – Wir werden dies anhand der Haushaltsanträge noch sehen und morgen noch einmal diskutieren. Dazu fehlt Ihnen ebenfalls die Kraft; stattdessen

bleibt es maximal bei einer Förderung für Kinder aus sozial schwachen Verhältnissen.

Deswegen bleiben wir dabei: Wir können Ihrer Schulgesetznovelle so nicht zustimmen; denn sie ist kraftlos, sie bringt keine Aussagen, außer Bekenntnisse zu Finanzbildung und Verbraucherschutz. Das ist alles richtig, genauso wie die Förderung der Gesundheitskompetenz sowie Schutzkonzepte gegen sexuellen Missbrauch. All dies hinterlegen Sie bisher aber nicht mit Finanzmitteln. Ich weiß, dies hat im Schulgesetz gar nicht so viel zu suchen; aber so, wie wir Schwarz-Grün kennen, wird sich daran auch in Zukunft nichts ändern. Es gibt immer mehr Arbeit für die Schulen, ohne dies wirklich zu finanzieren. Deswegen lehnen wir die Schulgesetznovelle ab. Beim Änderungsantrag werden wir uns enthalten.

Zu den beiden Änderungsanträgen, die von den LINKEN und den Freien Demokraten noch ganz kurzfristig eingebracht wurden: Sie thematisieren beide richtige Bereiche. Klar macht es Sinn, mehr Informatik an die Schulen zu bringen; und klar sind wir mit dabei, dass auch die Schülerbeförderung kostenfrei sein sollte. Ich glaube, diese in aller Kürze zur dritten Lesung eingebrachten Initiativen verdienen etwas mehr Debatte. Deswegen werden wir uns hierzu enthalten. – Meine Damen und Herren, ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit und bin damit noch in der Zeit.

(Anhaltender Beifall SPD)

#### **Präsidentin Astrid Wallmann:**

Vielen Dank, Herr Degen. Das war mit fünf Minuten exakt eine Punktlandung. – Jetzt darf ich Frau Kula, Fraktionsvorsitzende der Fraktion DIE LINKE, das Wort geben.

#### **Elisabeth Kula (DIE LINKE):**

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Heute beraten wir die Novellierung des Schulgesetzes in dritter Lesung; und heute wird dieses wohl leider ohne wichtige Veränderungen verabschiedet. Dabei hat die Anhörung die massive Kritik der Landesschülervertretung, des Landeselternbeirats, der Beschäftigten und der Kommunalen Spitzenverbände zum Ausdruck gebracht und auf dringend erforderliche Nachbesserungen aufmerksam gemacht. Sie haben dann kurz vor der letzten Sitzung des Kulturpolitischen Ausschusses – apropos Kurzfristigkeit – einen Änderungsantrag vorgelegt, der sich vor allem relativ kleinteilig mit kosmetischen Änderungen und einigen Verbesserungen für Elternbeiräte beschäftigt.

Die drei zentralen Kritikpunkte an dem Gesetzentwurf greifen Sie aber auch mit dem Änderungsantrag entweder nicht oder vollkommen fehlgeleitet auf. Schülertablets sollen weiterhin nicht unter die Lernmittelfreiheit fallen; dabei steht diese sogar in unserer Verfassung und muss nach unserer Ansicht als LINKE sowie aus Sicht vieler Anzuhörender auch im digitalen Zeitalter vollumfänglich gelten. Die Landesregierung hat sich aber dafür entschieden, die Lernmittelfreiheit weiter zu schleifen. Für die Endgeräte bleiben die Schülerinnen und Schüler bzw. deren Eltern zuständig. Das ist sozial ungerecht und fördert die Ungleichheit im Bildungssystem, die wir doch dringend abbauen müssten. Es geht also genau in die falsche Richtung, meine Damen und Herren.

(Beifall DIE LINKE)

Wir werden deswegen auch einen entsprechenden Haushaltsantrag einreichen. Die SPD-Fraktion hatte einen entsprechenden Änderungsantrag für diesen Gesetzentwurf vorgelegt, den wir unterstützt haben. Wir finden uns nämlich nicht damit ab, dass Kinder aus Familien mit geringem Einkommen nicht in demselben Maß am Unterricht teilhaben können sollen, weil sie ein älteres, günstigeres und vielleicht langsames Gerät dabei haben.

Wichtig für mehr Bildungsgerechtigkeit ist auch eine gut ausgebaute und qualitativ hochwertige ganztägige Betreuung an unseren Schulen. Mit dem vom Bund beschlossenen Rechtsanspruch auf einen Ganztagsschulplatz an Grundschulen ab 2026 geht eine Verantwortung für das Land einher, diesen auch flächendeckend bis dahin umzusetzen. Immerhin haben Sie in Ihrem Änderungsantrag das Thema jetzt aufgegriffen. Ihre Maßnahmen sind aber leider eine Verschlimmbesserung.

So, wie sich die zwei Sätze, die Sie zum Ganzttag eingefügt haben, lesen, ist genau das eingetreten, was Kultusminister Lorz seit Jahren praktiziert, nämlich die Verantwortung auf die Schulträger und Kommunen abzuwälzen. Laut Ihrem Änderungsantrag sollen die Schulträger den Anspruch sowie die gesamte Planung drum herum umsetzen, und das Land ist dabei fein raus. Das wird nicht nur zu viel Unmut vor Ort führen, sondern auch einen großen Flickenteppich als Ergebnis haben. Nein, dieser Kultusminister muss beim Ausbau des Ganztags endlich Verantwortung für die Umsetzung, Planung und auch Finanzierung übernehmen. So, wie Sie sich das vorstellen, geht das leider schief, meine Damen und Herren.

(Beifall DIE LINKE)

Wir haben als LINKE auch noch einen Änderungsantrag eingebracht. Ein Thema, das in der Anhörung eine große Rolle gespielt hat, wurde bisher überhaupt nicht aufgegriffen. Wir wollen den § 161 des Schulgesetzes ändern, in dem es um das Schülerticket geht. Bisher ist es so, dass Schülerinnen und Schüler, die näher als 2 bzw. 3 km von ihrer Schule entfernt wohnen, das Schülerticket selbst bezahlen müssen, also 365 € im Jahr. Das ist willkürlich, und das haben wir immer kritisiert.

Wir wollen das jetzt ändern, dass sowohl diese willkürliche Kilometerregelung wegfällt als auch Schülerinnen und Schüler der Oberstufe das Ticket erstattet bekommen. Das ist schon lange ein Thema. Eine Petition, die 2016 gestartet wurde, wurde von über 14.000 Hessinnen und Hessen unterzeichnet, die das gefordert haben. Damals gab es nicht einmal das Landesticket für Lehrkräfte. Es ist doch vollkommen unverständlich, dass Lehrerinnen und Lehrer kostenlos zur Schule fahren können, während nicht wenige Schülerinnen und Schüler in Hessen für die Fahrkarte zahlen müssen, meine Damen und Herren.

Mit diesem Schulgesetz ist alles in allem wieder eine Chance vertan worden, in dieser seit Jahrzehnten starren Bildungslandschaft wirklich etwas zu bewegen. Was die Landesregierung vorlegt, ist unzureichend und enttäuschend. Wir stimmen dem Gesetzentwurf nicht zu, auch nicht mit den angedachten Änderungen der Fraktionen. Wir werben aber natürlich für die Zustimmung zu unserem Änderungsantrag.

(Beifall DIE LINKE)



**Präsidentin Astrid Wallmann:**

Vielen Dank. – Als Nächstem darf ich Herrn Scholz von der AfD das Wort erteilen.

(Zuruf DIE LINKE: Stillgestanden!)

**Heiko Scholz (AfD):**

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Staatsminister Lorz, verehrte Damen und Herren! Bisher gebar das Gesetzgebungsverfahren der Landesregierung zur Novellierung des Schulgesetzes exakt drei Ausschusssitzungen, mit heute drei Plenardebatten sowie eine umfangreiche Expertenanhörung. Daher halte ich es durchaus für legitim, nach dem erwartbaren Nutzen zu fragen, um diesen immensen Aufwand zumindest im Nachhinein rechtfertigen zu können.

In welche schulische Realität ist Ihr Gesetzgebungsverfahren eigentlich eingebettet? Wir hörten es bereits, ich darf noch einmal daran erinnern: 41 % unserer Schüler erreichen die von der Kultusministerkonferenz beschlossenen Mindeststandards in den Fächern Deutsch und Mathematik nicht. Jeder vierte Schüler hat während seiner Schullaufbahn nicht einmal die dort gelehrt Grundfertigkeiten erworben.

(Ulrike Alex (SPD): Das gilt auch für Abgeordnete!)

Meine Damen und Herren, nichts ist gut in Hessen.

(Beifall AfD)

Wir beobachten lediglich die rauchenden Trümmer Ihres restlos gescheiterten Bildungssystems, Herr Prof. Lorz. Ob nun die Bezeichnungen „Lehrer“, „Lehrer:innen“, „Lehrende“ oder „Lehrkräfte“ gewählt werden, ist gänzlich unerheblich. Wichtiger ist: Die so Bezeichneten fehlen seit vielen Jahren in zunehmender Zahl an unseren Schulen.

Anstatt jedoch die noch vorhandenen Lehrer von weiteren unterrichtsfremden Aufgaben zu entlasten, werden ihnen im Rahmen der Novellierung neue Aufgabenbereiche zugewiesen. Der Hessische Philologenverband hat in der Anhörung explizit vor einer weiteren Belastung des schulischen Personals gewarnt und einen zugehörigen Maßnahmenkatalog vorgestellt.

Was findet sich hiervon in Ihrer Novellierung wieder? Wozu verschärfen Sie entgegen der Warnung der Fachverbände die Einstellungsvoraussetzungen für Lehrer an den Ersatzschulen? Zur Abmilderung des eklatanten Lehrermangels wäre es doch gerade geboten, bürokratische Hürden innerhalb der zugehörigen Bewerbungsverfahren abzubauen.

(Beifall AfD)

Wozu, frage ich Sie, nimmt die Landesregierung nach wie vor eine ablehnende Haltung hinsichtlich der Erweiterung der Lernmittelfreiheit um digitale Endgeräte für alle hessischen Schüler ein? Einhellig forderten die angehört Experten diesbezüglich finanzielles Engagement des Landes ein. Ist es der Landesregierung etwa zu teuer?

(Beifall AfD)

Meine Damen und Herren, damit kommt Ihre Gleichgültigkeit gegenüber den Bedürfnissen unserer Schüler, Lehrer und Eltern sehr gut zum Ausdruck. Insofern war und ist es zwar dumm und sogar widersprüchlich, jedoch auch

konsequent, unseren diesbezüglichen Änderungsantrag abzulehnen; denn, wer den Schülern einerseits digitale Lehrwerke kostenfrei zur Verfügung stellt, der muss diesen und den Lehrern andererseits auch einheitlich konfigurierte digitale Endgeräte an die Hand geben. So einfach ist das.

(Beifall AfD)

Im Übrigen, liebe LINKE-Fraktion, es war die AfD, die zuerst mit diesem Antrag ins Plenum kam. Jetzt schmücken Sie sich mit diesen Anträgen. Setzen Sie sich doch einmal durch, machen Sie doch einmal etwas, und machen Sie hier Nägel mit Köpfen.

(Beifall AfD – Zuruf Jan Schalauske (DIE LINKE))

Meine Damen und Herren, mit Konsistenz scheint es die Landesregierung nicht zu haben.

(Zuruf Elisabeth Kula (DIE LINKE))

Die seitens des Hessischen Städtetags eingeforderte Verankerung der Erfüllung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung wurde zwar kurz vor Toresschluss in die Novellierung des Schulgesetzes aufgenommen, jedoch versehen mit dem konfliktzeugenden Zusatz, wonach die Schulträger auch ohne Antrag der Schulkonferenz Ganztagsangebote entwickeln können.

Meine Damen und Herren, Ganztagsangebote sind selbstverständlich einvernehmlich von Kommune und Schule zu konzipieren und umzusetzen. Hierzu wäre auch die Erstellung einer Bedarfsanalyse bezüglich des Wunschs der Eltern nach Ganztagsbetreuung zielführend. Wie wir jedoch hinlänglich wissen, Herr Professor, hat es die Landesregierung auch mit den Datenerhebungen nicht so.

(Beifall AfD)

Auch die Einarbeitung des Änderungsantrages der LINKEN würde die Novellierung nicht zustimmungsfähig werden lassen. Ob nun auch die Schüler der Sekundarstufe II unentgeltlich mit dem Bus zur Schule gebracht werden oder nicht, ändert nichts an der zugrunde liegenden Problematik. Schülerpopulation und schulrechtlicher Rahmen passen ohnehin längst nicht mehr zusammen.

Meine Damen und Herren, die Landesregierung ist vielmehr mit jemandem vergleichbar, welcher den Bewohnern eines vorsätzlich zerstörten Hauses mit großer Geste einen Besen zur Entfernung des Trümmerschuttes überreicht.

**Präsidentin Astrid Wallmann:**

Ich darf Sie bitten, die Redezeit zu beachten.

**Heiko Scholz (AfD):**

Jawohl, Frau Präsidentin, ich komme zum Ende. – Denken Sie über dieses Gleichnis noch einmal nach. Die Novellierung des Hessischen Schulgesetzes in der vorliegenden Fassung ist untauglich und erfährt auch in der dritten Lesung unsere Ablehnung. – Ich danke für die geschätzte Aufmerksamkeit. Einen schönen Abend.

(Beifall AfD)

**Präsidentin Astrid Wallmann:**

Vielen Dank. – Als Nächstem darf ich Herrn Abg. Kahnt, fraktionslos, das Wort erteilen.

**Rolf Kahnt (fraktionslos):**

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Gesetzentwurf eröffnet neben redaktionellen Änderungen eine Fortentwicklung in pädagogisch-inhaltlicher Hinsicht. Besondere Bildungs- und Erziehungsaufgaben sind um gesellschaftlich relevante Bereiche wie etwa die Gesundheitserziehung oder die Verbraucher- oder Finanzbildung erweitert. Zudem werden hessische Schulen mit Unterstützung des Kultusministeriums Schutzkonzepte gegen jede Art von Gewalt entwickeln.

Auf weitere, sehr anzuerkennende Maßnahmen des Gesetzentwurfs wie etwa den Ausbau von Studienkapazitäten im Lehramtsstudium, die Schaffung von 4.000 neuen Lehrstellen oder die Qualifizierung von Quereinsteigern kann ich aus Zeitgründen nicht näher eingehen, wiewohl es sich lohnte.

Allerdings möchte ich anmerken: Mir persönlich geht der Gesetzentwurf in einem Punkt, nämlich auf eine notwendige Reform unseres Schulsystems, noch nicht weit genug. Es geht für mich nicht allein um Klagen hinsichtlich der Ausstattung von Schulen mit digitalen Endgeräten, die das Land nicht als Lernmittel zur Verfügung stellt. Es geht mir auch nicht allein um Klagen über auszubauende Digitalisierung, auch nicht um fehlende Lehrkräfte. Dazu gibt es bereits entsprechende Maßnahmen.

Was mich treibt, ist der Ausbau von Ganztagschulen. Dazu gibt es im Gesetzentwurf Ansätze. Der Pakt für den Nachmittag soll zum Ganztags weiterentwickelt werden, bei dem Grundschulen und Grundstufen von Förderschulen eine Betreuung bis 14:30 Uhr für den Klassenverband entgeltfrei anbieten können. Das ist gut, dennoch von einer Ganztagschule entfernt.

Nimmt man gegenwärtige Entwicklungen von Schulen und ihrer Probleme in den Blick, dann führt, pädagogisch gesehen, kein Weg an einer breiten Einführung von Ganztagschulen vorbei. Sie bieten wechselnde Lern-, Bewegungs- und Entspannungsphasen für ein nachhaltiges und soziales Miteinander. Kombiniert mit einem Mittagessen, entwickelt sich für alle Beteiligten ein Rhythmus, der modernen pädagogischen, zeitgemäßen Erkenntnissen und Lernansätzen entspricht, der endlich eine zukunftsfähige Lösung des bisher sechsstündigen Schulvormittags anbietet, der ohne Übertreibung einem Waschmaschinenschleuderprogramm gleicht, bei dem alle Beteiligten wissen, wie verknittert sie hinterher herauskommen. So gesehen, fehlt noch der Mut zum ganz großen Wurf.

In der Zusammenfassung: Mir ist bewusst, gut Ding will Weile haben. Aber ein guter Anfang ist mit dem Schulgesetz gemacht. Fortsetzung folgt bestimmt. – Vielen Dank. Hat es gereicht?

(Heiterkeit)

**Präsidentin Astrid Wallmann:**

Das ist in Ordnung, vielen Dank. – Als Nächstem darf ich Herrn Abg. May von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort erteilen.

**Daniel May (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Das heute zu Ende gehende Gesetzgebungsverfahren modernisiert das Hessische Schulgesetz an einer Vielzahl von Punkten. Wir haben dabei nicht nur das Koalitionsprogramm vor Augen gehabt, sondern haben auch aus der Anhörung viele wichtige Punkte gewinnen können, sodass wir heute einen umfangreichen Änderungsantrag mit berücksichtigen können. Ich glaube, dass das ein Lehrstück dafür ist, wie progressive Schulpolitik vorgeht und dabei die Stakeholder von Schule einbezieht. Ich glaube, das ist ein schöner Erfolg für die hessische Schullandschaft.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Wie gehaltvoll der Gesetzentwurf letztlich geworden ist, sehen Sie daran, wie wenig sich die Rednerinnen und Redner der Opposition darauf bezogen haben. Da ist man vielmehr sehr im Ungefähren geblieben und nicht direkt auf die konkreten Punkte eingegangen.

Deswegen möchte ich an dieser Stelle noch einmal deutlich machen, welche Fortentwicklung hier vorgenommen wurde. Ein wichtiger Punkt ist die Entwicklung des Ganztags an unseren Schulen. Entgegen dem, was hier immer wieder angemerkt wurde, haben wir klargestellt, wie der Anspruch im Grundschulbereich verwirklicht werden kann.

Herr Kollege Degen, da gibt es keine Fragezeichen mehr. Der Gesetzentwurf ist jetzt so klar, dass ihn niemand mehr missverstehen kann. Wenn Sie hier ein Zitat auch nur unvollständig wiedergeben, um Ihre Behauptung zu belegen, dann zeigt das, wie dünn Ihre Argumentation ist. Es ist vollkommen klar: Wir befähigen jetzt die Schulträger, dass sie verbindlich den Ganztags für ihre Grundschulen umsetzen können. Damit schaffen wir mehr Beschleunigung für den Ganztagsausbau an unseren Grundschulen, und damit lösen wir das Betreuungsproblem von ganz vielen Eltern in Hessen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Um das deutlich zu machen: Wir haben der Anhörung auch wichtige neue Punkte entnommen. Ich möchte hier einen Punkt hervorheben, der zwar nur eine Minderheit der Schülerinnen und Schüler betrifft, der aber in der Vergangenheit nur selten betrachtet wurde: diejenigen, die eine Teilleistungsstörung haben, die Dyskalkulie oder Legasthenie haben. Früher gab es die Fehlvorstellung, sie würden nur zu wenig üben, sie könnten es aus irgendwelchen Gründen nicht.

Aber die Forschung ist weitergekommen. Die Verbandsvertreterin hat sehr deutlich dargelegt, dass es hier einen anderen Ansatz braucht, dass wir klarstellen müssen, dass wir diese Schülerinnen und Schüler in allen Jahrgangsstufen und allen Schulformen berücksichtigen müssen. Da das überzeugend war, haben wir uns als Regierungskoalition auf den Weg gemacht und es im Gesetz klargemacht, um ganz klar den inklusiven Charakter des Schulgesetzes hervorzuheben. Das zeigt, wie wir mit Anhörungen umgehen. Wir nehmen sehr ernst, was die Anzuhörenden uns schildern, und nutzen das zur Bereicherung unserer Gesetzentwürfe.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Aufgrund der Kürze der Redezeit in der dritten Lesung kann ich die meisten Inhalte nur kurz anführen. Aber ich

möchte sie zumindest erwähnen, damit sie hier allen klar werden. Mit dem Gesetz schaffen wir die Umsetzung der durchgehenden Beschulung des Fachs Politik und Wirtschaft auch in der Oberstufe. Wir schaffen eine Geschwisterregel beim Übergang von der Grundschule in die Sekundarstufe I. Wir haben umfangreiche Änderungen der Selbstorganisation bei der Schülervertretung und bei der Elternvertretung vorgesehen.

Im Gegensatz zu dem, was einer der Vorredner gesagt hat, haben wir bei den Ersatzschulen gerade auf das gehört, was die Anzuhörenden uns auf den Weg gegeben haben, und haben auch an dieser Stelle gezeigt: Wir machen Schulpolitik mit den Beteiligten, nicht gegen sie. Wir wollen ermöglichen, statt verordnen. Das ist auch Geist dieses Schulgesetzes.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Ein Punkt, der bereits in der ursprünglichen Fassung enthalten war, der jetzt aber nachgeschärft wurde, weil es uns von den IHKs zurückgemeldet wurde, ist die Datenübermittlung bei Schülerinnen und Schülern nach dem Schulabschluss. Dort haben wir jetzt ein neues Instrument für diejenigen Schülerinnen und Schüler, die keine Anschlussperspektive haben: dass wir einen automatischen Datenabgleich mit der Agentur für Arbeit haben.

Ich glaube, dass das wichtig ist, weil wir niemanden zurücklassen wollen. Wir sind schon sehr gut. Wir haben die wenigsten Schulabgängerinnen und Schulabgänger ohne Abschluss. Jetzt wollen wir noch besser werden, sodass wir die Übergangsquote in den Beruf und die Ausbildung weiter verbessern können. Die geänderte Fassung ist ein sehr wirksames Instrument, um das zu verbessern.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

Auf die letzten Meter möchte auch ich mich bei allen am Gesetzgebungsverfahren Beteiligten bedanken: bei den Anzuhörenden, aber auch bei den Zuarbeitern der Fraktionen und der Ministerien. Auch bedanken möchte ich mich bei der Opposition, weil Opposition ja auch Differenz deutlich macht. Da gibt es die SPD, die eine reine Binnensicht hat, die Linkspartei, die heute einmal kurz Mehrausgaben in Millionenhöhe verspricht, wie bei jedem Tagesordnungspunkt, ohne eine Idee zu haben, wie das finanziert werden soll,

(Zurufe DIE LINKE)

und die FDP, die nicht einmal einen Änderungsantrag zum Gesetz hinbekommen hat. Davon unterscheiden wir von CDU und GRÜNEN uns sehr deutlich.

(Stephan Grüger (SPD): Das ist der Dank? Das ist Eigenlob, und Eigenlob stinkt!)

Wir sind zuverlässige Partner unserer Schulen, und wir entwickeln unsere Schulen weiter.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU)

### **Präsidentin Astrid Wallmann:**

Vielen Dank. – Als Nächstem darf ich Herrn Abg. Promny von den Freien Demokraten das Wort erteilen.

### **Moritz Promny (Freie Demokraten):**

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Dieser Entwurf ist und bleibt zu wenig. Ein zukunftsfähiges Schulsystem werden Sie hiermit nicht erreichen,

(Beifall Freie Demokraten und vereinzelt SPD)

auch wenn Sie mit dem Änderungsantrag noch einmal nachgelegt haben. Darin haben Sie auch einige Dinge berücksichtigt, die wir begrüßen. Beispielsweise haben Sie Anpassungen bei der Genehmigungspflicht für Lehrkräfte an Ersatzschulen vorgenommen. Wir haben aber schon bei der Diskussion im Hinblick auf das Lehrkräftebildungsgesetz darüber gesprochen, dass der Zugang gerade bei den Fortbildungen ein sehr großes Problem ist. Das sind Sie nicht angegangen.

Ich werde kurz zwei Dinge ansprechen, die fehlen. Erstens. Der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung wird sich nicht eben alleine erfüllen.

(René Rock (Freie Demokraten): Das glaube ich auch!)

Den Schulen wird durch den Änderungsantrag die Möglichkeit gegeben, den Rechtsanspruch zu gestalten. Außerdem kann ein Schulträger nun auch ohne Zustimmung der Schulkonferenz eine Schule zur Ganztagschule machen. Aber ein „hätte, könnte, sollte“ allein wird nicht reichen. Lieber Kollege May, die Frage steht weiterhin im Raum: Wer ist für die Umsetzung dieses Rechtsanspruchs organisatorisch und finanziell verantwortlich? Diese Frage ist nach wie vor nicht beantwortet.

(Stephan Grüger (SPD): Hört, hört!)

Zweitens, der für mich wichtigste Kritikpunkt: Wir brauchen einen flächendeckenden verpflichtenden Informatikunterricht.

(Beifall Freie Demokraten und Stephan Grüger (SPD))

Wir fordern Sie mit unserem Antrag auf, endlich ein Pflichtfach Informatik einzuführen. Das soll in der 5. und 6. Klasse beginnen und weiter ausgerollt werden. Das Kerncurriculum dazu liegt schon seit Jahren beim Kultusminister im Schrank.

(Zuruf Freie Demokraten: Er hat bloß vergessen, wo! – Stephan Grüger (SPD): Es liegt im Giftschrank!)

Zugegeben: Klar ist, dass auch hier die Lehrkräfte die Achillesferse sind. Aber Sie haben die Instrumente in der Hand und könnten es in den Griff bekommen. Erhöhen Sie die Ausbildungs- und Weiterbildungskapazitäten, schaffen Sie attraktive Fortbildungsmöglichkeiten, und erstellen Sie ein Konzept wie beispielsweise fliegende Informatiklehrkräfte, die durch hybride und digitale Modelle an mehreren Schulen eingesetzt werden könnten.

Herr Kultusminister, wenn das jetzt nicht ausreichend für Sie ist, lassen Sie sich doch von anderen Bundesländern inspirieren. Schauen Sie doch einfach einmal dorthin: Andere haben schon längst das Pflichtfach eingeführt. Auch die Ständige Wissenschaftliche Kommission hat erst kürzlich die Einführung empfohlen. Sie weist unter anderem darauf hin, dass mehr Schülerinnen und Schüler Informatik auch in der Oberstufe wählen, wenn es bereits in der Sekundarstufe I verpflichtend unterrichtet wurde. Außerdem

hat das Pflichtfach noch eine andere positive Auswirkung, und zwar auf das Interesse von Mädchen und Frauen an Informatik. Ich denke, auch das ist nicht zu unterschätzen.

Ich fordere Sie also auf: Beenden Sie das Zaudern, stimmen Sie unserem Antrag zu, und führen Sie Informatik als ein Pflichtfach ein. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall Freie Demokraten – Stephan Grüger (SPD):  
Den fliegenden Informatiker fand ich interessant!)

**Präsidentin Astrid Wallmann:**

Vielen Dank. – Als Nächster hat der Kultusminister Prof. Lorz das Wort.

**Prof. Dr. R. Alexander Lorz, Kultusminister:**

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Als ich am 14. Juli den Entwurf für ein Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für die Landesregierung in das Plenum dieses Hohen Hauses eingebracht habe, habe ich die wesentlichen Ziele der Novellierung bereits benannt: Stärkung des Einsatzes digitaler Lehr- und Lernprogramme in den Schulen, Stärkung von Alltagskompetenzen der Schülerinnen und Schüler, Ausbau des Ganztagsangebots, Vertiefung der politischen Bildung und Qualitätssicherung der Arbeit der privaten Schulen.

Nachdem nun die parlamentarischen Beratungen und die Anhörung im Kulturpolitischen Ausschuss mit der heutigen dritten Lesung abgeschlossen sind, lässt sich festhalten: Die Ziele, die die Landesregierung mit dem vorgelegten Gesetzentwurf verbunden hat, sind bestätigt worden und finden sich, weiter ausgeschärft, auch im Inhalt des Ihnen vorliegenden Änderungsantrags von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

(Beifall CDU und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist mir eine besondere Freude, dass sich gute Vorschläge aus der Landtagsanhörung hier in einer Reihe von Anstößen zur Weiterentwicklung des Gesetzes wiederfinden.

Im Rahmen der zweiten Lesung hatte ich Ihnen bereits den einen oder anderen Punkt skizziert, der noch Veränderungen erfahren könnte. Stand heute können wir sagen: Vor Ihnen liegt ein Änderungsantrag, der eine ganze Reihe von sinnvollen und den Gesetzentwurf gut ergänzenden Änderungen enthält.

So ein Antrag schneit ja nicht einfach vom Himmel, sondern, wie Sie erkennen können, hat man sich hier sehr offen gegenüber den Anregungen gezeigt, die die Verbände im Rahmen der Landtagsanhörung eingebracht haben. Deutlich kann man erkennen: Das Leitmotiv des Änderungsantrags war und ist es, das Schulgesetz gesellschaftlich konsensual im Sinne unserer Schülerinnen und Schüler weiterzuentwickeln.

Lassen Sie mich daher nur noch einige wenige Punkte herausgreifen. Kollege May hat bereits die Konkretisierung des Anspruchs auf individuelle Förderung für Schülerinnen und Schüler mit Teilleistungsstörungen erwähnt. Diese Konkretisierung verdeutlicht ganz bewusst, dass sich der Anspruch auf die gesamte Schulzeit und auf alle Schulformen und Bildungsgänge erstreckt, und ergänzt sich gut mit

den ausführlichen Regelungen zum Förderanspruch, der sich wie ein roter Faden durch das ganze Schulgesetz zieht.

Ein weiterer wesentlicher Punkt betrifft die Vorschriften zur Stärkung der Partizipation an Schulen. Da hatten wir das Beispiel der beruflichen Schulen, wo die Aufgaben und Rechte der Schulkonferenz dann auf die Gesamtkonferenz übergehen, wenn Vertreterinnen und Vertreter der Eltern oder der Schülerinnen und Schüler nicht gewählt werden können. Das war unbefriedigend, weil das die entscheidende Rolle der Schulkonferenz aufgehoben hat. Dafür gab es einen Vorschlag, das zu ändern. Dieser ist aufgegriffen worden, und so werden die engagierten Menschen in den Schulgemeinden auch weiterhin auf die Entwicklung ihrer Schule Einfluss nehmen können.

Zwei weitere Aspekte habe ich bereits in der zweiten Lesung angesprochen und will sie daher nur noch kurz erwähnen: Das ist die Vereinfachung des Wahlverfahrens zum Landeselternbeirat und die Erfüllung der Bitte der Landesschülervertretung, das Quorum für die Beschlussfähigkeit ihrer Gremien so zu vereinfachen, dass mindestens die Hälfte der Schulen in den Sitzungen vertreten ist, aber unabhängig davon, ob es ein oder zwei Vertreter sind, die dann von der jeweiligen Schule anwesend sind.

So könnte ich weitermachen und noch weitere Punkte des Gesetzentwurfs oder des Änderungsantrags aufzählen. Aber ich glaube, diese Beispiele illustrieren bereits, wie harmonisch sich der Änderungsantrag in die Weiterentwicklung des Regierungsentwurfs einfügt.

Natürlich haben wir Punkte wie Digitalisierung, Datenschutz oder Ganztag im Ausschuss, in der Regierung, auch auf der Ebene des Landtags vielfach erörtert. Ohne die damit verbundenen Fragen noch einmal vertiefen zu wollen: Ich glaube, es ist uns gelungen, gerade solche Fragen wie die unterschiedlichen Zuständigkeiten, etwa den Dualismus von Land und Schulträgern, ausreichend zu berücksichtigen, um den verschiedenen Interessen im gebotenen Maße gerecht zu werden. Ich will daher auch nur eines zum Abschluss betonen: Vergessen wir nicht, dass im Mittelpunkt natürlich auch dieser Schulgesetznovelle unsere Schülerinnen und Schüler stehen.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich hatte eingangs die Konkretisierung des Anspruchs auf individuelle Förderung erwähnt. Aber in diesen Kontext gehören beispielsweise auch die neue Regelung des Schutzkonzepts gegen Gewalt und sexuellen Missbrauch und die Klarstellung, die Sie jetzt im Änderungsantrag finden, dass das selbstverständlich ebenso für Schulen in freier Trägerschaft gelten soll.

In der gymnasialen Oberstufe – da ist das Stichwort Politik und Wirtschaft – dienen die Änderungen dem Zweck, dem Bildungsauftrag für die Jugendlichen und ihrem Anspruch auf schulische Bildung gerecht zu werden. Eine sehr sinnvolle Änderung ist beispielsweise, dass den Schülerinnen und Schülern jetzt auch die wichtige Arbeit der Feuerwehren und Hilfsorganisationen im schulischen Umfeld nähergebracht werden soll. Ich glaube bzw. hoffe, auch das ist ein guter Beitrag, um das Ehrenamt in Hessen weiter zu stärken.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und so hebe ich mir zum Abschluss nur noch den Punkt des Ganztags auf; denn das ist der, der hier wieder vielfach angesprochen worden ist – völlig zu Recht, weil das ein-

fach eine ganz erhebliche Bedeutung hat: Hier geht es auch darum, den Anspruch auf ganztägige Förderung weiter auszubuchstabieren, sodass ihn die Schulen der Primarstufe zur Weiterentwicklung ihres Bildungs- und Erziehungsauftrags selbst nutzen können. Der Bezugsrahmen des Gesetzes bleibt die Bildung, bleibt das Wohl der Schülerinnen und Schüler; aber da erhalten jetzt eben auch die zuständigen Träger mit der Weiterentwicklung der Vorschriften des Schulgesetzes die Möglichkeiten, den hessischen Weg zum Ausbau und zur Weiterentwicklung der Ganztagsangebote weiter zu beschreiten – das aber, ohne die Meinung der Eltern und der Schulen vor Ort zu überhören. Auch das im Gesetz zu verankern war mir sehr wichtig.

Denn, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich kann es Ihnen nicht ersparen: Lieber Kollege Promny, die Frage, wer für die Organisation zuständig ist, ist beantwortet – und zwar vom Bundesgesetzgeber. Es sind und bleiben die Kinder- und Jugendhilfeträger, und alles, was wir tun – das nehmen wir auch ernst –, dient dazu, dass wir das möglichst gut mit der schulischen Arbeit verzahnen, dass wir möglichst viel davon in die Schule holen. Deshalb können wir aber trotzdem die bundesgesetzliche Zuständigkeitsverteilung nicht ändern, auch wenn Sie das in diesem Plenum noch so oft von uns verlangen werden.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsidentin Astrid Wallmann:**

Herr Minister, ich würde Sie bitten, zum Schluss zu kommen.

**Prof. Dr. R. Alexander Lorz, Kultusminister:**

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Das soll auch schon mein vorletzter Satz gewesen sein. Der letzte lautet: Ich danke Ihnen sehr für Ihre Aufmerksamkeit und hoffe, Sie werden dem Gesetz gleich zustimmen. – Vielen Dank.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsidentin Astrid Wallmann:**

Vielen Dank. – Wir sind am Ende der Rednerliste angekommen und kommen nun zur Abstimmung.

Ich darf zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE, Drucks. 20/9648, abstimmen lassen. Wer stimmt dem Änderungsantrag zu? – Das ist die Fraktion DIE LINKE. Wer stimmt dagegen? – Das sind CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Freien Demokraten, die AfD und der fraktionslose Abg. Kahnt. Wer enthält sich? – Die SPD. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Gesetzentwurf. – Herr Dr. Büger, zur Geschäftsordnung.

**Dr. Matthias Büger (Freie Demokraten):**

Frau Präsidentin, ich hatte darum gebeten, unseren Änderungsantrag, Drucks. 20/9670, ebenfalls als Änderungsantrag zum Gesetz abzustimmen.

**Präsidentin Astrid Wallmann:**

Das ist ein Dringlicher Antrag, und den würde ich gleich nach dem Gesetzentwurf abstimmen lassen; aber erst kommt das Gesetz.

(Dr. Matthias Büger (Freie Demokraten): Okay, danke!)

Wir kommen zur Abstimmung über den Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucks. 20/9600 zu Drucks. 20/9456 zu Drucks. 20/8760, in der Fassung der Beschlussempfehlung. Ich darf fragen: Wer stimmt dem Gesetzentwurf zu? – Das sind die Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der fraktionslose Abg. Kahnt. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen der SPD, der AfD und DIE LINKE. Wer enthält sich? – Die FDP. Damit ist der Gesetzentwurf angenommen und wird zum Gesetz erhoben.

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Rolf Kahnt (fraktionslos))

Jetzt, lieber Herr Dr. Büger, stimmen wir selbstverständlich noch über den Dringlichen Antrag der Freien Demokraten ab, Drucks. 20/9670. Ich darf fragen: Wer stimmt dem Antrag zu? – Das sind die Freien Demokraten. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der fraktionslose Abg. Kahnt. Wer enthält sich? – Die SPD, DIE LINKE und die AfD. Damit ist der Dringliche Antrag abgelehnt.

Damit sind wir am Ende der Tagesordnung angekommen. Ich darf noch darauf hinweisen, dass jetzt in Raum 501 A der Ausschuss für Wissenschaft und Kunst tagt. Ich wünsche einen schönen Restabend, wir sehen uns morgen. – Danke schön.

(Schluss: 20:51 Uhr)

**Anlage (Fragestunde – Drucks. 20/9571)****Zu Frage 787 nachgereichte Antwort des Ministeriums für Soziales und Integration:**

*Derzeit wird eine Abfrage zum Thema Krisenhilfen durchgeführt. Gemäß den bisher eingegangenen Rückmeldungen sind uns in zwei Gebietskörperschaften Krisendienste bekannt, die bei Bedarf auch aufsuchend tätig sind.*

**Frage 797 – Saadet Sönmez (DIE LINKE):**

*Ich frage die Landesregierung:*

*Teilt sie die kürzlich im Unterausschuss für Heimatvertriebene, Aussiedler, Flüchtlinge und Wiedergutmachung (UHW) seitens der Abteilung II, Referat Ausländerrecht, schriftlich dargelegte Rechtsauffassung, dass von einer generellen Unmöglichkeit der Passbeschaffung für afghanische Staatsangehörige aktuell nicht ausgegangen werden kann, obwohl diese Meinung konträr zur Einschätzung des Bundesinnenministeriums, die am 02.09.2022 zum gleichen Sachverhalt an die zuständigen Landesstellen versandt wurde, steht?*

**Antwort Peter Beuth, Minister des Innern und für Sport:**

*Die Rechtsauffassung der Abteilung II (Referat Ausländerrecht), wie sie mit Schreiben vom 9. November 2022 gegenüber den Mitgliedern des Unterausschusses für Heimatvertriebene, Aussiedler, Flüchtlinge und Wiedergutmachung (UHW) kommuniziert wurde und die auch im Rahmen der letzten Sitzung des UHW, ebenfalls am 9. November 2022, vom zuständigen Sachbearbeiter dort nochmals mündlich erläutert wurde – im Übrigen auch im Kontext mit der in der Fragestellung angesprochenen Einschätzung des BMI –, steht in keinem Widerspruch zu dieser Einschätzung.*

*In einer Verbalnote vom 26.07.2022 führte die afghanische Botschaft in Berlin aus, dass die Botschaft sowie die Generalkonsulate der Islamischen Republik Afghanistan in Deutschland derzeit grundsätzlich keine neuen Passanträge annehmen können und eine Ausstellung von neuen Pässen nur in Ausnahmefällen erfolgen kann. Ferner sei es nicht absehbar, wann Anträge zur Ausstellung neuer Pässe wieder entgegengenommen und bearbeitet werden können. Jedoch wird auch darauf hingewiesen, dass bestehende Pässe für einen Zeitraum von zunächst fünf Jahren verlängert werden können.*

*Vor diesem Hintergrund hat das BMI am 02.09.2022 mitgeteilt, dass aufgrund dieser Informationen die Beschaffung neuer Reisepässe derzeit auf absehbare Zeit nicht möglich und daher nicht zumutbar ist.*

*Dies entbindet jedoch die betreffenden Ausländer nicht von der grundsätzlich erforderlichen verbindlichen Identitätsklärung, wobei eine dauerhafte Unmöglichkeit der Passausstellung nach wie vor von der afghanischen Botschaft nicht bestätigt wird. Für den Fall, dass die Ausstellung eines neuen Passes nicht möglich ist, haben die Antragsteller sich dies vielmehr von der zuständigen afghanischen Auslandsvertretung entsprechend schriftlich bestätigen zu lassen, damit hilfsweise und lediglich für einen vorübergehenden Zeitraum die Ausstellung eines Ausweisersatzes oder gegebenenfalls eines Reiseausweises für Ausländer erfolgen kann.*

*Sofern den Antragstellern entsprechende Bescheinigungen über die Nichtausstellung von neuen Pässen erteilt werden, sind diese für die Prüfung der Zumutbarkeit der Passbeschaffung heranzuziehen.*

*Von einer generellen Unmöglichkeit der Identitätsklärung kann nach wie vor nicht ausgegangen werden, da gegebenenfalls im Ausnahmefall dennoch die Ausstellung eines Nationalpasses sowie die Verlängerung bereits bestehender Pässe möglich sind. In jedem Fall aber benötigen die Antragsteller die Erteilung von Bescheinigungen der afghanischen Auslandsvertretung über die Nichtausstellung von neuen Pässen, sodass diese daher folglich unverändert ihren Mitwirkungspflichten hinsichtlich der notwendigen Klärung der Identität nachkommen müssen.*

*Insofern steht auch die aktuelle Einschätzung des BMI nicht konträr zu der bereits mehrfach dargelegten Rechtsauffassung, die auch weiterhin entsprechend zu praktizieren ist.*

**Frage 798 – Bijan Kaffenberger (SPD):**

*Ich frage die Landesregierung:*

*Wie bewertet sie die gemeinsamen Studienergebnisse des „Informatik-Monitors“ der Gesellschaft für Informatik und des Stifterverbandes, die aufzeigen, dass Hessen als eines von nur zwei Bundesländern kein verbindliches und flächendeckend verfügbares Angebot für Informatikunterricht an Schulen bereitstellt?*

**Antwort Prof. Dr. R. Alexander Lorz, Kultusminister:**

*Die Hessische Landesregierung ist in der informatischen Bildung schon seit Langem engagiert, sodass es bereits heute in allen Bildungsgängen der Sekundarstufe I sowie der Sekundarstufe II möglich ist, ein Unterrichtsangebot im Fach Informatik einzurichten.*

*Informatikunterricht kann in allen drei Bildungsgängen der Sekundarstufe I als Teil des Wahlunterrichts im gymnasialen Bildungsgang ab der Jahrgangsstufe 9 und des Wahlpflichtunterrichts der Bildungsgänge der Haupt- und Realschule ab der Jahrgangsstufe 7 angeboten werden.*

*Für den Wahlunterricht im gymnasialen Bildungsgang bildet das derzeit gültige Kerncurriculum Informatik aus dem Jahr 2021 die verbindliche Grundlage. Es ist konzipiert für einen Unterricht mit insgesamt vier Jahreswochenstunden ab der Jahrgangsstufe 9. Und auch in der gymnasialen Oberstufe kann das Fach Informatik auf der Basis eines Kerncurriculums sowohl in der Einführungs- als auch der Qualifikationsphase angeboten sowie als Prüfungsfach im Abitur belegt werden. In der Einführungsphase können zwei oder drei Wochenstunden Informatik unterrichtet werden und in der Qualifikationsphase im Rahmen eines Grundkurses drei Wochenstunden.*

*Darüber hinaus unterbreitet die Hessische Landesregierung seit dem Schuljahr 2022/2023 auch in der Jahrgangsstufe 5 mit dem Pilotversuch des Unterrichtsfachs „Digitale Welt“ ein Unterrichtsangebot, das informatische Inhalte zum Gegenstand hat, bundesweit einmalig ist und im kommenden Schuljahr auf weitere Schulen sowie die Jahrgangsstufe 6 ausgeweitet wird.*

Das Fach wird an zwölf weiterführenden Schulen mit 69 Klassen erprobt, wobei die kompetenzorientierte Anwendung der dort vermittelten Inhalte im Vordergrund steht. Die Schülerinnen und Schüler lernen in zwei freiwilligen zusätzlichen Schulstunden pro Woche anhand konkreter Aufgaben unter anderem aus den Bereichen Ökonomie und Ökologie informatische Grundlagen wie das Programmieren oder die Funktionsweise von Algorithmen kennen. Zudem greift das Fach wichtige Themen wie Datenschutz, Cyberkriminalität und eine verantwortungsbewusste Mediennutzung auf. Somit kann eine anschauliche informativische Grundbildung mit einem hohen Lebensweltbezug für die Schülerinnen und Schüler erfolgen. Nach einer Evaluation wird entschieden, ob und in welcher Form das Fach mittelfristig im Regelunterricht eingeführt werden könnte.

Dabei geht das in dieser Form bundesweit einzigartige Unterrichtsfach „Digitale Welt“ weit über den bekannten Informatikunterricht hinaus, indem es grundlegende Kompetenzen der Informatik mit der – in der Berufswelt immer mehr eine Schlüsselrolle einnehmenden – ökonomischen und ökologischen Bildung verknüpft.

Im Rahmen dieser innovativen pädagogischen und didaktischen Konzeption des Fachs lernen Schülerinnen und Schüler handlungsorientiert, was digitale Technologien zur Lösung sozialer, ökonomischer und ökologischer Problemstellungen beitragen können. Damit ermöglicht das multiperspektivisch konzipierte Unterrichtsfach zeitgemäße Antworten auf Fragen der Globalisierung, zum Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen sowie zu Fragen der Auswirkungen der Digitalisierung auf unsere Gesellschaft, Wirtschaft und Umwelt.

Zudem bieten 38 MINT-EC-Schulen als Teil des nationalen Excellence-Netzwerks von Schulen mit einer Sekundarstufe II und hervorragendem mathematisch-naturwissenschaftlich-technischem Schulprofil ihren Schülerinnen und Schülern allesamt ein Informatikangebot. Damit liegt Hessen bundesweit auf Platz 3, was den hohen Stellenwert des Faches Informatik und der mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächer unterstreicht. Das Ziel des nationalen Excellence-Netzwerks ist es, Schulen bei ihrer Entwicklung zu MINT-Talentschmieden mit hochkarätigen Angeboten für Schülerinnen und Schüler zu fördern.

Um Schülerinnen und Schüler auf die sich immer schneller verändernde Berufswelt vorzubereiten und bei ihnen ein Verständnis dafür zu schaffen, dass digitale Anwendungen die Voraussetzung für wichtige Lösungen der Zukunft sind, hat das Hessische Kultusministerium unter anderem das Informations- und Mitmachangebot „Deine Zukunft #real:digital“ zur beruflichen Orientierung an Schulen gestartet. In Workshops lernen die Jugendlichen der Jahrgangsstufen 8 bis 12 direkt in ihrem Klassenzimmer unterschiedliche digitale Werkzeuge und Schlüsseltechnologien kennen und wenden sie unmittelbar an.

Und auch die Grundschulen stehen im Fokus der digitalen Bildung. So steuert der sogenannte „DigitalTruck“ seit Anfang Oktober 2021 Grundschulen in ganz Hessen an. Diese mobile Digitalschule ist ein rollendes Klassenzimmer, das unter anderem mit digitalen Endgeräten, Robotern und Tools zur künstlichen Intelligenz ausgestattet ist. Die Kinder können im Rahmen dieses Angebots kleine Roboter zum Leben erwecken, programmieren oder selbst bauen.

Insgesamt ist das Land mit dem bestehenden Angebot an informatischer Bildung im bundesdeutschen Vergleich ordentlich aufgestellt; denn einen flächendeckend verpflichtenden Informatikunterricht von der Jahrgangsstufe 5 bis zur Jahrgangsstufe 10 gibt es derzeit nur in Mecklenburg-Vorpommern und befindet sich in Sachsen im Aufbau.

Gleichwohl ist es der Anspruch der Hessischen Landesregierung, die bestehenden informatischen Angebote im Sinne der Schülerinnen und Schüler weiter auszubauen, wie beispielsweise der Pilot zum neuen Schulfach „Digitale Welt“ zeigt.

#### **Frage 799 – Torsten Felstehausen (DIE LINKE):**

*Ich frage die Landesregierung:*

Sind die hessischen Ausländerbehörden, zentrale sowie lokale, angewiesen worden, angesichts des auf Bundesebene angekündigten sogenannten „Chancen-Aufenthaltsrechts“ eigeninitiativ die geduldeten Personen zu identifizieren, die zumindest die Aufenthaltsdauer zum momentan im Gesetzesentwurf enthaltenen Stichtag erfüllen würden, und hier von aufenthaltsbeendenden Maßnahmen abzusehen?

#### **Antwort Peter Beuth, Minister des Innern und für Sport:**

Mit Erlass vom 19. Juli 2022 sind die zuständigen Ausländerbehörden in Hessen von mir bereits angewiesen worden, bei der Duldungserteilung zu berücksichtigen, ob den ausreisepflichtigen Personen nach Aktenlage voraussichtlich das seitens der Bundesregierung beabsichtigte sogenannte „Chancen-Aufenthaltsrecht“ (§ 104c E-AufenthG) zukommen wird.

Diese Vorgriffsregelung sieht die Möglichkeit vor, dass – obwohl die entsprechenden gesetzlichen Regelungen noch nicht in Kraft getreten sind – die gesetzlich vorgesehene Vollzugsverpflichtung der Ausländerbehörden aus § 58 Abs. 1 AufenthG unter Umständen zurücktreten und eine Aussetzung der Abschiebung seitens der Ausländerbehörde vorgesehen werden kann.

Ziel dieser Vorgriffsregelung ist die Prüfung hinsichtlich der Erteilung einer Ermessensduldung nach § 60a Abs. 2 Satz 3 AufenthG für perspektivisch vom Chancen-Aufenthaltsrecht erfasste Ausreisepflichtige, sodass für diese Personen die Erreichung des Gesetzesziels der kommenden Bundesregelung nicht mit einer unmittelbaren Aufenthaltsbeendigung vereitelt wird.

In Umsetzung der Vorgriffsregelung haben die mit der Durchsetzung der Ausreisepflicht beauftragten Regierungspräsidenten die bei ihnen befindlichen Fälle überprüft, die für das Chancen-Aufenthaltsrecht infrage kommen. Der Großteil der Prüfungen ist bereits abgeschlossen.

#### **Frage 800 – Jan Schalauske (DIE LINKE):**

*Ich frage die Landesregierung:*

Welche Maßnahmen hat sie unternommen, um sich für die bekannte Menschenrechtlerin und Trägerin des Hessischen Friedenspreises Şebnem Korur Fincancı einzusetzen, die wegen willkürlicher und politisch motivierter Vorwürfe am 27.10.2022 in Ankara verhaftet worden ist, weil sie eine Untersuchung eines mutmaßlichen Einsatzes von Chemiewaffen durch die türkische Armee gegen kurdische Kräfte

*im Nordirak nach internationalen Standards befürwortet hat?*

**Antwort Lucia Puttrich, Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten und Bevollmächtigte des Landes Hessen beim Bund:**

*Die Hessische Landesregierung betrachtet die Entwicklungen in der Türkei, insbesondere soweit dies die Presse- und Meinungsfreiheit betrifft, weiterhin mit großer Sorge.*

*Frau Prof. Dr. Şebnem Korur Fincanci, Präsidentin der türkischen Ärztekammer und ehemalige Vorsitzende der Menschenrechtsstiftung der Türkei, wurde am 28.11.2018 mit dem Hessischen Friedenspreis ausgezeichnet.*

*Sie ist eine mutige, selbstbewusste und streitbare Menschenrechtsaktivistin. Aufgrund ihres Engagements stand sie bereits in den Jahren 2018 und 2021 vor Gericht – immer wieder konfrontiert mit dem Vorwurf, sie betreibe Propaganda für eine terroristische Vereinigung. Die aktuellen Vorwürfe stehen im Zusammenhang mit einem in Deutschland geführten Interview mit dem Fernsehsender „Medya Haber“, in dem Frau Fincanci forderte, Vorwürfe bezüglich eines mutmaßlichen Einsatzes von Giftgas durch türkische Streitkräfte im Nordirak entsprechend internationalen Standards aufzuklären.*

*Frau Fincanci hat gerade für ihren Mut und ihren unbeugsamen Willen den Hessischen Friedenspreis erhalten. Hessen fühlt sich deshalb in besonderem Maß mit Frau Fincanci verbunden. In der Debatte des Landtages am 16. Juni 2021 haben wir gemeinsam ein deutliches Zeichen des Respekts und der Unterstützung abgegeben, und seitdem ist unsere Solidarität nicht verblasst. Im Gegenteil: Wir bewundern Frau Fincanci für ihren Mut, auch nach Anklagen, Untersuchungshaft, Jobverlust und Angriffen gegen ihre wissenschaftliche Reputation sich weiterhin für ihre Sache einzusetzen.*

*Ich möchte die Gelegenheit meiner Antwort auch dazu nutzen, das Vorgehen der türkischen Behörden zu hinterfragen. Sich in einem TV-Interview für die Feststellung von Tatsachen einzusetzen, sich für Opfer von Krieg und möglicherweise auch für die Aufklärung des Einsatzes von Giftgas einzusetzen, kann kein Verbrechen sein.*

*Bei meinen Gesprächen mit Vertretern der türkischen Regierung in Ankara sowie in Deutschland und Hessen habe ich immer wieder die Themen Rechtsstaatlichkeit, Presse- und Meinungsfreiheit angesprochen. Der aktuelle Fall zeigt erneut, wie zutreffend diese kritische Herangehensweise war. Auch im aktuellen Fall steht die Landesregierung im Austausch mit dem Auswärtigen Amt und den deutschen Behörden vor Ort.*

**Frage 804 – Jan Schalauske (DIE LINKE):**

*Ich frage die Landesregierung:*

*Welche Maßnahmen ergreift sie, um die hessischen Kommunen bei der Umsetzung der zum 1. Januar in Kraft tretenden Wohngeldreform zu unterstützen und zu verhindern, dass es bei der Wohngeldauszahlung zu „monatelangen Verzögerungen“ kommt, wie dies von den Kommunalen Spitzenverbänden sowie Vertreterinnen und Vertretern verschiedener Landesregierungen befürchtet wird?*

**Antwort Tarek Al-Wazir, Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen:**

*Mit der größten Wohngeldreform der letzten Jahrzehnte wird nicht nur das durchschnittliche monatliche Wohngeld deutlich angehoben, sondern es werden künftig etwa dreimal so viele Haushalte einen Anspruch auf Wohngeld haben. Eine voraussichtliche Verdreifachung des Empfängerkreises wird ein enormes Antragsaufkommen nach sich ziehen. Verzögerungen bei der Antragsbearbeitung sind deshalb zu erwarten, zumal vielerorts zusätzliches Personal nicht zeitnah zur Verfügung stehen wird. Zuständig für die Durchführung des Wohngeldgesetzes sind in Hessen die Wohngeldbehörden der Landkreise und der kreisfreien Städte sowie der Sonderstatusstädte. Dementsprechend liegt es auch in der Verantwortung der zuständigen Stellen, sich auf die neuen Bedingungen einzustellen. Die Landesregierung wird die Landkreise und Kommunen natürlich hierbei so weit wie möglich unterstützen.*

*Um die Wohngeldbehörden bei der Bewältigung der anstehenden Wohngeldreform bestmöglich zu unterstützen, sind zeitnah Vereinfachungen für die Wohngeldbehörden vorgesehen. Die Verwaltungsvorschriften und Auslegungshinweise werden momentan erstellt. Die Landesregierung ist hierzu, ebenso wie die anderen Länder, mit dem Bund im Austausch.*

*An den Bund wurde ferner die Bitte herangetragen, zur Entlastung der Wohngeldbehörden den besonderen Auskunftsbedarf der Bürgerinnen und Bürger durch die Einrichtung einer Beratungs-Hotline des Bundes und die Einstellung von aussagekräftigen Informationen im Internet abzudecken.*

*Im Übrigen arbeitet die Landesregierung gemeinsam mit dem für das zentrale Wohngeldfachverfahren zuständigen IT-Dienstleister unter Hochdruck an der programmtechnischen Umsetzung der Wohngeldreform. Hiermit können die Wohngeldbehörden rechtzeitig zum Inkrafttreten der Wohngeldreform mit einem auf die rechtlichen Neuerungen angepassten Wohngeldfachverfahren arbeiten. Mit der Anpassung des Wohngeldfachverfahrens wird zudem sichergestellt, dass auch das erhöhte Wohngeld für die bisher schon Wohngeld beziehenden Haushalte im Januar 2023 ausbezahlt werden kann.*

**Frage 805 – Oliver Stirböck (Freie Demokraten):**

*Ich frage die Landesregierung:*

*Ist es angesichts der erst kürzlich erteilten Förderzusage für den Glasfaserausbau an 30 Schulen im Wetteraukreis nach wie vor realistisch, das Ziel zu erreichen, alle Schulen in Hessen bis zum Ende des Jahres 2022 gigabitfähig zu erschließen?*

**Antwort Prof. Dr. Kristina Sinemus, Ministerin für Digitale Strategie und Entwicklung:**

*Die Landesregierung geht davon aus, dass nahezu alle Schulen in öffentlicher Trägerschaft bedarfsgerecht bis Ende 2022 gigabitfähig angebunden werden.*

*Bei dem Förderprojekt im Wetteraukreis handelt es sich um die Anbindung der Schulen mit *G l a s f a s e r*. Ein Großteil der genannten Schulen im Wetteraukreis verfügt bereits über einen gigabitfähigen Anschluss.*



**Frage 807 – Heidemarie Scheuch-Paschkewitz (DIE LINKE):**

*Ich frage die Landesregierung:*

*In welchen Veterinärämtern sind nicht alle vorgesehenen Veterinärstellen zu Kontrollen von Verstößen gegen das Tierschutzgesetz besetzt?*

**Antwort Priska Hinz, Ministerin für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:**

*Das örtlich zuständige Kontrollpersonal im Veterinärbereich ist gemäß dem Gesetz zur Bestimmung von Zuständigkeiten vom 3. April 1998 in Verbindung mit dem Kommunalisierungsgesetz vom 21. März 2005 bei den Landkreisen bzw. kreisfreien Städten angesiedelt.*

*Die Landkreise und kreisfreien Städte entscheiden bei ihnen durch Gesetz übertragenen Aufgaben in eigener Zuständigkeit und Verantwortung gemäß der sogenannten Selbstverwaltungsgarantie in Art. 28 Abs. 2 GG, welche Stellen geschaffen und wann und wie diese besetzt werden. Es liegt damit auch im Ermessen der Landkreise und kreisfreien Städte, wie die einzelnen Aufgaben der Veterinärverwaltung personalisiert werden.*

*Informationen über die Personalisierung der einzelnen Aufgabenbereiche der Veterinärämter – hierzu zählen unter anderem Lebensmittelüberwachung, Tiergesundheit, Tierschutz, Tierarzneimittel – sowie über unbesetzte Planstellen liegen dem Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz nicht vor.*